Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. August 1979
Jg. 7 Nr. 35

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21903 C

ASEAN: Abzug der Aggressionstruppen aus Kampuchea!

z.rua. Am 17.8. haben die Außenminister der ASEAN die gemeinsame Marschroute für die Blockfreienkonferenz in Havanna festgelegt und ihre Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kampuchea bekräftigt. Die Mitglieder der Blockfreienbewegung Malaysia, Indonesien und Singapur wurden beauftragt, für die Konferenz die Zulassung der Regierung des Demokratischen Kampuchea als legitime Vertretung zu beantragen. Die ASEAN will dafür eintreten, daß der Kampuchea-Konflikt auf die Tagesordnung der UNO-Generalversammlung gesetzt wird. Voraussetzung für eine politische Lösung ist der vollständige Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen, hebt die ASEAN hervor. Am 20.8. veröffentlichten ihre UNO-Botschafter in New York ein Memorandum, mit dem sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Rumänien für einen eigenen unabhängigen Staat Palästina

z.anb. Die Presse in den arabischen Ländern würdigte mit Anerkennung die solidarische Unterstützung, die Rumänien der Sache des palästinensischen Volkes leistet. Mehr als 4500 arabische Studenten, darunter zahlreiche Palästinenser, werden an rumänischen Universitäten ausgebildet. Bei seinem offiziellen Staatsbesuch in Syrien erzielte der rumänische Staatspräsident Ceaucescu mit dem syrischen Präsidenten Assad als auch mit dem Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, volle Übereinstimmung über die einzig mögliche Lösung im Nahen Osten, die Schaffung eines eigenen, unabhängigen Staates Palästina. Ohne ihn „können wir nicht über einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten reden", erklärte Ceaucescu als Angriff auf die derzeitigen Manöver der Imperialisten und forderte von diesen die Anerkennung der PLO.

UNO-Ausschuß: USA raus aus Puerto Rico!

z.anb. Sofort und ohne Umschweife soll die US-Supermacht „konkrete Maßnahmen vorweisen", aus denen ersichtlich wird, daß sie der Forderung der UNO, verabschiedet am 18.8.79 durch den Ausschuß für Entkolonialisierung, nachkommt, sich als Kolonialmacht aus Puerto Rico zurückzuziehen. Damit wurde eine Resolution bekräftigt, die der Ausschuß im Oktober 1978 der 33. Generalversammlung vorgelegt hatte. Der letztjährige Kommentar in der US-Presse strotzte noch von Arroganz und erklärter Nichtbefolgung: „Glücklicherweise hört ja niemand hin außer ein paar verirrten Wanderern im Zoologischen Garten des Weltparlaments." (New York Post, 7.10.78) Inzwischen ist die Position der USA im karibischen Raum nicht mehr die von 1978, das Volk von Nicaragua hat daran den entscheidenden Anteil.

Memorandum, mit dem sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Rumänien für einen eigenen unabhängigen Staat Palästina

z.anb. Die Presse in den arabischen Ländern würdigte mit Anerkennung die solidarische Unterstützung, die Rumänien der Sache des palästinensischen Volkes leistet. Mehr als 4500 arabische Studenten, darunter zahlreiche Palästinenser, werden an rumänischen Universitäten ausgebildet. Bei seinem offiziellen Staatsbesuch in Syrien erzielte der rumänische Staatspräsident Ceaucescu mit dem syrischen Präsidenten Assad als auch mit dem Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, volle Übereinstimmung über die einzig mögliche Lösung im Nahen Osten, die Schaffung eines eigenen, unabhängigen Staates Palästina. Ohne ihn „können wir nicht über einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten reden", erklärte Ceaucescu als Angriff auf die derzeitigen Manöver der Imperialisten und forderte von diesen die Anerkennung der PLO.

Zypern: Kämpfe gegen britische Truppenstützpunkte

z.rül. 300 Mio. Pfund sollen die britischen Imperialisten der zypriotischen Regierung für die Benutzung von Straßen und Einrichtungen des Landes wie der Strom- und Wasserversorgung durch die auf Zypern stationierten britischen Truppen zahlen. Diese Forderung erneuerte Ende Juli der zypriotische Außenminister in London. Seit 1965 haben die britischen Imperialisten keinen Pfennig mehr gezahlt, nachdem sie fünf Jahre vorher bei den Unabhängigkeitsverhandlungen durchgesetzt hatten, daß das Gebiet der Stützpunkte weiter unter Hoheit der britischen Krone bleibt und nicht zum Staatsgebiet Zyperns gehört. Dagegen kämpft das zypriotische Volk seit Jahren, alle Gewerkschaften erheben die Forderung nach dem Abzug der Truppen und der Auflösung der Stützpunkte. 15000 Zyprioten hatten Anfang Juni erneut für diese Forderungen demonstriert.

„Hilfe" auf den Lippen, Extraprofit im Hirn

Genscher, Dregger und Konsorten bereisen die Welt / Kapitalexport für BRD-Monopole lebensnotwendig

z.frb. Es wäre weit gefehlt, wollte man an den Reisen der Bonner Minister, Abgeordneten und Spitzenpolitiker nur das Vergnügliche sehen – obwohl es auch daran nicht mangelt. Wirtschaftsminister Lambsdorff weilte in Südamerika. Alfred Dregger, Vorstandsmitglied der Unions-Fraktion und Sproß von Stahl und Eisen, bereist, was der Wirtschaftsgraf ausläßt. Werner Marx, Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der Parlamentsopposition, trieb es nach Südafrika. Der Außenminister wird sich nach Nahost begeben, der Innenminister sondiert in Malaysia und die Volksrepublik China. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat die aufgezwungene Maske des politischen Zwerges abgelegt, ist dabei, in den Lücken, die die Hegemonialpolitik der beiden imperialistischen Supermächte bietet, ihr eigenständiges Konzept einer „Weltpolitik" zu entfalten. Da kann es nicht wundern, daß gerade der Etat des Entwicklungshilfeministers einen der Mittelpunkte der Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt 1980 bildete, und nicht zufällig führt jetzt eine Reisewelle in Länder der Dritten Welt. Dort müssen die Positionen erobert und die Profite erjagt werden, die den Krafttrunk für den entscheidenden Kampf gegen die Konkurrenten hergeben.

Rund 10 Jahre ist es her, daß die westdeutschen Imperialisten die Phase der inneren Akkumulation beendeten und unter dem pfäffischen Segel der „Weltinnenpolitik" zu einem schlagkräftigen Kapitalexport übergingen. Seit Beginn dieses Jahrzehnts sind die Direktinvestitionen der westdeutschen Industrie in Ländern der Dritten Welt dreimal so rasch gestiegen wie die Investitionen im Inland, vergangenes Jahr nahmen sie um 13% zu.

Nicht, daß es keine Verwendung für das Kapital im eigenen Land geben würde. Wäre der Kapitalismus in der Lage, die Lebensbedingungen der Massen zu heben, so könnte von Kapitalüberschuß keine Rede sein. Nie werden die Sozialdemokraten müde werden, auf diesen Widerspruch hinzuweisen und gute Ratschläge zu erteilen. Leider aber übersehen sie dabei die Kleinigkeit, daß die Armut der Volksmassen, die durch die gewaltige Entwicklung der Technik nicht beseitigt wurde, eine unvermeidliche Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist. Der Überschuß des Kapitals ist nicht absolut, sondern nur relativ in Hinsicht auf seine höchstmögliche profitable Verwertung. Den Kapitalisten reicht es nicht, die eigene Arbeiterklasse auszubeuten, sie gehen mit einem Teil der in ihrem Besitz befindlichen Produktionsmittel in die Länder der Dritten Welt, um die Arbeitskraft der Arbeiter dort auszubeuten. An rund 20000 Fabriken im Ausland sind westdeutsche Kapitalisten beteiligt, 30% ihrer Investitionen haben sie in der Rohstoffgewinnung investiert, 20% für Banken, Handel, Versicherungen und Hotels.

Seit Jahren stagniert die Wirtschaft in den imperialistischen Ländern vor sich hin, umso mehr drängt das Kapital nach draußen. So sehr haben sich die imperialistischen Monopole über die Entwicklungsländer hergemacht, daß ihre Manager davon reden, „die ökonomische und organisatorische Aufnahmekapazität vieler Entwicklungsländer sei schon jetzt unzureichend". Zur „Vergrößerung der Absorbtionsfähigkeit" sei daher ein Teil des exportierten Kapitals „unmittelbar für die Beseitigung dieser typischen Engpässe" wie Energie, Transport, räumliche und fachliche Mobilität der Arbeitskraft zu verwenden. So fordert es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das gemeinsam von Kapitalistenverbänden, Staatsapparat und Gewerkschaftsführung betrieben wird. Da ein großer Teil dieser Mittel in den Ausbau der Infrastruktur und damit nicht unmittelbar profitliche Bereiche fließen müsse, wäre hierfür in besonderem Maße öffentliche Hilfe nötig. „Deren Erhöhung ist Voraussetzung für ein größeres privates Engagement in den meisten Entwicklungsländern."

Doppelt so stark wie der Gesamthaushalt soll der Etat des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit wachsen. Weit davon entfernt, die gerechte Forderung der Entwicklungsländer nach bedingungslosen Zahlungen zu erfüllen wird hier der Rammbock in Stellung gebracht, der dem Kapitalexport den Weg ebnet. Einen wahren Hürdenlauf durch die Prüfungsinstanzen muß ein Entwicklungland hinter sich bringen, ehe es an einen BRD-Kredit kommt. Westdeutsche Monopole führen Aufsicht über die Projekte, sorgen dafür, daß sie die Ausrüstungen liefern, von deren Beherrschung die Beherrschung des ganzen Projekts abhängt. Ersatzteillieferungen sind unentbehrlich, Folgelieferungen aller Art sind notwendig, für deren Finanzierung es jetzt nur harte Bankkredite gibt. Und der Weg für Direktinvestitionen ist geebnet.

Die Direktinvestitionen brächten eine „stärkere Verflechtung unserer Volkswirtschaft mit denjenigen der Gastländer", schwärmt die Bundesregierung. Und durch die „wirtschaftliche Verzahnung" würde die „Gefahr von Interessenkonflikten" vermindert. Das sei die „deutsche Sicht". So verwandelt sich jedes einzelne Projekt, jeder Staudamm oder was immer, jede mit fortgeschrittenen Produktionsmethoden betriebene Fabrik in ein Werkzeug der wirtschaftlichen Erdrosselung und der Versklavung.

In der Propaganda hier hört sich das so an, die Schornsteine könnten bloß rauchen, wenn die Exportmärkte gesichert seien, und die Exportmärkte könnten bloß gesichert werden, wenn der Kapitalexport gesteigert wird. Wahr ist, daß die Steigerung der Kapitalexporte für das westdeutsche Finanzkapital zu einer Lebensfrage geworden ist. So wie für jeden seiner Konkurrenten auch, denn der Weltmarkt ist eng geworden. Also werden die Messer gewetzt. Die Waffen, mit denen die westdeutschen Bourgeois diesen Kampf führen, die Steuer für die Kapitalhilfe, das Zusatzkapital für den Kapitalexport, müssen sie aus den Arbeitern pressen. Eine Welle des Chauvinismus in den Medien wird die Begleitmusik dazu hergeben.

ges abgelegt, ist dabei, in den Lücken, die die Hegemonialpolitik der beiden imperialistischen Supermächte bietet, ihr eigenständiges Konzept einer „Weltpolitik" zu entfalten. Da kann es nicht wundern, daß gerade der Etat des Entwicklungshilfeministers einen der Mittelpunkte der Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt 1980 bildete, und nicht zufällig führt jetzt eine Reisewelle in Länder der Dritten Welt. Dort müssen die Positionen erobert und die Profite erjagt werden, die den Krafttrunk für den entscheidenden Kampf gegen die Konkurrenten hergeben.

Rund 10 Jahre ist es her, daß die westdeutschen Imperialisten die Phase der inneren Akkumulation beendeten und unter dem pfäffischen Segel der „Weltinnenpolitik" zu einem schlagkräftigen Kapitalexport übergingen. Seit Beginn dieses Jahrzehnts sind die Direktinvestitionen der westdeutschen Industrie in Ländern der Dritten Welt dreimal so rasch gestiegen wie die Investitionen im Inland, vergangenes Jahr nahmen sie um 13% zu.

Nicht, daß es keine Verwendung für das Kapital im eigenen Land geben würde. Wäre der Kapitalismus in der Lage, die Lebensbedingungen der Massen zu heben, so könnte von Kapitalüberschuß keine Rede sein. Nie werden die Sozialdemokraten müde werden, auf diesen Widerspruch hinzuweisen und gute Ratschläge zu erteilen. Leider aber übersehen sie dabei die Kleinigkeit, daß die Armut der Volksmassen, die durch die gewaltige Entwicklung der Technik nicht beseitigt

in den imperialistischen Ländern vor sich hin, umso mehr drängt das Kapital nach draußen. So sehr haben sich die imperialistischen Monopole über die Entwicklungsländer hergemacht, daß ihre Manager davon reden, „die ökonomische und organisatorische Aufnahmekapazität vieler Entwicklungsländer sei schon jetzt unzureichend". Zur „Vergrößerung der Absorbtionsfähigkeit" sei daher ein Teil des exportierten Kapitals „unmittelbar für die Beseitigung dieser typischen Engpässe" wie Energie, Transport, räumliche und fachliche Mobilität der Arbeitskraft zu verwenden. So fordert es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das gemeinsam von Kapitalistenverbänden, Staatsapparat und Gewerkschaftsführung betrieben wird. Da ein großer Teil dieser Mittel in den Ausbau der Infrastruktur und damit nicht unmittelbar profitliche Bereiche fließen müsse, wäre hierfür in besonderem Maße öffentliche Hilfe nötig. „Deren Erhöhung ist Voraussetzung für ein größeres privates Engagement in den meisten Entwicklungsländern."

Doppelt so stark wie der Gesamthaushalt soll der Etat des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit wachsen. Weit davon entfernt, die gerechte Forderung der Entwicklungsländer nach bedingungslosen Zahlungen zu erfüllen wird hier der Rammbock in Stellung gebracht, der dem Kapitalexport den Weg ebnet. Einen wahren Hürdenlauf durch die Prüfungsinstanzen muß ein Entwicklungland hinter

der Staudamm oder was immer, jede mit fortgeschrittenen Produktionsmethoden betriebene Fabrik in ein Werk-

Arbeitern pressen. Eine Welle des Chauvinismus in den Medien wird die Begleitmusik dazu hergeben.

Lehrjahrsbeginn: Die Kapitalisten können sich die Industrie-Rekruten frei aussuchen



Ende Juli 1979 waren in der Bundesrepublik 87000 Jugendliche noch ohne Lehrstelle. 453000 Jugendliche hatten sich beim Arbeitsamt als suchend gemeldet, 426000 Ausbildungsplätze haben die Kapitalisten angeboten. Im Juli waren 68502 Jugendliche arbeitslos gemeldet. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren im Mai 5434 unter 20 Jahren beschäftigt. Der Minister für Bildung und Wissenschaft Schmude fordert die Jugendlichen auf, nicht nur den „Traumberuf" haben zu wollen und flexibel zu sein. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberver-

Lehrjahrsbeginn: Die Kapitalisten können sich die Industrie-Rekruten frei aussuchen



Ende Juli 1979 waren in der Bundesrepublik 87000 Jugendliche noch ohne Lehrstelle. 453000 Jugendliche hatten sich beim Arbeitsamt als suchend gemeldet, 426000 Ausbildungsplätze haben die Kapitalisten angeboten. Im Juli waren 68502 Jugendliche arbeitslos gemeldet. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren im Mai 5434 unter 20 Jahren beschäftigt. Der Minister für Bildung und Wissenschaft Schmude fordert die Jugendlichen auf, nicht nur den „Traumberuf" haben zu wollen und flexibel zu sein. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände unterstützt das. Bild: Kasernenmäßiges Erlernen industrieller Grundfertigkeiten, um danach auszulesen.

Ungarische Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung

Verstärkte Rivalität der Imperialisten um Ungarn / Strauß und Schmidt dabei

z.krk. Die ungarische Presse konnte gar nicht genug Berichte über die „Besonnenheit" der ungarischen Arbeiterklasse bringen, mit der sie angeblich auf die für den 23.7. von der Bourgeoisie verordneten Preiserhöhungen reagierte (s. KVZ 33/79). Es kam aber doch anders. Belegschaften in Budapest und der Industriestadt Miskolc sollen die Arbeit niedergelegt haben, darunter im größten ungarischen Metallbetrieb Csepel. Es gibt Berichte über Handzettel, die in Budapest verteilt wurden und über Parolen an den Häuserwänden gegen die Preiserhöhungen. Am 15.8. brannte der zweite und achte Stock des Luxushotels Intercontinental – nicht durch Zufall, wird in Budapest erzählt.

Es sind nicht nur die Preiserhöhungen, gegen die sich die Rebellion der ungarischen Arbeiterklasse richtet. Sozialimperialisten, westliche Imperialisten und die eigene Profitgier diktierten der neuen Bourgeoisie in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbeutung und Verschärfung der Unterdrückung. (Ungarns Handelsbilanzdefizit betrug 1977: 20 Mrd. Forint (Ft), 1978: 50 Mrd. Ft, 1977 wurden 40% der Deviseneinnahmen zur Tilgung der Schulden an die westlichen Imperialisten aufgewandt.)

In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Werktätigen um 17000 gesenkt worden. 15% der Budapester Betriebe kündigten Entlassungen und die weitere Reduzierung der Belegschaften an. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist eingeschränkt, bzw. aufgehoben worden: Arbeiter, die in einem Jahr öfters ihren Arbeitsplatz wechseln, können nur durch die Zwangsvermittlung eine neue Arbeit finden und das nur in der jeweils untersten Lohngruppe. Es gibt keine Tarifverträge, Csepel zahlte im letzten Jahr weder eine „Gewinnbeteiligung" (entspricht dem 13. Monatsgehalt), noch eine Lohnerhöhung im ersten Halbjahr 1979.

Die Gewerkschaften sind staatliche Zwangsorganisationen, selbst Vorreiter der Einführung von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Ohne diese elementare Klassenorganisation hat die Arbeiterklasse große Schwierigkeiten, ihren Widerstand zu entfalten. Er war bis jetzt hauptsächlich individuell: von 260 staatsfeindlichen Delikten 1978 waren 96% „staatsfeindliche Hetze, begangen in trunkenem Zustand."

Die westdeutsche Presse hat – mit Ausnahme einer Meldung von 14 Zeilen im Spiegel – über den Widerstand gegen die Preiserhöhungen nicht berichtet. Im Gegenteil, sie tat alles, um der ungarischen Bourgeoisie dabei den Rücken zu stärken. (Siehe stern 32/79: „Genieße Genosse", ein Bericht über die fast paradiesischen Zustände in Ungarn.) Die westlichen Imperialisten verschärfen ihre Rivalität mit der Sowjetunion um die Vorherrschaft in Ungarn. Carter griff vor einigen Wochen die Verletzung der Menschenrechte in den RGW-Staaten an. Ungarn blieb dabei unerwähnt. Inzwischen laufen Verhandlungen zur Gründung einer Bank westlicher Imperialisten in Budapest, strittig sind dabei nur noch Fragen der ungarischen Garantien für die Investitionen. An der Bank ist die BRD zwar nicht beteiligt. Aber um die westdeutschen Interessen sicherzustellen, reist Schmidt im nächsten Monat nach Budapest. Mehrere hundert Kooperationsverträge sind die Grundlage, auf der er wird aufbauen wollen.

Die Arbeiter aller Nationalitäten in den USA festigen ihre Einheit



Solidaritätsveranstaltung des Autoarbeiter-Local 1365 in Fremont, Kalifornia mit den 5000 (meist mexikanischen) Farmarbeitern, die seit 8 Monaten für 5,15 $ Mindestlohn u.a. streiken. – 3000 $ haben die Autoarbeiter Streikunterstützung gesammelt. – Es spricht UFW-Präsident Cesar Chavez.

z.gek. **Horst Ehmke, nach Markenzeichen „einst Vertrauter und Minister Brandts" und „Professor der demokratischen Linken", wirft in Springers „Welt" die Frage auf: Was ist des Deutschen Vaterland?** Es handelt sich um den Vorabdruck aus einem Sammelband, den der Professor für kritische Theorie Habermas herausgibt: „Anmerkungen zu geistigen Situationen der Zeit", in bewußter Anlehnung an eine Schrift des Philosophen Jaspers von 1931 „Zur geistigen Sitation der Zeit". Die Finanzbourgeoisie der BRD richtet sich für das kommende Jahrzehnt, ganz zu Recht, auf schwere ökonomische und politische Krisen ein und sucht noch nach der geeigneten Politik für erfolgreiche Konterrevolution und Expansion. Strauß wird zur Buchmesse auch mit einem neuen Buch herauskommen, das bedeutungsschwanger „Zur Lage" heißen soll. – Aber Ehmke: ihn drückt vor allem „die deutsche Frage", die ja, vermerkt er stolz, gerade durch die sozialdemokratische Ostpolitik „offengehalten" wurde. Vor interessiert lauschendem stockreaktionärem Publikum ereifert sich Ehmke gegen die Reaktion. „Blut und Eisen schaffen noch keine Nation." Das Bismarcksche Reich (dieses Völkergefängnis!) sei wohl, und das wolle er, der linke Ehmke, gern bezeugen, identisch mit „der geistig-kulturellen Heimat der Deutschen" gewesen. Aber das sei nur eine *äußere* Einheit gewesen, die *innere* Einheit habe gefehlt. Ja, könne man sich denn wundern, wenn angesichts von Sozialistengesetzen etc. der Arbeiterbewegung „die Nation als ein rechter ... Begriff erscheinen" mußte?! Und dann habe die Rechte auch noch in zwei verlorenen Weltkriegen durch „abenteuerliche Politik" die äußere staatliche Einheit „verspielt". – Aber Ehmke sieht neue Perspektiven. „Wir", und da kennt Ehmke keine Klassen mehr, nur noch Deutsche, „würden uns selber moralisch und politisch untreu werden, wenn wir ... die Teilung Deutschlands als letztes Wort deutscher Geschichte annähmen". Aber „was können wir sinnvoll meinen, wenn wir heute als Deutsche von Staat, Volk, Nation und Vaterland sprechen?" Ehmkes Kronzeuge heißt Rudolf Bahro. Der habe gezeigt, daß „drüben" „das System des Sowjetkommunismus als *fremdes* System empfunden wird", ja, daß sich gerade in der DDR „ein stärkeres Nationalbewußtsein erhalten hat als in der Bundesrepublik". Allerdings „keine Sehnsucht nach kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen". Also was? Die Rettung Deutschlands kann heute nur noch von der Sozialdemokratie kommen. „Sie hat aus rechtlosen Proletariern gleichberechtigte Bürger gemacht und damit nicht nur die Demokratie, sondern auch die *Nation* zu Ende gedacht." – Die Nation als das eigentliche und letzte Ziel der Arbeiterbewegung. Kaiserhymne für Kanzler Schmidt! Schade nur, daß diese sozialdemokratisch-nationale Wassersuppe den Arbeitern *zu dünn* ist.

dern, wenn angesichts von Sozialistengesetzen etc. der Arbeiterbewegung „die Nation als ein rechter ... Begriff erscheinen" mußte?! Und dann habe die Rechte auch noch in zwei verlorenen Weltkriegen durch „abenteuerliche Politik" die äußere staatliche Einheit „verspielt". – Aber Ehmke sieht neue Perspektiven. „Wir", und da kennt Ehmke keine Klassen mehr, nur noch Deutsche, „würden uns selber moralisch und politisch untreu werden, wenn wir ... die Teilung Deutschlands als letztes Wort deutscher Geschichte annähmen". Aber „was können wir sinnvoll meinen, wenn wir heute als Deutsche von Staat, Volk, Nation und Vaterland sprechen?" Ehmkes Kronzeuge heißt Rudolf Bahro. Der habe gezeigt, daß „drüben" „das System des Sowjetkommunismus als *fremdes* System empfunden wird", ja, daß sich gerade in der DDR „ein stärkeres Nationalbewußtsein erhalten hat als in der Bundesrepublik". Allerdings „keine Sehnsucht nach kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen". Also was? Die Rettung Deutschlands kann heute nur noch von der Sozialdemokratie kommen. „Sie hat aus rechtlosen Proletariern gleichberechtigte Bürger gemacht und damit nicht nur die Demokratie, sondern auch die *Nation* zu Ende gedacht." – Die Nation als das eigentliche und letzte Ziel der Arbeiterbewegung. Kaiserhymne für Kanzler Schmidt! Schade nur, daß diese sozialdemokratisch-nationale Wassersuppe den Arbeitern *zu dünn* ist.

z.reb. **Mit verschiedenen Gesetzesinitiativen will das Verteidigungsministerium die Ausnutzung der Soldaten steigern.** Die Erschwerniszulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (Wachdienst, Rufbereitschaft zählen nicht dazu) wurde per 1.8. für den besonders schwer zu besetzenden Dienst an Sonn- und Feiertagen und an den Samstagen vor Ostern, Pfingsten und am 24. und 31.12. von DM 0,75 auf DM 1,25 pro Stunde ange„hoben". Für Nachtdienst und Dienst am Samstag nach 13 Uhr bleibt es bei 0,75 DM. Durch eine Änderung des Soldatengesetzes soll die Dienstaltersgrenze für Kampfbeobachter in Strahlenflugzeugen ebenso wie bisher die für Piloten auf 41 Jahre (bisher 53) herabgesetzt werden. „Medizinisch nicht mehr einsatzfähig" ist der Grund für die frühe Pensionierung mit entsprechend niedrigeren Bezügen. Verlängert werden von 15 auf 20 Jahre soll hingegen die Dienstzeit für Sanitätsoffiziere auf Zeit, die neben der Universitätsausbildung noch Fortbildungsveranstaltungen besuchen, welche auf die Dienstzeit nicht angerechnet werden.

z.frb. **Die Bundesregierung hat am 15. August einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Bauern unter die Einkommensbesteuerung zwingen soll.** Ein dreistufiges Verfahren wurde ausgeknobelt. Kleinere Betriebe – es sollen rund 570000 mit bis etwa 20 ha werden – sollen nach Durchschnittssätzen besteuert werden. Diese gab es bisher schon, aber sie sind so verändert, daß sich die Regierung eine Erfassungsquote für die Steuer von 80% statt bisher 20% verspricht. Für mittlere Betriebe – ca. 130000 – soll eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit genauen Nachweisen verlangt werden. Größeren Betrieben schließlich – ca. 140000 über 30 ha – soll vollständige Buchführungspflicht auferlegt werden. Rund 440 Mio. DM müssen die Bauern an Grundsteuer zahlen, 70% aber konnte die Regierung zur Erhebung der Einkommenssteuer nicht unter Kontrolle bekommen.



z.gab. **Am 21.8. begann die Konferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) zur „Verkürzung der Arbeitszeit" in Genf.** Rund 100 Funktionäre von Metallarbeitergewerkschaften aus 30 Ländern beraten dort über eine weltweite Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, die der IMB einleiten will. In zahlreichen Ländern führt die Arbeiterklasse den Kampf zur Einschränkung des Arbeitstages, um die Kapitalisten zur Einhaltung des 8-Stundentags zu zwingen und den 7-Stundentag durchzusetzen. In gleichem Maße, wie dieser Kampf der nationalen Arbeiterbewegungen an Stärke gewinnt, wächst der Drang, diese verschiedenen Kämpfe in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. Dies ist die Grundlage der geplanten Kampagne des IMB. Die offizielle Begründung, wie sie die Sozialdemokraten in der Führung des IMB veröffentlichen ließen, lautet dagegen: „eine erhebliche Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen ... und den drohenden Verlust von Millionen von Arbeits-



z.gab. **Am 21.8. begann die Konferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) zur „Verkürzung der Arbeitszeit" in Genf.** Rund 100 Funktionäre von Metallarbeitergewerkschaften aus 30 Ländern beraten dort über eine weltweite Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, die der IMB einleiten will. In zahlreichen Ländern führt die Arbeiterklasse den Kampf zur Einschränkung des Arbeitstages, um die Kapitalisten zur Einhaltung des 8-Stundentags zu zwingen und den 7-Stundentag durchzusetzen. In gleichem Maße, wie dieser Kampf der nationalen Arbeiterbewegungen an Stärke gewinnt, wächst der Drang, diese verschiedenen Kämpfe in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. Dies ist die Grundlage der geplanten Kampagne des IMB. Die offizielle Begründung, wie sie die Sozialdemokraten in der Führung des IMB veröffentlichen ließen, lautet dagegen: „eine erhebliche Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen ... und den drohenden Verlust von Millionen von Arbeits-
plätzen durch den technischen Fortschritt aufzufangen." Besonders Loderer, derzeitiger Präsident des IMB, versucht die im IMB zusammengeschlossenen Metallarbeitergewerkschaften auf dies reformistische Stroh einzuschwören. Nicht Vereinheitlichung der Kämpfe der Arbeiterklasse, sondern das gerade Gegenteil, die Konkurrenz der Kapitalisten dieser Kampagne überzustülpen, wäre das Ergebnis. Die Kämpfe der nationalen Gewerkschaften zu stärken, ist aber gerade der Zweck des Zusammenschlusses der Metallarbeitergewerkschaften im IMB, der heute über 14 Millionen Metallarbeiter umfaßt. Während der vergangenen Jahre organisierten die im IMB zusammengeschlossenen Metallarbeitergewerkschaften die weltweite Unterstützung zahlreicher Streiks für Tarifverträge, Lohnerhöhungen u.ä. – sie organisierten die Unterstützung des Streiks der spanischen Automobilarbeiter gegen Chrysler in Madrid, Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der 6500 streikenden Fordarbeiter in Mexiko, und die US-Stahlarbeitergewerkschaft organisiert seit langem die Unterstützung der Minenarbeiter in Sambia beim Aufbau ihrer Gewerkschaft.

z.elb. **Unter dem Motto „Schaffung von Arbeitsplätzen" ist die EG – bisher erfolglos – bemüht, die Bestimmungen über Nachtarbeit zu „harmonisieren".** In den letzten Jahren haben die Kapitalisten der BRD immer mehr Arbeiter zu Nachtarbeit zwingen können. 1975 lag der Anteil westdeutscher Arbeiter, die zeitweise nachts arbeiten, im Vergleich der EG-Staaten mit 13,3% an letzter Stelle; Frankreich 14,8%, Großbritannien 16,1%, Italien 14%, Belgien 15,8%, Niederlande 15,4%, Luxemburg 22,6%, Dänemark 19,3%, Irland 21%. Mit einer Verkürzung der Nachtarbeitszeit bei gleichzeitigem Aufheben des Verbots der Nachtarbeit für Frauen sollen umso mehr Arbeiter in diese Form der Ausbeutung gepreßt werden.

z.hek. **Die Kommission der EG, die Überwachungsbehörde für Reaktorsicherheit der USA und die Bundesanstalt für Materialprüfung führten vom 13.8. bis 17.8. in Westberlin den 5. Internationalen Kongreß für Reaktorsicherheit durch.** Der zuständige Kommissar der Europäischen Gemeinschaft, Brunner, forderte in der Eröffnungsansprache die 1300 Wissenschaftler aus 35 Nationen auf, „zu zeigen, daß Kernenergie sicher und billig sei". Im gleichen Atemzug verkündete er, daß allein in der EG in den kommenden 10 Jahren mindestens 1 Billion DM investiert werden müßten, „um von der zu starken Abhängigkeit vom Öl wegzukommen". Daß diese Geldsummen für „sichere und billige Kernenergie" schwerlich allein aus den Volksmassen in den imperialistischen Ländern herauszupressen sind, beschäftigt Bundeskanzler Schmidt in seiner Grußadresse an den Kongreß. Er verlangt eine enge Zusammenarbeit von „Industrieländern und Ländern der Dritten Welt. Diese Zusammenarbeit ermögliche es, die in den einzelnen Ländern zwangsläufig immer begrenzten personellen und finanziellen Mittel mit größerem Effekt einzusetzen." (Tagesspiegel 15.8.) Der Beitrag von Bundesforschungsminister Hauff bestand in der Veröffentlichung einer Studie der „Gesellschaft für Reaktorsicherheit", wonach einmal in 10000 Jahren der Reaktorkern einer Anlage durchschmelzen könne. Zunehmend beschäftigt die Imperialisten die „militärische Einwirkung auf Kernkraftwerke". So auch auf dem Kongreß. Der „Tagesspiegel" meldet etwas verschämt: „So gibt es in verschiedenen Ländern Untersuchungen, in denen Wände von Atomkraftwerken mit speziellen Kanonen und Geschützen getestet werden. Auch in der Bundesrepublik gibt es Versuche mit Kanonen, die solche Testwände – wie im Ernstfall – beschiessen."

z.gih. **Mit einem einzigen Luftfahrt- und Rüstungskonzern will die westdeutsche Bourgeoisie ihre imperialistischen Ziele vorantreiben.** Die beiden Luftfahrtfirmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und die Vereinigten Flugtechnischen Werke (VFW) sollen durch ihren Zusammenschluß den dritten Platz in Europa nach British Aerospace und der französischen Aérospatiale einnehmen. Im Vordergrund der gegenwärtigen Produktion bei MBB steht das Kampfflugzeug Tornado. Aber auch schon die nächste Generation wird vorbereitet: Das taktische Kampflugzeug der neunziger Jahre, „TKF 90", das die amerikanische „Phantom" ablösen soll. VFF ist in der Raumfahrt mit Space-Lab im Geschäft. Und am 18.8.79 jubelte die „Welt": „TV-Satelliten: Europa hängte die USA ab." Gemeint ist ein Satellit, der unter Federführung von MBB entwickelt wird. Alle diese Aktivitäten sollen unter ein Kommando zusammengeschlossen werden, um sie besser nutzen zu können. „Weil auch für die nächsten Jahrzehnte erhebliche Rüstungsaufträge ins Haus stehen und mit dem neuen Flugzeugkonzern ein leistungsfähiger Partner geboren wird ..., ein Konzern, der mit insgesamt rund 35000 Beschäftigten und 19 Betriebsstätten einen Umsatz von annähernd drei Millionen Mark jährlich repräsentiert." Damit das zügig geht, droht die Bundesregierung: „... wir haben deutlich gemacht, daß wir erwarten, daß angesichts der Hilfe, die wir diesen Firmen geben, diesem Wunsch auch Rechnung getragen wird."

Neues Einstellungsverfahren in NRW:

Statt Regelanfrage lebenslange Probezeit

z.mab. Lob zollte der Kölner Stadtanzeiger der NRW-Landesregierung, die ihre neuen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" jetzt den Gewerkschaften vorlegt, um sie im Herbst, gut placiert zu den Kommunalwahlen, zu verabschieden. Lobenswert für die Bourgeoisie ist, wie die SPD nach Aufhebung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz ein neues Fangnetz für einzustellende Beamte, Angestellte und Arbeiter aufstellt. Nach lückenloser „Prinzipienbelehrung" über Schwur auf den Rechtsstaat sollen sie unterschreiben: „Ich bin mir bewußt, daß beim Verschweigen einer ... Unterstützung (gegen die freiheitliche Grundordnung) der Abschluß des Arbeitsvertrages als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird. Arglistige Täuschung führt zur Anfechtung des Arbeitsvertrages" (zit. nach Neue Deutsche Schule 16/79 S.344).

Statt bürokratischer, kostspieliger Überwachung gezieltere, sofort durchschlagende Regelungen; da man sich durch „... ausufernde Überprüfungspraxis (keine) Gewißheit ... verschaffen kann, wie Menschen sich in zehn oder zwanzig Jahren verhalten ...", muß Gewißheit her, ob jemand „konkret in seinen Handlungen gegen wichtige Prinzipien unserer Rechtsordnung verstößt". So Koschnik's Devise in der FAZ vom 3.7.79, die von seinen Düsseldorfer Kumpanen meisterhaft angewandt wird: aus vermeintlichem Zukkerbrot, dem Wegfall der *Regel*anfrage beim Verfassungsschutz, wird die Peitsche, lebenslange Probezeit, gebastelt. Die unterschriebene Erklärung soll als Damoklesschwert über die „Rechtsstaatlichkeit aller Bestrebungen" des Bewerbers wachen, bei Verstoß in juristischer Gestalt des „Einstellungsbetrugs" sofort zuschlagen. Ergänzend zu dieser „liberalisierten" Dauerüberwachung wird, wie in NRW-Lehrerseminaren schon begonnen, die Dienstaufsicht zentralisiert und ausgebaut, um die Breitenwirkung dieser Reform auf die Bewegung gegen Lohnsenkung und Entrechtung im Öffentlichen Dienst zu erhöhen. Die langjährigen Erfahrungen der Arbeiterbewegungen mit christlichem und sozialliberalem Ausbau der staatlichen Unterdrückung sollte reichen, dem Wahlkampfwechselspiel zwischen CDU-Regelanfragebefürwortern und SPD-Reformern ihre selbständigen Forderungen entgegenzuhalten.



4000–5000 Lehrer demonstrierten am 29.6. in Wiesbaden für die 40-Stundenwoche. Sie fordern: Ab 1.9. eine Pflichtstunde weniger!

UNO-Wissenschaftskonferenz: Die Erinnerung an Manila ist wach

z.anb. Wien. Forschungsminister Volker Hauff ergriff am ersten Tag der Plenardebatte der UNO-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (UNCSTD) das Wort, um die Vorstellungen seiner Regierung zum Thema zu erläutern: „Kooperation in bezug auf die Zusammenarbeit bei der Errichtung und Ausweitung einer *autonomen wissenschaftlichen Infrastruktur* in der Dritten Welt, verstärkte Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (in der BRD) auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, Förderung bilateraler und multilateraler Kooperation mit denselben, Abbau der Informationskluft über Ergebnisse der Forschung und Entwicklung, die für die Lösung von Problemen der Entwicklungsländer maßgeblich sind." (UNCSTD Plenarprotokoll, 21.8.79)

Hauff nennt das „Innovation" der Beziehungen zwischen Nord und Süd. Und er liegt damit auf der Linie der „Änderungsanträge", die die US-Imperialisten gegen das Aktionsprogramm der Gruppe der 77 vorgelegt haben. Der Entwurf dieses Aktionsprogramms ist zur Zeit Gegenstand der Beratungen in den Ausschüssen der Plenarversammlung, in deren Verlauf

verfahren und ihre Anwendung. Dieses Monopol kann nur durch *politische* Maßnahmen gebrochen werden. Denn zweifellos ist es nicht so, daß die Länder der 3. Welt auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse, wenngleich in den imperialistischen Metropolen nur durch den Stachel der Konkurrenz auf dem Weltmarkt vorangetrieben, verzichten können.

Die Fesselung der Produktivkräfte durch jahrhundertelange koloniale Ausbeutung, die Verstümmelung der produktiven Fähigkeiten der unter dem Joch imperialistischen Kapitals ausgebeuteten Arbeiter in der Dritten Welt, die Ruinierung ihrer Bauern und damit der landwirtschaftlichen Produktion als Basis und schließlich die Ausplünderung und Erpressung der Dritten Welt beim Kauf von Patenten, Lizenzen mit daran gekoppelten „Bedingungen" wie Exportverbot für die produzierten Waren, all das versuchen die Imperialisten auf der gegenwärtigen Konferenz unter einem Berg von „engagierten" Fragen, unter „Alternativem", Buntem, „Wissenschaftlichem" zu verbergen.

Nimmt man den Entwurf der Länder der Dritten Welt für das Aktions-

Dritten Welt, ihrer Zusammenarbeit und Kooperation, was schon das Zustandekommen dieser Weltkonferenz belegt. Die Länder der Dritten Welt bestimmen selbst, was für ihre nationale Wirtschaft förderlich ist. Daß es hierüber unterschiedliche politische Auffassungen gibt, wird nicht bestritten, doch eines entschieden bekämpft: hinter dem Vorwand, darüber *zu entscheiden*, ob die Regierung eines unabhängigen Staates der Dritten Welt eine „gerechte, den Interessen der Bevölkerung dienende" Politik verfolgt, verstecken die Imperialisten und vor allem die Supermächte hartnäckige Vorstöße der neokolonialen Einnistung. Das allerdings hat nichts mit der Lösung von Widersprüchen im Aufbau nationaler Wirtschaften zu tun, sondern ist dessen gerades Gegenteil. So hält das Aktionsprogramm in dieser Frage den Hauptwiderspruch zwischen dem Imperialismus und der Dritten Welt als entscheidend fest.

Es erteilt der „Interdependenz" zwischen „Nord und Süd" eine Absage: es fordert die Einrichtung eines Finanzierungsfonds, vergleichbar dem UNCTAD-Rohstoffonds, in den die Imperialisten bis 1985 jährlich 2 Mrd.

UNO-Wissenschaftskonferenz: Die Erinnerung an Manila ist wach

z.anb. Wien. Forschungsminister Volker Hauff ergriff am ersten Tag der Plenardebatte der UNO-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (UNCSTD) das Wort, um die Vorstellungen seiner Regierung zum Thema zu erläutern: „Kooperation in bezug auf die Zusammenarbeit bei der Errichtung und Ausweitung einer *autonomen wissenschaftlichen Infrastruktur* in der Dritten Welt, verstärkte Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (in der BRD) auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, Förderung bilateraler und multilateraler Kooperation mit denselben, Abbau der Informationskluft über Ergebnisse der Forschung und Entwicklung, die für die Lösung von Problemen der Entwicklungsländer maßgeblich sind." (UNCSTD Plenarprotokoll, 21.8.79)

Hauff nennt das „Innovation" der Beziehungen zwischen Nord und Süd. Und er liegt damit auf der Linie der „Änderungsanträge", die die US-Imperialisten gegen das Aktionsprogramm der Gruppe der 77 vorgelegt haben. Der Entwurf dieses Aktionsprogramms ist zur Zeit Gegenstand der Beratungen in den Ausschüssen der Plenarversammlung, in deren Verlauf inzwischen die Fronten offen aufgebrochen sind.

Untersucht man die „Vorschläge" Hauffs auf ihren materiellen Kern, so bleibt als wesentlicher Inhalt die Aufrechterhaltung des Monopols der Imperialisten über Technologie und Wissenschaft, über moderne Produktionsverfahren und ihre Anwendung. Dieses Monopol kann nur durch *politische* Maßnahmen gebrochen werden. Denn zweifellos ist es nicht so, daß die Länder der 3. Welt auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse, wenngleich in den imperialistischen Metropolen nur durch den Stachel der Konkurrenz auf dem Weltmarkt vorangetrieben, verzichten können.

Die Fesselung der Produktivkräfte durch jahrhundertelange koloniale Ausbeutung, die Verstümmelung der produktiven Fähigkeiten der unter dem Joch imperialistischen Kapitals ausgebeuteten Arbeiter in der Dritten Welt, die Ruinierung ihrer Bauern und damit der landwirtschaftlichen Produktion als Basis und schließlich die Ausplünderung und Erpressung der Dritten Welt beim Kauf von Patenten, Lizenzen mit daran gekoppelten „Bedingungen" wie Exportverbot für die produzierten Waren, all das versuchen die Imperialisten auf der gegenwärtigen Konferenz unter einem Berg von „engagierten" Fragen, unter „Alternativem", Buntem, „Wissenschaftlichem" zu verbergen.

Nimmt man den Entwurf der Länder der Dritten Welt für das Aktionsprogramm zur Hand, verschwindet die „Komplexität" des Themas und an die Stelle der „Zukunftsfragen der Menschheit", wie es die Imperialisten zwecks Frontbereinigung neutralisieren, treten klare Forderungen:

Technologie und Wissenschaft im Dienste der Entwicklung ist zuallererst Sache der selbständigen Initiative der Dritten Welt, ihrer Zusammenarbeit und Kooperation, was schon das Zustandekommen dieser Weltkonferenz belegt. Die Länder der Dritten Welt bestimmen selbst, was für ihre nationale Wirtschaft förderlich ist. Daß es hierüber unterschiedliche politische Auffassungen gibt, wird nicht bestritten, doch eines entschieden bekämpft: hinter dem Vorwand, darüber *zu entscheiden*, ob die Regierung eines unabhängigen Staates der Dritten Welt eine „gerechte, den Interessen der Bevölkerung dienende" Politik verfolgt, verstecken die Imperialisten und vor allem die Supermächte hartnäckige Vorstöße der neokolonialen Einnistung. Das allerdings hat nichts mit der Lösung von Widersprüchen im Aufbau nationaler Wirtschaften zu tun, sondern ist dessen gerades Gegenteil. So hält das Aktionsprogramm in dieser Frage den Hauptwiderspruch zwischen dem Imperialismus und der Dritten Welt als entscheidend fest.

Es erteilt der „Interdependenz" zwischen „Nord und Süd" eine Absage: es fordert die Einrichtung eines Finanzierungsfonds, vergleichbar dem UNCTAD-Rohstoffonds, in den die Imperialisten bis 1985 jährlich 2 Mrd. Dollar, ab 1985 4 Mrd. einzahlen sollen. Die politische Kontrolle über die Verwendung der Finanzmittel soll einer neu zu gründenden Koordinierungsstelle der UNO überantwortet werden, die direkt der Generalversammlung untersteht. Für Volker Hauff und seinesgleichen ein vollends „unkonstruktiver" Vorschlag.

Ohne Einmischung der Supermächte kann der innere Konflikt in Iran beigelegt werden

z.scc. Wird Iran und werden die Kurden in Iran die leidvollen Erfahrungen der bisherigen Kurdenkriege vor allem in Irak wiederholen? Nach dem Waffenstillstand von März, der die Einsetzung einer kurdischen Verwaltung zur Vorbereitung der Autonomie einschloß, sind in den letzten Wochen erneut bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Kurden und iranischer Armee bzw. Revolutionären Milizen ausgebrochen. „Der Bürgerkrieg ist in Gang gekommen", reibt sich Peter Scholl-Latour im ZDF (19.8.) die Hände, „und die Gefahr ist riesengroß für den Iran."

Die iranischen Kurden fordern Autonomie im Rahmen der nationalen Einheit des Iran. Die iranische Regierung unterdrückt ihr Recht auf Selbstbestimmung durch planmäßige Verlegung nicht-kurdischer Milizen und Truppen nach Kurdistan. Mehr noch. Nach dem Ausbruch der jüngsten Kämpfe mobilisierte Ayatollah Khomeiny die kleinbürgerlich-religiöse Massenbewegung zum „Krieg gegen die Kurden", gegen dieselben Kurden, die erst vor wenigen Monaten Seite an Seite mit den iranischen Arbeitern und Bauern, mit den anderen nationalen Minderheiten, das Schahregime gestürzt und der imperialistischen Herrschaft über Iran einen schweren Schlag versetzt haben. Wer könnte aus diesem Konflikt Nutzen ziehen?

Zu Recht greift die iranische Regierung, greift die revolutionäre Massenbewegung die Sowjetunion an, durch Förderung separatistischer Bewegungen die nationale Einheit des Iran zu bedrohen, um das Land zu zerstückeln und die Herrschaft über das Golfgebiet zu errichten. Die Drohungen der Sozialimperialisten, die die „nationale Frage in Iran" zu ihrer eigenen Sache erklären, sind ebenso unzweideutig wie ihre konzentrierten Versuche, über die von ihnen hochgepäppelte Tudeh-Partei direkt die Führung der kurdischen Bewegung zu übernehmen, ebenso wie die zum Teil aufgebrachten sowjetischen Waffenlieferungen nach Kurdistan und in die ebenfalls unruhige, vorwiegend von Arabern bewohnte Provinz Chuzestan. Kann aber die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes die sozialimperialistischen Subversionen zurückschlagen? Schafft sie ihnen nicht vielmehr erst Spielraum? Lauert nicht ihrerseits die rivalisierende Supermacht, daß sich die iranische Republik in innere Auseinandersetzungen verstrickt, um sie zu stürzen – die Kräfte der Konterrevolution formieren sich bereits – oder ihr ihre „Hilfe" anzubieten? Um so oder so den verlorenen Boden wiedergutzumachen?

Tatsächlich kann nur die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden den Fortschritt der iranischen

schaft über Iran einen schweren Schlag versetzt haben. Wer könnte aus diesem Konflikt Nutzen ziehen?

Zu Recht greift die iranische Regierung, greift die revolutionäre Massenbewegung die Sowjetunion an, durch Förderung separatistischer Bewegungen die nationale Einheit des Iran zu bedrohen, um das Land zu zerstückeln und die Herrschaft über das Golfgebiet zu errichten. Die Drohungen der Sozialimperialisten, die die „nationale Frage in Iran" zu ihrer eigenen Sache erklären, sind ebenso unzweideutig wie ihre konzentrierten Versuche, über die von ihnen hochgepäppelte Tudeh-Partei direkt die Führung der kurdischen Bewegung zu übernehmen, ebenso wie die zum Teil aufgebrachten sowjetischen Waffenlieferungen nach Kurdistan und in die ebenfalls unruhige, vorwiegend von Arabern bewohnte Provinz Chuzestan. Kann aber die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes die sozialimperialistischen Subversionen zurückschlagen? Schafft sie ihnen nicht vielmehr erst Spielraum? Lauert nicht ihrerseits die rivalisierende Supermacht, daß sich die iranische Republik in innere Auseinandersetzungen verstrickt, um sie zu stürzen – die Kräfte der Konterrevolution formieren sich bereits – oder ihr ihre „Hilfe" anzubieten? Um so oder so den verlorenen Boden wiedergutzumachen?

Tatsächlich kann nur die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden den Fortschritt der iranischen
Revolution gewährleisten und eine Quelle jahrzehntelanger imperialistischer Einmischung und Unterdrückung der Völker des Iran, des Irak und der Türkei beseitigen.

Rund zehn Millionen Kurden, ein den Persern verwandtes Volk, leben in der Türkei, in Irak, Syrien, Iran, der Sowjetunion. Einst Nomaden, sind die meisten heute Bauern, die dem kargen Gebirgsland Getreide, Tabak, Obst und Gemüse abringen. Die kurdischen Provinzen sind reich an Bodenschätzen, vor allem Öl. Aber nicht nur diese Reichtümer sind der Grund, aus dem die verschiedenen imperialistischen Mächte seit Jahrhundertbeginn dem „Kurdenproblem" ihre unheilvolle Aufmerksamkeit widmen.

1920 diktieren die britischen Imperialisten der *Türkei*, zwecks Schaffung eines direkten Einflußgebietes, die „Autonomie" Kurdistans. Zwar durchkreuzt die Demokratische Revolution 1923 die beabsichtigte Zerstückelung der Türkei; aufgrund der anhaltenden Unterdrückung der kurdischen Minderheit aber festigen die Imperialisten ihren Einfluß auf die Kurdenbewegung und fördern unverhüllt mehrere Aufstände, die die Zentralregierung erschüttern und gegenüber ihren Infiltrationsversuchen schwächen.

Wie in der Türkei bleibt auch in *Irak* die nationale Bewegung der Kurden bis in die jüngere Zeit unter Führung feudaler Stammesfürsten und Großgrundbesitzer wie Barzani und damit Spielball der imperialistischen Politik des „Teile und herrsche". Fast 40 Jahre lang verstehen es die britischen Imperialisten, nach dem ersten Weltkrieg zur Mandatsmacht ernannt, abwechselnd die Kurden gegen die von ihnen eingesetzte Regierung in den Krieg zu jagen und dann diese, unterstützt durch britische Luftwaffengeschwader, zur Niederschlagung der Aufstände zu treiben. Als die Zeit ihrer Herrschaft in Irak 1958 – auf dem Höhepunkt der revolutionären Volkserhebung ergreifen national-bürgerliche Kräfte unter Kassem die Regierung – abläuft, spielen sie erneut die „kurdische Karte". Kurz nachdem die Kassem-Regierung die britischen Truppen des Landes verwiesen, die Mitgliedschaft im Bagdad-Pakt (Cento-Pakt) und den Militärvertrag mit den USA gekündigt und unmittelbar, nachdem sie die Erdölförderung verstaatlicht hat, ruft Barzani, der aus seinen guten Beziehungen mit britischen und US-Imperialisten keinen Hehl macht, zum Krieg gegen die Regierung. Während dieses Krieges gewinnen die Sozialimperialisten in Irak an Einfluß, den sie nutzen und ausbauen, indem nun sie nach guter alter imperialistischer Tradition mal die irakische Regierung offen zur Unterdrückung der Kurdenaufstände auffordern, mal die irakische Regierung der „Diktatur" bezichtigen und die Kurden mit Waffen unterstützen. Währenddes die US-Imperialisten versuchen, über eine Unterstützung Barzanis durch den Iran im Geschäft zu bleiben. Der dankt: Obwohl von den arabischen Staaten aufgefordert, sich am Kampf gegen die imperialistisch-zionistische Aggression 1967 zu beteiligen, weigert er sich; andere Kurdenführer bekunden offen ihre „Solidarität mit Israel gegen die Araber." Erst 1975, beim dritten Versuch, gelingt es nicht zuletzt durch Vermittlung der arabischen Staaten, den Konflikt durch eine Autonomieregelung für die Kurden beizulegen.

Die kurdischen Arbeiter und Bauern des Iran haben, trotz der „Unterstützung" des Iran für die irakischen Kurden, bis auf eine kurze Zeit der Schwankung am Kampf gegen das Schahregime festgehalten. Anders als die irakischen Kurden, deren Führer die Forderungen der Bauern unterdrückten, haben sie seit Mitte der 60er Jahre den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht dem Kampf zum Sturz des Schahregimes und für Agrarreform untergeordnet. Daß sie sich heute nicht nur für ihr Selbstbestimmungsrecht, sondern auch für die Durchführung der Agrarreform erheben, wird es ihnen ermöglichen, ihre falschen Freunde zu erkennen und sich ihrer zu entledigen. Was die Bedingungen für die friedliche Lösung des Konflikts und für den Zusammenschluß mit den iranischen Volksmassen zur Fortsetzung der nationaldemokratischen Revolution erheblich verbessert.



lang verstehen es die britischen Imperialisten, nach dem ersten Weltkrieg zur Mandatsmacht ernannt, abwechselnd die Kurden gegen die von ihnen eingesetzte Regierung in den Krieg zu jagen und dann diese, unterstützt durch britische Luftwaffengeschwader, zur Niederschlagung der Aufstände zu treiben. Als die Zeit ihrer Herrschaft in Irak 1958 – auf dem Höhepunkt der revolutionären Volkserhebung ergreifen national-bürgerliche Kräfte unter Kassem die Regierung – abläuft, spielen sie erneut die „kurdische Karte". Kurz nachdem die Kassem-Regierung die britischen Truppen des Landes verwiesen, die Mitgliedschaft im Bagdad-Pakt (Cento-Pakt) und den Militärvertrag mit den USA gekündigt und unmittelbar, nachdem

Schwankung am Kampf gegen das Schahregime festgehalten. Anders als die irakischen Kurden, deren Führer die Forderungen der Bauern unterdrückten, haben sie seit Mitte der 60er Jahre den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht dem Kampf zum Sturz des Schahregimes und für Agrarreform untergeordnet. Daß sie sich heute nicht nur für ihr Selbstbestimmungsrecht, sondern auch für die Durchführung der Agrarreform erheben, wird es ihnen ermöglichen, ihre falschen Freunde zu erkennen und sich ihrer zu entledigen. Was die Bedingungen für die friedliche Lösung des Konflikts und für den Zusammenschluß mit den iranischen Volksmassen zur Fortsetzung der nationaldemokratischen Revolution erheblich verbessert.



Kurdische Bauern im Grenzgebiet zwischen Iran und Irak



Die PLO ist eng mit den palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten verbunden. Bild: Generalstreik in Ramallah (Westjordanien), 15. Mai

Neueste Intrige der USA gegen die PLO und die arabische Nation vorerst gescheitert

z.zik. Wenige Tage, nachdem der Palästinensische Zentralrat auf seiner Sitzung vom 8. – 10. August beschloß, jegliche UN-Sicherheitsratsresolution abzulehnen, die nicht ausdrücklich einen palästinensischen Staat fordert und die PLO „als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes" anerkennt, mußte Young, UNO-Botschafter der US-Imperialisten, seinen Hut nehmen. Diesmal ist er, der sich rühmt, er habe „einen Fuß in Türen der Dritten Welt bekommen, die seit Jahren für amerikanische Diplomaten verschlossen waren", an der Geschlossenheit des palästinensischen Volkes gründlich gescheitert.

Young hatte seit Mitte Juli gegen die Vorbereitung einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates über die Palästina-Frage durch die Länder der Dritten Welt intrigiert. Diese Sitzung war von der letzten UNO-Generalversammlung gefordert worden und sollte Ende Juli stattfinden. Einige arabische Länder hatten dazu eine Resolution vorbereitet, in der das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und Errichtung eines unabhängigen Staates bekräftigt und Israel verurteilt wird. Young versuchte im Auftrag Carters, die Vertreter der arabischen Staaten zur Vorlage einer Resolution zu bringen, deren Kern die Forderung nach einem „Homeland" – ähnlich den berüchtigten Homelands in Südafrika – für die Palästinenser und die Anerkennung der Resolution 242 des Sicherheitsrates von 1967 sein sollte. In dieser Resolution 242 wird die Existenz „jeden Staates in der Region garantiert", also gerade des Zionistenstaates, das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Nation wird als Flüchtlingsproblem behandelt. Die PLO hatte diese Resolution nie akzeptiert.

Außer einer Verschiebung der Sitzung hatte Young im Juli nicht erreicht, was er wollte. Nach diesem Mißerfolg versuchten die US-Imperialisten, durch eine Änderung der Reso-

schlossenheit des palästinensischen Volkes gründlich gescheitert.

Young hatte seit Mitte Juli gegen die Vorbereitung einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates über die Palästina-Frage durch die Länder der Dritten Welt intrigiert. Diese Sitzung war von der letzten UNO-Generalversammlung gefordert worden und sollte Ende Juli stattfinden. Einige arabische Länder hatten dazu eine Resolution vorbereitet, in der das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und Errichtung eines unabhängigen Staates bekräftigt und Israel verurteilt wird. Young versuchte im Auftrag Carters, die Vertreter der arabischen Staaten zur Vorlage einer Resolution zu bringen, deren Kern die Forderung nach einem „Homeland" – ähnlich den berüchtigten Homelands in Südafrika – für die Palästinenser und die Anerkennung der Resolution 242 des Sicherheitsrates von 1967 sein sollte. In dieser Resolution 242 wird die Existenz „jeden Staates in der Region garantiert", also gerade des Zionistenstaates, das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Nation wird als Flüchtlingsproblem behandelt. Die PLO hatte diese Resolution nie akzeptiert.

Außer einer Verschiebung der Sitzung hatte Young im Juli nicht erreicht, was er wollte. Nach diesem Mißerfolg versuchten die US-Imperialisten, durch eine Änderung der Reso-
lution 242 – die Bezeichnung Flüchtlinge sollte geändert werden – die PLO von ihrem historischen Ziel, der Zerschlagung des Staates Israel und der Errichtung eines demokratischen Palästina, abzubringen. Young wurde losgeschickt zum Vertreter der PLO bei der UNO, um die PLO nach besagter Änderung zur Zustimmung zu der Resolution 242 zu bewegen. Eine Zustimmung hätte die Anerkennung des Zionistenstaates bedeutet, eine Spaltung der PLO wäre die Folge davon gewesen. Die arabische Nation wäre ihrer Speerspitze im Kampf gegen die Imperialisten beraubt worden.

Die Zerschlagung der PLO ist – bei aller Rivalität um den Zugriff auf die Ölquellen am Golf – das gemeinsame Ziel aller Imperialisten. So setzten die westeuropäischen Imperialisten ihrerseits die Sozialistische Internationale mit Brandt und Kreisky in Gang und kurz darauf Möllemann, um bei Yassir Arafat die Lage zu sondieren. Die Sozialimperialisten setzten bereits im Juni den Vorsitzenden der revisionistischen libanesischen KP im selben Sinne ein und ließen in ihrer Presse verbreiten, die Resolution 242 enthalte „die Leitprinzipien über eine Regelung im Nahen Osten".

Während sie so an der diplomatischen Front alle Register ziehen, um die PLO und die Front der arabischen Nation zu spalten, rüsten die imperialistischen Mächte weiter gegen die arabischen Staaten: Die USA bauen jetzt den britischen Stützpunkt auf Zypern aus; die Sowjetunion baut ihre Stützpunkte in Südjemen aus, insbesondere durch den Bau eines Hafens für Unterseeboote; die westeuropäischen Imperialisten erörtern derzeit eine „Strategie östlich von Suez" für die NATO, gestützt hauptsächlich auf eigene Interventionstruppen aller verbündeten Imperialisten und die französische Flotte im Indischen Ozean.

Der Beschluß des Zentralrates der PLO, keiner Resolution zuzustimmen, die nicht die Rechte der palästinensischen Nation anerkennt, hat die Hoffnungen der Imperialisten auf Erfolg ihrer Intrigen vorerst gedämpft. Der Zentralrat der PLO ist im Gegenteil in die Initiative gegangen und hat beschlossen, „eine Offensive an allen Fronten" durchzuführen. Erste Erfolge an der diplomatischen Front sind die Zusagen der Türkei und Griechen-

mit Brandt und Kreisky in Gang und kurz darauf Möllemann, um bei Yassir Arafat die Lage zu sondieren. Die Sozialimperialisten setzten bereits im Juni den Vorsitzenden der revisionistischen libanesischen KP im selben Sinne ein und ließen in ihrer Presse verbreiten, die Resolution 242 enthalte „die Leitprinzipien über eine Regelung im Nahen Osten".

Während sie so an der diplomatischen Front alle Register ziehen, um die PLO und die Front der arabischen Nation zu spalten, rüsten die imperialistischen Mächte weiter gegen die arabischen Staaten: Die USA bauen jetzt den britischen Stützpunkt auf Zypern aus; die Sowjetunion baut ihre Stützpunkte in Südjemen aus, insbesondere durch den Bau eines Hafens für Unterseeboote; die westeuropäischen Imperialisten erörtern derzeit eine „Strategie östlich von Suez" für die NATO, gestützt hauptsächlich auf eigene Interventionstruppen aller verbündeten Imperialisten und die französische Flotte im Indischen Ozean.

Der Beschluß des Zentralrates der PLO, keiner Resolution zuzustimmen, die nicht die Rechte der palästinensischen Nation anerkennt, hat die Hoffnungen der Imperialisten auf Erfolg ihrer Intrigen vorerst gedämpft. Der Zentralrat der PLO ist im Gegenteil in die Initiative gegangen und hat beschlossen, „eine Offensive an allen Fronten" durchzuführen. Erste Erfolge an der diplomatischen Front sind die Zusagen der Türkei und Griechen-
lands, die PLO diplomatisch anzuerkennen und ihr die Eröffnung von Büros in ihren Ländern zuzugestehen.

Carter mußte seine Resolution zurückziehen. Wie weit Genscher kommt, der diese Woche in den Nahen Osten reist, wird man sehen.

---

z.kam. **Gscheidle macht sich für eine „globale europäische Lösung" zur Abschaffung der Autobahngebühren stark.** Italien, Frankreich, Griechenland und Österreich erheben eine z.T. nach der Nutzlast der Fahrzeuge gestaffelte Straßenbenutzungsgebühr. Belgien will ab 1980 Autobahngebühren einführen. Österreich hat im letzten Jahr eine LKW-Sondersteuer für Transittransporte durchgesetzt. Ungarn, die Tschechoslowakei sowie die Schweiz – alles Länder mit einem hohen Anteil an Durchgangsverkehr – zogen nach. Die BRD-Kapitalisten müssen für ihren Warenexport in anderen Ländern zahlen. Die westdeutschen Autobahnen – über die 1977 40 Mio. Tonnen Güter im Wert von 90 Mrd. DM aus europäischen Ländern rollten – sind hingegen kostenfrei. Der westdeutsche Anteil am europäischen LKW-Gütertransport betrug 1977 im Durchschnitt 37%, im Verkehr mit Frankreich und Luxemburg sogar über die Hälfte. Der grenzüberschreitende Straßengüterverkehr der BRD ist von 1970 – 77 um das 2,5fache gestiegen. Die BRD-Kapitalisten haben also Interesse an kostenloser Straßenbenutzung.

z.reb. **Am Amtsgericht Frankfurt hat sich ein Richter geweigert, eine Ehe zu scheiden, weil die Eltern sich gegen die Schnüffelei des Jugendamtes in ihrer Kindeserziehung wehrten.** Die Eltern lebten bereits seit mehreren Jahren getrennt und waren sich über die Scheidung einig und darüber, wer das Kind weiter aufziehen sollte. Das Jugendamt wollten sie aber nicht in die Wohnung lassen, wie sie auch nicht selbst zum Jugendamt gingen. Das Gericht erläutert den Polizeicharakter des neuen Scheidungsrechts wie folgt: Das Gericht hat zu prüfen, „ob zum Wohl des Kindes eine Abweichung von diesem gemeinsamen Vorschlag erforderlich ist." Dazu braucht es das Jugendamt.

„Äußert das Jugendamt Bedenken (gegen den gemeinsamen Vorschlag der Eltern), so stellt das Gericht weitere Ermittlungen an (Anhörung des Kindes soweit möglich, Anhörung von Familienangehörigen, psychologisches Gutachten etc.)." Man spürt die Gier, mit der der Staatsapparat auch die privatesten Verhältnisse seiner bürokratischen Kontrolle unterwerfen will. Schnell äußert das Jugendamt „Bedenken" gegen die Erziehung, die die Volksmassen ihren Kindern zuteil werden lassen, und die Amtspsychologen springen mit Gutachten hilfreich bei, nach denen eigentlich keiner von beiden Elternteilen das Kind richtig erziehen kann, und es dem Wohl des Kindes dann noch am meisten entspricht, wenn es in einem Heim oder bei einer staatlich kontrollierten Pflegefamilie aufwächst.

z.eve. **Am 15.8.79 hat das Bundeskabinett beschlossen, daß das Arbeitsentgelt für Gefangene von 5 auf 10 DM erhöht werden soll.** Weiter sollen die Gefangenen ab 1981 in die gesetzliche Krankenversicherung und Rentenversicherung einbezogen werden. Das ist von den Gefangenen schon seit längerem gefordert worden. Daß die Bourgeoisie es jetzt durchführt, zeigt aber auch, daß sie die Gefängnisse als Arbeitshäuser besser durchorganisieren will. Die Erhöhung des Stundenlohns von 0,62 DM auf 1,20 ist sowieso ein Hohn. Abgesehen von diesem Arbeitsdienstentgelt, werden ab 1981 auch noch die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Und wer von den 1,20 DM pro Stunde überhaupt noch was sieht, das ist auch noch die Frage. In Baden-Württemberg z.B. gibt es 5 Lohngruppen im Gefängnis. Die Arbeiterinnen in der niedrigsten Lohngruppe erhalten 3,64 für den ganzen Tag, also einen Stundenlohn von 0,45 DM die Stunde.

Die wenigsten bekommen überhaupt jetzt 5 DM am Tag.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL - a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

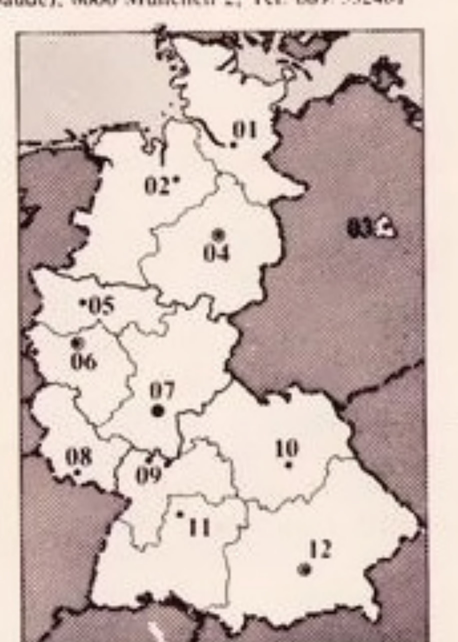
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 50, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.gem. Meldorf. **Der Kreis Dithmarschen und das Land Schleswig-Holstein sollen die Expansionspläne des Dithmarscher Konzern ALDRA kräftig subventionieren.** In einer Pressekampagne fordert der Kapitalist des größten Holz- und Kunststoffbetriebes vom Land die für seine Ausweitung nötigen Sanierungsvorhaben, die Beschaffung von Erweiterungsgelände und die Minderung der Immissionswerte, die für die Kunststoffproduktion notwendig ist. Würden diese Forderungen nicht zügig erfüllt, würde der Betrieb sich in Niedersachsen ausdehnen. Mit ,,Arbeitsplatzsicherung" wird dies begründet. Grundlage der angestrebten Expansion gerade in Dithmarschen ist jedoch, daß dieser ländliche Bereich durch die Ruinierung von Bauern und kleinen Handwerkern, nicht zuletzt den Fischern, dem Kapital den Zustrom billiger Arbeitskräfte bietet. Dithmarschen hat eine hohe Arbeitslosenquote und der niedrige Lohn in der Holzindustrie, der bei einem Tischlergesellen DM 11,17 laut Tarif beträgt, soll noch weiter gesenkt werden. Überstunden werden überdurchschnittlich viel gemacht. Gegen die Ausdehnungspläne gibt es vonseiten der Bauern in und um Meldorf Widerstand, die ihr Land dazu verkaufen müßten. Die Stadt Meldorf gibt sich auf die Drohung der Aldra gelassen, denn sie hat den nötigen Flächennutzungsplan längst im Sommer 79 verabschiedet.

b.hör. **Vertrauensleute am Kreiskrankenhaus Segeberg veröffentlichten einen Leserbrief in den ,,Lübecker Nachrichten" vom 22.8.79.** Der Brief wendet sich gegen einen Artikel in den LN vom 7.8.79, der begrüßt, daß das KKH die kürzeste Verweildauer in ganz Schleswig-Holstein hat und daß der Landrat Graf Schwerin von Krosigk mit der Belegungsquote von 87,8% recht zufrieden sei. Der Brief erklärt, daß die Belegungsquote nach den jeweils um 24 Uhr belegten Betten errechnet wird und die tatsächliche Belegung höher liegt. Da für Akutkrankenhäuser bereits 85% als vollbelegt gelte, sind 87,8% eine Überbelegung. So erklärt sich auch die Kürze der Verweildauer, die für die Patienten nicht ohne Risiko ist und für das Personal eine starke Mehrbelastung bedeutet. Für den Um- und Neubau des KKH fordern die Vertrauensleute eine ausreichende Personalbesetzung.

b.obj. **Kapitalisten fordern vom Hamburger Senat die Baugenehmigung für die südliche Umgehungsbahn.** Diese geplante Strecke für den Güterverkehr der Bundesbahn soll eine volle Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit des Rangierbahnhofs Maschen erst ermöglichen. Geplant ist, daß alle Güterzüge vom Norden nach dem Süden in Maschen zusammengestellt werden. Dies spart den Kapitalisten viel Zeit beim Transport ihrer Waren. So soll der zunehmende Gütertransport per Bahn bewältigt werden. Zum Beispiel im

b.hör. **Vertrauensleute am Kreiskrankenhaus Segeberg veröffentlichten einen Leserbrief in den ,,Lübecker Nachrichten" vom 22.8.79.** Der Brief wendet sich gegen einen Artikel in den LN vom 7.8.79, der begrüßt, daß das KKH die kürzeste Verweildauer in ganz Schleswig-Holstein hat und daß der Landrat Graf Schwerin von Krosigk mit der Belegungsquote von 87,8% recht zufrieden sei. Der Brief erklärt, daß die Belegungsquote nach den jeweils um 24 Uhr belegten Betten errechnet wird und die tatsächliche Belegung höher liegt. Da für Akutkrankenhäuser bereits 85% als vollbelegt gelte, sind 87,8% eine Überbelegung. So erklärt sich auch die Kürze der Verweildauer, die für die Patienten nicht ohne Risiko ist und für das Personal eine starke Mehrbelastung bedeutet. Für den Um- und Neubau des KKH fordern die Vertrauensleute eine ausreichende Personalbesetzung.

b.obj. **Kapitalisten fordern vom Hamburger Senat die Baugenehmigung für die südliche Umgehungsbahn.** Diese geplante Strecke für den Güterverkehr der Bundesbahn soll eine volle Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit des Rangierbahnhofs Maschen erst ermöglichen. Geplant ist, daß alle Güterzüge vom Norden nach dem Süden in Maschen zusammengestellt werden. Dies spart den Kapitalisten viel Zeit beim Transport ihrer Waren. So soll der zunehmende Gütertransport per Bahn bewältigt werden. Zum Beispiel im
Containerverkehr über den Hafen übernimmt die Bahn bereits 80% aller Container im Verkehr über 150 km. Die Anwohner und die Bauern der Vierlanden führen bereits einen längeren Kampf gegen diesen geplanten Bau. Der aufgeschüttete Damm vernichtet Ackerland und zerschneidet das Land. Der Grundwasserspiegel wird gesenkt, so daß eine Gefährdung der Festigkeit der Gebäude befürchtet werden muß. Dazu kommt noch der Lärm, der ja bereits über den Betrieb bei Maschen bekannt ist. Der Bundesbahnpräsident hofft, daß der Widerstand jetzt aufgegeben wird, weil die Bahn eine erneute Investitions- und Nutzenrechnung gemacht hat. Er kann damit aber höchstens den SPD-Senat und die zuständigen Ortsvereine überzeugen. 1977 hat bereits eine große Treckerdemonstration mit 200 Fahrzeugen gegen die Baupläne stattgefunden.

b.jüt. **Den Versuch des Boehringer Chemiewerkes, statt Bezahlung aller Schäden ,,Darlehen" zu vergeben, haben die Moorfleeter Bauern erfolgreich zurückgeschlagen.** Daß Boehringer mit seinen HCH-Verwehungen das Gemüse verseucht, den Kleingärtnern und Siedlern die Kaninchen und Schafe vergiftet, haben die Moorfleeter Bauern in selbständigen Untersuchungen nachgewiesen. Unterstützt wurden sie von Beschäftigten aus den staatlichen Untersuchungsämtern, die ,,reichlich Proben eingepackt haben". Einstellung der HCH-Emissionen, Bezahlung aller Schäden, Offenlegung aller Untersuchungen, keine Kündigungen der Boehringer-Arbeiter. Diese Forderungen der Bauern werden von den Betriebsratsmitgliedern bei HAW und Siemens unterstützt. Im AK Bergedorf haben 30 Beschäftigte unterschrieben. Jetzt soll der Zusammenschluß mit den Boehringer-Arbeitern hergestellt werden, wie der Kampf gegen den neuen Produktionstrakt geführt werden soll, in dem 2.4.5 t (Sevesogift) produziert werden soll.

uwz.Hamburg. **Der ehemalige Jugendvertreter und jetziges Mitglied der VK-Leitung der IGM bei AEG N4, Uwe Zabel, mußte einen Tag vor dem Prozeß vorm Arbeitsgericht eingestellt werden.** Damit wurde die Forderung der IG Metall und des Betriebsrates erfüllt. 30000 DM Bestechungsgeld und Beurlaubung unter Fortzahlung des Lohnes hatte nichts genützt, einen Vertrauensmann zu feuern, der für Forderungen eintritt, die die Belegschaft zusammenschließen; so gegen Stufenausbildung und für 170 DM/8% mindestens. Das ist ein Erfolg der Belegschaft.

r.chs. **Gegen sieben Bauern aus Lüchow-Dannenberg hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg Anklage wegen Nötigung erhoben.** Gegen 23 Bauern hatte sie Ermittlungsverfahren eingeleitet, nachdem Gorlebener Bauern vom 14. bis 16. Mai 1979 mit 50 Schleppern und 20 Personenwagen das Depot der ,,Celler Brunnenbau GmbH", die mit ,,Erkundungsbohrungen" beauftragt war, blockiert hatten. 13000 DM verlangt der Baukapitalist. Die Einstellung der 16 Ermittlungsverfahren ist angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie jeden verfolgen will, der sich ihrem Energieprogramm und damit ihrer Expansion entgegenstellt, eine günstige Voraussetzung, für den Kampf gegen die sieben Anklagen, die vom Tisch müssen. Die ersten Schritte sind gemacht: Die Vereinigung der Bauern, ,,Die Gorleben-Trecker – der Widerstand des Wendlandes", hat in einer Resolution gegen die Verfahren Stellung genommen. ,,Sieben Landwirte sind angeklagt, wir sind alle betroffen, wir werden weiter zusammenstehen" heißt es am 24.8. in einer halbseitigen Anzeige der ,,Elbe-Jetzel-Zeitung", die von 300 Menschen unterschrieben wurde. – Gleichzeitig forciert die Bourgeoisie die Grohnde-Prozesse und versteigt sich zur Verhörung von etwa 125 Polizeizeugen bei etwa 160 Zeugen insgesamt. 6 Prozeßwochen wurden angesetzt von Mitte Oktober bis Anfang Dezember. Zudem ist jetzt ein Polizeioffizier, der als Führer einer Hundertschaft zu Schaden gekommen sein soll, als Zweitkläger an die Stelle der Landesregierung getreten, und fordert 20000 DM Schmerzensgeld. – Verschiedene Winkelzüge, den Angriff zu verschärfen, um ihn vielleicht unter dem verschärften Druck landen zu können.

b.clm. **Die Schwierigkeiten der Fördereederei, den Widerstand der dänischen Fährarbeiter zu brechen, werden immer größer.** Am Mittwoch hat die

Die Einstellung der 16 Ermittlungsverfahren ist angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie jeden verfolgen will, der sich ihrem Energieprogramm und damit ihrer Expansion entgegenstellt, eine günstige Voraussetzung, für den Kampf gegen die sieben Anklagen, die vom Tisch müssen. Die ersten Schritte sind gemacht: Die Vereinigung der Bauern, ,,Die Gorleben-Trecker – der Widerstand des Wendlandes", hat in einer Resolution gegen die Verfahren Stellung genommen. ,,Sieben Landwirte sind angeklagt, wir sind alle betroffen, wir werden weiter zusammenstehen" heißt es am 24.8. in einer halbseitigen Anzeige der ,,Elbe-Jetzel-Zeitung", die von 300 Menschen unterschrieben wurde. – Gleichzeitig forciert die Bourgeoisie die Grohnde-Prozesse und versteigt sich zur Verhörung von etwa 125 Polizeizeugen bei etwa 160 Zeugen insgesamt. 6 Prozeßwochen wurden angesetzt von Mitte Oktober bis Anfang Dezember. Zudem ist jetzt ein Polizeioffizier, der als Führer einer Hundertschaft zu Schaden gekommen sein soll, als Zweitkläger an die Stelle der Landesregierung getreten, und fordert 20000 DM Schmerzensgeld. – Verschiedene Winkelzüge, den Angriff zu verschärfen, um ihn vielleicht unter dem verschärften Druck landen zu können.

b.clm. **Die Schwierigkeiten der Fördereederei, den Widerstand der dänischen Fährarbeiter zu brechen, werden immer größer.** Am Mittwoch hat die
ÖTV im NDR nocheinmal bekräftigt, daß sie gar nicht daran denkt, mit der Reederei zu verhandeln, wenn sie vom dänischen Gewerkschaftsbund LO nicht ausdrücklich dazu aufgefordert wird. Jetzt hat die Blockadewacht Römö-Sylt einen Brief an die ÖTV-Kreisverbände und an alle Zusammenschlüsse, die bisher durch Resolutionen oder Briefe ihre Unterstützung ausgedrückt haben, geschickt, in dem sie vorschlägt, daß Vertreter der Blockadewacht und des Seemannsbundes auf Veranstaltungen in Westdeutschland sprechen, damit die Leute hier noch umfassender informiert werden. Solche Veranstaltungen können gut genutzt werden, um die Unterstützung zu verstärken und um Stoltenberg zu veranlassen, Maßnahmen gegen die Ausflaggungen zu ergreifen.

b.hör.Kiel. **Auf HDW/Hamburg soll der Programmlohn eingeführt werden.** So äußerte sich der Betriebsratsvorsitzende PETERS auf der letzten Betriebsversammlung am 12. Juli. Der Programmlohn sieht vor, daß verschiedene Berufsgruppen in einem Fertigungsprogramm zusammengefaßt werden, welches sie in einer bestimmten Zeit schaffen müssen. Ist das bei einer Gruppe nicht möglich, bekommen alle Arbeiter weniger Prozente auf den Ecklohn. – Die Belegschaftsstärke von HDW Hamburg und Kiel hat sich innerhalb eines Jahres um 594 Beschäftigte verringert: Kiel März 78 = 7931, März 79 = 7600; Hamburg März 78 = 5458, März 79 = 5195 Beschäftigte. Im Juli soll auf HDW/Kiel mit der Modellfertigung der ersten Fregatte begonnen werden; der Baubeginn ist für März 1981 vorgesehen.

Sozialarbeiter und Polizisten Hand in Hand

Schwind rüstet auf: Unterdrückungstätigkeit der Polizei um eine Variante reicher

r.klm. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 27.6.79 beschlossen die Sozialarbeiter in der ÖTV bei über 100 Anwesenden, das ,,Präventionsprogramm Polizei und Sozialarbeit" abzulehnen und die Mitarbeit zu verweigern. ,,Es könne nicht die Aufgabe der Sozialarbeiter sein, das Image der Polizei bei der Bevölkerung aufzubessern" antwortete ein Kollgege den Vertretern des Justizministeriums. Die Ablehnung durch die ÖTV wird den Versuch Schwinds, den Unterdrückungsapparat weiter auszubauen und verstärkt den Angriff auf die Jugend zu führen, nicht aufhalten. Durch Bestechung mit höheren Löhnen (BAT IV a) setzt Schwind auf Spaltung: vier Sozialarbeiter hat er bereits in der Wache 9 sitzen, sechs hat er geplant. Sie sollen dort in Zusammenarbeit mit der Polizei die Jugendlichen von Limmer und Linden bespitzeln, um so ein künftiges ,,Flächennetz Polizei in der Bevölkerung" auszulegen.

Schwinds imperialistische Forschung im Dienste der Bourgeoisie in der Vergangenheit wirkt sich aus. Als intimer und williger Diener des Bundeskriminalamtes (BKA) hat er sich bereits als Justizminister von Albrechts Gnaden empfohlen. Vom BKA bekommt er jetzt Hilfe: Dr. Steinhilper, hochdotierter Beamter des BKA, leitet Schwinds Modelle.

Gearbeitet wird rund um die Uhr, der Schwerpunkt liegt zwischen 18.00 und 2.00 Uhr nachts. Damit die enge Verbundenheit zur Polizei nicht so augenfällig wird, soll der Sozialarbeiter nur in Ausnahmefällen mit dem Streifenwagen an seinen Einsatzort fahren. Die Sozialarbeiter sollen auf Anforderung der Polizei tätig werden, in Familien herumschnüffeln, ,,spezielle Strategien der Kontaktaufnahme entwickeln und in Wohnbereichen mit hohem Ausländeranteil (Schwind: ,,Unsere Neger") tätig werden. Dabei handelt es sich um den Versuch, mit sozialpädagogischen Mitteln die Unterdrückungstätigkeit der Polizei durch eine Variante zu erweitern. Sozialarbeit wird hier zur offenen Polizeiarbeit, zur polizeilichen Fahndung. Flankiert wird das von weiteren Projekten Schwinds, die alle die Jugendlichen betreffen: In Hannover soll das Projekt ,,vor Ort (...) kriminalitätsträchtige Situationen kanaliesieren", in Lüneburg sollen Jugendliche ,,ambulant" behandelt werden und in Hameln-Tündern, dem 100-Millionen-Knast, soll die Jugend durch Knastarbeit zum willigen Lohnsklaven abgerichtet werden. Das Zusammenwirken dieser drei Projekte, Bespitzelung auf der Straße, ,,ambulante" Behandlung und Knast mit ,,Sozialem Training" wird künftig in Hannover wissenschaftlich durch die Universität begleitet. Die für solche Art von Forschung berüchtigte VW-Stiftung finanziert hier eine bundesweite Forschungsstätte für Kriminalitätsbekämpfung und Strafvollzug. Koalisationen hätten jetzt hierbei Vorrang, äußerte sich BKA-Steinhilper am 15.6. im Rundfunk und Schwind fügte hinzu: ,,Die Bereitschaft meiner Kollegen mit dem Justizministerium in dieser Frage ressortübergreifend zusammenzuarbeiten ist erfreulich groß". Als Beispiel nennt er Sozialminister und Kindergeld! Man kann sich vorstellen, was er dabei im Kopfe wälzt: Polizeisozialarbeiter spitzeln vor Ort, der ,,auffällige Jugendliche wird registriert, die Familie beschnüffelt, und unter Druck gesetzt – bei Wiederholung droht Entzug des Kindergeldes, Heim und Knast.

Schwind selbst hat so seine eigenen Vorstellungen von Kriminalität: Drukkammer-Scharlatan Hinterthür, verantwortlich für den Tod von fünf Rentnern, geht morgens aus dem Knast durch die Vordertür in seine Praxis und zieht dort den Menschen durch Handauflegen das Geld aus der Tasche. Eine Verwandtschaft zu Schwind läßt sich entdecken: Dieser lügt, wenn es um die Vertuschung seiner Pläne geht: Sozialarbeiter hätten Schweigepflicht und sind nicht zur Information verpflichtet, streut er aus. Nur, diese wissen, daß sie keinen rechtlichen Schutz haben, wenn sie in einem Konfliktfall Informationen zurückhalten. Strafe droht ihnen dann.

VW-Kapitalisten haben die Urlaubszeit genutzt

Neue Pausenregelung / Neueintaktung an den Bändern der Golf-Endmontage

r.pee. Wie in jedem Jahr haben die VW-Kapitalisten die Urlaubszeit genutzt, die notdürftig erholte Arbeitskraft, durch Produktionsumstellungen und Änderungen verschärft auspressen Anschein, daß sie nichts großes geändert haben, die Veränderungen werden durch die Einführung einer neuen Pausenregelung verdeckt. Es wird neueingetaktet.

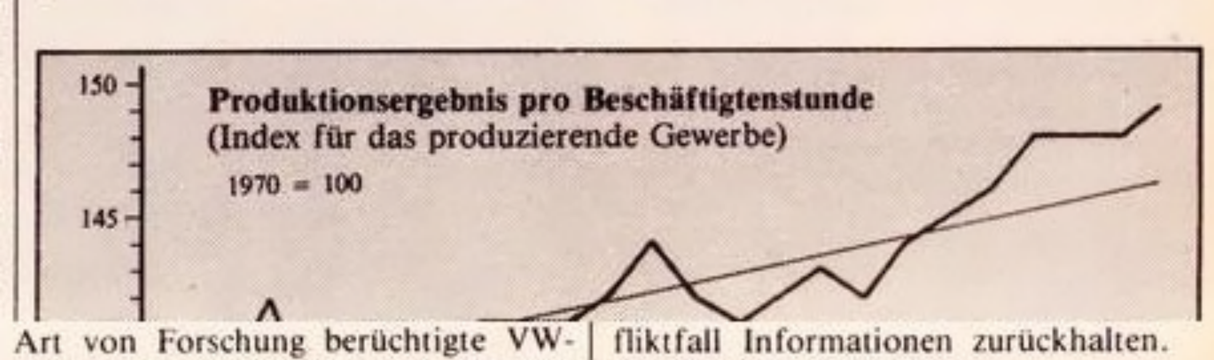
Ab 1.9.79 sollen laut Tarifvertrag, zusätzlich zur 30 minütigen, unbezahlten Pause, drei weitere, bezahlte Pausen zu je 16 Min. eingeführt sein. 1977 wurde die damalige Pausenregelung von 2 mal 10 Min. Erholzeit auf 2 mal 15 Min. erhöht, gleichzeitig aber die Stückzahl von 284 Golf pro Band und Schicht auf 278 gesenkt. In diesem Jahr nicht mehr. Die Stückzahl wird beibehalten, durch tarifvertragliche Mindest- bzw. Höchsttaktzeit von 1,5 Min. Diesen Takt haben die VW-Kapitalisten schon immer gezogen, die Stückzahl von 278 war in der Regel 20 Min. vor Schichtende ausgestoßen, d.h. 430 Akkordminuten, was einem Takt von 1,55 min. entspricht, wenn man den Durchschnitt errechnet, denn

für die VW-Kapitalisten zur Intensivierung der Arbeit durch Schließung der Poren im Arbeitsprozess.

Wegen des Mindesttakts gibt es jetzt keinen Einzelarbeitsplatz bzw. Einzeltakt mehr, sondern nur noch 2er und 3er, d.h. jeder zweite oder dritte Wagen muß von einem Arbeiter gemacht werden. Das sieht dann so aus: Türschlösser und Fensterheber; haben vorher zwei Arbeiter rechts und links jeden Wagen gemacht, macht jetzt ein Arbeiter die rechte und linke Seite an jedem zweiten Wagen. Für den Arbeiter heißt das doppelter Weg, bedienen zweier Preßluftschrauber sowie vermehrte Materialzusammenstellung für den Arbeitsgang. Oder es werden Arbeiten zusammengelegt, der Taktausgleich dieser Arbeiten zusammengestri-

chen, ein Arbeiter fällt raus. An Maschinen, an denen der Takt 1,5 Min. nicht gilt, soll durch Springer abgelöst werden.

Ein ziemliches Chaos herrscht seit dem Urlaub an den Bändern durch die Neueintaktung. Viele Arbeiter müssen neu angelernt werden. Viele werden umgesetzt in andere Bandabschnitte oder Bänder, wo sie keiner kennt und sie auch keinen kennen. So werden auch die Produktionsänderungen untergebracht, das fällt weniger auf. Jetzt werden z.B. die Bremsleitungen nicht mehr im Chassis verlegt, sondern sämtliches darunter, was Überkopfarbeit bedeutet. Einigen Arbeitern wird mehr Geld versprochen, wenn sie umgesetzt werden und an neuen Arbeiten angelernt werden.



Schwinds Modelle.

Gearbeitet wird rund um die Uhr, Art von Forschung berüchtigte VW-Stiftung finanziert hier eine bundes- fliktfall Informationen zurückhalten. Strafe droht ihnen dann.

VW-Kapitalisten haben die Urlaubszeit genutzt

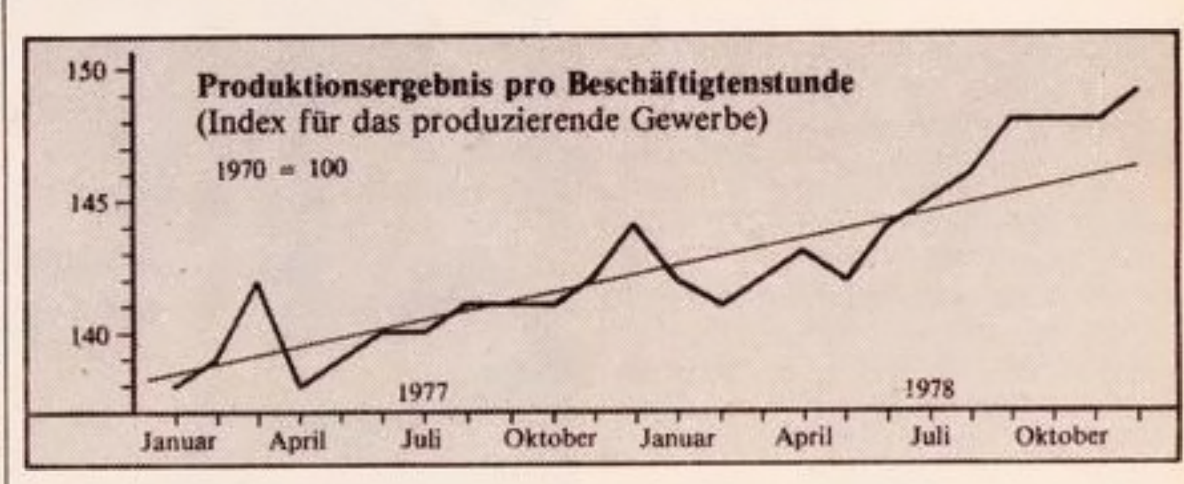
Neue Pausenregelung / Neueintaktung an den Bändern der Golf-Endmontage

r.pee. Wie in jedem Jahr haben die VW-Kapitalisten die Urlaubszeit genutzt, die notdürftig erholte Arbeitskraft, durch Produktionsumstellungen und Änderungen verschärft auspressen zu können. In diesem Jahr hat es den Anschein, daß sie nichts großes geändert haben, die Veränderungen werden durch die Einführung einer neuen Pausenregelung verdeckt. Es wird neueingetaktet.

Ab 1.9.79 sollen laut Tarifvertrag, zusätzlich zur 30 minütigen, unbezahlten Pause, drei weitere, bezahlte Pausen zu je 16 Min. eingeführt sein. 1977 wurde die damalige Pausenregelung von 2 mal 10 Min. Erholzeit auf 2 mal 15 Min. erhöht, gleichzeitig aber die Stückzahl von 284 Golf pro Band und Schicht auf 278 gesenkt. In diesem Jahr nicht mehr. Die Stückzahl wird beibehalten, durch tarifvertragliche Mindest- bzw. Höchsttaktzeit von 1,5 Min. Diesen Takt haben die VW-Kapitalisten schon immer gezogen, die Stückzahl von 278 war in der Regel 20 Min. vor Schichtende ausgestoßen, d.h. 430 Akkordminuten, was einem Takt von 1,55 min. entspricht, wenn man den Durchschnitt errechnet, denn die Kapitalisten haben mal schneller mal langsamer das Band laufen lassen. Jetzt wird das Band gleich um 3 Sec. schneller gestellt und bis 15 Min. vor Schichtende gefahren, was insgesamt auf das gleiche rauskommt. Der einzige Vorteil für die VW-Arbeiter ist, daß die Pausen tarifvertraglich fest sind. Alles andere entpuppt sich als Vorteil für die VW-Kapitalisten zur Intensivierung der Arbeit durch Schließung der Poren im Arbeitsprozess.

Wegen des Mindesttakts gibt es jetzt keinen Einzelarbeitsplatz bzw. Einzeltakt mehr, sondern nur noch 2er und 3er, d.h. jeder zweite oder dritte Wagen muß von einem Arbeiter gemacht werden. Das sieht dann so aus: Türschlösser und Fensterheber; haben vorher zwei Arbeiter rechts und links jeden Wagen gemacht, macht jetzt ein Arbeiter die rechte und linke Seite an jedem zweiten Wagen. Für den Arbeiter heißt das doppelter Weg, bedienen zweier Preßluftschrauber sowie vermehrte Materialzusammenstellung für den Arbeitsgang. Oder es werden Arbeiten zusammengelegt, der Taktausgleich dieser Arbeiten zusammengestrichen, ein Arbeiter fällt raus. An Maschinen, an denen der Takt 1,5 Min. nicht gilt, soll durch Springer abgelöst werden.

Ein ziemliches Chaos herrscht seit dem Urlaub an den Bändern durch die Neueintaktung. Viele Arbeiter müssen neu angelernt werden. Viele werden umgesetzt in andere Bandabschnitte oder Bänder, wo sie keiner kennt und sie auch keinen kennen. So werden auch die Produktionsänderungen untergebracht, das fällt weniger auf. Jetzt werden z.B. die Bremsleitungen nicht mehr im Chassis verlegt, sondern sämtliches darunter, was Überkopfarbeit bedeutet. Einigen Arbeitern wird mehr Geld versprochen, wenn sie umgesetzt werden und an neuen Arbeiten angelernt werden.



Die Schwankungen um den Trend (gerade Linie) drücken die Erfolge von ,,Investitionsschüben" aus. In der 2. Jahreshälfte nimmt die Auspressung von fortwährend mehr Produkten aus der Arbeitskraft stets einen Aufschwung.

b.hev. **Starken Druck üben die Kapitalisten auf die Erzeugerpreise beim Gemüse aus.** Die Konservenfabrik Ebbrecht in Neumünster z.B. zwingt den Bauern Verträge auf über den Anbau von Bohnen. Den Preis pro dt (Doppelzentner) hat Ebbrecht inzwischen auf 28 DM gesenkt, wobei Ebbrecht selbst erntet, was je dz unter 20 DM ausmacht.

Viele Bauern sind daher zum freien Anbau übergegangen, weil bisher auf den Großmärkten größere Verdienstspannen zu realisieren waren. Das ändert sich jetzt durch den Import von billigem Gemüse, mit dem die Großhändler Druck auf die Erzeugerpreise ausüben. Auf dem Hamburger Großmarkt werden z.Zt. 500 t polnische Bohnen zum Preis von 85-90 DM/dz vermarktet. Bei einer Handelsspanne von 30 DM, die sich die Großmarktkapitalisten zugestehen für Transport, Verpackung und Vermittlung, würden den Bauern gerade 55-60 DM bleiben. Ein Bauer aus Reinfeld hat seine 15 ha Bohnen (mit einem Gesamtertrag von ca. 100 t) lieber umgepflügt. Den Ertrag von weiteren 7 ha konnte er über Zeitungsannoncen verkaufen. Er hat folgende Rechnung aufgemacht: Bodenbearbeitung (pflügen, säen usw.) um die 5 DM, Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz 20 DM/dz, Handpflücken 40 DM je dt. Die Handpflücke ist erforderlich, weil maschinengepflückte Bohnen Druckstellen aufweisen, die nach 1-2 Tagen braun werden. Vielen Gemüsebauern bleibt nur die Alternative, ihre Produkte unterzupflügen. 27 Prozent weniger als im Vorjahr haben die Gemüsebauern 1977/78 verdient. (Landwirtschaftsministerium)



b.wal.Hamburg. **Die 4 iranischen Studenten werden weiterhin in Haft gehalten.** Am Mittwoch demonstrierten 150 Menschen am Untersuchungsgefängnis vorbei in die Innenstadt und forderten deren sofortige Freilassung. Zwei Tage später mußte die seit fünf Wochen bestehende Isolationshaft aufgehoben werden. Die iranischen Studenten wurden zusammengelegt.

b.thc.Kiel. **Die Datenzentrale Schleswig-Holstein hat den 10. Geschäftsbericht vorgelegt.** Von den 37,08 Mio. DM waren das Land mit 61,25%, die Kommunen mit 33,66% und andere Auftraggeber mit 5,09% am Umsatz beteiligt. Angeschlossen an die Datenzentrale waren 1978 Gemeinden mit insgesamt 1,93 Mio. Einwohnern. Damit sind die Daten von über 60% der Einwohner Schleswig-Holsteins dem Zugriff des bürgerlichen Staates zentralisiert zur Verfügung gestellt. Besonders ausgebaut wurde das Einwohnerinformationssystem, in dem alle Daten der angeschlossenen Meldeämter erfaßt sind. Weiterhin umfaßt die DZ die polizeiliche Erkenntnisdatei, die Ende 1979 auf die INPOL-Norm umgestellt sein soll. Von 26 Krankenhäusern wird die gesamte Buchhaltung erledigt. Womit angestrebt wird, die Durchsetzung des Ehrenbergprogramms zu überwachen. Die Erfassung der Sozialhilfeempfänger wie der BAföG-Bezieher aller angeschlossenen Gemeinden (ohne Kiel und Lübeck) ist bereits abgeschlossen.

Seicht, aber aggressiv. Birgit Breuel philosophiert über Lohnleitlinien und Streikrecht

r.gör. 1976 hat Birgit Breuel, seit Sommer 1978 Wirtschaftsministerin in Niedersachsen, ihr erstes Buch veröffentlicht: ,,Es gibt kein Butterbrot umsonst''. Mit interessierter Seichtheit (hatte jemand eine wissenschaftliche Untersuchung erwartet?) lieferte sie die ,,Diagnose'': ,,Seit der Ölkrise von 1973 haben wir eine einzigartige Parallele: Gewerkschaften und OPEC-Kartell... Fast schlagartig wurden die Gewerkschaften hier, die OPEC-Länder dort veranlaßt, ihre Machtposition zu zeigen, indem sie ihr Angebot Schlag auf Schlag verteuerten... Bei den Gewerkschaften hingegen scheint man kaum erkannt zu haben, daß Höchstforderungen eben kein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bewirken, sondern umgekehrt zunehmend Arbeitsplätze gefährden. ... Und so wurde der Jahresanfang 1974 mit den ÖTV-Forderungen und -drohungen des Herrn Kluncker zum Beginn einer zwangsläufigen Entwicklung. Der Weg in die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit war vorgezeichnet.'' Die Diagnose verdankte sich bereits der politischen Absicht: Senkung der ,,extrem hohen Lohnquote''.

Jetzt hat die von Ministerpräsident Albrecht wohlgewählte Dame ihr zweites Werk folgen lassen: ,,Den Amtsschimmel absatteln''. Nicht weniger primitiv wie das erste Opus, aber in den Drohungen gegen die arbeitenden Klassen durchaus konkreter und – politisches Programm. Warum die riesige Arbeitslosenarmee nicht stärkere Lohnsenkung bewirke, das ist ihr hauptsächliches Problem: ,,Die Löhne in den einzelnen Bereichen orientieren sich mehr an Gerechtigkeitsvorstellungen als an der jeweiligen Knappheit an Arbeitskräften.'' Also wird amtlich empfohlen, ,,das machtverteilende Prinzip des Wettbewerbs auch im Rahmen der Tarifautonomie deutlich werden zu lassen.'' ,,Vorrangig muß es darum gehen, die Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien deutlicher zu verankern (am besten wie die des Eigentums im Grundgesetz, Verf.) ... Das bedeutet konkrete Orientierungsdaten der Regierung... man (wird) über eine Institutionalisierung der Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien nachdenken müssen. Hier reicht der Katalog der Maßnahmen vom verbalen Apell bis hin zu einer eventuellen Beteiligung der Tarifpartner an den Kosten für die Arbeitslosigkeit.''

Die Bankierstochter schätzt den ,,freien Wettbewerb'' so sehr, daß sie jeglicher wirksamer Koalition der Arbeiter als ,,systemfremdem Element'' bloß mit Haß begegnen kann. Sie mag sich daher auch mit Lohnleitlinien nicht begnügen. Nein, vor allem am Herzen liegt ihr die Frage, ,,ob und in welchem Umfang den Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder auch allen Beschäftigten in lebenswichtigen Betrieben der Privatwirtschaft das Streikrecht prinzipiell versagt werden soll.''

den Drohungen gegen die arbeitenden Klassen durchaus konkreter und – politisches Programm. Warum die riesige Arbeitslosenarmee nicht stärkere Lohnsenkung bewirke, das ist ihr hauptsächliches Problem: ,,Die Löhne in den einzelnen Bereichen orientieren sich mehr an Gerechtigkeitsvorstellungen als an der jeweiligen Knappheit an Arbeitskräften.'' Also wird amtlich empfohlen, ,,das machtverteilende Prinzip des Wettbewerbs auch im Rahmen der Tarifautonomie deutlich werden zu lassen.'' ,,Vorrangig muß es darum gehen, die Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien deutlicher zu verankern (am besten wie die des Eigentums im Grundgesetz, Verf.) ... Das bedeutet konkrete Orientierungsdaten der Regierung... man (wird) über eine Institutionalisierung der Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien nachdenken müssen. Hier reicht der Katalog der Maßnahmen vom verbalen Apell bis hin zu einer eventuellen Beteiligung der Tarifpartner an den Kosten für die Arbeitslosigkeit.''

Die Bankierstochter schätzt den ,,freien Wettbewerb'' so sehr, daß sie jeglicher wirksamer Koalition der Arbeiter als ,,systemfremdem Element'' bloß mit Haß begegnen kann. Sie mag sich daher auch mit Lohnleitlinien nicht begnügen. Nein, vor allem am Herzen liegt ihr die Frage, ,,ob und in welchem Umfang den Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder auch allen Beschäftigten in lebenswichtigen Betrieben der Privatwirtschaft das Streikrecht prinzipiell versagt werden soll.''

Natürlich *soll.* Aber die Bourgeoisie ist sich keineswegs sicher, daß ihr solche Maßnahmen gelingen könnten. Und auch Frau Breuel ist nicht bloß Schwärmerin. Lohnleitlinien und Streikverbot sind *politische* Maßnahmen, um die Arbeiterbewegung zu fesseln, aber ihr Hauptinteresse gilt der Frage, wie der *ökonomische* Zwang auf die arbeitenden Klassen verschärft werden könne, damit diese mehr und billigere Arbeitskraft zur Verfügung stellen *müssen.* Daher wird ,,dem Versorgungsstaat'' der Kampf angesagt, denn dieser sei die eigentliche Ursache dafür, daß der ökonomische Zwang der Massenarbeitslosigkeit nicht schon hinreiche, ,,den einzelnen zum autonomen Verkäufer seiner wertvollen Arbeitskraft'' zu machen.

Das ist der rationelle Kern des Streits mit der SPD-Variante, den Sozialstaat für die Unterdrückung der arbeitenden Klassen und die Bereicherung der Kapitalisten zu nutzen. Gegen den Kampf der Arbeiterklasse soll der Freiheit wieder zu ihrem Recht verholfen werden, entweder verhungern oder sich zu jedem Preis verdingen zu müssen. Mit diesem Ziel vor Augen bietet sich Albrechts Wirtschaftsministerin an, der Sozialversicherung ,,engmaschiges Netz wieder aufzuknüpfen''. Ihr Ruf: das ist effektiver als die unmittelbare Ausplünderung der Sozialversicherungen. Dann könne es vor allem gelingen, *mehr* Arbeit auszubeuten. Denn sie erkennt leichten Blicks: Schon heute werde die ,,Verkürzung der Erwerbstätigkeit zunehmend ... durch ... die freie Wahl und freiwillige Ausweitung der Arbeitszeit ersetzt, und zwar in Form von Überstunden, Schwarzarbeit oder Hobbytätigkeiten... Offensichtlich sind die Menschen also nicht nur bereit, sondern fest entschlossen, mehr zu arbeiten. Man muß ihnen nur die Chance geben... ''. Und sie wirft ihren mehrwertheischenden Blick gleich auf ,,unsere Senioren''. ,,Wichtiger (als z.B. der Schrebergarten) wäre: systematische Einführung von Teilarbeitszeiten, die sich in ein höheres Alter erstrecken können.

Die Privatisierung von Unternehmen und Einrichtungen des Staates ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie. ,,Das veräußerungsfähige staatliche Wirtschaftvermögen wird auf 150 Mrd. DM geschätzt. Man könnte sich einen Veräußerungszeitraum von 20 Jahren vorstellen.''



Die Wirtschaftministerin – unser Bild zeigt sie ,,in reiner italienischer Seide'' – liebt die Freiheit, nämlich ,,die Unternehmer, denen in der sozialen Marktwirtschaft sowohl die Freiheit

oder Hobbytätigkeiten... Offensichtlich sind die Menschen also nicht nur bereit, sondern fest entschlossen, mehr zu arbeiten. Man muß ihnen nur die Chance geben... ''. Und sie wirft ihren mehrwertheischenden Blick gleich auf ,,unsere Senioren''. ,,Wichtiger (als z.B. der Schrebergarten) wäre: systematische Einführung von Teilarbeitszeiten, die sich in ein höheres Alter erstrecken können.

Die Privatisierung von Unternehmen und Einrichtungen des Staates ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie. ,,Das veräußerungsfähige staatliche Wirtschaftvermögen wird auf 150 Mrd. DM geschätzt. Man könnte sich einen Veräußerungszeitraum von 20 Jahren vorstellen.''



Die Wirtschaftministerin – unser Bild zeigt sie ,,in reiner italienischer Seide'' – liebt die Freiheit, nämlich ,,die Unternehmer, denen in der sozialen Marktwirtschaft sowohl die Freiheit
als auch die Selbstverantwortung übertragen sind''. Und die, durchs Sprachrohr der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern, erwidern die Liebe: ,,Selbst wenn das Tier am Ende nur einen, Birgit Breuels Damensattel bekommt – der ist doch immerhin ein ganzes Stück kleiner!'' Sie müssen's wissen.

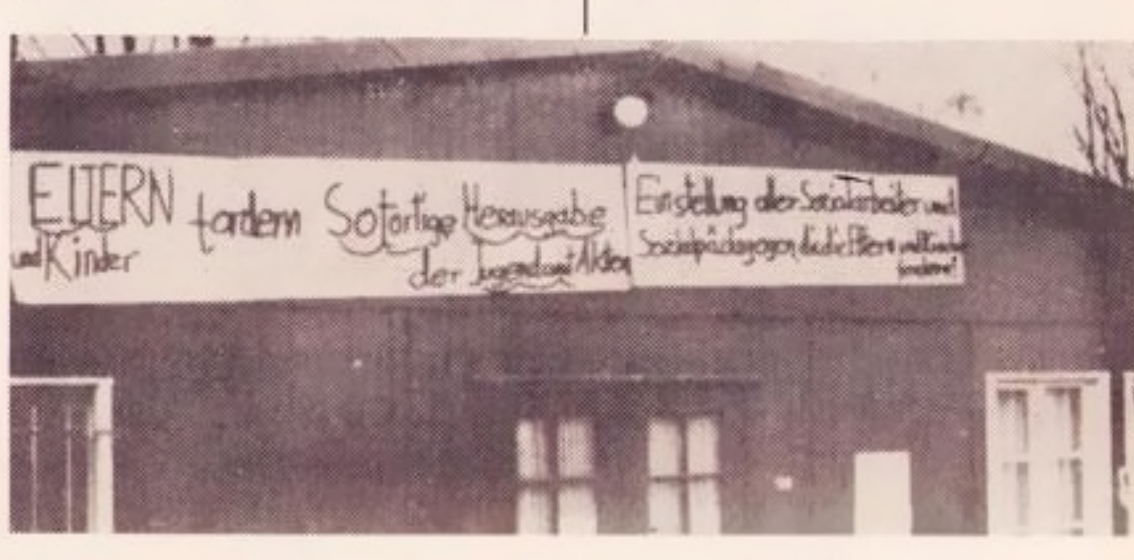
Neuorganisation der Sozialen Dienste

Die Gängelung der Sozialhilfeempfänger soll gestrafft werden

b.mas. 5 Jahre nachdem Klose die Neuorganisation der Sozialen Dienste angekündigt hat, beschließt der Hamburger Senat einen Gesetzentwurf dazu. Rühmen kann er sich scheinens nicht damit, denn bis heute ist der Entwurf nicht veröffentlicht, auch für Behördenbeschäftigte nicht erhältlich. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß weite Teile der Jugend- und Sozialarbeit dezentralisiert werden. 801 Planstellen und 51451 Stunden sollen von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung weg und den Bezirksämtern zugeordnet werden. Über die Neuordnung erhalten die Bezirksämter direkte Eingriffsmöglichkeiten in Elternbildungsstätten, Jugendfreizeitstätten, Spielplatzheime und sämtliche Beratungsstellen. Die Bezirksparlamente können somit direkte Maßnahmen gegen Kämpfe in den Stadtteilen z.B. um selbstverwaltete Jugendzentren beschließen und über das Bezirksamt durchsetzen. ,,Bürgernähe'' nennt das die Bourgeoisie.

Das Herzstück des Gesetzentwurfs ist die Schaffung eines neuen Amtes. Jugendfürsorger, Familienfürsorgerinnen und Sozialarbeiter der sozialtherapeutischen Gruppenarbeit werden im Amt für Soziale Dienste angesiedelt. Scharf organisierte Dienstaufsicht ist das Prinzip. Auf 10 Beschäftigte soll 1 Abteilungsleiter kommen. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß der Senat das bitter nötig hat. Z.B. stellt der Rechnungsprüfungshof über die Abteilung Sozialtherapeutische Gruppenarbeit fest: Es werden 14% zu wenig betreut, die 86% entsprechen zur Hälfte nicht der ,,Zielgruppe'' des Senats. Freunde der Gruppenmitglieder werden von den Sozialarbeitern mitgezählt. Die wenigen Elternkreise, die arbeiten, richten sich meist gegen die Behörde. ,,Aufzeichnungen waren kaum vorhanden'', keine Anwesenheitslisten, keine Entwicklungspläne, kaum Aktenführung. Die Dienstaufsicht wurde nur ,,sehr locker wahrgenommen''. Gestützt auf derartige Untersuchungsergebnisse kann der Senat die Verschärfung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, das Gesetz über die Neuregelung der elterlichen Sorge und alle anderen Machwerke gegen die Arbeiterfamilien nicht durchsetzen.

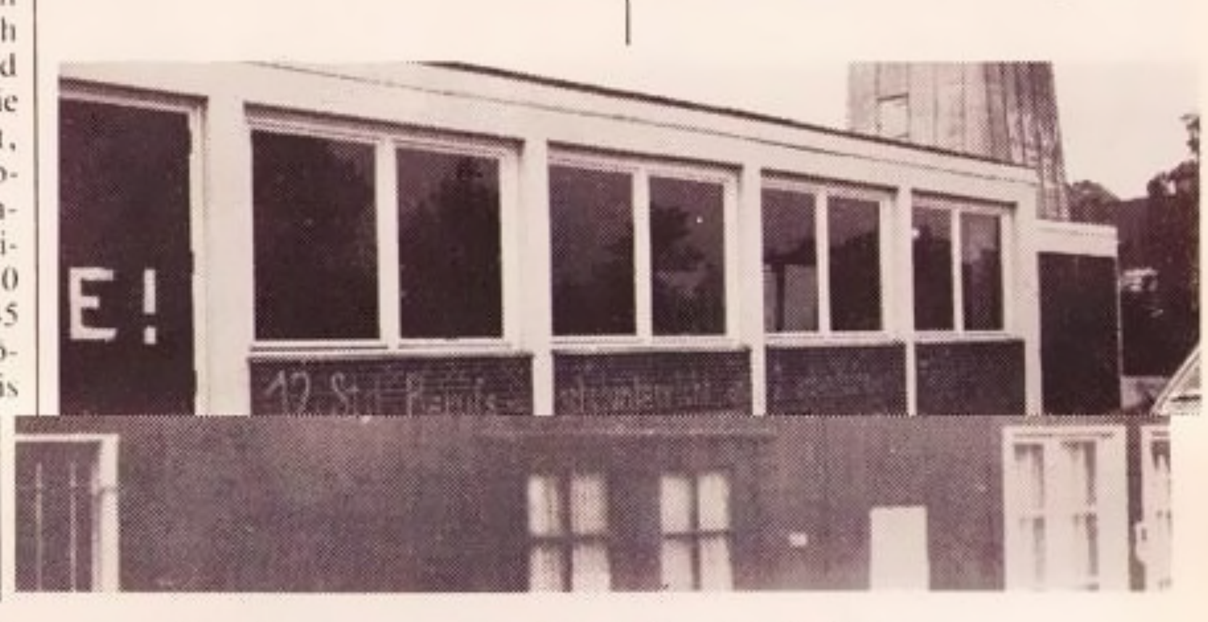
Die Lohnsenkungen der letzten Jahre zwingen immer mehr Arbeiterfamilien unter das Existenzminimum, so daß die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ständig steigt. Das Amt für Soziale Dienste soll insbesondere das Bundessozialhilfegesetz in Anwendung bringen. Lohngelder, die den Arbeitern vorenthalten werden, kommen als Bruchteil unter der Voraussetzung umfassender Bespitzelung und Schikane in die Arbeiterfamilien zurück. Das soll zentrale Aufgabe der Sozialarbeiter sein. Die Bourgeoisie nennt das ,,Soziale Therapie'' und will die Sozialarbeiter über mehr Entscheidungsbefugnisse dafür gewinnen. Mehr Entscheidungsbefugnisse sind verbunden mit mehr Arbeit, bei gleichem Lohn versteht sich. Dieses Mehr wird den Sachbearbeitern in den Sozailämtern abgezogen, so daß die Einstufung nach Tätigkeitsmerkmalen die Rückstufung von BAT VII auf BAT V erlaubt. So will Klose durchsetzen, was Schmidt auf dem 10. Beamtentag des DGB gefordert hat: mehr Arbeitsplätze ,,bei im Wesentlichen gleichbleibendem Gehaltsaufwand''.



Landesschülervertretung erstellt Broschüre zur Berufsschulsituation

b.thh. Die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen hat unter den Lehrlingen an den Berufsschulen eine Fragebogenaktion zur Lage in der betrieblichen und schulischen Ausbildung durchgeführt. Sie beweist schlagend, daß die Lehrlinge vom ersten Tag an als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und oft an veralteten Maschinen einseitig ausgebildet werden. Vom neuesten Stand der Technik kriegen sie nicht viel mit.

Nehmen wir das Beispiel einer Landwirtschaftsklasse an der Kreisberufsschule Eutin. Die Lehrlinge müssen 45 bis 66 Stunden in der Woche und Samstag und Sonntag bis zu acht Stunden regelmäßig arbeiten. Nach sieben Stunden Berufsschule müssen sie noch zur Arbeit. Der Lohn ist niedrig und willkürlich. Von 540 DM erhalten die Lehrlinge 90 bis 110 DM ausgezahlt, weil der Betrieb Kost und Logis abrechnet. Die Lage der Bäcker- und Einzelhandelslehrlinge ist ein weiteres Beispiel. Gezahlt werden zwischen 250 und 300 DM. Die Mehrzahl arbeitet 45 Stunden, einige bis zu 50 Stunden wöchentlich. Samstagsarbeit von fünf bis



Abteilungsleiter kommen. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß der Senat das bitter nötig hat. Z.B. stellt der Rechnungsprüfungshof über die Abteilung Sozialtherapeutische Gruppen-

Landesschülervertretung erstellt Broschüre zur Berufsschulsituation

b.thh. Die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen hat unter den Lehrlingen an den Berufsschulen eine Fragebogenaktion zur Lage in der betrieblichen und schulischen Ausbildung durchgeführt. Sie beweist schlagend, daß die Lehrlinge vom ersten Tag an als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und oft an veralteten Maschinen einseitig ausgebildet werden. Vom neuesten Stand der Technik kriegen sie nicht viel mit.

Nehmen wir das Beispiel einer Landwirtschaftsklasse an der Kreisberufsschule Eutin. Die Lehrlinge müssen 45 bis 66 Stunden in der Woche und Samstag und Sonntag bis zu acht Stunden regelmäßig arbeiten. Nach sieben Stunden Berufsschule müssen sie noch zur Arbeit. Der Lohn ist niedrig und willkürlich. Von 540 DM erhalten die Lehrlinge 90 bis 110 DM ausgezahlt, weil der Betrieb Kost und Logis abrechnet. Die Lage der Bäcker- und Einzelhandelslehrlinge ist ein weiteres Beispiel. Gezahlt werden zwischen 250 und 300 DM. Die Mehrzahl arbeitet 45 Stunden, einige bis zu 50 Stunden wöchentlich. Samstagsarbeit von fünf bis
acht Stunden ist die Regel.

Es handelt sich also bei der sogenannten Lehrlingsausbildung um eine extreme Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft. Die Ausbildung bleibt zugunsten von einseitigen Tätigkeiten auf der Strecke. Rund 80% der Befragten bezeichnet im Fragebogen den praktischen Fachkundeunterricht als unzureichend. Schon letztes Jahr hat der Staat versucht, hier weitere Verschlechterungen durchzusetzen. In Lübeck wird an der Gewerbeschule I schichtweise unterrichtet, an der Gewerbeschule II haben nur 25 von ca. 100 volle acht Stunden Unterricht, alle anderen haben alle 14 Tage nur sechs Stunden. In Kiel an der Berufsschule II/III haben mit Beginn des neuen Schuljahres alle Lehrlinge nur sechs Stunden, sollten noch mehr Schüler kommen, soll Samstagsunterricht stattfinden. So also sieht der ,,gute Einstieg ins neue Schuljahr'' aus, den Kultusminister Bendixen in den ,,Kieler Nachrichten'' vom 24.8. beschwört. Für die Schüler und Lehrlinge allemal ein Grund, ihren Kampf fortzusetzen und ihre Forderungen nach 12 Stunden Berufsschulunterricht und einen Existenzlohn in der Höhe von 60% 18. Lebensjahr herbeigeführt werden, die allein eine Ausbildung in den Grundzweigen der Produktion ermöglicht. Die Bedingungen dafür sind gut. Die Schulkonferenz an der Berufsschule I in Kiel hat vor den Sommerferien die Forderung nach zwei mal sechs Stunden Berufsschulunterricht beschlossen.

praktischen Fachkundeunterricht als unzureichend. Schon letztes Jahr hat der Staat versucht, hier weitere Verschlechterungen durchzusetzen. In Lübeck wird an der Gewerbeschule I schichtweise unterrichtet, an der Gewerbeschule II haben nur 25 von ca. 100 volle acht Stunden Unterricht, alle anderen haben alle 14 Tage nur sechs Stunden. In Kiel an der Berufsschule II/III haben mit Beginn des neuen Schuljahres alle Lehrlinge nur sechs Stunden, sollten noch mehr Schüler kommen, soll Samstagsunterricht stattfinden. So also sieht der ,,gute Einstieg ins neue Schuljahr'' aus, den Kultusminister Bendixen in den ,,Kieler Nachrichten'' vom 24.8. beschwört. Für die Schüler und Lehrlinge allemal ein Grund, ihren Kampf fortzusetzen und ihre Forderungen nach 12 Stunden Berufsschulunterricht und einen Existenzlohn in der Höhe von 60% 18. Lebensjahr herbeigeführt werden, die allein eine Ausbildung in den Grundzweigen der Produktion ermöglicht. Die Bedingungen dafür sind gut. Die Schulkonferenz an der Berufsschule I in Kiel hat vor den Sommerferien die Forderung nach zwei mal sechs Stunden Berufsschulunterricht beschlossen.



Diese Parole wurde zur Ankündigung einer gemeinsamen Veranstaltung von vier Berufsschul-SVen angebracht, an der Schüler teilnahmen.

---

r.wof. **Am Donnerstag, 23.8., haben die Arbeiter des Mannesmann-Kammerich-Werkes in Bielefeld-Brackwede ihren Streik unterbrochen.** Nachdem die ca. 420 Arbeiter der Achsenproduktion bereits seit Mittwoch vorletzter Woche sämtliche Überstunden verweigert hatten, traten sie am Freitag, 17.8., in der Frühschicht in den Streik, zeitweilig zusätzlich Facharbeiterabteilungen des gesamten Werkes. Der Demag-Mannesmann-Vorstand plant die Verlagerung der Achsenproduktion nach Dinslaken. Dort sollen bei gleichzeitiger Erhöhung des Austroßes nur noch 260 Arbeiter die Produktion machen. In Bielefeld-Brackwede soll bis dahin in drei Schichten gearbeitet werden (bisher in zwei Schichten). Dagegen richtet sich der Kampf. Die Behauptung des Arbeitsdirektors, eine endgültige Entscheidung über die Verlagerung stände erst in vier Monaten an, konnte nicht spalten. Nachdem die Arbeiter auf einer Betriebsversammlung am Mittwoch einen Vorschlag der IG-Metall, der die Kapitalisten zu nichts verpflichtet, mit 172 zu 98 Stimmen bei Abwesenheit eines Teils der Belegschaft ablehnten, entließ die Betriebsführung einen Betriebsrat einer oppositionellen Liste und einen IGM-Vertrauensmann. – Der Kampf findet Unterstützung. Allein der türkische Arbeiterverein sammelte an die 9000 DM.

r.gör. **Ein Käufer der konkursgegangenen Herrenkleiderwerke Odermark GmbH (Goslar) steht jetzt so gut wie fest.** Es sind die Herforder Bekleidungswerke Brinkmann, größter westdeutscher Herrenmantelhersteller. Damit geht ein Lehrstück und Schauspiel in Sachen Sicherung von Arbeitsplätzen seinem vorläufigen Ende entgegen. (Vgl. KVZ, Ausgabe Nord, Nr. 34, S.4) Zunächst sollten Millionenbürgschaften des Landes die für zu niedrig erachteten Profite sanieren. Aber sie waren sowieso bloß als Schmiermittel gedacht, um den Konkurs besser inszenieren zu können, und das ist auch die Pointe, wenn die Wirtschaftsministerin jetzt sagt: ,,Odermark, das war unser Sündenfall''. Von vornherein handelt es sich darum, vor allem drastische Lohnsenkungen und Belegschaftskürzungen als wesentliche Bedingung der Erhaltung effektiver ausbeutbarer Arbeitsplätze (,,höchtens 1000'') durchzusetzen. – Die Belegschaft kämpft weiter um einen akzeptablen Sozialplan als Mindestforderung.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents
Hamburg-Mitte/West, 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Ludwigstraße

Das Christentum
Kiel-West, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Holsten-Gaststätte, Waitzstraße

Der Islam
Schleswig, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Kiek in, Gallberg 39,

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation
Bad Segeberg, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hotel Stadt Hamburg, Kurhausstraße

Kritische Theorie
Bad Oldesloe, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Holsteneck'', Rümpeler Weg 60

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein
Lübeck, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zur Tonne'', Marliring

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß
Hamburg-Altona, 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstraße

Afrika-Reihe
Uelzen, 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Wienerwald'', Veerßer Straße

Der Aufbau des Sozialismus in der VR China
Hamburg-Eimsbüttel, 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer

Reihe zur Kritik am Reformismus
Hamburg-Mitte/Ost, 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Volksschule Möllner Landstraße

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien''
Preetz, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Schellhorner Berg, Plöner Landstraße
Itzehoe, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Zum Kulmbacher, Große Paaschburg

Lenin: ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
Heide, 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hamburger Str. 27, bei Lück

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Probe des Musikzuges
Hamburg-Eimsbüttel, Mittwoch, 29. August, 19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Lieder zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression

Dienstag, 28. August
Hamburg, Prozeß gegen M.-D. Vernhes wegen nicht erlaubter ZANU-Sammlung in Großlohe, DAG-Gebäude, Karl-Muck-Platz 1, Raum 405, 8.00 Uhr

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Mittwoch, 29. August, und Donnerstag, 30. August, 9.15 Uhr, Landgericht Südergraben, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilung der Volksmiliz



Veranstaltung

Nieder mit der sowjetisch - vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea!

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist und bleibt die einzig legitime Vertretung des Kampucheanischen Volkes!

Dienstag, 28. August 20 Uhr

Flensburg:
Hotel Sommerlust, Mürwikerstraße
Kiel:
Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförderstr. 309
Lübeck:
Gaststätte Drei Bären, Gr. Burgstr. 46
Hamburg:
Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstr. 16
Lüneburg:
Stucksaal, An der Münze

Einschulungstest als Notenknüppel

b.thc. Am 24. August ist M. eingeschult worden. Sie ist jetzt in der ersten Klasse der Grundschule Kronsburg bei Kiel. M. ist 6 Jahre alt und eigentlich ist ja klar, daß man dann in die Schule kommt. Wie alle ihre Mitschüler mußte sie vor zwei Monaten einen Schuleignungstest über sich ergehen lassen. M. mußte damals allein in die Klasse. Die Lehrerin teilte Zettel aus, auf denen Bilder und Bilderreihen zu betrachten waren. Sie mußte eine Geschichte nacherzählen, die in Bildern vor ihr lag: Ein Mädchen nascht Marmelade, der Topf fällt ihr herunter, die Mutter sieht es und schimpft das Mädchen aus, worauf es zu weinen anfängt. – Die Lehrerin zeichnet einen Hammer verkehrtherum an die Tafel: Wie ist es denn richtig? Ein Maler hat einen Baum nicht fertig gemalt. Die Kinder sollen es tun. Dann sollen noch Zahlen und Kästchen sortiert werden. Wozu das gut sein soll, weiß M. nicht. Interessieren tut sie es eigentlich auch gar nicht; dafür um so mehr der Inhalt der Federtasche ihrer Nachbarin. Außerdem hat einer vorhin ein Stück Kreide gemopst, das hat sie gesehen. Ein bißchen Angst hat sie aber doch. Deswegen schreibt sie weiter und guckt sich die Bilder an, mit denen sie nichts anfangen kann. Nach einer Stunde ist sie froh rauszukommen.



Kind als fraglich schulreif angesehen. ...“

Die Mutter ist damit nicht einverstanden und ruft beim Rektor an. Es wäre alles halb so schlimm sagt dieser, man könne ja in 4 Wochen nocheinmal entscheiden. Außerdem sei M. ja körperlich auch noch zurückgeblieben. Davon kann keine Rede sein. Sie ist eher stark gebaut. Von wem er wohl geredet hat?

Nach dem ersten Schultag findet M. die Schule blöd. Sie sollten ihre Schultüte zeichnen, das konnte sie nicht. – Während sie von der Schule erzählte, hat M. das Pony „Amigo“ gezeichnet, auf dem sie öfter reitet. Der Vater sagte, daß die Kinder in der Schule rundgehobelt werden und die Mutter wird

b.thc. Am 24. August ist M. eingeschult worden. Sie ist jetzt in der ersten Klasse der Grundschule Kronsburg bei Kiel. M. ist 6 Jahre alt und eigentlich ist ja klar, daß man dann in die Schule kommt. Wie alle ihre Mitschüler mußte sie vor zwei Monaten einen Schuleignungstest über sich ergehen lassen. M. mußte damals allein in die Klasse. Die Lehrerin teilte Zettel aus, auf denen Bilder und Bilderreihen zu betrachten waren. Sie mußte eine Geschichte nacherzählen, die in Bildern vor ihr lag: Ein Mädchen nascht Marmelade, der Topf fällt ihr herunter, die Mutter sieht es und schimpft das Mädchen aus, worauf es zu weinen anfängt. – Die Lehrerin zeichnet einen Hammer verkehrtherum an die Tafel: Wie ist es denn richtig? Ein Maler hat einen Baum nicht fertig gemalt. Die Kinder sollen es tun. Dann sollen noch Zahlen und Kästchen sortiert werden. Wozu das gut sein soll, weiß M. nicht. Interessieren tut sie es eigentlich auch gar nicht; dafür um so mehr der Inhalt der Federtasche ihrer Nachbarin. Außerdem hat einer vorhin ein Stück Kreide gemopst, das hat sie gesehen. Ein bißchen Angst hat sie aber doch. Deswegen schreibt sie weiter und guckt sich die Bilder an, mit denen sie nichts anfangen kann. Nach einer Stunde ist sie froh rauszukommen.

Eine Woche später erhalten die Eltern einen Brief vom Rektor: Das schulärztliche Untersuchungsergebnis zeigte leichte Bedenken. Und ihr Kind hat beim Schuleignungstest 15 von 40 erreichbaren Möglichkeiten richtig gelöst. Das entspricht einem Prozentrangplatz auf der Hunderterskala von 9. Aufgrund dieser Ergebnisse wird ihr



Kind als fraglich schulreif angesehen. ...“

Die Mutter ist damit nicht einverstanden und ruft beim Rektor an. Es wäre alles halb so schlimm sagt dieser, man könne ja in 4 Wochen nocheinmal entscheiden. Außerdem sei M. ja körperlich auch noch zurückgeblieben. Davon kann keine Rede sein. Sie ist eher stark gebaut. Von wem er wohl geredet hat?

Nach dem ersten Schultag findet M. die Schule blöd. Sie sollten ihre Schultüte zeichnen, das konnte sie nicht. – Während sie von der Schule erzählte, hat M. das Pony „Amigo“ gezeichnet, auf dem sie öfter reitet. Der Vater sagte, daß die Kinder in der Schule rundgehobelt werden und die Mutter wird
sich jetzt etwas mehr um die Schule kümmern. Mit solchen Tests wird der Notenknüppel bereits vor der Schule geschwungen. Das Ergebnis war M.'s erstes Zeugnis. Die Arbeiterklasse ist an einer Ausbildung an allen wesentlichen Zweigen der Produktion interessiert. In der Einheitsschule können M.'s Fähigkeiten entwickelt werden.

Zunehmende Ruinierung der Fischer Schleswig-Holsteins

b.klw. Unter der Herrschaft der Kapitalisten werden die Fischer zielgerichtet in den Ruin getrieben. In Schleswig-Holstein gab es 1978 nur noch 1224 Berufsfischer, 1954 waren es noch 3393. 2169 Fischer, 64% also, wurden ruiniert. Die Zahl der Kutter ging im gleichen Zeitraum von 897 auf 362, also um 60%, die Zahl der Boote von 630 auf 384, also um 39% zurück.

Die Raubfischerei der großen kapitalistischen Fangflotten haben systematisch den Fischbestand durch Zerstörung der Laichplätze und Vernichtung der Brut verringert. 1935 wird in einem Buch über die Schleswiger Fischer „Der Holm und die Holmer“ dies auch schon berichtet: „Besonders durch die in der Ostsee in großem Umfange betriebene Motor-Schleppnetzfischerei erreichen immer weniger Heringe und Butt die Schlei, zumal auch die junge Brut bei dieser Fangart vernichtet wird.“ In 30 Jahren war dort die Zahl der Fischerfamilien von 90 auf 60 zurückgegangen.

In zunehmendem Maß, wie der Fischbestand vernichtet wurde, waren die Fischer gezwungen, auch kleine, für den Konsum unbrauchbare Fische, zu fangen, so stieg der Anteil der Fischmehlrohware 1969 auf 65% am gesamten Fang! Insgesamt fielen in Schleswig-Holstein die Fangerträge nach dem zweiten Weltkrieg um die Hälfte. Auch die Erlöse – inflationsbereinigt – sinken.

	1962	1968	1971	1972	1978
Menge (t)	84458	89665	73356	57495	47109
Erlös(Mio DM)	28,0	41,8	43,7	44,1	56,8
Erlös(infl.ber.)	51,4	66,2	61,59	58,1	56,8

Außerdem zerstörten die Abwässer den Fischbestand. An der Flensburger Förde, einem stark verunreinigten Gewässer, kann man dies gut nachweisen: Die Anlandungen gingen seit 1972 bis 1977 von 207 t auf 37 t zurück, die Zahl der Fischer sank von 1959 von 53 auf 10. Ein Fischer berichtet, daß es noch in den 50ziger Jahren riesige Muschelbänke in der Flensburger Förde gab, die die Aale als Unterschlupf benutzten. Seit den 60ziger Jahren gibt es dort keine Muscheln mehr, ab 9 m Tiefe ist alles tot.

Um trotzdem auf einen ausreichenden Fang zu kommen, müssen die Fischer länger auf Fang gehen. Ein Fischer von der Ostküste berichtete, sein Vater sei früher 3 Monate zu Haus geblieben und habe Netze geflickt, er müsse heute das ganze Jahr über fangen und abends nach dem Fang noch Netze flicken. Sein Vater habe in der Woche 40 Stunden gefischt, er sei heute 70 Stunden unterwegs. Freie Tage hätte er nur bei Sturm. Bei solch einer Arbeitszeit kommt ein Fischer auf 1200 DM netto im Monat, die Frau muß mitarbeiten gehen. Jeden Tag muß er um 3 Uhr aufstehen.

Außerdem sind die Fischer gezwungen, sich ständig bessere Fanggeräte anzuschaffen. Auch ist es notwendig geworden, sich verschiedenes Fanggeschirr zuzulegen, um nicht auf eine Fischart angewiesen zu sein. Für Erneuerung ab einer gewissen Höhe gibt es Zuschüsse, aber für die Anschaffungen muß der Fischer sich hoch verschulden. Die Politik der Landesregierung ist, durch gezielte Fördermaßnahmen bei einem Teil der Fangflotte die Maschinerie zu verbessern, einen weiteren Teil zu vernichten. Jedes Jahr stellt sie in ihren Wirtschaftsberichten fest, wie wenig sich die Flotte „verjüngt“ hat. „Dabei wurden zahlreiche überalterte Einheiten planmäßig außer Betrieb gesetzt und abgewrackt, zu einem maßvollen Teil durch Neubauten ersetzt und die in Betrieb verbliebenen durch technische Vorrichtungen modernisiert. Das gegenwärtige Ergebnis ist ein Bestand von reichlich Fahrzeugen, von denen 50 als neu gelten können, während immerhin noch etwa 100 ein Alter von 30 und mehr Jahren haben. Von diesen sollte in Fortsetzung der bisherigen Schritte noch rund die Hälfte abgewrackt werden,“ tut sie ihre Absichten in „10 Jahre Landwirtschaftsgesetz“ 1968 über die Krabbenkutter kund. Diese Umwälzung drückt sich in folgenden Zahlen aus: 1978 war bereits 83% der Krabbenkutter unter 25 Jahre alt, bei den übrigen Kuttern sind 73% über 25 Jahre alt.

„Vieh außerhalb des Gefechtsgebietes unterbringen!“

Nato-Manöver „Springendes Roß“: Keine Rücksicht auf Ernte

b.heh. „Die 7. Panzerdivision aus Unna wird in das Hauptkampfgebiet sich voranbewegen zur militärischen Großübung „Springendes Roß“ mit 600 Panzern, 1500 Radfahrzeugen und 10000 (Mann) Soldaten“. Pioniere sicherten bereits Flußquerungsstellen, auf 9 Bahnhöfen im Raum Buxtehude, Buchholz, Selsingen, Stade wird entladen.

Ziel des 3-tägigen Manövers: „Übung des schnellen Wechsels von Angriff und Verteidigung“. Das ist deutlich, wurde doch bisher offiziell nur der Verteidigungsfall oder das Zusammenwirken von Truppenteilen geübt und die angreifende Truppe als dafür erforderlicher Gegenpart dargestellt.

Für die Soldaten bleibt es zunächst gleich und auch für die Bauern. Allenfalls daß es diesmal, entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes, härter zugehen soll: Trotz der vielen Fahrzeuge „sollen sie (die Soldaten)

– alles Mittel, um Entschädigungsansprüche zu drücken.

Neu ist die Einrichtung einer Schadensmeldestelle im*Manövergebiet*, ein Zugeständnis der Bundeswehrführung, die es auch für erforderlich hält, „Übungsschadensoffiziere“ mit weißer Armbinde loszuschicken.

„Das Gebiet hat relativ weite Ackerflächen, die an Wälder grenzen. Wir haben wenig Erfahrung mit Manövern und wollen erst einmal abwarten, was auf uns zukommt. Beim nächsten Mal kann das aber schon anders aussehen,“ meinte ein Bauer. „Der gute Wille aller Beteiligten? Was nützt er, wenn der einzelne Soldat den Befehl bekommt, über den Acker zu fahren, auch wenn rechts und links ein Weg ist. – Und wertvoll ist jede Frucht, sonst würden wir sie nicht anbauen!“

Die Bauern haben in diesem Jahr Sorgen genug: Ertragsminderung von wenigstens 10% wegen verspäteter Aussaat; auf den Weiden verstärkter Obergraswuchs zu ungunsten des Untergrases; geringer Nährstoffgehalt bei Heu, das wegen Regen zu lange auf der Wiese bleibt, Trocknungskosten, die bei Gerste im Mittel auf 1/6 des Erlöses (38 DM/dz) anstiegen.

Bold Guard (1978 in Schleswig-Holstein) kostete bei 4070 Schadensfällen 25,3 Mio DM – die Volksmassen – und die Bauern dazu noch Erntebehinderung, sowie Ertragsminderung in den folgenden Jahren.

Schleswig-Holstein die Fangerträge nach dem zweiten Weltkrieg um die Hälfte. Auch die Erlöse – inflationsbereinigt – sinken.

muß er um 3 Uhr aufstehen.

Außerdem sind die Fischer gezwungen, sich ständig bessere Fanggeräte anzuschaffen. Auch ist es notwendig

kutter kund. Diese Umwälzung drückt sich in folgenden Zahlen aus: 1978 war bereits 83% der Krabbenkutter unter 25 Jahre alt, bei den übrigen Kuttern sind 73% über 25 Jahre alt.

„Vieh außerhalb des Gefechtsgebietes unterbringen!“

Nato-Manöver „Springendes Roß“: Keine Rücksicht auf Ernte

b.heh. „Die 7. Panzerdivision aus Unna wird in das Hauptkampfgebiet sich voranbewegen zur militärischen Großübung „Springendes Roß“ mit 600 Panzern, 1500 Radfahrzeugen und 10000 (Mann) Soldaten“. Pioniere sicherten bereits Flußquerungsstellen, auf 9 Bahnhöfen im Raum Buxtehude, Buchholz, Selsingen, Stade wird entladen.

Ziel des 3-tägigen Manövers: „Übung des schnellen Wechsels von Angriff und Verteidigung“. Das ist deutlich, wurde doch bisher offiziell nur der Verteidigungsfall oder das Zusammenwirken von Truppenteilen geübt und die angreifende Truppe als dafür erforderlicher Gegenpart dargestellt.

Für die Soldaten bleibt es zunächst gleich und auch für die Bauern. Allenfalls daß es diesmal, entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes, härter zugehen soll: Trotz der vielen Fahrzeuge „sollen sie (die Soldaten)
große Teile des Geländes im Tag- und Nachtübungsbetrieb zu Fuß zurücklegen.“ Die Bauern erhielten sinnige Tips: „Pferde und Rindvieh möglichst außerhalb des Gefechtsgebietes unterzubringen“, oder „regelmäßig auf ihr weidendes Vieh zu achten“, oder „wertvolle Kulturen durch Pfahlmarkierungen mit Stroh zu kennzeichnen“

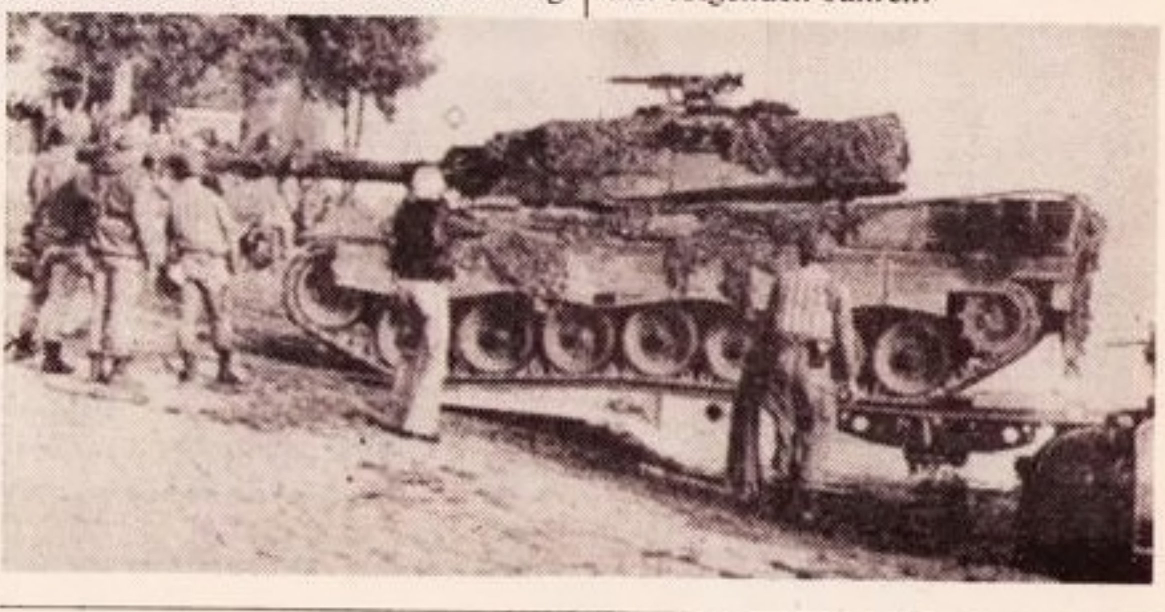
– alles Mittel, um Entschädigungsansprüche zu drücken.

Neu ist die Einrichtung einer Schadensmeldestelle im*Manövergebiet*, ein Zugeständnis der Bundeswehrführung, die es auch für erforderlich hält, „Übungsschadensoffiziere“ mit weißer Armbinde loszuschicken.

„Das Gebiet hat relativ weite Ackerflächen, die an Wälder grenzen. Wir haben wenig Erfahrung mit Manövern und wollen erst einmal abwarten, was auf uns zukommt. Beim nächsten Mal kann das aber schon anders aussehen,“ meinte ein Bauer. „Der gute Wille aller Beteiligten? Was nützt er, wenn der einzelne Soldat den Befehl bekommt, über den Acker zu fahren, auch wenn rechts und links ein Weg ist. – Und wertvoll ist jede Frucht, sonst würden wir sie nicht anbauen!“

Die Bauern haben in diesem Jahr Sorgen genug: Ertragsminderung von wenigstens 10% wegen verspäteter Aussaat; auf den Weiden verstärkter Obergraswuchs zu ungunsten des Untergrases; geringer Nährstoffgehalt bei Heu, das wegen Regen zu lange auf der Wiese bleibt, Trocknungskosten, die bei Gerste im Mittel auf 1/6 des Erlöses (38 DM/dz) anstiegen.

Bold Guard (1978 in Schleswig-Holstein) kostete bei 4070 Schadensfällen 25,3 Mio DM – die Volksmassen – und die Bauern dazu noch Erntebehinderung, sowie Ertragsminderung in den folgenden Jahren.



Darlehen und Wohnungen: Schlingen, die Jungheinrich den Arbeitern legt

b.hel. Wenn ein Kapitalist den Arbeitern gegenüber die soziale Fahne raushängt, ist allermeist etwas besonders faul. Genau so ist es bei Jungheinrich, der Maschinenfabrik für Gabelstapler in Hamburg und Norderstedt, wo innerbetrieblich propagiert wird: „ In finanziellen Nöten können wir Ihnen mit einem zinslosen Darlehen behilflich sein ...Ihr Vorgesetzter nimmt den Antrag entgegen. Eine vertrauliche Bearbeitung ist selbstverständlich.“ Der Kapitalist hat Interesse daran, tüchtige Arbeiter an sich zu binden. Da läßt er schon mal ein bißchen springen; ein schon mal ein bißchen springen; DM 2000 ist der höchste Kredit. Und da die Vertraulichkeit darin besteht, daß der Kapitalist, der ohnehin über den Lohn Bescheid weiß, nun auch die private finanzielle Lage des Arbeiters kennt, kann er sicher sein daß der Arbeiter die zinslosen DM 2000 DM nicht dazu verwenden wird, an der Börse zu spekulieren. Sie gehen in den notwendigen Konsum ein. Jungheinrich hat aber den Arbeiter mit einer zusätzlichen Schlinge an seinen Ausbeutungsplatz gebunden und kann sich daran machen, den Akkord zu verschärfen, ohne gleich damit rechnen zu müssen, daß der Arbeiter sich die Papiere geben läßt.

Um auch den Bereich der Reproduktion der Arbeiter in den Griff zu bekommen, stehen „300 firmengeförderte Wohnungen ... Jungheinrich-Mitarbeitern in Norderstedt zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.“ Jungheinrich übernimmt 5000 DM an Baukostenzuschuß. Hat man länger als zwei Jahre bei Jungheinrich gearbeitet, kann man nach dem „Ausscheiden“ die Wohnung behalten, muß dann allerdings die Finanzierung der 5000 DM übernehmen. Die Wohnungen heißen bei den Kollegen „Jungheinrich-Ghetto“; Vorgesetzte wohnen hier, und die Werksärzte spitzeln durch Hausbesuche. Mit knapp 450 DM für eine Vier-Zimmer-Wohnung als Warmmiete liegen die Wohnungen erheblich unter dem Durchschnittspreis vergleichbarer Wohnungen in Norderstedt. Dennoch bekommt Jungheinrich seine Wohnungen nicht voll: „Da wohnt nur, wer unbedingt muß!“

Bundeswehrführung in die Enge getrieben – Die Fischer müssen gegen das Sperrgebiet sein

b.sal. Das Raketenschießen vor und das Haubitzenschießen in die Meldorfer Bucht von der Hubinsel auf Tertius-Sand ist seit vier Wochen erfolgreich von den Fischern verhindert worden. Die Fischer haben sich nicht davon abhalten lassen, in dem militärischen Sicherheitsgebiet, das sich in ihrem Fanggebiet befindet, zu fischen.

So war das Verwaltungsgericht gezwungen, der Klage eines Fischers und zweier Schiffseigner (sie werden finanziell von der Grünen Liste unterstützt) gegen die Waffenerprobungen in einer einstweiligen Verfügung stattzugeben. Begründung: Es sei rechtlich zweifelhaft, ob die von der Bundeswehrerprobungsstelle geplanten Maßnahmen „außerhalb eines förmlichen Verfahrens im Wege des sogenannten ‚Clear Range‘ („Alles frei“, die Fischer können nur aufgefordert, aber nicht gezwungen werden, das Gebiet zu verlassen) duchgeführt werden dürfen“, weil durch „Erprobungen außerhalb des bisherigen Sperrgebietes (im südlichen Speicherkoog) gesetzliche Bestimmungen unterlaufen“ würden.

Das Gericht gibt die weitere Richtung an. Da die Waffenerprobungen im „Clear-Range-Verfahren“nicht durchführbar sind und die Bundeswehr auf das Erprobungsgebiet angewiesen ist, müssen sie per Gesetz abgesichert werden.

Trotzdem hat das Verteidigungsministerium angekündigt, durch weitere Instanzen zu gehen und sein Vorhaben gerichtlich festzulegen. Des weiteren droht es den Klägern mit Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe. – Zur gleichen Zeit berichtet die Dithmarscher Landeszeitung aus „gewöhnlich gut informierter Quelle“, daß das Sicherheitsgebiet *vorläufig* nicht Sperrgebiet werden soll. Das ganze Manöver ist durchsichtig, wenn man im Auge behält, daß nicht das Gericht, sondern der Kampf der Fischer das Raketenschießen verhindert. Die Bundeswehrführung steht unter Zeitdruck. Zur Erprobung der acht senkrecht startenden Flugkörper waren 24 Termine anberaumt worden, weil nur bei klarer Sicht möglich. Am 22. September sollten sie abgeschossen sein und eine neue Erprobungsserie mit Feldhaubitzen beginnen. Was ändert es da die Lage, wenn die Kläger aufgrund der Androhungen ihre Klage zurückziehen? – oder wenn das Verteidigungsministerium in nächster Instanz das „Recht“ erhält und im Zweifelsfalle Schadensersatz von den Klägern gezahlt werden muß?

Die Fischer würden weiter fischen, vertrieben werden dürfen sie nicht, die Bundeswehrführung würde nichts erreichen. Das Verteidigungsministerium weiß, daß ihm bei Ausschöpfung aller taktischen Manöver nur noch die gesetzliche Umwandlung des Sicherheitsgebietes in ein Sperrgebiet bleibt. Aber auch dann ist die Durchsetzung seiner Pläne noch lange nicht gesichert. Vielleicht versucht es die Fischer noch ein zweites Mal mit Entschädigungsangeboten einzuwickeln. Aber gerade weil die Existenz der Fischer von den Fanggebieten vor der Meldorfer Bucht abhängig ist, werden sie ihren Kampf entschlossen forführen, um die Bundeswehr zu vertreiben.

DRK-Helfer: Eingesetzt als Kundschafter und Lohndrücker

b.hek. Für das Versorgungsschiff ,,Flora", geplanter Einsatz chinesisches Meer, will der DRK-Landesverband Schleswig-Holstein 500000 DM sammeln. Groß ist die Unterstützung aller bürgerlichen Politiker und aller die das gerne werden wollen. Im Pinneberger Tageblatt rief der CDU-Landtagsabgeordnete Stäcker und wenige Tage später der KB-Nord-Vertreter im Kreis zur Spende für die ,,Vietnam-Hilfe" auf. Noch versucht die Bourgeoisie unter dem humanitären Mantel des DRK, ihre Einsätze in den Ländern der Dritten Welt zu vertuschen und den Volksmassen dafür auch noch das Geld aus der Tasche zu ziehen. Doch diese Unabhängigkeit und ,,Humanität" des DRK wird immer deutlicher zu reinen Farce.

Zu eng ist allein schon die personelle Verschmelzung der Finanzbourgeoisie, der Regierung des Agrarkapitalistenadels in diesem Verein. Vorsitzender des Landesverbandes ist Dr. Schlegelberger, von 64-71 stellvertretender Ministerpräsident, ab 1974 Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank, seine Stellvertreterin Ursula von Brockdorff, Besitzerin eines der größten Güter in Schleswig-Holstein, von den 14 Kreisvorsitzenden sind allein neun ehemalige oder amtierende Landräte und Oberbürgermeister, in Kiel passenderweise ein Konteradmiral a.D. Bei diesem wahrhaft illustren Führungsstab kann man sich die Aufgaben schon fast denken. Bereitstellung von Geldmitteln für die Bourgeoisie, Schaffung einer paramilitärischen Einsatztruppe, Spaltung der Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten. Finanziert und übernommen sind vom DRK eine Reihe von Altenheimen, Kindergärten, Krankenhäusern. Allein in drei Landkreisen wird der Rettungsdienst vom DRK gestellt.

Ausgebildet werden beim DRK Schwesternhelferinnen, 1. Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort. Allein 7972 Schwesternhelferinnen vom DRK gibt es in Schleswig-Holstein. Geregelt ist der Einsatz dieser Kräfte durch eine Regelung von 1978 ,,Zusammenarbeit zwischen DRK-Kreisverband und Arbeitsämtern bei der Deckung des Bedarfs an Schwesternhelferinnen für einen Spannungs- und Verteidigungsfall". Bereits 1977 wurden erste Versuche mit Einweisungsveranstaltungen für Schwesternhelferinnen bei der Bundeswehr durchgeführt. Näher ist dieser Einsatz der insgesamt 6035 ,,Helfer" im Katastrophenschutzgesetz geregelt (§6,1,3.): ,,Die Mitwirkung von privaten Einhei-

Kreisvorsitzenden sind allein neun ehemalige oder amtierende Landräte und Oberbürgermeister, in Kiel passenderweise ein Konteradmiral a.D. Bei diesem wahrhaft illustren Führungsstab kann man sich die Aufgaben schon fast denken. Bereitstellung von Geldmitteln für die Bourgeoisie, Schaffung einer paramilitärischen Einsatztruppe, Spaltung der Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten. Finanziert und übernommen sind vom DRK eine Reihe von Altenheimen, Kindergärten, Krankenhäusern. Allein in drei Landkreisen wird der Rettungsdienst vom DRK gestellt.

Ausgebildet werden beim DRK Schwesternhelferinnen, 1. Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort. Allein 7972 Schwesternhelferinnen vom DRK gibt es in Schleswig-Holstein. Geregelt ist der Einsatz dieser Kräfte durch eine Regelung von 1978 ,,Zusammenarbeit zwischen DRK-Kreisverband und Arbeitsämtern bei der Deckung des Bedarfs an Schwesternhelferinnen für einen Spannungs- und Verteidigungsfall". Bereits 1977 wurden erste Versuche mit Einweisungsveranstaltungen für Schwesternhelferinnen bei der Bundeswehr durchgeführt. Näher ist dieser Einsatz der insgesamt 6035 ,,Helfer" im Katastrophenschutzgesetz geregelt (§6,1,3.): ,,Die Mitwirkung von privaten Einhei-ten umfaßt ... auch die Pflicht ..., die angeordneten Einsätze durchzuführen. Hierfür sind auch eigene Kräfte und Sachmittel bereit zu stellen." Und gern wird die Bundeswehr auch im äußeren Einsatz diese Kräfte zur Hilfe nehmen, wurden doch allein seit 1968 von Schleswig-Holstein aus in Peru, Vietnam, Rumänien, Sizilien, Biafra, Türkei, Jordanien und in Bangla Desh Kräfte ausgebildet und eingesetzt.

Doch auch die festangestellten Beschäftigten des DRK sind einer besonderen Unterdrückung und Ausbeutung unterworfen. Sie müssen zu schlechteren Bedingungen arbeiten, als sie sonst durch die Arbeiterklasse erkämpft worden sind. Das sind zum einen die Fahrer der Krankenwagen. Die Rettungsleitstellen sind zum größten Teil im Verhältnis eins zu eins mit Festbeschäftigten und Zivildienstleistenden besetzt. Im Kreis Steinburg arbeiten die Fahrer in 12 Stunden Schichten, mit 500 DM werden pauschal alle Überstunden, Bereitschaftsdienste, Nacht- und Sonntagsarbeit abgegolten.

Der andere Teil sind die 2163 Schwestern in den Schwesternschaften des DRK. Sie haben wegen der ,,Gemeinnützigkeit" keinen Tarifvertrag, keinen Anspruch auf Lohn, gesichert ist ihnen lediglich ,,ein guter Lebensunterhalt". Ständig ist der Anteil dieser Schwestern im Verhältnis zu den ,,freien" Schwestern gestiegen. Er betrug 1974 28%, 1978 bereits 38%. Diese Schwestern werden in allen Krankenhäusern beschäftigt und können dort als Spalter im Lohnkampf eingesetzt werden. Doch diese ,,Humanität" des DRK verfängt innerhalb des Volkes immer weniger. Die Zahl der aktiven ,,Helfer" des DRK sank von 1974 8183 auf 1978 6035.



Schwesternhelferinnen im DRK 1978 7921



häusern beschäftigt und können dort als Spalter im Lohnkampf eingesetzt werden. Doch diese ,,Humanität" des DRK verfängt innerhalb des Volkes immer weniger. Die Zahl der aktiven ,,Helfer" des DRK sank von 1974 8183 auf 1978 6035.



Schwesternhelferinnen im DRK 1978 7921



Die Hilfszüge des DRK umfassen 1814 ,,Helfer"

Manteltarifvertrag für Auszubildende von der ÖTV gekündigt

ÖTV fordert Verbot der Nachtarbeit

b.row. Seit Dezember 1978 ist der Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV/A) bei Bund, Länder und Gemeinden von der ÖTV gekündigt. Bisher war der öffentliche Dienstherr zu Verhandlungen nicht bereit. Die wichtigsten Forderungen der ÖTV zum MTV/A sind:

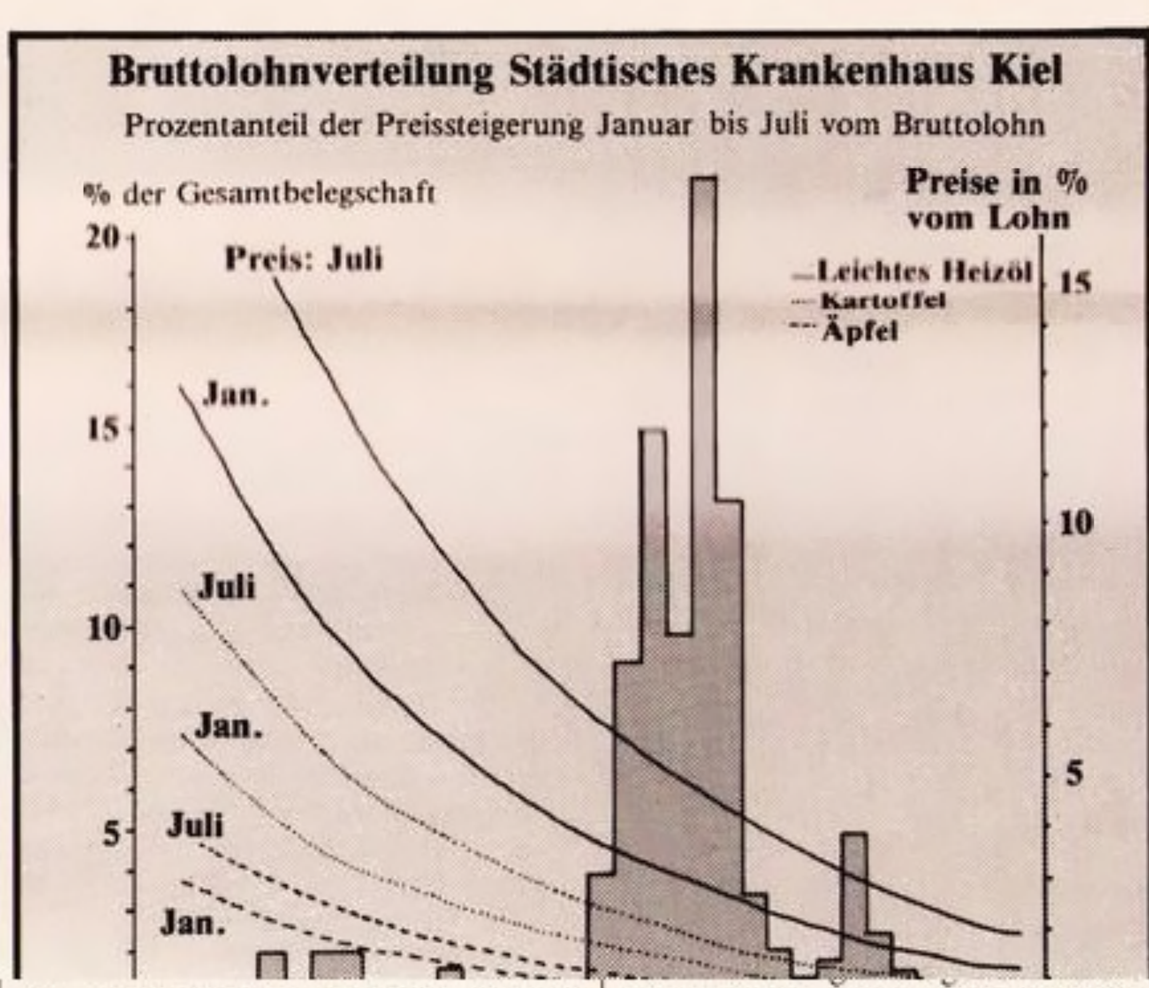
- ,,Der MTV/A muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten
- Verbot der Akkord-, Mehr-, Schicht- und Nachtarbeit, Ausbildungen an Sonnabenden, Sonntagen und Feiertagen
- Alle ausgebildeten Jugendlichen sind in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen, das dem erlernten Beruf entspricht
- Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne
- Der Arbeitgeber hat alle Ausbildungskosten zu übernehmen
- Die Probezeit ist auf einen Monat zu verkürzen"

1974 hatte die ÖTV zu den Verhandlungen zum MTV/A die Einbeziehung der Auszubildenden der Krankenpflege gefordert, das wurde aber nicht durchgesetzt. Für die Auszubildenden in der Krankenpflege gilt zur Zeit der ,,Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967". Zur Ausbildungszeit heißt es dort in §4 ,,die regelmäßige wöchentliche Ausbildungszeit richtet sich nach der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit des bei der Anstalt beschäftigten Krankenpflegepersonals". Zur Überarbeit heißt es in §6(2) ,,Für Überstunden und Bereitschaftsdienst werden 50% der für die Angestellten der Vergütungsgruppe Kr. III jeweils vereinbarten Beträge gewährt." Sonstige Regelung über die Arbeitszeit ist in dem Vertrag nicht enthalten. Die jungendliche Arbeitskraft ist der grenzenlosen Aussaugung durch Nacht-, Schicht-, Sonn-, Feiertags- und Überarbeit freigegeben. Legale Vorschrift soll durch die vorgeschlagene Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Krankenpflege- und Hebammengesetz 10 Nachtdienste während des 2. und 3. Ausbildungsjahren werden. Die Krankenpflegeschüler führen langandauernde Kämpfe gegen die Nachtarbeit und haben schon mehrere Erfolge erzielt. Ein Erlaß der Hamburger Gesundheitsbehörde sollte 20 Nachtdienste für die Krankenpflege und 50 in der Kinderkrankenpflege festschreiben, dieser mußte dann durch den Kampf der Krankenpflegeschüler fallengelassen werden. Die Schwäche aller dieser Kämpfe ist, daß sie zersplittert geführt werden, in Schleswig-Holstein und Hamburg besteht jetzt keine Regelung über die Nachtarbeit. Deshalb ist es für alle Auszubildenden in der Krankenpflege günstig, mit den aufgestellten Forderungen der ÖTV zum MTV/A mit den Angriffen des Dienstherrn auf die jugendliche Arbeitskraft Schluß zu machen.

Mit dem Berufsausbildungsgesetz 1969 hat sich die Bourgeoisie die Stufenausbildung als Regelausbildung gesetzlich festschreiben lassen. Die IG Metall setzte im Manteltarifvertrag für Auszubildende in Baden-Württemberg durch, daß die letzte der Stufen immer angeboten werden muß, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands GDED setzte durch, daß nur Ausbildungsverträge über alle Stufen abgeschlossen werden dürfen. Letztendlich ist Abschaffung der Stufenausbildung notwendig.

Insgesamt richten sich die Forderungen der ÖTV gegen die verschärfte Aussaugung der jugendlichen Arbeitskraft und sonstige Unterdrückungsmaßnahmen. Der Hauptvorstand der ÖTV hat in der Broschüre ,,Arbeitshilfe zum MTV/A" den alten MTV/A dem Entwurf der ÖTV gegenübergestellt. In der Broschüre wird aufgerufen, auf allen Ebenen der ÖTV die Forderungen zu diskutieren und Veranstaltungen abzuhalten ... auf den Versammlungen sollten Resolutionen an die Arbeitgeberverbände verabschiedet werden." Die Lage wird günstig sein, wenn eine breite Einheit auf den Forderungen hergestellt wird und die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst die Forderungen der Auszubildenden unterstützen.

Wirkung der Preissteigerungsrate auf Lohnkonten im ÖD



b.ulr. In dem Schaubild wird die Bruttolohnverteilung des Städtischen Krankenhauses Kiel dargestellt mit insgesamt 694 Beschäftigten. Auf diese Lohnverteilung haben wir den durchschnittlichen Monatsverbrauch von drei Waren aufgetragen und zwar in ihrem Prozantanteil vom Bruttolohn. Beim Heizöl wurde ein durchschnittlicher Monatsverbrauch von 166 l angenommen, bei den Kartoffeln 20 kg (vier Personen-Haushalt), bei den Tafeläpfeln 8 kg. Es wurden jeweils die Prozentanteile von Lohn für Januar 1979 und Juli 1979 (nach der Mehrwertsteuererhöhung) aufgetragen.

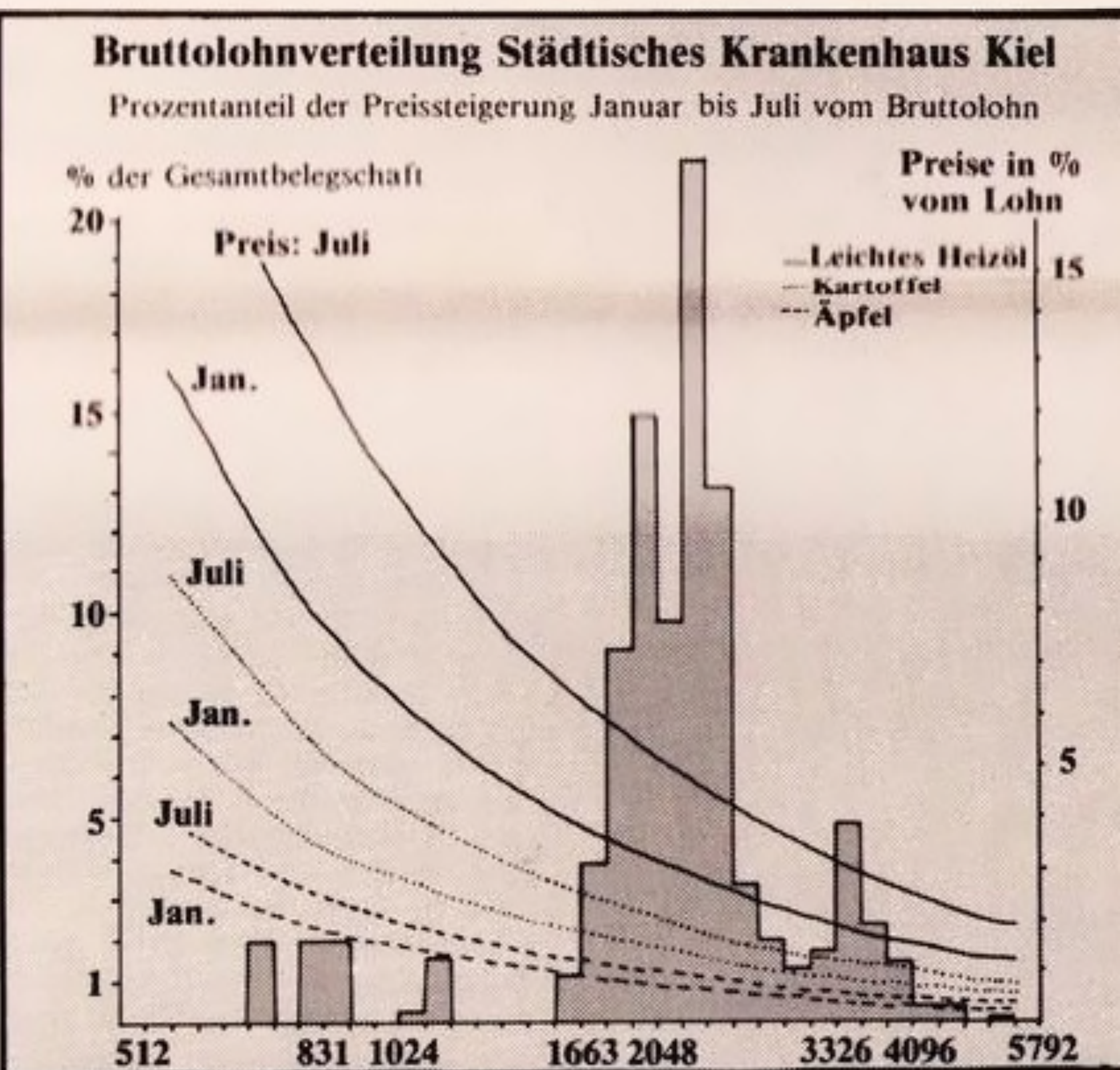
Bei einem Verdienst von 831 DM brutto macht die Preissteigerung Januar bis Juli, dieser drei Waren zusammen schon 7,3% des Bruttolohnes aus, bei 2048 DM 2,9% und bei 4096 DM 1,5%. Das heißt, bei den unteren Lohngruppen ist die Lohnerhöhung von 4% schon längst weg, sie zahlen drauf. Bei den mittleren Lohngruppen ist fast ein Drittel der Lohnerhöhung

Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967". Zur Ausbildungszeit heißt es dort in §4 ,,die regelmäßige wöchentliche Ausbil-

Auszubildenden in der Krankenpflege günstig, mit den aufgestellten Forderungen der ÖTV zum MTV/A mit den Angriffen des Dienstherrn auf die ju-

die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst die Forderungen der Auszubildenden unterstützen.

Wirkung der Preissteigerungsrate auf Lohnkonten im ÖD



b.ulr. In dem Schaubild wird die Bruttolohnverteilung des Städtischen Krankenhauses Kiel dargestellt mit insgesamt 694 Beschäftigten. Auf diese Lohnverteilung haben wir den durchschnittlichen Monatsverbrauch von drei Waren aufgetragen und zwar in ihrem Prozantanteil vom Bruttolohn. Beim Heizöl wurde ein durchschnittlicher Monatsverbrauch von 166 l angenommen, bei den Kartoffeln 20 kg (vier Personen-Haushalt), bei den Tafeläpfeln 8 kg. Es wurden jeweils die Prozentanteile von Lohn für Januar 1979 und Juli 1979 (nach der Mehrwertsteuererhöhung) aufgetragen.

Bei einem Verdienst von 831 DM brutto macht die Preissteigerung Januar bis Juli, dieser drei Waren zusammen schon 7,3% des Bruttolohnes aus, bei 2048 DM 2,9% und bei 4096 DM 1,5%. Das heißt, bei den unteren Lohngruppen ist die Lohnerhöhung von 4% schon längst weg, sie zahlen drauf. Bei den mittleren Lohngruppen ist fast ein Drittel der Lohnerhöhung weg, die über 4048 DM verdienen, merken nicht viel davon. Da wir hier nur eine Bruttolohnverteilung vor uns liegen haben, verschärft sich die ganze Angelegenheit in Wirklichkeit noch, netto rückt die ganze Lohnverteilung weiter nach links,so daß die Prozentanteile der Preissteigerung vom Lohn real noch höher liegen.

An Hand dieser kurzen Untersuchung wird schon deutlich, daß die unteren und mittleren Lohngruppen in der nächsten Tarifrunde einiges aufzuholen haben. Das wird nur möglich sein mit einem ziemlich hohen Festgeldanteil in der nächsten Tarifforderung.

Stauereiarbeiter bekämpfen neue Arbeitsverträge

b.obj. Während der Haupturlaubszeit hat die Betriebsführung der Stauerei Tiedemann erneut versucht, geänderte Arbeitsverträge in der Belegschaft durchzusetzen. Die Kapitalisten legen dabei wert auf die Unterschrift unter folgende Sätze: ,,Der Arbeitnehmer erklärt für die Dauer des Arbeitsverhältnisses seine Zustimmung, alle im Unternehmen anfallenden Tätigkeiten auszuführen. Dies gilt ebenfalls für den Fall der zeitweiligen Beschäftigung in Arbeitsgemeinschaften der Firma oder in anderen Hafenbetrieben." und ,,Herrn ... wurde mit Wirkung vom ... die Vergütung der Lohngruppe CT ... gezahlt. Diese Lohnvergütung ist eine jederzeit widerrufliche freiwillige übertarifliche Leistung des Arbeitgebers."

Im Hamburger Hafen ist Tiedemann neben Buss die größte Stauerei. Um überhaupt genügend Hafenarbeiter auf dem Markt zu kaufen, muß sie nach einer Zeit von drei Monaten in der Regel bereits die Schauerleute nach Vorarbeiterlohn (Lohngruppe 6) entlohnen. Wer mehrere Jahre da ist, wird häufig mit dem 2. Vizenlohn (Lohngruppe 7) entlohnt. Auf der letzten Betriebsversammlung hatte Hanauer, Mitglied der Betriebsführung, darüber geklagt, daß bei Tiedemann der Durchschnittslohn bei Lohngruppe 7 liegen würde.

Durch den neuen Vertrag wollen sich die Tiedemannkapitalisten auf eine Lage vorbereiten, wo sie genügend Hafenarbeiter vorfinden und nicht mehr gewzungen sind, ihre Arbeiter durch die Bezahlung der Übertarife zu halten. Lästig ist es, da eine Kündigungsfrist für die innerbetriebliche Lohngruppe zu haben. Von einem Tag zum anderen soll die Streichung der betrieblichen Zulagen möglich sein.

Der andere Passus soll es ermöglichen, die Tiedemann-Hafenarbeiter in alle Hafenbetriebe auszuleihen, wenn Tiedemann selber keine oder zu wenig Schiffe bearbeitet. Bisher wurde für diese Tage der Lohn entsprechend dem Garantielohnabkommen ausbezahlt, auch wenn nicht gearbeitet wurde.

Wie der letzte Betriebsrat, so hat auch der neue Betriebsrat diese Tarifverträge abgelehnt, und informiert tagtäglich auf den Schiffen und in der Einteilung am Sandtorkai die Belegschaft. Bisher ist noch von keinem einzigen bekannt, daß er unterschrieben hat. Der Weg der Betriebsführung, den Arbeitsvertrag Schritt für Schritt über die Neueinstellungen durchzusetzen, scheitert an der großen Fluktuation gerade bei den Neueingestellten. Von 150 sind vielleicht gerade noch 40 da.

Die älteren Hafenarbeiter wissen genau, daß die Verleihung im gesamten Hafen, die bei Tiedemann erkämpften Arbeitsbedingungen gefährden würde. Die Ausleiherfirmen wollen die überlassene Arbeitskraft an diesem Tag voll ausnutzen, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter am nächsten wieder einsatzfähig ist oder nicht. So werden die ausgeliehenen Arbeiter in die schwerste und dreckigste Arbeit geschickt und auf zweite Schicht vorrangig zu Arbeit eingeteilt, bei der man die Zeit voll ausarbeiten muß.

AEG N4: Für den VK-Vorschlag 175 DM/mindestens 8% die Einheit herstellen!

b.uwz. Entsprechend seinem Beschluß, den Tarifkampf zum Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen, beriet der Vertrauenskörper der IG Metall bei AEG N4 am 23.8. über ,, einen Vorschlag an die Belegschaft für eine Tarifforderung": ,,... Deshalb ist ein Festbetrag durchzusetzen ... etwa 175 DM werden für die unteren Einkommen als untere Marke angesehen. 175 DM bedeuten 1 DM in der Stunde oder 8% auf Lohngruppe IX ... Damit die Kollegen (mit mehr als 2100 DM Tarifgehalt, d. Verf.) aktiv am Lohnkampf teilnehmen können, schlagen wir zu den 175 DM, 8% mindestens vor" (beantragt von 5 Vertrauensleuten von N46, unterstützt von der VK-Leitung). Dieser Vorschlag wurde heftig diskutiert. Betriebsräte und Vertrauensleute, darunter Sozialdemokraten, begrüßten die Forderung, weil die Einheit der gesamten Belegschaft damit möglich ist.

Ein Vertreter der Ortsverwaltung der IGM erklärte, daß 30-40% der Beschäftigten über 2100 DM liegen würden. Da es gilt, eine starke Einheit herzustellen, um das Festgeld auch noch durchzusetzen, wurde mit 21 zu 3 beschlossen, kein reines Festgeld, sondern Festgeld und 8% mindestens zu fordern. Der vorliegende Antrag wurde darauf gebilligt. Einige vertraten die Ansicht, man müsse ein hohes Festgeld fordern, weil sie von ihrem subjektiven, was man braucht, ausgingen, ohne zu beantworten, wie sie es durchsetzen können. Auf diese stützen sich aber Sozialdemokraten und Opportunisten in der VKL, um den klaren Vorschlag an die Belegschaft zu verwischen. In ein Flugblatt der IGM zur Belegschaftsversammlung wurden 170-200 DM/8% mindestens geschrieben. Solche Spaltungslinien müssen in Beratungen in den Abteilungen, die der VK organisiert, geschlossen werden. Nützliches Material für eine Forderung, die die Einheit gegen die Kapitalisten herstellt, braucht die Belegschaft. Darum wurde auch die Flugschrift des KBW nachgerechnet und viel diskutiert. Der VK will eine Lohnsummenverteilung erstellen. Ein endgültiger Beschluß über die Tarifforderung soll im September gefaßt werden und die Belegschaftsversammlung zur Beratung genutzt werden.

Stoltenberg soll etwas gegen die Ausflaggungen unternehmen!

b.clm. „Bekämpft die Zypriotische Piratenflagge!“ ist eine der Losungen der dänischen Fährarbeiter der Linie Römö-Sylt in ihrem Kampf um einen kollektiven Tarifvertrag mit der Flensburger Förde-Reederei. Sie wenden sich damit gegen das Manöver der Ausflaggung, mit dem die Reederei die Löhne senken und die Ausbeutung verschärfen will.

„Ausflaggung gefährdet soziale Sicherheit“ und „Bekämpft Ausflaggung“, waren Hauptforderungen von Arbeitern der See-Berufsgenossenschaft, der Seekasse und der See-Krankenkasse auf der 1.Mai-Demonstration in Hamburg. Die dänischen Fährarbeiter haben die selben Interessen, wie alle westdeutschen Seeleute, und die Unterstützung ihres Kampfes sollte genutzt werden, um der ständig zunehmenden Ausflaggerei einen Riegel vorzuschieben.

Worin besteht das Manöver Ausflaggung? Die Fördereederei zum Beispiel hat die „Vikingland“ an die Siriza Navigation CO., Limassol, Zypern und die „Westerland“ an die Orange Shipping CO., Limassol, Zypern, zwei Scheinfirmen in Zypern übertragen, und anschließend wieder zurückgechartert. Der Reeder umgeht so Einschränkungen, die der Kampf der westdeutschen beziehungsweise dänischen Arbeiter ihm auferlegt hat. Die westdeutschen Seeleute haben nämlich eine ziemlich exakte Gesetzgebung inbezug auf Konstruktion, Bemannung, Befähigungs- und Ausbildungsniveau durchgesetzt. Er spart die Sozialversicherungen und nicht zuletzt braucht er nur einen Bruchteil der westdeutschen Steuern zu zahlen. Die Reeder nutzen dabei die Tatsache, daß die Länder der 3. Welt erst damit beginnen, eigene Handelsflotten aufzubauen, daß sie es deshalb dort noch nicht mit starken Gewerkschaften und erfahrenen Seeleuten zu tun haben. Deshalb nehmen die Ausflaggungen immer größere Ausmaße an. 1978 stellten die OECD-Länder 53,4% der Welthandelstonnage, die Billigflaggenländer auf dem Papier bereits 28,3%. Die größte Handlesflotte besäße demnach Liberia mit 2523 Schiffen und über 80 Millionen Bruttoregistertonnen. Die Profite, welche die Reeder so einfahren lassen, gehen auf Kosten der ungeheuren Ausbeutung der Seeleute auf diesen Schiffen und auf Kosten der Ausplünderung der Billigflaggenländer. Deshalb haben die Länder der 3. Welt auf der V. Welthandelskonferenz die Forderung nach Schließung der „offenen Register“, in welche die Imperialisten bei der Ausflaggung ihre Schiffe eintragen lassen, gestellt.

Arbeiter ihm auferlegt hat. Die westdeutschen Seeleute haben nämlich eine ziemlich exakte Gesetzgebung inbezug auf Konstruktion, Bemannung, Befähigungs- und Ausbildungsniveau durchgesetzt. Er spart die Sozialversicherungen und nicht zuletzt braucht er nur einen Bruchteil der westdeutschen Steuern zu zahlen. Die Reeder nutzen dabei die Tatsache, daß die Länder der 3. Welt erst damit beginnen, eigene Handelsflotten aufzubauen, daß sie es deshalb dort noch nicht mit starken Gewerkschaften und erfahrenen Seeleuten zu tun haben. Deshalb nehmen die Ausflaggungen immer größere Ausmaße an. 1978 stellten die OECD-Länder 53,4% der Welthandelstonnage, die Billigflaggenländer auf dem Papier bereits 28,3%. Die größte Handlesflotte besäße demnach Liberia mit 2523 Schiffen und über 80 Millionen Bruttoregistertonnen. Die Profite, welche die Reeder so einfahren lassen, gehen auf Kosten der ungeheuren Ausbeutung der Seeleute auf diesen Schiffen und auf Kosten der Ausplünderung der Billigflaggenländer. Deshalb haben die Länder der 3. Welt auf der V. Welthandelskonferenz die Forderung nach Schließung der „offenen Register“, in welche die Imperialisten bei der Ausflaggung ihre Schiffe eintragen lassen, gestellt.



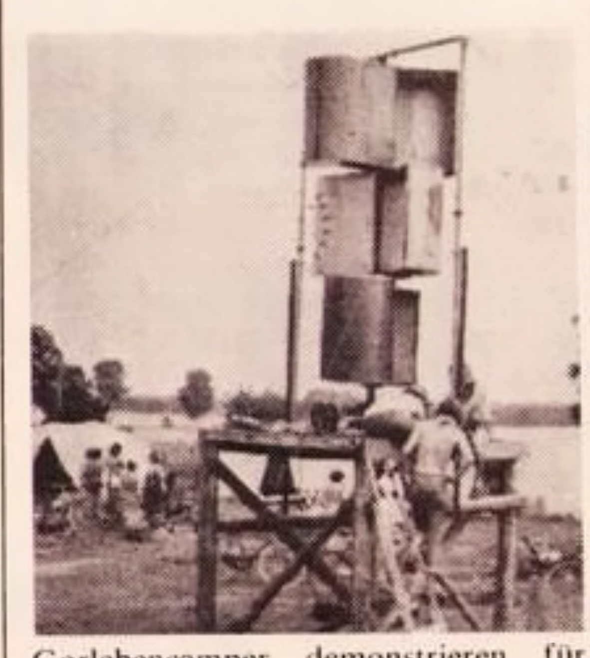
1978 fuhren 1999 Schiffe, die größer als 100 Bruttoregistertonnen waren, unter westdeutscher Flagge. 327 Schiffe liefen unter Billigflagge. Das „Schiffbau- und Reederhilfsprogramm“ der Bundesregierung hat zu Beginn dieses Jahres „generelle Erleichterungen bei den Flaggenbindungsfristen für mit Schiffbauzuschüssen geförderte Schiffe“ beschlossen.

Danach ist die Sperrfrist für die Ausflaggung von 10 auf 6 Jahre nach Erhalt der Subvention gekürzt worden, „zur Verhinderung“ übermäßiger Verluste. Das Durchschnittsalter westdeutscher Schiffe beträgt 6,5 Jahre. Seit 1972 hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung Schiffsneubauten mit 400 Millionen DM subventioniert. Bis 1981 sind weitere 90 Millionen DM bereitgestellt. Sie schmeißt den Kapitalisten die durch ständig steigende Steuerausplünderung herausgepreßten Gelder in den Rachen und die haben nichts Eiligeres zu tun, als die noch neuen Schiffe auszuflaggen, um so Höchstprofite auf das subventionierte Kapital zu sichern. Die Landesregierung muß dagegen Maßnahmen beschließen.

Minister Breuel: Alle verfügbaren Reserven mobilisieren

„Energie-Aktions-Programm Niedersachsen“ für die Profite der Kapitalisten

r.scm. „Alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren“, „das Energieangebot dauerhaft und flächendeckend zu gewährleisten“, sei Absicht der niedersächsischen Landesregierung bei ihrem Energie-Aktions-Programm gewesen, läßt Wirtschaftsminister Breuel in ihrer Pressemitteilung „Niedersachsen macht ernst mit dem Energiesparen“ verlauten. Flächendeckend soll z.B. das Erdgasleitungssystem ausgebaut werden, damit auch solche Randgebiete in Niedersachsen mit Erdgas versorgt werden, in denen die Gasversorgung z.Z. noch nicht wirtschaftlich ist“. Erst im Juni hatte das Sprachrohr der Versorgungsunternehmen „Zeitung für kommunale Wirtschaft“ „Flächenversorgung“ als Parole für die Expansion der Erdgaskapitalisten ausgegeben, weil anders ihre Profitrate nicht zu maximieren sei. Breuel hat gleich gespurt: 8 Mio. DM will sie dafür zur Verfügung stellen.

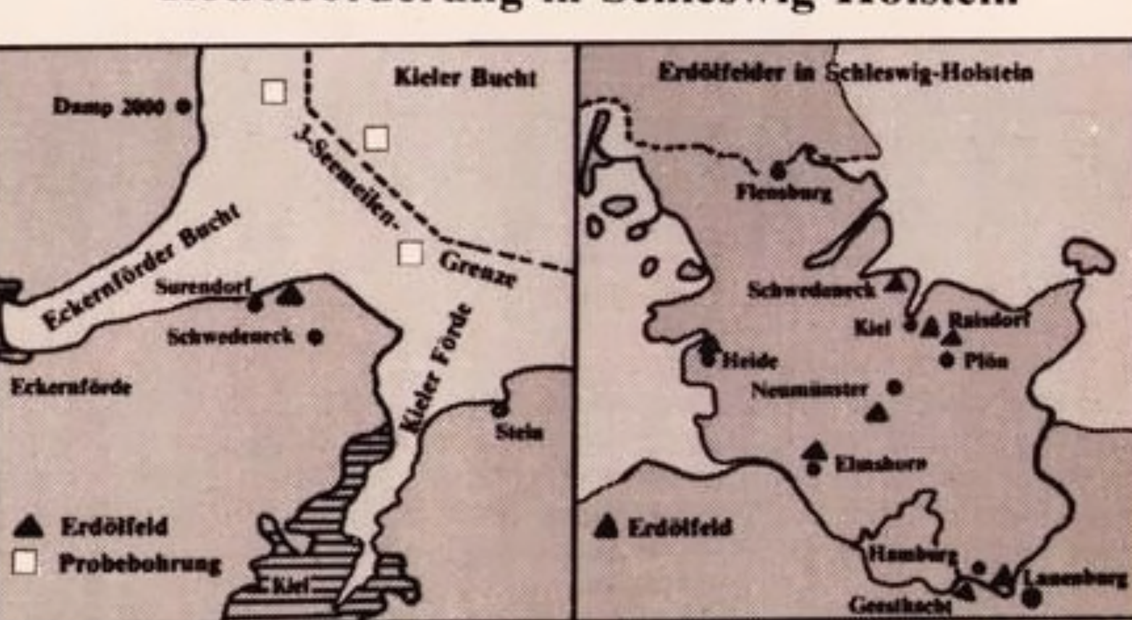


Gorlebencamper demonstrieren für Windenergie

Für die Expansion der Fernwärmeversorgung, die u.a. den Vorteil bietet, daß sie an Kernkraftwerke gekoppelt werden kann (Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung) sind im Anschluß an das Programm für Zukunftsinvestitionen jetzt weitere 5,3 Mio. DM seitens der Landesregierung vorgesehen. Für die Umstellung von Öl auf andere Energieträger sind „kleinen und mittleren Unternehmen“ billige Landesdarlehen in Aussicht gestellt. Da die Landesregierung einzig und allein die Profite der Kapitalisten im Auge hat, nimmt es nicht wunder, daß in der entsprechenden Gesetzesbestimmung die Förderung auf solche Unternehmen beschränkt ist, bei denen „zu erwarten ist, daß sie sich im Wettbewerb behaupten können“. Die Umstellungsbeihilfen für Gärtnereien 63 Mio. DM) und die Förderung der Abwärmenutzung in landwirtschaftlichen Betrieben (4,5 Mio. DM) werden von der Landesregierung als Mittel zur weiteren Ruinierung der kleinen Bauern eingesetzt. Sie zwingen alle Bauern zur Umstellung ihrer Betriebe, wenn sie sich in der Konkurrenz behaupten wollen. In der Hand des Staates bleibt, an wen die Zuschüsse gezahlt werden. Finanziert wird dieses Programm, das den flächendeckenden Profitinteressen der Kapitalisten Rechnung trägt, durch die Erhöhung des Förderzinses für inländisches Erdöl. Die Förderzinserhöhung bedeutet eine Beteiligung der Landesregierung an den Extraprofiten, die inländische Erdölförderkapitalisten auf Grund der Ölpreissteigerung gemacht haben.

Dieses Energiesparprogramm der niedersächsischen Landesregierung, abgerundet durch den Vorschlag, eine Kohle-Vergasungs- oder -Verflüssigungsanlage mit Importkohle und Reaktorwärme in Niedersachsen zu bauen, zeigt, was Energiespraren für die Kapitalisten bedeutet. Wenn einige Kernkraftgegener dafür demonstrieren, daß die Massen Energie sparen und sich alternative Energieanlagen installieren sollen, so ist dies nicht nur eine Verhöhnung der Arbeiter und Bauern, die seit jeher zu Sparsamkeit gezwungen sind, sondern es leistet auch der Landesregierung Vorschub, die mit ihrem Energie-Aktions-Programm auf Kosten des Volkes die Profite der Kapitalisten steigern helfen will.

Rohölförderung in Schleswig-Holstein



r.hör. Die Rohölförderung in Schleswig-Holstein betrug 1978 408294 t (8,1% der westdeutschen Förderung). Sie war ständig zurückgegangen: 1970 = 799949, 1971 = 632375, 1973 = 530389, 1974 = 452612, 1975 = 427713, 1976 = 410000, 1977 = 443422. Um den Druck auf den OPEC-Rohölpreis zu erhöhen und um Extraprofite mit dem relativ billigen einheimischen Rohöl zu machen, hat ein Konsortium der Wintershall AG und der Deutschen Texaco von Mai bis Dezember 78 in der Kieler Bucht mit Erfolg Probebohrungen durchgeführt und vor kurzem die Schürfrechte erworben. Die Wintershall AG, eine Tochtergesellschaft der BASF, fördert seit 18 Jahren Rohöl an der Eckernförder Bucht bei Surendorf. Die Landesregierung erhält seit dem 1.September 76 einen 10 -prozentigen Förderzins (vorher 5%) bezogen auf den Rohölpreis des schleswig-holsteinischen Öls, das sind jährlich ca. 8 Mio DM. Der Förderzins in Niedersachsen beträgt seit dem 1.7.79 15% und ab 1.1.80 17%. (1978 angeblich 395 Mio DM laut „Wirtschaftswoche“ vom 16.7.79)

Ohne Medikamente gegen Bluthochdruck

Forschungsprojekt an der Medizinischen Hochschule Hannover / Der mutwillige Kranke wird aufgebaut

r.ure. Die Medizinische Hochschule Hannover, steht für kürzeste Liegedauer aller Kliniken in den westlichen imperialistischen Ländern und etlichen Forschungsabteilungen, in denen die neuesten Schritte der Bourgeoisie für Kostendämpfung und Unterdrückung ausgearbeitet werden.

In „umfangreicher und beharrlicher Kleinarbeit“ hat die Abteilung Medizinische Psychologie eine Studie erstellt, die jetzt in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vorgestellt wurde. Die in der Studie untersuchten 60 Patienten leiden an „essentiellem“ Bluthochdruck (immerhin 80% aller Bluthochdruckkrankheiten). Essentiell heißt laut medizinischem Wörterbuch Pschyrembel ‚wirklich, selbständig, ohne zu erkennende Ursache‘. Als zu erkennende Ursachen gelten für die Bourgeoisie etwa ein Nebennierentu-

ist „sogar eine Verringerung der medikamentösen Behandlung“ (HAZ) und schließlich deren gänzliche Abschaffung. Die Methode: abspecken, Blutdruckselbstmessung, Rollenspiele, autogenes Training, „schon gezielte medizinische Angeben über Anatomie, gesunde Ernährung, Funktion des Herzens und Gründe des Bluthochdrucks brachten Erfolge“, nämlich Senkung desselben. Der Psychologe erklärte: „Gesundheitsschädigendes Verhalten macht Spaß“. Mit seiner Theorie von Krankheit als Fehlverhalten hat er überhaupt das Gerüst aufgestellt für die weiteren Angriffe auf das Gesundheitswesen in Richtung anteilmäßige Beteiligung des Versicherten an den Kosten für sein Wiederherstellung. Basler stellt, wie sein geistiger Vater Professor M. Pflanz, ebenfalls tätig an der Medizinischen Hochschule, Erfinder des Praktischen Jahres für die Me-

Volksmassen die Schuld an ihren Erkrankungen zu geben; von der absolut nicht „essentiellen“ Ursache, der Ausbeutung in der Profitproduktion, abzulenken und Gelder der Versicherten in Millionenhöhe lockerzumachen für

Bäckerinnung gegen Aufhebung des Nachtbackverbotes

r.mas. „Die ganze Angelegenheit wird von der Industrie angezettelt ... um eine dritte Schicht einführen zu können.“ Dies vertritt der Obermeister der Bielefelder Bäckerinnung gegen die neuerlichen Versuche der Aktionsgemeinschaft deutscher Bäcker gegen das Nachtbackverbot. Diese Aktionsgemeinschaft wurde vor ca. einem Jahr von der Nahrungsmittelindustrie ins Leben gerufen. Das Nachtbackverbot beschränkt die Arbeitszeit in Nichtarbeitszeiten von Montags bis Freitags ab

die Freigabe an die Kapitalisten.

Forschungsmittel für eine umfangreichere Studie beim Bundesministerium für Forschung und Technologie sind bereits beantragt – und werden sicherlich auch bewilligt.

fahrverbot von 22 bis 5.45 Uhr wird seit Jahren von der Nahrungsmittelindustrie angegriffen. So ist das Verbot 1969 auf seine Verfassungswidrigkeit überprüft worden. Für die Brotindustrie ist dieses Gesetz ein Knebel zur Ausdehnung der Ausbeutung und damit zur weiteren Expansion. Für die Bäcker ist gerade die Erhaltung des Verbotes bei gleichzeitiger Übertretung Existenzbedingung, weil sie sonst von der Brotindustrie in der Konkurrenzschlacht noch viel stärker als bisher geschlagen werden. Dieser Tatbestand läßt die Bäckerinnung für die Gesundheit der Arbeiter eintreten, die sich bei



Gorlebencamper demonstrieren für Windenergie

Kapitalisten Rechnung trägt, durch die Erhöhung des Förderzinses für inländisches Erdöl. Die Förderzinserhöhung bedeutet eine Beteiligung der Landesregierung an den Extraprofiten, die inländische Erdölförderkapitalisten auf Grund der Ölpreissteigerung gemacht haben.

Dieses Energiesparprogramm der

= 799949, 1971 = 632375, 1973 = 530389, 1974 = 452612, 1975 = 427713, 1976 = 410000, 1977 = 443422. Um den Druck auf den OPEC-Rohölpreis zu erhöhen und um Extraprofite mit dem relativ billigen einheimischen Rohöl zu machen, hat ein Konsortium der Wintershall AG und der Deutschen Texaco von Mai bis Dezember 78 in der Kieler Bucht mit Erfolg Probebohrungen durchgeführt

der Bucht bei Surendorf. Die Landesregierung erhält seit dem 1.September 76 einen 10 -prozentigen Förderzins (vorher 5%) bezogen auf den Rohölpreis des schleswig-holsteinischen Öls, das sind jährlich ca. 8 Mio DM. Der Förderzins in Niedersachsen beträgt seit dem 1.7.79 15% und ab 1.1.80 17%. (1978 angeblich 395 Mio DM laut „Wirtschaftswoche“ vom 16.7.79)

Ohne Medikamente gegen Bluthochdruck

Forschungsprojekt an der Medizinischen Hochschule Hannover / Der mutwillige Kranke wird aufgebaut

r.ure. Die Medizinische Hochschule Hannover, steht für kürzeste Liegedauer aller Kliniken in den westlichen imperialistischen Ländern und etlichen Forschungsabteilungen, in denen die neuesten Schritte der Bourgeoisie für Kostendämpfung und Unterdrückung ausgearbeitet werden.

In „umfangreicher und beharrlicher Kleinarbeit“ hat die Abteilung Medizinische Psychologie eine Studie erstellt, die jetzt in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vorgestellt wurde. Die in der Studie untersuchten 60 Patienten leiden an „essentiellem“ Bluthochdruck (immerhin 80% aller Bluthochdruckkrankheiten). Essentiell heißt laut medizinischem Wörterbuch Pschyrembel ‚wirklich, selbständig, ohne zu erkennende Ursache‘. Als zu erkennende Ursachen gelten für die Bourgeoisie etwa ein Nebennierentumor oder verkalkte Gefäße.

Gar so essentiell ist der essentielle Bluthochdruck aber nun auch wieder nicht: Die Untersuchung von tausend Arbeitern eines metallverarbeitenden Betriebs im Rahmen einer Dissertation 1973 ergab, daß 19,7% der Untersuchten einen Bluthochdruck aufwiesen, wenn ein systolischer Wert (der obere der beiden Blutdruckwerte) von 160 mm Hg und ein diastolischer Wert (der untere) von 95 mm Hg als Grenzwerte zugrunde gelegt werden.

Die Blutdruckerhöhung ereignet sich sowohl beim Gesunden wie beim Kranken. Es ist nicht die Arbeit selbst, die krankmacht, sondern nur Arbeit unter bestimmten Bedingungen. Überarbeit, Arbeit ohne genügende Pausen, Akkordarbeit, Nacht- und Schichtarbeit – kurz: ausgebeutete Lohnarbeit.

Behandelt wird Bluthochdruck solcher Entstehung derzeit hauptsächlich mit Sedativa, das sind Medikamente, die dämpfend auf die Körperfunktionen, hier besonders des Herzens wirken. Die Kosten für Antihypertonika und Herzmedikamente machen in der Liste der 21 meistverschriebenen Medikamente 25% aus (Die Ortskrankenkasse 7/8,78). Das sind Gelder in Höhe von 14,5 Millionen Mark, die der Bourgeoisie da in den Krankenkassen verloren gehen.

Seitdem die „klassischen Risikofaktoren“ erfunden wurden, gibt es zu den Medikamenten noch gute Ratschläge: Idealgewicht erreichen, aufhören zu rauchen, mehr bewegen und vor allem: nicht mehr ärgern lassen. Basler, Leiter der oben genannten Studie, geht da voran. Seine „Zielvorstellung“ ist „sogar eine Verringerung der medikamentösen Behandlung“ (HAZ) und schließlich deren gänzliche Abschaffung. Die Methode: abspecken, Blutdruckselbstmessung, Rollenspiele, autogenes Training, „schon gezielte medizinische Angeben über Anatomie, gesunde Ernährung, Funktion des Herzens und Gründe des Bluthochdrucks brachten Erfolge“, nämlich Senkung desselben. Der Psychologe erklärte: „Gesundheitsschädigendes Verhalten macht Spaß“. Mit seiner Theorie von Krankheit als Fehlverhalten hat er überhaupt das Gerüst aufgestellt für die weiteren Angriffe auf das Gesundheitswesen in Richtung anteilmäßige Beteiligung des Versicherten an den Kosten für sein Wiederherstellung. Basler stellt, wie sein geistiger Vater Professor M. Pflanz, ebenfalls tätig an der Medizinischen Hochschule, Erfinder des Praktischen Jahres für die Medizinstudenten, die Frage so herum: Warum stirbt der eine Bandarbeiter mit 50 Jahren am Herzinfarkt und der andere nicht? Er denkt weiter: der andere hat wohl ein dickeres Fell, der eine ist also ein richtiger Streßtyp. Wenn der lernt, seine Sorgen nicht mehr als Sorgen zu empfinden und Streß nicht mehr als Streß, dann stirbt er auch nicht mehr so früh. Basler richtete also in der ländlichen Praxis seines Freundes Haehn Versuchsgruppen ein, in denen die Leute „umerzogen“ werden sollen. Die Gruppe der Übergewichtigen lernt: eine Tabelle anlegen, was man wann gegessen hat, nach jedem Bissen das Besteck aus der Hand legen und sich einreden: ich will nicht mehr essen, ich will nicht mehr essen. Basler sollte sich lieber hinsetzen und versuchen wissenschaftlich zu arbeiten: der statistische Zusammenhang zwischen Übergewicht und Bluthochdruck konnte bisher weder theoretisch erklärt noch medizinisch nachgewiesen werden.

Der anderen Gruppe wurde aufgezeigt, daß „Ärger und Sorge den Blutdruck oft beträchtlich erhöhen... Selbsterkenntnis und aktive Entspannung (autogenes Training) halfen ihnen...“ (HAZ). Sicherlich darf man glauben, daß durch autogenes Training die gesamten Organfunktionen ruhiger gestellt werden und damit auch der Blutdruck. Für die Zeit der Sitzung und Reproduktionszeit nach der Arbeit mag das gelten, aber zurück am Band sind die „Erfolge“ zunichte.

Basler weiß das auch ganz genau. Ihm und seinem Kumpanen kommt es darauf an, den sich fehlverhaltenden Streßtypen aufzubauen und damit den Volksmassen die Schuld an ihren Erkrankungen zu geben; von der absolut nicht „essentiellen“ Ursache, der Ausbeutung in der Profitproduktion, abzulenken und Gelder der Versicherten in Millionenhöhe lockerzumachen für die Freigabe an die Kapitalisten.

Forschungsmittel für eine umfangreichere Studie beim Bundesministerium für Forschung und Technologie sind bereits beantragt – und werden sicherlich auch bewilligt.

Bäckerinnung gegen Aufhebung des Nachtbackverbotes

r.mas. „Die ganze Angelegenheit wird von der Industrie angezettelt ... um eine dritte Schicht einführen zu können.“ Dies vertritt der Obermeister der Bielefelder Bäckerinnung gegen die neuerlichen Versuche der Aktionsgemeinschaft deutscher Bäcker gegen das Nachtbackverbot. Diese Aktionsgemeinschaft wurde vor ca. einem Jahr von der Nahrungsmittelindustrie ins Leben gerufen. Das Nachtbackverbot beschränkt die Arbeitszeit in Nichtarbeitszeiten von Montags bis Freitags ab 1969 von 22 Uhr bis 4 Uhr (vorher 21 Uhr) und Samstags von 22 Uhr bis 0 Uhr. Diese Regelung sowie das Ausfahrverbot von 22 bis 5.45 Uhr wird seit Jahren von der Nahrungsmittelindustrie angegriffen. So ist das Verbot 1969 auf seine Verfassungswidrigkeit überprüft worden. Für die Brotindustrie ist dieses Gesetz ein Knebel zur Ausdehnung der Ausbeutung und damit zur weiteren Expansion. Für die Bäcker ist gerade die Erhaltung des Verbotes bei gleichzeitiger Übertretung Existenzbedingung, weil sie sonst von der Brotindustrie in der Konkurrenzschlacht noch viel stärker als bisher geschlagen werden. Dieser Tatbestand läßt die Bäckerinnung für die Gesundheit der Arbeiter eintreten, die sich bei „Wechselschicht... auf diesen Dreierrhythmus gar nicht einstellen können.“

Breuels Modellversuch Ladenschluß

r.ine. „Wann können wir endlich abends einkaufen?“ – Überschrift eines Interviews der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel mit der Zeitschrift Brigitte 17/79. Noch im Juli 1978 hatte Ministerpräsident Albrecht in einem Gespräch mit der HBV erklärt, es seien keine Modellversuche zur Ausdehnung der Ladenschlußzeiten beabsichtigt. Breuel, August 1979, möchte „prüfen, ob wir... eine neutrale Untersuchung und einen groß angelegten Modellversuch durchführen können... Der Einsatz von mehr Teilzeitarbeit wäre möglicherweise eine Lösung, denkbar wäre auch ein anderes Schichtsystem.“ Den Warenhauskapitalisten bietet Breuel dazu ideologische Absicherung weiterer Preiserhöhungen: „... man hält es wie in Amerika, wo man etwas mehr bezahlen muß, wenn man spätabends einkauft.“ – Die HBV verlangt von der Niedersächsischen Landesregierung Klarstellung, was von den Aussagen Breuels konkret zu halten ist.
Antwort: Die Ministerin ist in Urlaub.

Lohnkampf im Hotel und Gaststättengewerbe

r.edp. Zum 31. August läuft der Lohn- und Gehaltstarif für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bremen aus. Die Verhandlungen verliefen bisher ohne Ergebnis. Das Ziel der NGG ist die Absicherung der Effektivlöhne, die 5-Tage-Woche und eine neue Regelung für die Bezahlung der Überstunden. Die tariflich abgesicherten Monatslöhne in diesem Gewerbe sind niedrig:

Monatsstunden	186	208	221
Kellner	1349,-	1549,-	1666,-
Ungelernte Kräfte	1023,-	1174,-	1264,-
Hotelportier	1256,-	1442,-	1551,-
Gaststättengehilfe	1070,-	1228,-	1322,-
Bufettpersonal	6,- pro Stunde		

Der tatsächliche Verdienst, vor allem in den größeren Hotels und Gaststätten, ist höher. Die Kellner verdienen dort z.B. 1800 – 2000 DM. Für die meisten Beschäftigten bedeutet dieser niedrige Tariflohn Zwang zu Überstunden. Der Manteltarifvertrag, der in Bremen zum 31. Dezember 1979 ausläuft, legt die 43-Stunden-Woche fest, die bis auf 51 Std. ausgedehnt werden kann. Ab der 187. Stunde im Monat wird 25% Zuschlag gezahlt. Mit den jetzt laufenden Verhandlungen für den Lohn wird der anstehende Manteltarifkampf vorbereitet. In Hessen wurde von der NGG ab 1.1.1979 eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen. Bis 1982 Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden sowie 4 freie Tage im Monat, als Schritt zur 5-Tage-Woche. Ohne ausreichende Erhöhung des Grundlohns bleibt aber der Zwang zu Überstunden bestehen. In Bremen wurde von der NGG keine einheitliche Forderung aufgestellt, daher sind die Bedingungen für den Zusammenschluß schwierig.

Erfolgreicher Aufbau der Landwirtschaft in Papua-Neuguinea

Die Dorfgemeinschaften und kleinen Bauern sind der Motor für wachsende Selbstversorgung

z.mat.Sydney. Port Moresby, die Hauptstadt Papua-Neuguineas mit knapp über 100000 Einwohnern, ist bei den drei wichtigen Gemüsesorten Tomaten, Weißkohl und Chinakohl nicht mehr von Importen abhängig. Ab August ist der staatliche Landwirtschaftsbetrieb Ilimo-Farm-Products in der Lage, die Stadt ausreichend zu beliefern. Im kommenden Jahr soll die Produktion auch bei den anderen Gemüsearten ausreichen, den Import zu ersetzen.

Noch vor einem Jahr befanden sich 49% des Kapitals der Ilimo-Farm-Products in ausländischem Besitz. Nachdem die Regierung diesen Anteil aufgekauft hatte, wurden größere Flächen der Farm zum Gemüseanbau eingerichtet, um die Importabhängigkeit des Landes bei Nahrungsmitteln abbauen zu helfen. Ilimo-Farm-Products ist eines der jüngsten Beispiele für die erfolgreiche Stärkung der Landwirtschaft, die die Regierung in Papua-Neuguinea verfolgt. Nach über 70 Jahren deutscher und britischer Kolonialherrschaft – für die britischen Imperialisten wurde das Land von Australien verwaltet – wurde Papua-Neuguinea 1975 unabhängig. Von den Kolonialisten erhielt es als Erbe eine Wirtschaftsstruktur, die vollständig auf den Export der Reichtümer des Landes ausgerichtet war. Noch heute sind Kupfer, Holz und Plantagenprodukte

Exporte aus Land-, Fisch- und Holzwirtschaft 1978 (Mio. $)

Kaffee	134
Kakao	78
Kokosnussprodukte	46
Thunfisch	25
Holz, Sperrholz	24
Palmöl	13
Tee	10
Krabben	5
Gummi	3
im Vergleich: Kupfer	*271*

die wichtigsten Ausfuhrgüter. Vor allen die Kakaoplantagen befanden sich 1975 in stark verwahrlostem Zustand. Nach Erringung der Unabhängigkeit hat die Regierung begonnen, die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse für den Landesbedarf zu entwickeln.

Der Motor der Entwicklung der Landwirtschaft sind die traditionellen Stammesgemeinschaften und kleinen Bauern. Sie verlangen das Plantagenland zurück. Im Juli forderten die Bewohner von Malakuna (East New Britain), daß die Plantage Tokohar nicht für einen Flugplatz verwendet, sondern an sie zurückgegeben wird. Die Provinzversammlung von New Ireland forderte die Regierung auf, den Bewohnern der Dörfer bei der Verpachtung ehemaligen Plantagenlandes Vorzugsrecht zu geben. Im August konnten die Bewohner der drei Dörfer Ngualian, Nanganangu und Vunamurmur nach zehn Jahren Kampf die Plantage Tatavana übernehmen, wobei die Regierung ein Drittel des Preises als Kredit zur Verfügung stellte, der ab 1982 zurückgezahlt werden muß.

Tatavana ist ein Beispiel dafür, daß die Regierung gewillt ist, die Forderungen der Dörfer nach Selbstversorgung zu fördern. Seit der Unabhängigkeit hat sie es zum Prinzip erklärt, die australische Wirtschaftshilfe – ⅓ des Staatshaushalts – nicht für laufende Ausgaben zu verwenden, sondern für langfristige Investitionen. Durch die Begrenzung des Kaffee-Exports und die Einrichtung eines Reservelagers, als vor einigen Jahren der Kaffeepreis in die Höhe schoß, hat sie erreicht, daß die kleinen Kaffeeproduzenten während des Preisverfalls der letzten zwei Jahre geringere Einkommensverluste hinnehmen mußten als in irgendeinem anderen Land. Ein umfangreiches Neusiedlungsprogramm wurde auf rückgekauften Palmölplantagen durchgeführt. In den entlegenen Sumpfgebieten, wo große Armut herrschte, haben zahlreiche Dörfer mit Unterstützung der Regierung Krokodilzucht eingeführt. Da die Krokodile als Jungtiere gefangen und dann aufgezogen werden, überwachen die Dorfbewohner gleichzeitig den Erhalt der Art, so daß Papua-Neuguinea vom geplanten weltweiten Verbot des Handels mit Leder von Meereskrokodilen ausgenommen sein wird.

Wirkungsvolle Unterstützung findet Papua-Neuguineas Landwirtschaftsaufbau auch im Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt. Als Mitglied der AKP-Staaten hat es eine Stabilisierung des Gummipreises erreichen können, und im Südpazifischen Forum verteidigt es zusammen mit anderen Inseln den Fischreichtum seiner Küstengewässer.

Indische Bauern fordern Senkung der Preise für Dünger und landwirtschaftliche Geräte



z.acr. Mehr als 1000 indische Bauern beendeten am 13.8. mit einer Demonstration in Neu-Delhi eine einjährige Kampagne eines Kampfkomitees indischer Bauern. Sie protestierten u.a. gegen die Maßnahme der Regierung, Gemeindeland an landlose Bauern zu verteilen, während sie die Großgrundbesitzer ungeschoren läßt. Sie fordern die Senkung der Preise für Dünger und landwirtschaftliche Geräte. Weil z.B. motorgetriebene Wasserpumpen zu teuer sind, können viele Bauern ihr Land mit von Ochsen betriebenen Wasserrädern (siehe Bild) nur ungenügend bewässern. Nach Angaben des Komitees beteiligten sich während des letzten Jahres 91500 Bauern an den Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Verstärkte Kapitalkonzentration in der Brauindustrie

Tarifverhandlungen in den meisten Bundesländern ab September

z.mip. „Schoerghuber, der Münchner Baulöwe jetzt auch Braulöwe" (SZ). Für 1 Mrd. DM hat die Bayerische Hypobank ihm die Münchner Paulaner Brauerei verkauft. Die Hypobank, die an den größten bayerischen Brauereien über 25% Anteil besitzt, will sich absichern und sich anderweitig nach Profitträchtigerem umsehen. Das Braugeschäft steckt in der Krise, die Realisierung der aus den Arbeitern herausgeholten Profite stockt, noch hat die Hypobank einen saftigen Batzen für den Verkauf der Paulaner Brauerei einstecken können.

„Es muß festgestellt werden, daß

durchschnittlichen Bierausstoß von 63 300 hl pro Betrieb. Der Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß ist schon in den letzten Jahren verstärkt vorangetrieben worden, so daß der Bierausstoß pro Beschäftigtem von 927 hl (1970) auf 1187 hl (1976) gesteigert und so die Gesamtlohnkosten gesenkt werden konnten.

In die niedrigsten Löhne haben die Braukapitalisten die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Endproduktion gepreßt. In der Flaschenfüllerei arbeiten vorwiegend Frauen in Lohngruppe 2 (84% des Ecklohns), in der Verladung werden z.B. die Gabelstaplerfahrer in

Spanne der Ecklöhne NRW/Bayern

Jahr	NRW-Eckl.	Spanne/Bay.
1950	1,32 DM	– 0,12 DM
1960	2,90 DM	– 0,47 DM
1965	4,43 DM	– 0,83 DM
1970	5,95 DM	– 0,76 DM
1975	9,80 DM	– 0,95 DM
1978	11,49 DM	– 0,95 DM

dersachsen wurde dies in den anderen Tarifgebieten nicht durchgesetzt. Über den Bundesmanteltarifvertrag (BMT) von 74 wollten die Braukapitalisten diesen Vertrag boykottieren. Dagegen

drigste Ecklohn. 1975 haben die bayerischen Arbeiter gegen das zunehmende Auseinanderklaffen der Ecklöhne gestreikt. Im Jahr 78 konnte in Bayern ein Tarifabschluß mit höheren Prozenten (5,1%) als in NRW (4,7%) abgeschlossen werden.

Die Tarife sind für das Jahr 79 in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein schon abgeschlossen mit 4,9% in Bremen, 4,8% in den beiden anderen Tarifgebieten. Für NRW und Hessen beginnen die Tarifverhandlungen Anfang September, die Gewerkschaft NGG fordert 7,5%. Für den Mittelrhein, Baden-Württemberg, Nie-

Export der Reichtümer des Landes ausgerichtet war. Noch heute sind Kupfer, Holz und Plantagenprodukte

Exporte aus Land-, Fisch- und Holzwirtschaft 1978 (Mio. $)

Kaffee	134
Kakao	78
Kokosnussprodukte	46
Thunfisch	25
Holz, Sperrholz	24
Palmöl	13
Tee	10
Krabben	5
Gummi	3
im Vergleich: Kupfer	*271*

zu fördern. Seit der Unabhängigkeit hat sie es zum Prinzip erklärt, die australische Wirtschaftshilfe – ⅓ des Staatshaushalts – nicht für laufende Ausgaben zu verwenden, sondern für langfristige Investitionen. Durch die Begrenzung des Kaffee-Exports und die Einrichtung eines Reservelagers, als vor einigen Jahren der Kaffeepreis in die Höhe schoß, hat sie erreicht, daß die kleinen Kaffeeproduzenten während des Preisverfalls der letzten zwei Jahre geringere Einkommensverluste hinnehmen mußten als in irgendeinem anderen Land. Ein umfangreiches Neusiedlungsprogramm wurde auf rückgekauften Palmölplantagen



z.acr. Mehr als 1000 indische Bauern beendeten am 13.8. mit einer Demonstration in Neu-Delhi eine einjährige Kampagne eines Kampfkomitees indischer Bauern. Sie protestierten u.a. gegen die Maßnahme der Regierung, Gemeindeland an landlose Bauern zu verteilen, während sie die Großgrundbesitzer ungeschoren läßt. Sie fordern die Senkung der Preise für Dünger und landwirtschaftliche Geräte. Weil z.B. motorgetriebene Wasserpumpen zu teuer sind, können viele Bauern ihr Land mit von Ochsen betriebenen Wasserrädern (siehe Bild) nur ungenügend bewässern. Nach Angaben des Komitees beteiligten sich während des letzten Jahres 91500 Bauern an den Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Verstärkte Kapitalkonzentration in der Brauindustrie

Tarifverhandlungen in den meisten Bundesländern ab September

z.mip. „Schoerghuber, der Münchner Baulöwe jetzt auch Braulöwe" (SZ). Für 1 Mrd. DM hat die Bayerische Hypobank ihm die Münchner Paulaner Brauerei verkauft. Die Hypobank, die an den größten bayerischen Brauereien über 25% Anteil besitzt, will sich absichern und sich anderweitig nach Profitträchtigerem umsehen. Das Braugeschäft steckt in der Krise, die Realisierung der aus den Arbeitern herausgeholten Profite stockt, noch hat die Hypobank einen saftigen Batzen für den Verkauf der Paulaner Brauerei einstecken können.

„Es muß festgestellt werden, daß sich im letzten Jahr die zu beobachtende Rückgang des Bierausstoßes deutlich fortgesetzt hat. Im Verhältnis zum Vorjahr ist eine nochmalige Ausstoßminderung um 2,9% auf 91 656 000 hl zu verzeichnen" (Geschäftsbericht des Dt. Brauerbundes 78). Schon in der Krise 73/74 ist die Schmälerung der Reproduktion durch die Senkung des Bierverbrauchs erkennbar, die direkten Rückgänge seit 77 zeigen die Verschärfung der erzwungenen Einengung der Reproduktionsmittel der Massen.

Mit scharfen Kontrollen mittels des „Reinheitsgebots" (Verbot mit chemischen Mitteln dem Bier den gewünschten Geschmack zu geben), versuchen die westdeutschen Brauereikapitalisten die ausländische Konkurrenz aus dem inländischen Markt fernzuhalten. Trotz dieser Maßnahmen ist die Biereinfuhr von 0,3% (1960) auf 0,7% (1978) des Gesamtverbrauchs in der BRD gestiegen, während gleichzeitig der westdeutsche Anteil des gesamten Bierausstoßes der EG von 61,8% (1960) auf 40,6% (1977) gesunken ist. Ihre Spitzenstellung in der EG und ihren zweiten Rang hinter der USA in der Welt wollen die westdeutschen Braukapitalisten durch Verschärfung der Ausbeutung der Brauereiarbeiter mittels Konzentration und Rationalisierung der Betriebe erhalten und erneut ausbauen. Die Konzentration der Brauereibetriebe in der BRD ist noch verhältnismäßig gering. Während Irland einen durchschnittlichen Bierausstoß pro Betrieb von 811 300 hl erreicht hat, Großbritannien 462 000 hl, Dänemark 342 600 hl und Frankreich 310 000 hl, hat die BRD erst einen

durchschnittlichen Bierausstoß von 63 300 hl pro Betrieb. Der Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß ist schon in den letzten Jahren verstärkt vorangetrieben worden, so daß der Bierausstoß pro Beschäftigtem von 927 hl (1970) auf 1187 hl (1976) gesteigert und so die Gesamtlohnkosten gesenkt werden konnten.

In die niedrigsten Löhne haben die Braukapitalisten die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Endproduktion gepreßt. In der Flaschenfüllerei arbeiten vorwiegend Frauen in Lohngruppe 2 (84% des Ecklohns), in der Verladung werden z.B. die Gabelstaplerfahrer in
Lohngruppe 3 eingestellt (90 – 95% des Ecklohns). Am niedrigsten werden die Putzarbeiter bezahlt, Einstufung nach Lohngruppe 1 (75% des Ecklohns), die in der Brauerei zahlreich anfallen. Für das Bierbrauen selber sind trotz hoher Technisierung der Produktion noch im wesentlichen Facharbeiter nötig, die Brauer, Mälzer und Schäffler, die in Lohngruppe 4 (Ecklohn) eingestuft sind, weshalb die Kapitalisten über die hohen Lohnkosten im Verhältnis zur Gesamtindustrie klagen.

Gegen die Versuche der Brauereikapitalisten, Arbeiter an niedriger bezahlte Arbeitsplätze zu versetzen, ist in Bayern ein Rationalisierungsschutzabkommen von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) abgeschlossen worden und seit 1.1.79 in Kraft, das für die Arbeiter allerdings keinen wirksamen Schutz bietet. Danach sind Versetzungen grundsätzlich möglich, und die Bezahlung nach dem bisherigen Lohn muß nur für alle Arbeiter über 45 Jahre gewährleistet werden, was den Eifer der Kapitalisten beschleunigen wird, die alten Arbeiter zu entlassen und die jüngeren abzustufen oder neue zu geringeren Löhnen einzustellen. 1978 sind von der NGG in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und dem Saarland neue Manteltarifverträge gegen den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft abgeschlossen worden. Erst nach erfolgreicher Durchführung der Urabstimmung für Streik in NRW mußten die Braukapitalisten, konzentriert im Braumonopol DUB/Schultheiss, der Regelung zustimmen, daß Arbeiter über 60 Jahre eine zusätzlich bezahlte Freizeit von 28 Tagen im Jahr erhalten. Außer in Nie-

Spanne der Ecklöhne NRW/Bayern

Jahr	NRW-Eckl.	Spanne/Bay.
1950	1,32 DM	– 0,12 DM
1960	2,90 DM	– 0,47 DM
1965	4,43 DM	– 0,83 DM
1970	5,95 DM	– 0,76 DM
1975	9,80 DM	– 0,95 DM
1978	11,49 DM	– 0,95 DM

dersachsen wurde dies in den anderen Tarifgebieten nicht durchgesetzt. Über den Bundesmanteltarifvertrag (BMT) von 74 wollten die Braukapitalisten diesen Vertrag boykottieren. Dagegen
hat die NGG den BMT gekündigt, die Verhandlungen werden momentan geführt.

Seit Jahren kämpfen die Brauereiarbeiter um die Abschaffung der Ortsklasseneinteilung, die für den großen Teil der insgesamt 80 000 Brauarbeiter in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mittelrhein, Pfalz und Bayern nach wie vor besteht und erst in Niedersachsen und Baden-Württemberg beseitigt ist. Diese Forderung nach Abschaffung der Ortsklassen wird in den jetzt anstehenden Tarifauseinandersetzungen mit erhoben. Außer der Spaltung in Ortsklassen bestehen in den meisten Tarifgebieten unterschiedliche Ecklöhne, in NRW der höchste, in Bayern der nie-

drigste Ecklohn. 1975 haben die bayerischen Arbeiter gegen das zunehmende Auseinanderklaffen der Ecklöhne gestreikt. Im Jahr 78 konnte in Bayern ein Tarifabschluß mit höheren Prozenten (5,1%) als in NRW (4,7%) abgeschlossen werden.

Die Tarife sind für das Jahr 79 in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein schon abgeschlossen mit 4,9% in Bremen, 4,8% in den beiden anderen Tarifgebieten. Für NRW und Hessen beginnen die Tarifverhandlungen Anfang September, die Gewerkschaft NGG fordert 7,5%. Für den Mittelrhein, Baden-Württemberg, Nie-
dersachsen, das Saarland, Oberbaden und Bayern beginnen die Verhandlungen im Oktober, für die Pfalz und Westberlin im November. Erst für Bayern ist eine Forderung von 7% aufgestellt und für das Gebiet Fulda und Umgebung eine Forderung von 7,5%. Die für Bayern aufgestellte niedrigere Forderung fällt dem Kampf der bayerischen Brauarbeiter für die Angleichung der Löhne an NRW direkt in den Rücken. Die günstige Lage, daß in den meisten Tarifgebieten die Tarife zum gleichen Zeitpunkt gekündigt sind, muß man nutzen, um einheitlich zu erreichen, daß nicht unter der erkämpften Marke von 4,8% abgeschlossen wird.



Hopfenbauern gegen Niedrigstpreise der Handelsgesellschaften

z.doj. Etwa 70% des Hopfens in der EG wurde 1978 in der BRD angebaut auf 3504 ha, davon 3228 ha in Bayern. Seit einer EG-Verordnung von 1971 wurden die bäuerlichen Familienbetriebe durch EG-Rodungsbeihilfen zur Aufgabe von 40% Hopfenanbaufläche gezwungen, während der ha-Ertrag in der BRD in den letzten beiden Jahren um mehr als 50% heraufgeschraubt werden konnte. Im größten Anbaugebiet Hallertau sind die Hopfenbauern in langfristige Lieferverträge gezwungen, deren Preis durch die Handelsgesellschaften diktiert wird: 1978 durchschnittlich 290 DM/Ztr. Der Marktpreis, den die Handelsgesellschaften herausschlagen, lag dagegen bei durchschnittlich 400 DM/Ztr. und um 129% höher als 1977! Die EG verschärft diesen Widerspruch mit einer Verordnung, nach der seit 1.8.1978 über ein Zertifikatverfahren der von den Bauern gelieferte Naturhopfen verschieden teurer Sorte nicht gemischt werden darf, während die Brauereien und Hopfengesellschaften bei der Herstellung von Hopfenerzeugnissen denselben Jahrgang mit billigeren Hopfensorten mischen können. Mit einer 1979 geplanten EG-Verordnung sollen die Beihilfen künftig an die Hopfensorte und den Nachweis eines gestiegenen ha-Ertrages gebunden werden. Die Hallertauer Pflanzer haben einen hartnäckigen Kampf gegen die Lieferverträge und um Anhebung der Erzeugerpreise angekündigt.

Neue Produktionsmethoden beschleunigen Bauernlegen

z.evc. Über Zwang zu neuen Produktionsmethoden, um den Nikotin-, Kondensat- und Nitratgehalt beim Tabak zu senken, beschleunigen die Tabakkapitalisten das Bauernlegen. In Südbaden ging die Zahl der Tabakpflanzer seit 1970 um 32% zurück, in der Ortenau – einem Hauptanbaugebiet – seit 1950 von 2602 auf ca. 800. Dominierend sind die Rothändle-Kapitalisten, sie haben mit Genossenschaften 4-Jahresverträge abgeschlossen, an sie wird 60% der badischen Ernte verkauft, 50% des gesamten in der BRD angebauten Tabaks wird dort verarbeitet. In der Konkurrenz mit anderen Zigaretten-Kapitalisten erzwangen sie per Richtlinie neue Produktionsmethoden. Um den Nikotingehalt herabzusetzen, müssen die Bauern das Köpfen der Geiztriebe bei der Tabakpflanze hinauszögern. Das hat sinkendes Ar-Gewicht zur Folge – 1978 20 kg gegenüber 24 1977. Insgesamt ist der Ertrag seit 1976 beträchtlich zurückgegangen, diese Ernte liegt 13,1% unter der des Vorjahres. Zudem müssen die Bauern jetzt mehr Arbeitskraft verausgaben. Die Geiztriebe können nicht mehr durch einfaches Ölen „verbrannt" werden, sie müssen mit der Hand gebrochen werden. Erntemaschinen sind bezüglich Anschaffung und Einsatz für die Masse der Bauern unerschwinglich und unrentabel, im Landkreis Lahr

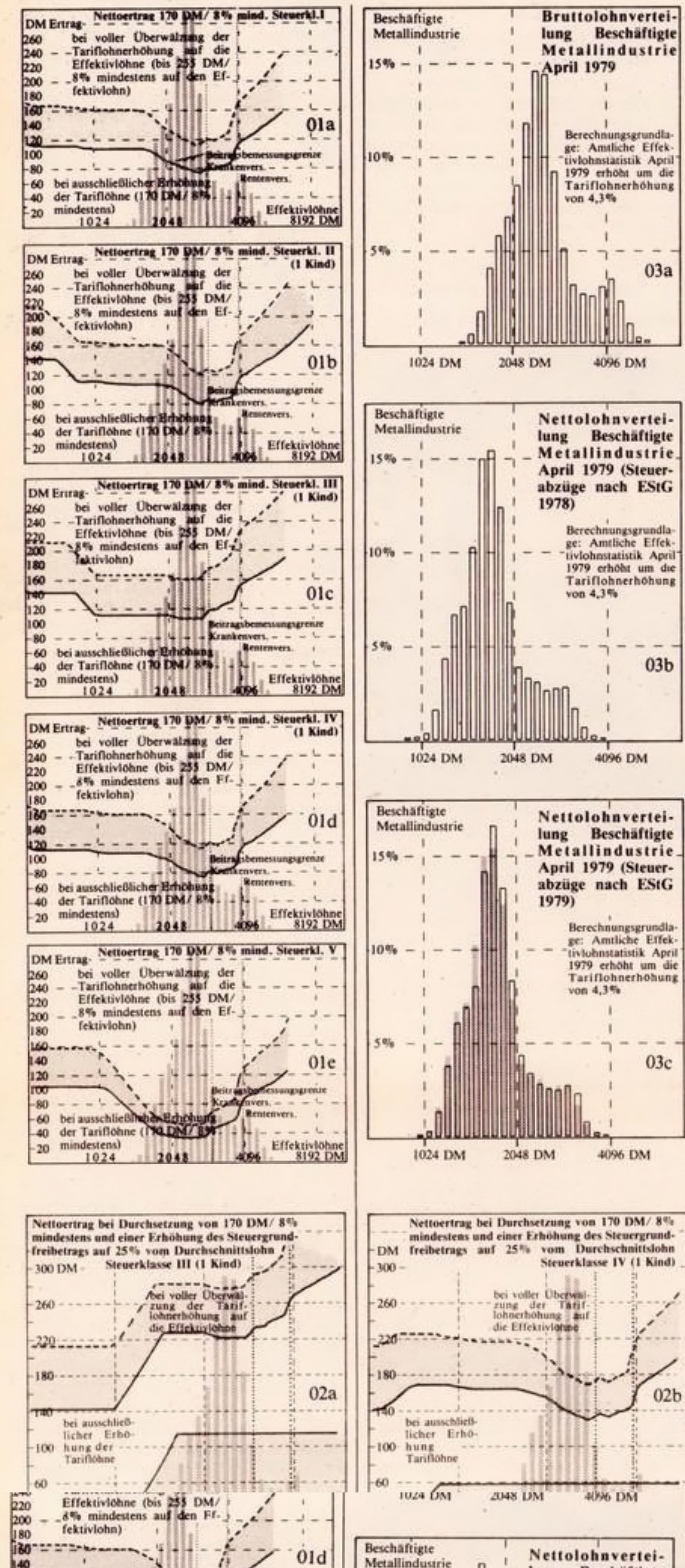
Neue Produktionsmethoden beschleunigen Bauernlegen

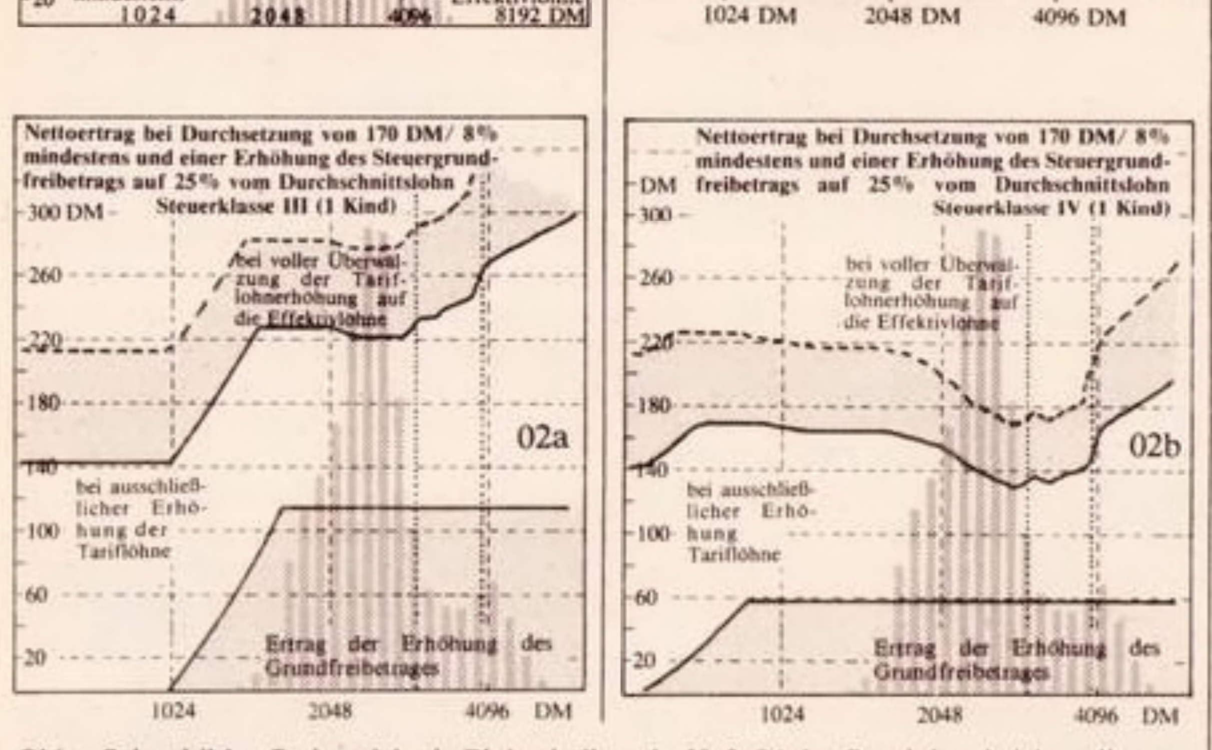
z.evc. Über Zwang zu neuen Produktionsmethoden, um den Nikotin-, Kondensat- und Nitratgehalt beim Tabak zu senken, beschleunigen die Tabakkapitalisten das Bauernlegen. In Südbaden ging die Zahl der Tabakpflanzer seit 1970 um 32% zurück, in der Ortenau – einem Hauptanbaugebiet – seit 1950 von 2602 auf ca. 800. Dominierend sind die Rothändle-Kapitalisten, sie haben mit Genossenschaften 4-Jahresverträge abgeschlossen, an sie wird 60% der badischen Ernte verkauft, 50% des gesamten in der BRD angebauten Tabaks wird dort verarbeitet. In der Konkurrenz mit anderen Zigaretten-Kapitalisten erzwangen sie per Richtlinie neue Produktionsmethoden. Um den Nikotingehalt herabzusetzen, müssen die Bauern das Köpfen der Geiztriebe bei der Tabakpflanze hinauszögern. Das hat sinkendes Ar-Gewicht zur Folge – 1978 20 kg gegenüber 24 1977. Insgesamt ist der Ertrag seit 1976 beträchtlich zurückgegangen, diese Ernte liegt 13,1% unter der des Vorjahres. Zudem müssen die Bauern jetzt mehr Arbeitskraft verausgaben. Die Geiztriebe können nicht mehr durch einfaches Ölen „verbrannt" werden, sie müssen mit der Hand gebrochen werden. Erntemaschinen sind bezüglich Anschaffung und Einsatz für die Masse der Bauern unerschwinglich und unrentabel, im Landkreis Lahr
wird z.B. eine der neuen selbstfahrenden Erntemaschinen eingesetzt.

Lebhafter Sklavenhandel mit Vietnam-Flüchtlingen zugange

z.thc.Kiel. Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein bietet Vietnam-Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte an. Im Bauernblatt vom 4.8. steht: „Man kann mit besonders fleißigen und strebsamen Arbeitskräften rechnen, die sicherlich auch bereit sind, solche Tätigkeiten zu übernehmen, für die auf dem deutschen Arbeitsmarkt Arbeitskräfte nur schwer zu gewinnen sind." Die Vietnamesen werden „einem Eingliederungskurs" unterzogen, damit die Ausbeutung ohne viel Komplikationen und schnell erfolgen kann. Dieses Programm läuft als humanitäre Hilfe für Vietnam-Flüchtlinge an das sich u.a. der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) verdient macht. DPWV-Chef Helmut Lembke vermutet in einem Brief an Sozialminister Walter Braun, daß der Prozeß der Eingliederung dennoch mehrere Jahre dauern wird. Eingesetzt wurde ein Pädagoge, der die Vietnamesen in die deutsche Lebensweise einführen soll. Für dieses profitliche Geschäft soll eine längerfristige Konzeption ausgearbeitet werden, die es ermöglicht, laufend neue Flüchtlinge nachzuholen. Zur Zeit befinden sich 134 Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, 63 in Lübeck, 54 in Kiel, 9 in Pinneberg. Ihre Eingewöhnungszeit verleben die Vietnamesen u.a. in einem Erholungsheim der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und im Polizeierholungswerk Gudow.

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung (VII) – Lohn- und Gehaltsforderung und Nettoergebnisse





Obige Schaubilder finden sich als Plakatbeilage in Heft 04 des Spezialnachrichtendienstes der Kommunistischen Volkszeitung. Das Heft enthält Nachrichten, Dokumente (Betriebsvereinbarungen usw.) und eine Presseübersicht für Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau, Schiffbau. Erscheint wöchentlich, Preis 60 Pfg.

Man denkt sich, für den Lohnkampf braucht man eine klare Forderung und dann weiß jeder Bescheid und der Erfolg ist so gut wie sicher. Aber die Kapitalisten und ihre Politiker haben so weit schon gedacht. Durch die Spanne zwischen den Effektivlöhnen und den Tariflöhnen und durch die Abzüge, die aus dem Bruttolohn dann noch den Nettolohn machen, von dem allein man sich was kaufen kann, ist es fast unmöglich geworden, eine Forderung aufzustellen, die in Bezug auf das Nettoergebnis ‚klar' und ‚einfach' ist. Und infolge der doppelten Komplikation Effektiv – Tarif und Brutto – Netto kann man über eine Lohnforderung beliebigen Schwindel in Umlauf setzen. Immer kann die Lüge als Wahrheit durch eine Handvoll Fälle verkleidet werden. Wir haben für die fünf Steuerklassen ‚Ertragsbänder' ausgerechnet. Die Oberkante des Ertragsbandes zeigt das Ergebnis an, das man beim gegebenen Effektivlohn hätte, würde die Überwälzung vollständig gelingen. Die Unterkante zeigt das Ergebnis an, wenn die außertariflichen Zuschläge gar nicht erhöht würden. Selbstverständlich sind das lange nicht alle denkbaren Möglichkeiten. Man braucht ja bloß z.B. arbeitslos zu werden, und schon kann man von einem Effektivlohn von 2400 DM auf den vielleicht nur 1600 DM tariflich sicheren Teil davon absacken, bei völlig gleicher Arbeitsbelastung und Arbeit. Da wird es dann schon günstig sein, wenn dieser Tarif auf 1770 DM steht, aber ein Minus ist trotzdem möglich. Trotzdem, die Ergebnisse bei einem Abschluß von 170 DM/8% mindestens würden zum großen Teil innerhalb dieser berechneten Nettoertragsbänder liegen. Die Form dieser Ertragsbänder zeigt, daß es Schwierigkeiten machen wird, den Lohnkampf zu führen, wenn man nicht nach der Errichtung einer politischen Front gegen die Abzugslast strebt. Bild 02 ab zeigt an zwei Steuerklassen, was man mit einer Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns, das wäre von gegenwärtig 3689 DM per Jahr auf dann 6825 DM per Jahr, erreichen würde. Bild 03 abc zeigt, wie erheblich die Nettolöhne noch niedriger wären, hätte nicht das Matthöferministerium voriges Jahr zu einer ‚kleinen Steuerreform' veranlaßt werden können, die freilich durch die Mehrwertsteuer weg und als Falle für die jetzige Lohnbewegung aufgestellt ist.

Öl als Energiespender für den Staatshaushalt

Rund 70 DM im Monat für Mineralölsteuern / Immer kräftiger langen die Bourgeois zu

z.frb. Die ministeriellen Oberlehrer zu Bonn, die mittlerweile ein rundes Dutzend Mal verkündet haben, hohe (und durch die Steuer nach oben getriebene) Preise seien grundlegend, um die Volksmassen zu kalter Wohnstube zu zwingen, wollen ein Geschenk an Niedriglöhner machen. Wer unter 900 DM verdient, soll im Winter einen Heizkostenzuschuß von 120 DM beantragen können. Für jede weitere Person in einem Haushalt können 60 DM hinzukommen bis höchstens 420 DM je Haushalt. Angeblich sollen für dieses Projekt 450 Mio. DM zur Verfügung stehen. 450 Mio. Mark, das ist noch nicht mal die Hälfte dessen, was die Minister zuvor als Heizölsteuer kassiert haben.

Die Nutzung des Mineralöls für Wärmeerzeugung und als Treibstoff brachte in den vergangenen Jahrzenten einen bedeutenden Fortschritt für die Entwicklung der Produktivkräfte und eine Verbilligung bei den Reproduktionskosten. Aber alle Vorteile haben die Kapitalisten in Steigerung ihres Profits verwandelt. Sofern die Reproduktion ökonomisiert wurde, haben sie den Lohn gedrückt, und sie haben die Versklavung der Völker betrieben, aus deren Boden das Öl stammt. Billigst haben sie es geraubt, und der wirtschaftliche Vorteil, den seine Anwendung bietet, veranlaßte sie, mit der Besteuerung des Mineralöls eine gewaltige Finanzquelle für ihren Staatshaushalt anzuzapfen.

Schon zu Beginn des Jahrhunderts verlangte die deutsche Reichsbourgeoisie einen Einfuhrzoll auf Rohöl und Ölprodukte. Eine Mineralölsteuer aber gab es nicht, und da ein erheblicher Teil des verbrauchten Öls im Inland gewonnen wurde, war ein Teil des Öls abgabenfrei. 1930, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, nutzte die Reichsregierung die Gelegenheit, diesen Zustand zu beseitigen. Die Importzölle wurden von 10 RM je 100 kg auf 17 RM angehoben, und damit die Preise auch gewiß erhöht werden, gleichzeitig eine „Ausgleichsteuer" für im Inland gewonnenes Öl eingeführt. Sie betrug zunächst 3,80 RM je 100 kg. 1936 stieg die Steuer auf 6 bzw. 8,80 DM, 1939 wurde sie auf Dieselöl ausgedehnt. So sahnte der Staatsapparat von Anfang an ab, und je größer die Bedeutung des Mineralöls wurde, umso höher stiegen die Steuersätze.

1951 trieb der Rechtsnachfolge-Staat des Deutschen Reiches den Steuersatz auf 19 DM für im Inland erzeugtes und auf 13 DM für importiertes Erdöl. War die Steuer einst unter dem Vorwand des Ausgleichs für zollfreies – da im Inland gewonnenes – Öl eingeführt worden, so wurde jetzt auch importiertes Öl zusätzlich und unabhängig vom Zoll mit Steuer belegt. Keine zwei Jahre später wurde der Steuersatz für Benzin auf 27 DM angehoben, jetzt einheitlich für importiertes wie inländisches Öl; der Einfuhrzoll blieb aber zusätzlich bestehen. Öl wurde zu einem immer wichtigeren Energieträger, die Regierung braucht Geld, um den kriegsgeschädigten Kapitalisten Milliardensummen zuzuschießen, und sie brauchte Geld für die Umwälzung des Transportwesens, mit der die Profitverluste durch lange Transportzeiten der produzierten, aber noch nicht versilberten Waren vermindert werden und auch die Arbeitskraft mobiler gemacht werden sollte. Mit dem Verkehrsfinanzierungsgesetz von 1955 wurde der Steuersatz erneut erhöht. Die Steuer betrug jetzt für Benzin 29,75 DM je 100 kg und 18,05 DM für Dieselöl, das bis dahin bloß mit 6,30 DM besteuert war. Ab 1964 schließlich wurde der Zoll ganz beseitigt und die Steuer erneut erhöht, die Zahl der Steuersätze für verschiedene Arten Mineralölprodukte reduziert. Leichtöl (Benzin), ab 1969 auch mittelschweres Öl (Petroleum) wurde jetzt mit 32 DM je Hektoliter (hl) besteuert, Dieselöl mit 35,25 DM je 100 kg. Die Benzinsteuer war damit auf 100 kg berechnet auf etwa 38,50 DM gegenüber zuvor knapp 30 DM gestiegen. Ab 1.1.67 wurde die Benzinsteuer auf 35 DM je hl angehoben, ab 1.3.72 auf 39 DM, ab 1.7.73 auf 44 DM. Die Preisangleichungen der OPEC zwangen die Regierung seither, auf weitere Erhöhungen zu verzichten.

Öl zum Verheizen, obgleich identisch mit Dieselöl, war lange Zeit von der Steuer befreit, die Verwendung allerdings unterliegt seit je der Steueraufsicht. Wohnungen können durchsucht, Autos angehalten werden, um die Verwendung steuerbegünstigten Heizöls für Dieselmotoren aufzuschnüffeln und zu verfolgen. 1960 griff der Fiskus auch nach dem Heizöl. 1 DM je 100 kg wurde für leichtes Heizöl verlangt, 2,50 DM für schweres Heizöl. Das ganze war als vorübergehend angekündigt und ab 1.5.63 sollte Heizöl wieder steuerfrei sein. Dann vor Eintritt dieses Termins wurde die Besteuerung bis Mai 1969 verlängert. 1967 jedoch besann sich die gesetzgebende Körperschaft, daß man doch lieber bis 1.5.71 besteuern solle. Am 28.4.71 tat dann das Parlament im Bundesgesetzblatt kund, daß die Steuer nun bis Ende 1974 erhoben würde. Gleichzeitig wurde der Steuersatz für schweres Heizöl für 1972 auf 2 DM, ab 1973 auf 1,50 DM gesenkt. Ein neuerliches Gesetz vom 20.12.74 verlängerte die Besteuerung bis 31.12.1979. Doch auch daraus wird nichts, denn im Juli 1978 wurde die Frist bis 1982 verlängert, gleichzeitig der Steuersatz für leichtes Heizöl auf 2 DM verdoppelt. Damit liegt der Steuersatz für leichtes Heizöl über dem für schweres Heizöl. Ersteres wird nur zu 10% in der Industrie verbraucht, letzteres fast vollständig.

Mittlerweile zahlt ein Haushalt, der 3000 l Heizöl verbraucht, rund 60 DM Heizölsteuer, dazu bei gegenwärtigen Preisen rund 200 DM Mehrwertsteuer. Werden 1000 l Benzin verbraucht – für etwa 10000 km – so werden dafür 440 DM Mineralölsteuer und 115 DM Mehrwertsteuer beschlagnahmt. Macht zusammen rund 70 DM im Monat. 20 Mrd. DM Mineralölsteuer nimmt Matthöfer ein, kommen hinzu 2,6 Mrd. DM Mehrwertsteuer allein auf diese Mineralölsteuer, insgesamt auf den Produktenpreis sind es über 8 Mrd. DM. Des Finanzministers einziges Argument gegen eine Beseitigung der Mineralölsteuer war bislang, wenn man damit anfinge, wisse man nicht, wo das ende. Es ist eins von den Argumenten, gegen die man ankommt, ohne daß man sie widerlegen müßte.

Man denkt sich, für den Lohnkampf braucht man eine klare Forderung und dann weiß jeder Bescheid und der Erfolg ist so gut wie sicher. Aber die Kapitalisten und ihre Politiker haben so weit schon gedacht. Durch die Spanne zwischen den Effektivlöhnen und den Tariflöhnen und durch die Abzüge, die aus dem Bruttolohn dann noch den Nettolohn machen, von dem allein man sich was kaufen kann, ist es fast unmöglich geworden, eine Forderung aufzustellen, die in Bezug auf das Nettoergebnis ‚klar' und ‚einfach' ist. Und

ge Finanzquelle für ihren Staatshaushalt anzuzapfen.

Schon zu Beginn des Jahrhunderts verlangte die deutsche Reichsbourgeoisie einen Einfuhrzoll auf Rohöl und Ölprodukte. Eine Mineralölsteuer aber gab es nicht, und da ein erheblicher Teil des verbrauchten Öls im Inland gewonnen wurde, war ein Teil des Öls abgabenfrei. 1930, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, nutzte die Reichsregierung die Gelegenheit, diesen Zustand zu beseitigen. Die Importzölle wurden von 10 RM je 100 kg auf 17 RM angehoben, und damit die Preise auch gewiß erhöht werden, gleichzeitig eine „Ausgleichsteuer" für im Inland gewonnenes Öl eingeführt. Sie betrug zunächst 3,80 RM je 100 kg. 1936 stieg

klassen ‚Ertragsbänder' ausgerechnet. Die Oberkante des Ertragsbandes zeigt das Ergebnis an, das man beim gegebenen Effektivlohn hätte, würde die Überwälzung vollständig gelingen. Die Unterkante zeigt das Ergebnis an, wenn die außertariflichen Zuschläge gar nicht erhöht würden. Selbstverständlich sind das lange nicht alle denkbaren Möglichkeiten. Man braucht ja bloß z.B. arbeitslos zu werden, und schon kann man von einem Effektivlohn von 2400 DM auf den vielleicht nur 1600 DM tariflich siche-

29,75 DM je 100 kg und 18,05 DM für Dieselöl, das bis dahin bloß mit 6,30 DM besteuert war. Ab 1964 schließlich wurde der Zoll ganz beseitigt und die Steuer erneut erhöht, die Zahl der Steuersätze für verschiedene Arten Mineralölprodukte reduziert. Leichtöl (Benzin), ab 1969 auch mittelschweres Öl (Petroleum) wurde jetzt mit 32 DM je Hektoliter (hl) besteuert, Dieselöl mit 35,25 DM je 100 kg. Die Benzinsteuer war damit auf 100 kg berechnet auf etwa 38,50 DM gegenüber zuvor knapp 30 DM gestiegen. Ab 1.1.67 wurde die Benzinsteuer auf 35 DM je hl angehoben, ab 1.3.72 auf 39 DM, ab 1.7.73 auf 44 DM. Die Preisangleichungen der OPEC zwangen die Regierung seither, auf weitere Erhöhungen zu verzichten.

würden zum großen Teil innerhalb dieser berechneten Nettoertragsbänder liegen. Die Form dieser Ertragsbänder zeigt, daß es Schwierigkeiten machen wird, den Lohnkampf zu führen, wenn man nicht nach der Errichtung einer politischen Front gegen die Abzugslast strebt. Bild 02 ab zeigt an zwei Steuerklassen, was man mit einer Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns, das wäre von gegenwärtig 3689 DM per Jahr auf dann 6825 DM per Jahr, erreichen würde. Bild 03 abc zeigt, wie erheblich die Net-

3000 l Heizöl verbraucht, rund 60 DM Heizölsteuer, dazu bei gegenwärtigen Preisen rund 200 DM Mehrwertsteuer. Werden 1000 l Benzin verbraucht – für etwa 10000 km – so werden dafür 440 DM Mineralölsteuer und 115 DM Mehrwertsteuer beschlagnahmt. Macht zusammen rund 70 DM im Monat. 20 Mrd. DM Mineralölsteuer nimmt Matthöfer ein, kommen hinzu 2,6 Mrd. DM Mehrwertsteuer allein auf diese Mineralölsteuer, insgesamt auf den Produktenpreis sind es über 8 Mrd. DM. Des Finanzministers einziges Argument gegen eine Beseitigung der Mineralölsteuer war bislang, wenn man damit anfinge, wisse man nicht, wo das ende. Es ist eins von den Argumenten, gegen die man ankommt, ohne daß man sie widerlegen müßte.



z.rül.London. **Ein Sonderkongreß der britischen Werftarbeitergewerkschaften beschloß am vergangenen Freitag einen unbefristeten Überstundenboykott und die Verhinderung von Stapelläufen fertiger Schiffe als Antwort auf die Pläne des Werftmonopols British Shipbuilders, in den nächsten 18 Monaten 10000 der 28000 Arbeiter im Handelsschiffbau zu entlassen.** British Shipbuilders hatte diese Pläne am 16. August bekanntgegeben und gleichzeitig angekündigt, 4000 der 10000 entlassenen Arbeiter sollten im Kriegsschiffbau und bei den Nordsee-Ölplattformen ausgebeutet werden. Seit der Bildung von British Shipbuilders im Juli 1977 durch Verstaatlichung des größten Teils der britischen Werften entließen die Kapitalisten bereits 10800 Arbeiter im Handelsschiffbau. Durch die verschärfte Ausbeutung der übrigen Arbeiter – allein 62000 der insgesamt 161000 Arbeiter der britischen Werftindustrie mußten im April dieses Jahres im Durchschnitt 9,9 Überstunden die Woche arbeiten – konnten die BS-Kapitalisten bereits im letzten Geschäftsjahr ihre Verluste auf 49,5 Mio. Pfund (ca. 213 Mio. DM) gegenüber vorher 112 Mio. Pfund verringern. Inzwischen beteiligen sich 22000 Arbeiter auf den betroffenen Werften an dem Überstundenboykott. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer setzten auf dem Kongreß einen 22-Punkte-Plan durch, in dem von der Regierung u.a. eine stärkere Subventionierung der britischen Werftkapitalisten und Reedereien sowie Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme in den betroffenen Gebieten gefordert wurden.

z.acr.London. **Bei Chrysler (UK) liegt jetzt die gesamte Produktion der Modelle Avenger, Sunbeam und Alpine still.** Durch den seit acht Wochen andauernden Streik von ca. 6000 Arbeitern in Coventry für 20 Pfund mehr Lohn die Woche mußten die Peugeot-Citroen-Kapitalisten, denen Chrysler (UK) gehört, auch Werke in Schottland schließen. Der Vorstandsvorsitzende von Chrysler Europe erklärte inzwischen, das 5,5%-Angebot könne nur verbessert werden, wenn die Pausenzeiten gekürzt würden. Distrikte mehrerer Gewerkschaften, u.a. der Berg- und Stahlarbeiter, unterstützen die Arbeiter bei Chrysler mit Spenden für die Streikkasse.

z.elb. **In einer Urabstimmung haben die Arbeiter von Chrysler (USA) den von den Kapitalisten geforderten zweijährigen Lohnstopp abgelehnt.** Ein Erfolg im Tarifkampf der Automobilarbeiter der USA, den sie unter schweren Bedingungen zu führen gezwungen sind. Denn die Kapitalisten nutzen die Krise in der Automobilindustrie, die sich in einer erheblichen Senkung der verkauften Autos widerspiegelt (GM –5,7%, Ford –17%, Chrysler und American Motors –19%), zu großen Rationalisierungsprogrammen, um die Ausbeutung der Arbeiter drastisch zu verschärfen. Zehntausende von Automobilarbeitern, inzwischen auch Arbeiter der Zulieferindustrie, sind bereits entlassen: bei GM 28000, Ford 15000, Chrysler 25000, American Motors 1200. Lohnsenkung für die in Arbeit Verbliebenen ist das erklärte Ziel der Kapitalisten. Am 30.8. entscheidet die Gewerkschaftsführung über die weiteren Schritte im Tarifkampf.

z.rül. **Seit Dezember vergangenen Jahres kämpfen die 35000 kanadischen Arbeiter des US-Konzerns Bell Telephone (Umsatz in Kanada 1977: ca. 6,6 Mrd. DM) für eine Erhöhung der Tariflöhne.** 1978 hatten die Kapitalisten mit einer Entscheidung des staatlichen Anti-Inflations-Ausschusses eine Verringerung der von den Arbeitern bereits durchgesetzten Lohnerhöhung von 9,1% auf 5,8% erreicht. Anfang des Jahres setzten die 12000 Verwaltungsangestellten einen einjährigen Tarifvertrag mit Lohnerhöhungen von 12,5% durch. Im Juni begannen 15000 Telefoninstallateure und -reparateure in den Provinzen Ontario und Quebec eine Serie von rotierenden Streiks. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 17% im ersten Jahr, längeren Urlaub, die Aufhebung des tarifvertraglichen Rechts der Kapitalisten, die Arbeiter aus „betrieblichen Gründen" zu bis zu acht Überstunden die Woche bei 50% Zuschlag zu zwingen, und die Erhöhung der Überstundenzuschläge auf 100%. Ein staatliches Schlichtungsangebot, das Lohnerhöhungen von 11,5% im ersten Jahr und einen zweieinhalbjährigen Tarifvertrag vorsah, lehnten sie am 5. Juni ab. Die Arbeiter rechnen mit einem langen Streik. Mehrere andere kanadische Gewerkschaften sagten der Gewerkschaft der Fernmeldearbeiter bereits Streikunterstützung zu.

z.jon. **Die in KVZ Nr. 33 gemeldete Streikbewegung in Brasilien weitet sich aus.** Nach dem Streik der Bauarbeiter in Belo Horizonte werden allein aus der Umgebung dieser Stadt Streiks in über zehn Gewerken gemeldet, darunter der Angestellten der Handelskammer, der Post, der Molkereiarbeiter, von 21000 Bergarbeitern. Seit dem 7.8. streiken dort 40000 Handelsangestellte. Sie fordern Anhebung ihres Mindestlohns von 2268 Cruzeiros (rund 180 DM) auf 7500 Crz. In den Staaten Sao Paulo und Minas Gerais streikten 20000 LKW-Fahrer, denen Streik gesetzlich verboten ist, für Erhöhung der Frachten um 100%. In Rio de Janeiro löste die Regierung drei Lehrergewerkschaften auf, um einen seit März anhaltenden Streik zu brechen. 3800 Arbeiter von Fiat Diesel streikten erfolgreich gegen Massenentlassungen und die Verhaftung von Gewerkschaftsführern. Immer mehr verbinden sich die

Niedersachsen und Westberlin: Einzelhandelstarife weiter offen

z.sin. Seit Mai herrscht im Westberliner und niedersächsischen Einzelhandel tarifloser Zustand. Das letzte Angebot der Kapitalisten haben die jeweiligen Tarifkommissionen der Gewerkschaft HBV abgelehnt, während die DAG zugestimmt hat. In Hannover ließ der Einzelhandelsverband denn auch gleich erklären, für ihn sei die diesjährige Tarifrunde nunmehr beendet. Die Mitgliedsfirmen sind angewiesen worden, die mit der DAG ausgehandelten Tarife rückwirkend ab Mai auszuzahlen.

Die Kapitalisten hatten für die Gehaltsgruppe der Verkäuferinnen Tariferhöhungen zwischen 50 und 87 bzw. 64 und 80 DM angeboten. Dagegen hat es große Protestaktionen der Beschäftigten gegeben. Allein in Niedersachsen haben sich an 29 Streikaktionen ca. 12000 Arbeiter und Angestellte beteiligt. Allerdings: das war im Mai und Juni. Mittlerweile hat sich verschiedenes geändert. Wie bereits im Mai in Hamburg, hat die HBV im Juni nach einer Reihe von Streikaktionen in den großen Warenhäusern für Rheinland-Pfalz einem Tarifvertrag zugestimmt, der dem letzten Angebot der Kapitalisten in Westberlin und Niedersachsen entspricht.

Aus Funktionärskreisen der HBV ist zu hören, im September solle der „heiße Herbst“ eingeläutet werden. Das verwundert ein wenig. Denn kostbare Zeit ist vertan worden, spätestens seit Mitte Juni wurde bei jeder gewerkschaftlichen Versammlung oder Aktion offen über Vollstreik gesprochen und die Urabstimmung gefordert. Für Rheinland-Pfalz war sie sogar schon genehmigt worden. Die Kapitalisten haben sich in diesem Jahr zum ersten Mal Kampfmaßnahmen der Einzelhandelsbeschäftigten in großem Umfang gegenüber gesehen. Sie haben aber auch sehr wohl registriert, daß die HBV-Führung zögert, die Kampfkraft der Belegschaften voll zu mobilisieren. Schließlich haben sie wiederholt die DAG zum Spalten einsetzen können.

Wenn man in dieser Lage meint, man könne einfach so „zum heißen Herbst im Einzelhandel“ aufrufen (Rundschreiben von HBV Hannover an Funktionäre), verkennt man die Kräfteverhältnisse. Stattdessen sollten die HBV-Tarifkommissionen die jetzt bereits ausgezahlten Löhne und Gehälter absichern, indem sie den Tarifvertrag unterschreiben. Bei den Verhandlungen sollte versucht werden, eine einmalige Zahlung für alle durchzusetzen. Dieser Betrag wird nicht sehr hoch sein können. Wir wissen jedoch, daß die Kapitalisten in verschiedenen Betrieben an eine Reihe von Beschäftigten zusätzliche Beträge zwischen 50 und 200 DM gezahlt haben.

Im Herbst werden in mehreren Bezirken die Manteltarifverhandlungen wieder aufgenommen. Ohne abgesicherte Tarife aber in neue Auseinandersetzungen eintreten zu wollen, wäre denkbar unklug.

Der Krankenstand steigt – die Kapitalisten sieben durch Kündigungen

z.joh. „Sehr geehrter Herr, nach der Vorlage Ihres ärztlichen Attestes sind Sie für die Arbeit in unserer Firma nicht mehr geeignet; somit kündigen wir Ihnen ... “ Oder: „Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß Sie schon wieder erkrankt sind. Wir können uns Ihre laufenden Erkrankungen nur so erklären, daß Sie entweder Ihrer Arbeit nicht gewachsen sind und dann einen anderen Beruf ergreifen sollten, oder wesentliche gesundheitliche Schäden haben, die Sie uns gegenüber bitte offenlegen wollen ...“ Woraufhin dann Brief eins folgen kann. Solche Schreiben der Kapitalisten häufen sich. Unsere Zitate stammen aus einer Protestdokumentation des DGB Heilbronn. Nach Feststellung der IGM-Bezirksleitung Stuttgart erfolgen inzwischen ca. 40% der Kündigungen wegen Krankheit. Der staatliche Dienstherr steht den Kapitalisten nicht nach: Beim Postscheckamt Frankfurt z.B. wurde am 12.7.79 eine „Aktion wegen zu vieler Krankentage“ eingeleitet. In einer Amtsverfügung werden Verwarnungen angekündigt für alle Arbeiter mit mehr als 30 Krankheitstagen im Jahr, allen Ange-

tembergischen Metallindustrie in einer Stellungnahme vom 17.8.79 auf. Die Kapitalisten lamentieren über den Krankenstand. In der Krise war er gesunken, viele waren trotz Schmerzen, Fieber etc. unter der Drohung der Arbeitslosigkeit gezwungen, weiterzuarbeiten. Die Kostendämpfung Ehrenbergs hat ein Übriges getan, die Arbeitskraft auszuzehren. Jetzt steigen die Krankenzahlen wieder.

Krankgeschriebene Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenkassen (in Prozent der Pflichtmitglieder)
1977 Jan./Feb. 4,9/5,9 – 1978 Jan./Feb. 5,0/6,5 – 1979 Jan./Feb. 5,1/7,2

Um das bißchen Konjunktur auszumelken, suchen die Kapitalisten rauszuholen aus den Arbeitern und Angestellten, was geht. Den Druck der hohen Arbeitslosigkeit nutzen sie, um sich die Gesündesten herauszusieben. Fehlzeiten werden peinlich genau registriert, „Sozialgespräche“ durchgeführt bei Häufung von Krankheit. So firmiert der Kündigungsterror noch als Fürsorge. Über Prämien für niederen

Zeit ist vertan worden, spätestens seit Mitte Juni wurde bei jeder gewerk-
dersetzungen eintreten zu wollen, wäre denkbar unklug.

Der Krankenstand steigt – die Kapitalisten sieben durch Kündigungen

z.joh. „Sehr geehrter Herr, nach der Vorlage Ihres ärztlichen Attestes sind Sie für die Arbeit in unserer Firma nicht mehr geeignet; somit kündigen wir Ihnen ... “ Oder: „Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß Sie schon wieder erkrankt sind. Wir können uns Ihre laufenden Erkrankungen nur so erklären, daß Sie entweder Ihrer Arbeit nicht gewachsen sind und dann einen anderen Beruf ergreifen sollten, oder wesentliche gesundheitliche Schäden haben, die Sie uns gegenüber bitte offenlegen wollen ...“ Woraufhin dann Brief eins folgen kann. Solche Schreiben der Kapitalisten häufen sich. Unsere Zitate stammen aus einer Protestdokumentation des DGB Heilbronn. Nach Feststellung der IGM-Bezirksleitung Stuttgart erfolgen inzwischen ca. 40% der Kündigungen wegen Krankheit. Der staatliche Dienstherr steht den Kapitalisten nicht nach: Beim Postscheckamt Frankfurt z.B. wurde am 12.7.79 eine „Aktion wegen zu vieler Krankentage“ eingeleitet. In einer Amtsverfügung werden Verwarnungen angekündigt für alle Arbeiter mit mehr als 30 Krankheitstagen im Jahr, allen Angestellten mit mehr als 19 und allen Beamten mit mehr als 12 Tagen. Ihnen soll bei weiterer Häufung von Krankheitstagen wegen „persönlicher Nichteignung“ gekündigt werden. Bei den Arbeitsgerichten haben sie die Untergrenze des Abwesenheitsdauer bei 40 Arbeitstagen im Jahr festsetzen lassen, trumpft der Verband der baden-württembergischen Metallindustrie in einer Stellungnahme vom 17.8.79 auf. Die Kapitalisten lamentieren über den Krankenstand. In der Krise war er gesunken, viele waren trotz Schmerzen, Fieber etc. unter der Drohung der Arbeitslosigkeit gezwungen, weiterzuarbeiten. Die Kostendämpfung Ehrenbergs hat ein Übriges getan, die Arbeitskraft auszuzehren. Jetzt steigen die Krankenzahlen wieder.

Krankgeschriebene Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenkassen
(in Prozent der Pflichtmitglieder)

1977	1978	1979
Jan./Feb.	Jan./Feb.	Jan./Feb.
4,9/5,9	5,0/6,5	5,1/7,2

Um das bißchen Konjunktur auszumelken, suchen die Kapitalisten rauszuholen aus den Arbeitern und Angestellten, was geht. Den Druck der hohen Arbeitslosigkeit nutzen sie, um sich die Gesündesten herauszusieben. Fehlzeiten werden peinlich genau registriert, „Sozialgespräche“ durchgeführt bei Häufung von Krankheit. So firmiert der Kündigungsterror noch als Fürsorge. Über Prämien für niederen Krankenstand, keinen Fehltag im Jahr oder Verlust von Zulagen bei Fehltagen wird versucht, den Druck zu erhöhen. Bei Klöckner Bremen hat der Betriebsrat hier durch Betriebsvereinbarung einen Riegel vorgeschoben: „Fehlzeiten führen nicht zu einer Kürzung der Zulagen, soweit (Klöckner) für diese Zeiten (bezahlt).“

Streit um die „France“: Revisionisten und Reformisten für die Stärkung der Werftkapitalisten

z.jon.Paris. Die französischen Finanzkapitalisten hatten die „France“, ihr größtes und luxuriösestes Passagierschiff, schon 1974 stillgelegt und '76 an den saudischen Kapitalisten Ojjeh losgeschlagen. Der hat es seinerseits an den Norweger Klosters für 76,5 Mio. FF verkauft. Jetzt wird der schwimmende Palast von 315 m Länge und 13000 t Gewicht renoviert, die Maschinenkraft gesenkt, die notwendige Mannschaftsstärke halbiert, die Belegkapazität erhöht, damit Klosters damit unter dem Namen „Norway“ amerikanische Touristen gehobenen Einkommens profitabel durch die Karibik schippern kann. Die Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven hat den Zuschlag für den Umbau erhalten. Die westdeutschen Kapitalisten wollen den Umbau in 8½ Monaten gegen 53 Mio. $ durchführen lassen. Französische Werften hatten 88 Mio. $ bei zehn Monaten Bauzeit gefordert.

Ein großes Geschäft, gewiß, doch ansonsten ein eher alltägliches Ereignis imperialistischer Konkurrenz. Die Revisionisten von der KPF und in der Führung der Gewerkschaft CGT sind anderer Meinung. Sie haben in Le Havre eine Kampagne mit Demonstrationen, Kundgebungen und Nachtwachen für die Ausführung der Umbauarbeiten auf französischen Werften organisiert, daß einem abwechselnd kalt und warm ums Herz werden sollte: „In Le Havre fordern Männer Arbeit. Sie fordern, daß ihr Können für die Produktion, für den Reichtum des Landes und für ihren Lebensunterhalt eingesetzt wird. Sie fordern, daß ein Werk von nationaler Bedeutung, ein Schiff, das sie liebevoll gepflegt haben, von ihnen hergerichtet wird, bevor es einem Schicksal in der Fremde entgegenreist ... Um diese Affäre kristallisiert sich die Verurteilung der Politik der nationalen Preisgabe und der Austerität der Regierung.“

Die französische Bourgeoisie und ihre Regierung haben in der Tat die Sommerpause zu einer Welle von Preis-, Gebühren- und Versicherungsbeitragserhöhungen genutzt. Premierminister Barre kündigt die Begrenzung der Lohnsumme der Betriebe an: Lohnsenkung und Spaltung der Belegschaften. Die Revisionisten greifen die „France“-Affäre begierig auf, um die notwendigen Kämpfe gegen diese Regierungsmaßnahmen, noch bevor die Arbeiter in die Betriebe zurückkehren, ihrem Kampf um Beteiligung an der bürgerlichen Staatsmacht und an der Ausbeutung der Arbeiterklasse unterzuordnen. Wofür sollen die französischen Arbeiter kämpfen? Dafür, sich „liebevoll“ für die Stärkung von Frankreichs Seemacht und Werftindustrie ausbeu-

ganisiert, daß einem abwechselnd kalt und warm ums Herz werden sollte: „In Le Havre fordern Männer Arbeit. Sie fordern, daß ihr Können für die Produktion, für den Reichtum des Landes und für ihren Lebensunterhalt eingesetzt wird. Sie fordern, daß ein Werk von nationaler Bedeutung, ein Schiff, das sie liebevoll gepflegt haben, von ihnen hergerichtet wird, bevor es einem Schicksal in der Fremde entgegenreist ... Um diese Affäre kristallisiert sich die Verurteilung der Politik der nationalen Preisgabe und der Austerität der Regierung.“

Die französische Bourgeoisie und ihre Regierung haben in der Tat die Sommerpause zu einer Welle von Preis-, Gebühren- und Versicherungsbeitragserhöhungen genutzt. Premierminister Barre kündigt die Begrenzung der Lohnsumme der Betriebe an: Lohnsenkung und Spaltung der Belegschaften. Die Revisionisten greifen die „France“-Affäre begierig auf, um die notwendigen Kämpfe gegen diese Regierungsmaßnahmen, noch bevor die Arbeiter in die Betriebe zurückkehren, ihrem Kampf um Beteiligung an der bürgerlichen Staatsmacht und an der Ausbeutung der Arbeiterklasse unterzuordnen. Wofür sollen die französischen Arbeiter kämpfen? Dafür, sich „liebevoll“ für die Stärkung von Frankreichs Seemacht und Werftindustrie ausbeu-

ten zu lassen. CGT-Generalsekretär Séguy bietet in einem Brief an den Präsidenten der Republik Lohnverzicht und Mitarbeit bei der Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ an: „Die Argumente wegen der übertrieben hohen Kosten der französischen Werften ... sind zumindest erstaunlich. Die ‚France‘ ist immer in Le Havre von einem qualifizierten Personal überholt worden. (...) Es ist unverständlich, warum es heute nicht in der Lage sein sollte, die für den Umbau dieses Schiffes notwendigen Arbeiten auszuführen.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf der anderen Seite des Rheins greifen diese chauvinistische Kampagne mit gespielter Empörung und heimlicher Freude auf. Klaus Grobecker, SPD-MdB und „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat der Hapag-Lloyd-Werft: Die CGT „könne nicht mit dem Verständnis der deutschen Werftarbeiter rechnen. (...) Die Arbeitnehmer in der deutschen Schiffbauindustrie hätten die weitaus größten Opfer gebracht. 30000 von insgesamt 85000 Arbeitsplätzen seien verlorengegangen.“ Die Werftarbeiter sollen froh sein, daß ihre Kapitalisten den Auftrag ergattern konnten. Um nicht sofort erneut Opfer von Entlassungen zu werden, sollen sie Opfer an unbezahlter Mehrarbeit in Form von Überstunden und Lohnverzicht bringen.

Schiffbau und Schiffsreparatur befinden sich weltweit seit 1975 in einer Überproduktionskrise. Für alle Imperialisten kommt es darauf an, überschüssige Kapazitäten zu vernichten, durch verschärfte Ausbeutung einer kleinen Zahl von Werftarbeitern Profite und Anteile am schrumpfenden Weltmarkt zu halten. Die Zahl der französischen Werftarbeiter ist seit drei Jahren um 15% auf rund 50000 gesunken. Die westdeutschen Werftkapitalisten wollen die Zahl der für Schiffsneubauten aufgewendeten Arbeitsstunden von 54,7 Mio. (1975) auf 23,4 Mio. 1980 senken. Dahinter verbirgt sich sowohl die Vernichtung nicht profitabler Werftkapitale wie eine atemberaubende Steigerung der Produktivität. Obwohl die westdeutschen wie die französischen Kapitalisten starke Absatzeinbußen hinnehmen mußten, konnten beide auf dem Gebiet der Spezialschiffe wie Gastanker oder Frachter für Chemikalien ihre Stellung auf dem Weltmarkt ausbauen. Der Anteil der westdeutschen Werften an der Weltproduktion lag 1977 bei 5%, der französischen bei 3,7%. Gerade bei Spezialfrachtern holen die Franzosen auf. 1978 erhielten die westdeutschen Werften von 51 Neuaufträgen nur drei für Tanker, die französischen bei 28 Aufträgen 17 für Tanker. Sind die französischen Werftkapitalisten wirklich so wenig „wettbewerbsfähig“, wie die Voranschläge für den „Norway“-Umbau es vermuten lassen? Die in Frage kommenden Werften in Le Havre sind auf die Reparatur und Ausrüstung mittelgroßer Schiffe mit hochentwickelter Technologie spezialisiert. Sie haben sich diesen Markt z.T. erst im letzten Jahr nach dem Bankrott der Reparaturwerft Terrin in Marseille erobert, die bis dahin 75% der Schiffsreparaturen in Frankreich monopolisierte. Ihre Kapazitäten sind für die nächsten Monate ausgelastet. Die westdeutschen Werftmonopole verfügen über die größeren Kapazitäten, die es ihnen ermöglichen, solche Großaufträge in kurzer Zeit auszuführen. Die französischen Kapitalisten versuchen, ihren westdeutschen Konkurrenten vor allem im Bau und Umbau von Spezialschiffen den Rang abzulaufen.

Für beide ist es entscheidend, daß sie die Ausbeutung der Werftarbeiter weiter verschärfen. Die gesamte französische Presse behauptet, die Arbeiter der Hapag-Lloyd-Werft hätten „freiwillig“ auf ihren Urlaub verzichtet und sich zur Einführung der 52-Stunden-Woche für die Zeit des „Norway“-Umbaus bereiterklärt. Da lägen die Gründe für die „deutsche Überlegenheit“. Der frühere Premierminister Debré hat den Revisionisten zugestimmt, daß der Verlust des „France“-Auftrages eine – wenn auch vorläufige – nationale Niederlage sei. Er fordert die Einschränkung des Koalitionsrechtes „in Zeiten des wirtschaftlichen Krieges“.



kleinen Zahl von Werftarbeitern Profite und Anteile am schrumpfenden Weltmarkt zu halten. Die Zahl der französischen Werftarbeiter ist seit drei Jahren um 15% auf rund 50000 gesunken. Die westdeutschen Werftkapitalisten wollen die Zahl der für Schiffsneubauten aufgewendeten Arbeitsstunden von 54,7 Mio. (1975) auf 23,4 Mio. 1980 senken. Dahinter verbirgt sich sowohl die Vernichtung nicht profitabler Werftkapitale wie eine atemberaubende Steigerung der Produktivität. Obwohl die westdeutschen wie die französischen Kapitalisten starke Absatzeinbußen hinnehmen mußten, konnten beide auf dem Gebiet der Spezialschiffe wie Gastanker oder

Für beide ist es entscheidend, daß sie die Ausbeutung der Werftarbeiter weiter verschärfen. Die gesamte französische Presse behauptet, die Arbeiter der Hapag-Lloyd-Werft hätten „freiwillig“ auf ihren Urlaub verzichtet und sich zur Einführung der 52-Stunden-Woche für die Zeit des „Norway“-Umbaus bereiterklärt. Da lägen die Gründe für die „deutsche Überlegenheit“. Der frühere Premierminister Debré hat den Revisionisten zugestimmt, daß der Verlust des „France“-Auftrages eine – wenn auch vorläufige – nationale Niederlage sei. Er fordert die Einschränkung des Koalitionsrechtes „in Zeiten des wirtschaftlichen Krieges“.



Die „France“, 66348 BRT, wurde 1961 als Luxuspassagierschiff im Nordatlantikverkehr für 2044 Fahrgäste bei 1100 Mann Besatzung gebaut. Bild: Revisionistische Kundgebung für den Umbau des Schiffes in Frankreich

---

wirtschaftlichen Forderungen mit Forderungen nach Demokratie. Am 17.8. demonstrierten 10000 in Rio, weil das neue „Amnestiegesetz“ ausdrücklich die weitere Inhaftierung von Revolutionären vorsieht. Am 14.8. wurde der bisherige Planungsminister Simonsen durch Delfim Netto ersetzt. Simonsen hatte versucht, gegen die Arbeiterbewegung offen die von der Weltbank geforderte Lohnstoppolitik durchzusetzen. Netto verspricht Freigabe der Lohnverhandlungen. Gleichzeitig verkündete er Krediteinschränkungen für Bauern und Kleinbetriebe, Förderung der imperialistisch beherrschten Großproduktion. Durch mehr Arbeitslose soll der Druck auf die Löhne wachsen.

z.rül. **Der am 23.7. begonnene Streik der 5000 Bauxitarbeiter in Guyana (im Nordosten Südamerikas) weitet sich aus.** Am 17.8. schlossen sich 20000 Zuckerarbeiter sowie die Arbeiter anderer staatlicher Betriebe an. Sie fordern den Rücktritt der Regierung, die Aufhebung des Anfang des Jahres auf Geheiß des IWF verhängten Lohnstopps für Arbeiter in Staatsbetrieben und Lohnerhöhungen. Die Kämpfe begannen, als die Regierung auf Anordnung des IWF eine Erhöhung der Mindestlöhne auf 17,80 DM pro Tag rückgängig machte. Die Arbeiter werfen der Regierung den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten und Wahlfälschung bei den letzten beiden Wahlen vor. Nach der Verhaftung von Oppositionsführern vor wenigen Wochen versucht die Regierung jetzt, die Streikbewegung mit Polizei zu zerschlagen.

z.cht.Sydney. **Die Stahlarbeiter in New South Wales, Australien, stehen vor der Aufgabe, in den nächsten drei Monaten eine neue Kampffront aufzubauen.** Sie fordern 40 Dollar betriebliche Mindestzulage pro Woche und eine Festlohnerhöhung von 10 Dollar. Der Stahlkonzern BHP hat zuletzt die Erhöhung der betrieblichen Zulage von 25 auf 35 Dollar und des Grundlohns zwischen vier und sieben Dollar angeboten. Die Gewerkschaftsführung hatte Annahme empfohlen und auf Betriebsversammlungen in Newcastle und Sydney knapp durchsetzen können. Der größte Betrieb in Port Kembla hatte das Angebot abgelehnt und einen 48-Stundenstreik gefordert. Die Gewerkschaftsführung suchte stattdessen die Verhandlung vor der Arbeitsschiedskommission, die Annahme und die Wiederaufnahme der Verhandlungen in drei Monaten empfahl. Am 6. August stimmten auch die Delegierten in Port Kembla mit knapper Mehrheit dafür, die Aktionen aufzuschieben.

z.ulg.Rom. **Ein großer Teil des Fährverkehrs zwischen dem italienischen Festland und den Inseln ist Anfang letzter Woche durch einen Streik lahmgelegt worden.** Die Fährschiffer fordern die rückwirkende tarifliche Zahlung bereits geleisteter Überstunden. Zu dem Streik hatte die berufsständische „autonome“ Gewerkschaft aufgerufen, während die Gewerkschaftsbünde „mit Rücksicht auf die aus dem Urlaub zurückkehrenden Emigranten“ zur Weiterarbeit aufgefordert hatten. Um den Streik zu brechen, hat die Regierung Flugzeuge und Schiffe der Armee eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft bereitete Massenverhaftungen von Streikenden vor. Daraufhin ist der Streik bis zu den für das Wochenende angekündigten Verhandlungen ausgesetzt worden.

z.evh.Paris. **80% der 30000 Eisenbahner folgten vom 22. bis 24.8. dem Streikaufruf der Gewerkschaften CGT, CFDT und FGAAG.** Er richtete sich gegen die Änderung des Dienstrechts, die der Transportminister am 2.8. erlassen hatte, nachdem er die dreijährigen Verhandlungen zwischen der Eisenbahngesellschaft SNCF und den Gewerkschaften hatte scheitern lassen. 1947 gab es 480000 Beschäftigte bei der SNCF, 1979 noch 261000. Weitere Rationalisierungen durch Stillegung von kleineren Bahnhöfen und Strecken sind beschlossen. – Hauptangriffspunkte des neuen Erlasses sind: Ersetzung der bisher zwei Lokführer in den Güterzügen durch einen und Ausdehnung der Arbeitszeit der Schaffner, die zwei Schichten hintereinander (Hin- und Rückfahrt) arbeiten sollen. Die Streikenden fordern: bei schwerer oder Nachtarbeit sechs bis acht Stunden, ab sofort vier Tage mehr Urlaub und 35-Stunden-Woche. Die nächsten Aktionen sind für den September geplant.

z.evh.Paris. **„Nein, auf keinen Fall, wir arbeiten schon samstags bis 22.00 Uhr, 13 Stunden, und dann auch noch sonntags arbeiten? Nie!“**, antwortete eine Warenhausverkäuferin auf die Frage des Fernsehreporters, was sie denn von der Öffnung der Kaufhäuser am Sonntag halte. Vor zwei Monaten wurde im Auftrag des Arbeitsministeriums eine „Studie“ vorgelegt, die die Öffnung der Warenhäuser, Banken etc. als „zeitgemäß“ propagiert. Das Arbeitsverbot am Sonntag, das sich die französische Arbeiterklasse 1906 in einer Abstimmung gesetzlich erkämpfte, soll außer Kraft gesetzt werden. Betroffen wären vorerst zwei Millionen Lohnabhängige im Handel. Durch zahlreiche Ausnahmegenehmigungen der Präfekten der Departements, gerade im Einzelhandel, ist es schon stark durchlöchert. Viele kleine Lebensmittelläden, Bäckereien und Märkte sind sonntags geöffnet. Durch Ausnutzung dieser Ausnahmegenehmigungen und Ausbeutung von niedrig- und unbezahlter Arbeitskraft ist die Anzahl der kleinen Geschäfte von 1972–77 um 53% gewachsen (gegenüber einer Zunahme der Supermärkte um 60%). Sie machen 53,2% des Gesamtumsatzes der Lebensmittelhändler. Einige große Geschäfte, die sonntags geöffnet hatten, stellten fest, daß sie dabei 30% des gesamten Wochenumsatzes machten. Niedrige Löhne und die Notwendigkeit, sich zusätzlich Geld zu verdienen, sollen die Handelsangestellten zur Sonntagsarbeit treiben. Aufgrund der starken Proteste der Beschäftigten und der Gewerkschaften gegen die Aufhebung des Sonntagsarbeitsverbots soll die Entscheidung darüber laut Ministerium bis Ende des Jahres verschoben werden.

Baum will Zwangseintreibung von BAFÖG-Darlehen beschleunigen

z.sst. Am Dienstag, den 14.8. drohte Innenminister Baum bei Besuch des Bundesverwaltungsamtes Köln, das im Auftrag der Regierung die Zwangseinziehung von Bafög-Darlehen betreibt: ,,Es besteht nicht die Absicht, vor der mangelnden Zahlungsmoral zu kapitulieren." – Was ihn betrübt, ist die Tatsache, daß nur wenig Studenten sich nach Abschluß der Prüfung genötigt sehen, sich freiwillig bei ihrem Gläubiger zu melden, nachdem sie jahrelang nahezu kostenlos ihre Arbeitskraft verausgaben mußten. ,,(1) Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, vom Empfang der Darlehensleistung an, 1. jeden Wohnungswechsel, 2. die Beendigung der Ausbildung dem Bundesverwaltungsamt unverzüglich mitzuteilen. (2) Kosten für die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Darlehensnehmers hat dieser auf Aufforderung zu erstatten", heißt es in § 3 der Verordnung über die Einziehung der nach Bafög geleisteten Darlehen vom 31.5.74.

760000 Fälle mit einem Volumen von 2 Mrd. DM überwacht das Bundesverwaltungsamt, 65000 sind bereits rückzahlungpflichtig, der Rest in Ausbildung oder ,,Schonfrist", d.h. der Dreijahresfrist nach Ausbildungsabschluß. ,,Schonfrist" kommt aus der Jägersprache. War 1971 mit Einführung des Bafög die Zahlung noch darlehensfrei, wurde mit dem 2. Änderungsgesetz 1974 ein Darlehensanteil von 80 DM für auswärts wohnende und 70 DM für daheim wohnende Studenten eingeführt. Mittlerweile ist dieser Darlehensanteil auf 150 DM, bzw. 130 DM erhöht worden. Bei Rückgang der Bafög-Bezieher und Zahlungen insgesamt wurde der Kreis derer, die nur noch Darlehen kriegen, mit dem Haushaltsstrukturgesetz enorm ausgedehnt. Der Mindestsatz, den man monatlich rückzahlen muß, wurde 1975 von 50 DM auf 80 DM erhöht. Bei einer Semesterzahl von 10 hätte bei Studienanfang 1975 bei 80 DM Darlehensanteil der Student 4800 DM Schulden, bei Abzahlung von 50 DM monatlich müßte er 8 Jahre lang abzahlen. Bei Darlehensanteil von 150 DM und Mindestrückzahlungssatz von 80 DM wären zur Abtragung der 9000 DM Schulden 9,4 Jahre erforderlich.

Während des Studiums soll das die Durchsetzung der reaktionären Hochschulgesetze und Lerninhalte erleichtern und auf dem Arbeitsmarkt gehörigen Druck auf den Lohn entfalten. Schon Anfang 78 meldete die HIS-GmbH im Auftrag der Regierung, daß das Bafög-geförderte Studium das ,,durchschnittlich am schnellsten und am reibungslosesten abgeschlossene Hochschulstudium ist".

Das Schmude Ministerium hat jetzt verlauten lassen, so schlecht sei die ,,Zahlungsmoral" der Bafög-Bezieher gar nicht, abgesehen von ein paar ,,schwarzen Schafen". Eine gewaltige Eintreibaktion wird vorbereitet, ausgegeben als ,,Strafaktion gegen einzelne". Ausbau der Bafög-Abteilung beim BVA um 40% hat Baum bereits angekündigt.

4. Russistik-Kongreß in Berlin Russisch soll Weltsprache werden

z.krk. ,,Bekanntlich werden die Rolle einer Sprache als Weltsprache, ihr Prestige und ihre Stellung unter anderen Sprachen gerade dadurch bestimmt, inwieweit diese Sprache von den Vertretern der verschiedenen Berufe als Fremdsprache gelernt wird und inwieweit ihre Rolle als Speicher menschlichen Wissens und menschlicher Kultur sowie als Träger weltweiter Informationen anerkannt ist " – schreibt die Literaturnaja Gazeta 51/78. Eine ziemlich genaue Beschreibung der Rivalität der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Kultur und Wissenschaft, deren Hauptmittel die Durchsetzung der eigenen Sprache als sog. ,,Weltsprache" ist. Die US-Imperialisten konnten sich dabei auf das ehemalige britische Kolonialreich stützen, durch die Englisch in weiten Teilen der Welt zur offiziellen Sprache wurde.

Um aufzuholen, gründeten die Sozialimperialisten 1967 die ,,Maprjal", die Assoziation für Lehrkräfte der russischen Sprache und Literatur. Der IV. Internationale Kongress dieser Organisation fand vom 12. bis 18.8. in Berlin

heren Entwicklungsgrades der Produktivkräfte in den USA und den westlichen imperialistischen Ländern nicht sehr weit. Erst 20 Millionen Erwachsene in der Welt lernen Russisch. In den Ländern des RGW spielt der Zwang dazu eine erhebliche Rolle. Pflichtfach ist Russisch in der DDR, in Ungarn, der CSSR, Polen und der Mongolei auf den Grundschulen ab dem 5. Schuljahr spätestens, in Vietnam ab der 8. Klasse. In der Mongolei ist sogar die ursprüngliche mongolische Schrift durch die kyrillische ersetzt worden. In der DDR gehört Russisch zu den Prüfungsfächern bei der Abschlußprüfung nach der 10. Klasse und beim Abitur. Der Russischunterricht nimmt mit 6 Wochenstunden an den erweiterten Oberschulen genausoviel Raum ein wie Deutsch. Russisch ist die offizielle Verhandlungssprache des RGW und des Warschauer Paktes, bei gemeinsamen Übungen der NVA mit sowjetischen Streitkräften ist sie die Kommandosprache. Parallel dazu steigt die Auflage und die Verbreitung sowjetischer Literatur in den Ländern des RGW. 20% des Angebots des Staats-

Zum Lehrjahrsbeginn: Überlegungen und Maßnahmen der Kapitalisten und der Regierung

z.evd. Die Kapitalisten und die Regierung debattieren zur Zeit eifrig darüber, wie sie den Bestand des Arbeiterheeres sichern, dabei seine strukturelle Veränderung bewirken und die Ausbeutungsrate erhöhen können. Bezüglich des Bestands des Arbeiterheeres sieht der Deutsche Industrie- und Handelstag wie auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine ,,Facharbeiterlücke" drohen. Daß es sich um einen Mangel an Jugendlichen handelt, kann nicht sein. Denn genügend Jugendliche sind arbeitslos, genügend in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Es handelt sich darum, daß die Kapitalisten die Zahl der Jugendlichen, aus denen heraus sie die Facharbeiter auswählen wollen, kleiner werden sehen und von daher befürchten, die Lage auf dem Facharbeitermarkt könne sich zugunsten der Arbeiterklasse entspannen. Die Höchst-Kapitalisten z.B. haben 1978 von 4700 Bewerbern 2700 zur Eignungsprüfung bestellt, um nachher 850 Auszubildende einzustellen. Um die Auswahlbasis zu vergrößern, machen die Kapitalisten verschiedene Vorschläge. Von z.B. 41000 ausländischen Jugendlichen, die 1977 ,,ins Erwerbsleben traten" (1989 sollen es laut Arbeitsamt 85000 sein), wollen sie solche rausziehen, die sich der Schullaufbahn erfolgreich unterworfen haben, und sie zu Facharbeitern ausbilden. Sie wollen mehr Mädchen in Männerberufen ausbilden, sich dafür aber einiges zahlen lassen von der Regierung. Die tut das auch: 1978 hat die Bundesregierung in 21 Betrieben Modellversuche zur Ausbildung von Mädchen in Männerberufen gemacht und will dies 1979 um 10 Betriebe erweitern. Sodann ist in einer Anfrage im Bundestag der Vorschlag angeklungen, das Verhältnis von BAFöG und Lehrlingslohn so zu verändern, daß die Lehre im Verhältnis zum Studium ,,attraktiver" würde. Also entweder BAFöG runter oder staatliche Subventionen an die Kapitalisten für höhere Lehrlingslöhne.

Die Veränderung der Struktur des Arbeitsheeres zielt auf die Erhöhung der Profitrate durch Senkung des Lohnanteils an den Kosten der Kapitalisten. Eine Maßnahme dazu ist die Verjüngung des Arbeiterkörpers. – Im Juli 1979 waren 20,6% mehr Arbeitslose über 59 Jahre gemeldet als im Juli 1978, nämlich 60490. Der Anteil der 15- bis 25jährigen an den gesamten Erwerbstätigen ist von 1970 22,27% auf 1975 23,54% gestiegen. – Eine andere Maßnahme ist die Erhöhung der Mobilität und Flexibilität des einzelnen Arbeiters, aber nicht, indem die Jugendlichen in den Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion praktisch und theoretisch ausgebildet werden, sondern indem die Kapitalisten die Ausbildungszeit verkürzen, die Ausbildungspläne verändern und den Arbeitsprozeß durch Zergliederung vereinfachen. Sie wollen viele, wenn auch schlecht, als Facharbeiter ausbilden, gleichzeitig ein ausreichendes Heer jugendlicher Hilfsarbeiter zur Verfügung haben. Außerdem wissen sie, daß viele Facharbeiter in ganz anderen Berufen arbeiten, als sie ausgebildet wurden. Z.B. übten 1972 48% der Chemiefacharbeiter andere Berufe aus, während Arbeiter aus anderen Berufen 69% der Chemiefacharbeiterstellen besetzten. Die Regierung unterstützt den Plan der Kapitalisten zur Lohnsenkung, indem sie Akkordarbeit für Jugendliche zuläßt, mit Berufsgrundbildungsjahr und Berufsfachschule für notwendigen Nachschub sorgt und aufgrund des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes den Kapitalisten Kosten für Lehrstellen abnimmt.

	1965	1970	1975	1976	1977	1978	Juli 1979
Wohnbevölkerung 15 – 20 Jahre	3585000	3996000	4520000	—	—	—	—
Erwerbstätige 15 – 20 Jahre	2441000	2249000	1975000	—	—	—	—
Auszubildende insg.	1331448	1270120	1328906	1316562	1397429	—	—
Schulabgänger nach Vollzeitschulpfl.	—	481104	460614	464649	—	—	—
mit Realschulabschluß	—	199667	291263	277105	—	—	—
Schüler an berufl. Schul. insg.	2146503	2071700	2288498	2239460	2307573	—	—
Berufsschulen	1780000	1599800	1400000	—	—	—	—
dav. ohne Ausb.vertr.	324900	237400	—	—	—	—	—
Arbeitslose Jugendl.	—	—	115753	102649	105949	92030	68502
Ausbildungsverträge	—	—	1329000	1316000	1397000	—	—
Lehrstellenangebot	—	—	302989	345273	382616	—	426000
Bewerbungen	—	—	404050	436942	463517	—	453000



Demütigendes Warten auf dem Arbeitsamt. Viele Mädchen sind gezwungen, schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstraße. 261, Tel. 0421/6160455
Kommunistischer Studentenbund (KSB) Münsterland/Emsland
Hochschule Münster
20. August 1979
34b3h0400p

Forderung nach Erhalt und Schaffung von mehr Wohnraum sind dadurch jedoch nicht zerstört und die 4500 Unterschriften, die diese Forderung belegen, existieren auch noch.

Es gilt also weiterhin, Bedingungen

rungsgesetz 1974 ein Darlehensanteil von 80 DM für auswärts wohnende und 70 DM für daheim wohnende Studenten eingeführt. Mittlerweile ist die-

geben als ,,Strafaktion gegen einzelne". Ausbau der Bafög-Abteilung beim BVA um 40% hat Baum bereits angekündigt.

4. Russistik-Kongreß in Berlin Russisch soll Weltsprache werden

z.krk. ,,Bekanntlich werden die Rolle einer Sprache als Weltsprache, ihr Prestige und ihre Stellung unter anderen Sprachen gerade dadurch bestimmt, inwieweit diese Sprache von den Vertretern der verschiedenen Berufe als Fremdsprache gelernt wird und inwieweit ihre Rolle als Speicher menschlichen Wissens und menschlicher Kultur sowie als Träger weltweiter Informationen anerkannt ist " – schreibt die Literaturnaja Gazeta 51/78. Eine ziemlich genaue Beschreibung der Rivalität der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Kultur und Wissenschaft, deren Hauptmittel die Durchsetzung der eigenen Sprache als sog. ,,Weltsprache" ist. Die US-Imperialisten konnten sich dabei auf das ehemalige britische Kolonialreich stützen, durch die Englisch in weiten Teilen der Welt zur offiziellen Sprache wurde.

Um aufzuholen, gründeten die Sozialimperialisten 1967 die ,,Maprjal", die Assoziation für Lehrkräfte der russischen Sprache und Literatur. Der IV. Internationale Kongress dieser Organisation fand vom 12. bis 18.8. in Berlin
(DDR) statt, mit 2000 Teilnehmern aus 70 Ländern, darunter das erste Mal Vertreter aus Äthiopien und Angola.

Die russische Sprache ist im Verhältnis zur englischen als ,,Speicher menschlichen Wissens" wegen des hö-

heren Entwicklungsgrades der Produktivkräfte in den USA und den westlichen imperialistischen Ländern nicht sehr weit. Erst 20 Millionen Erwachsene in der Welt lernen Russisch. In den Ländern des RGW spielt der Zwang dazu eine erhebliche Rolle. Pflichtfach ist Russisch in der DDR, in Ungarn, der CSSR, Polen und der Mongolei auf den Grundschulen ab dem 5. Schuljahr spätestens, in Vietnam ab der 8. Klasse. In der Mongolei ist sogar die ursprüngliche mongolische Schrift durch die kyrillische ersetzt worden. In der DDR gehört Russisch zu den Prüfungsfächern bei der Abschlußprüfung nach der 10. Klasse und beim Abitur. Der Russischunterricht nimmt mit 6 Wochenstunden an den erweiterten Oberschulen genausoviel Raum ein wie Deutsch. Russisch ist die offizielle Verhandlungssprache des RGW und des Warschauer Paktes, bei gemeinsamen Übungen der NVA mit sowjetischen Streitkräften ist sie die Kommandosprache. Parallel dazu steigt die Auflage und die Verbreitung sowjetischer Literatur in den Ländern des RGW. 20% des Angebots des Staats-
verlages (DDR) sind Übersetzungen aus dem Russischen. Die Offensive zur Verbreitung der russischen Sprache zu verstärken – diesem Ziel diente der Kongreß unter der persönlichen Schirmherrschaft Erich Honeckers.

Hamburger Jugendamt muß nachgeben 40 Kleinkinder werden nicht ausquartiert

r.sih. 25 Eltern besetzten am 16.7. einige Räume des Kindertagesheims (KTH) Höhenstieg in Hamburg-Alsterdorf, um die wegen eines Umbaus geplante Verlegung zweier Kleinkindergruppen (3- bis 6-jährige) in das KTH Wagrierweg in Hamburg-Schnelsen zu verhindern

Bis zu 13 Stunden pro Tag sollten einige Kinder unterwegs sein: morgens mit dem Bus nach Schnelsen, abends zurück. Seit Jahren ist klar, daß umgebaut werden muß – zwei Wochen vor dem geplanten Baubeginn teilte die Behörde den Eltern ihre Pläne mit. 47 Eltern schrieben daraufhin Senator Grolle einen Brief, in dem sie die Unterbringung der Kinder in Alsterdorf forderten, und organisierten für den 4.7. eine Elternversammlung. Auf ihrer Versammlung griffen dann die Eltern den anwesenden Behördenvertreter Dr. Näther heftig an, da er arrogant ihre Forderungen zurückwies. Ohne Näther tagten die Eltern daraufhin weiter, wählten eine Elternvertretung und beschlossen, den Umzug zu verhindern.

Die Entschlossenheit der Eltern brachte SPD, CDU und FDP in der Bezirksversammlung Nord dazu, am 12.7. den Forderungen der Eltern einstimmig zuzustimmen. Auf den 16.7. hatte die Behörde den Umzug inzwischen festgesetzt. In einer Überraschungsaktion ließ sie am Freitag vorher einen Möbelwagen auf das Gelände des KTH fahren, Eltern versammelten sich daraufhin vor dem Heim, erklärten den Fahrern ihre Forderungen. Die Fahrer hängten ein Flugblatt der Eltern an ihren Wagen. Die Behörde drohte mit Polizeieinsatz, die Eltern verteilten ihr Flugblatt auch in der zuständigen Polizeiwache – der Wachhabende befestigte eins am Schwarzen Brett in der Wache.

Am 16.7. versammelten sich die Eltern mit ihren Kindern im KTH und verhinderten so den Umzug. Um 16 Uhr ließ Näther verkünden, der Umzug sei verschoben. Die Eltern verbreiteten eine Erklärung mit ihren Forderungen u.a. in den Betrieben, wo sie arbeiten. Das Ergebnis: 338 Kollegen aus Hamburger Betrieben und aus dem Stadtteil unterstützen die Forderungen. Nach zwei Wochen gab die Behörde dann bekannt, daß die Kinder auf dem Nachbargrundstück in zwei leerstehenden städtischen Wohnungen für die Zeit des Umbaus untergebracht werden, wie es die Eltern von Anfang an verlangt hatten.

worfen haben, und sie zu Facharbeitern ausbilden. Sie wollen mehr Mädchen in Männerberufen ausbilden, sich dafür aber einiges zahlen lassen von der Regierung. Die tut das auch: 1978 hat die Bundesregierung in 21 Betrieben Modellversuche zur Ausbildung von Mädchen in Männerberufen gemacht und will dies 1979 um 10 Betriebe erweitern. Sodann ist in einer Anfrage im Bundestag der Vorschlag angeklungen, das Verhältnis von BAFöG und Lehrlingslohn so zu verändern, daß die Lehre im Verhältnis zum Studium ,,attraktiver" würde. Also entweder BAFöG runter oder staatliche Subventionen an die Kapitalisten für höhere Lehrlingslöhne.

Die Veränderung der Struktur des Arbeitsheeres zielt auf die Erhöhung der Profitrate durch Senkung des Lohnanteils an den Kosten der Kapitalisten. Eine Maßnahme dazu ist die Verjüngung des Arbeiterkörpers. – Im Juli 1979 waren 20,6% mehr Arbeitslose über 59 Jahre gemeldet als im

Demütigendes Warten auf dem Arbeitsamt. Viele Mädchen sind gezwungen, schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen.

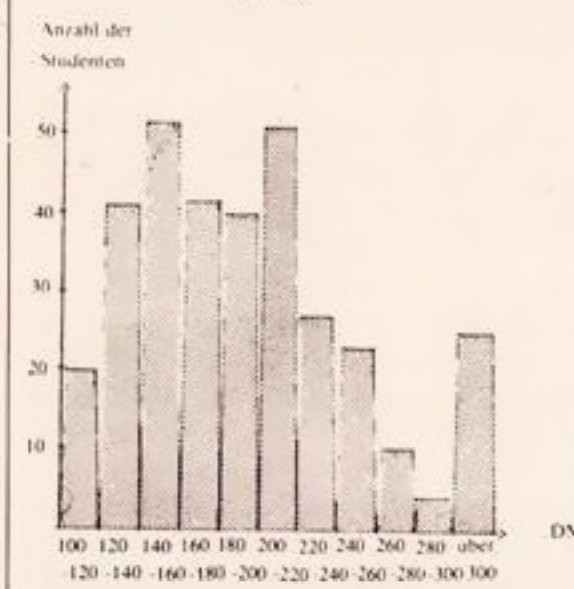
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstraße. 261, Tel. 0421/6160455
Kommunistischer Studentenbund (KSB) Münsterland/Emsland
Hochschule Münster
20. August 1979
34b3h0400p

Rollkommando zerstört Agnesheim

Damit kriegt die Stadt die Forderungen der Studenten nicht vom Tisch!

gäm. Innerhalb der letzten Woche wurde gegen die Vernichtung von Wohnraum speziell gegen den Abriß des ehemaligen Agnesheims des Caritasverbandes knapp 4500 Unterschriften gesammelt. Dieses Sammelergebnis zeigt schon das brennende Interesse der Münsteraner Bevölkerung an dieser Frage, dem auch die Erfahrung zugrundeliegt, daß immer mehr der Wohnraum in der Innenstadt zugunsten der Errichtung von Verwaltungsbauten zerstört wird, die Menschen gezwungen werden, sich in ghettoartigen Außenbezirken a la Berg Fidel, Kinderhaus u.a. anzusiedeln.

Diese Erfahrungen zu vertuschen und die Bewegung zu spalten, sollte wohl Sinn und Zweck der WN-Artikel vom 14.8.79 sein. Angespitzt wohl durch die Volksbankkapitalisten und einige Ratsherren jaulte die Journaille über die Enthüllungen der vielfältigen Verbindungen innerhalb der Münsteraner Bourgeois-Clique, die gerade aus der elenden Wohnungsituation Profit zieht, auf. Zwecks Spaltung wurde der AStA als Sprecher der Initiative als Lügner dargestellt, das Wohnungselend der Studenten sollte abgeschwächt werden durch den Bericht, daß (Zahlen nach der WN) für 42000 Studenten tatsächlich 6000 Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Im Schnitt bezahlt man für solch ein Studentenwohnheimzimmer 120 bis 130 DM. Am Beispiel Wilhelmskamp: 138 DM für 9qm große Zimmer. Das ist schon das Minimum, was der Student aus der Notwendigkeit, ein Dach über dem Kopf haben zu müssen, zu zahlen gezwungen ist. (siehe die Mietverteilung; Auszug aus der BAFöG-Umfrage, die von AStA FH, AStA KFH, einigen IGs, Fachschaften und dem KSB dieses Semester durchgeführt wurde.)



Am Mittwoch hat der Wohnungsbauauschuß der Stadt Münster die Abrißgenehmigung für das Agnesheim erteilt.

Ein Räumkommando hat inzwischen klammheimlich, dafür aber schnell und gründlich, das Agnesheim innen so zerstört, daß es nun wirklich nicht mehr als Wohnraum nutzbar, noch zu seiner Besetzung geeignet ist. Die Angst vor der zuletzt genannten Maßnahme wird auch der Zerstörung des Agnesheims zugrunde liegen. Die

Forderung nach Erhalt und Schaffung von mehr Wohnraum sind dadurch jedoch nicht zerstört und die 4500 Unterschriften, die diese Forderung belegen, existieren auch noch.

Es gilt also weiterhin, Bedingungen
zu schaffen, die die Stadt unter Zugzwang setzen. Es ist erforderlich, in dieser Woche weiter und ausführlich die Propaganda bezüglich der Wohnsituation und des Agnesheimes zu führen. An der Uni haben die Einschreibungen z.B. schon angefangen – ein Mangel an Masse ist also nicht zu beklagen, wenn die ASten überhaupt bereit sind, den Kampf weiterzuführen.

Es gibt Strömungen in der Initiative, sich zurückzuziehen, weil nicht gesichert sei, daß weitere Maßnahmen durch aktive Beteiligung anderer in ihrer Durchführung gewährleistet seien. Mit der Zerstörung des Agnesheimes (innen) wird schon einiges klar über die Verkommenheit mit der die Bourgeoisie den Kampf zur Durchsetzung ihrer Interessen führt. Ein Grund mehr z.B. auch die Unterschriftensammlung für den Erhalt und die Schaffung von Wohnraum weiter durchzuführen, ein Schwelgen in einer ,,da kann man nichts machen" Stimmung wird der Durchsetzung unserer berechtigten Interessen mit Sicherheit überhaupt nichts nützen.

Dagegen wäre die Einbeziehung von noch mehr Kräften wie eben die Gewerkschaften, Mieterinitiativen, Bürgerinitiativen von Nutzen, um die Stadt zu zwingen, in Verhandlungen einzutreten. Die Planung von Kundgebungen oder Demonstrationen oder weiter, wie der ehemalige Vorsitzende des Uni-AStA Hahn es bei dem GO-In einer Stadtratsitzung zu eben diesem Thema vorschlug, zu überlegen, ob leerstehender Wohnraum, wenn er uns so nicht gegeben wird, besetzt werden soll, sind die nächsten Schritte, die in Angriff genommen werden müssen.

Heeresreform beginnt – „Ein mehr an Kampfkraft“ durch mehr Kasernenunterdrückung

z.kar. Dieser Tage geht den Kommandobehörden der Bundeswehr die Grundsatzweisung zur Umgliederung in die 4. Heeresreform zu. Mit der schrittweisen Umgliederung der Brigaden des Feldheeres ist in diesem Jahr begonnen worden. Mit Einführung der neuen Waffensysteme, wie z.B. Gepard, Roland und den Panzerabwehrhubschraubern sollen die Divisions- und Korpstruppen neu gegliedert werden. Die Aufstellung der Heimatschutzkommandos in der neuen Struktur und der schweren Heimatschutzregimenter des Territorialheeres wird sich über 4 bis 5 Jahre erstrecken.

Die westdeutsche Bourgeoisie braucht eine neue Armee, denn, so zieht der ehemalige Inspekteur des Heeres, Generalleutnant a.D. Horst Hildebrandt, die Parallele: „Die preußische Armee wurde 1806 bei Jena und Auerstedt durch Napoleon geschlagen, nicht weil sie nicht mehr die Armee Friedrichs des Großen war, sondern weil sie es noch immer war“ (Vortrag am 18.11.78 in Munster). Der Streit über die Heeresreform betraf auch niemals die *Notwendigkeit* der Heeresreform. Was Apel von seinen Militärs verlangte war, keinen Pfennig auszugeben, der nicht ein Mehr an Kampfkraft bringen würde.

Als Ergebnis der Apelschen Modifikation des Heeresmodells 4 hält die Zeitschrift KAMPFTRUPPEN heute fest: „Für die neue Heeresstruktur konnten noch durch das ‚Auskämmen‘ der nicht für den unmittelbaren Kampf vorgesehenen Truppengattungen Soldaten freigemacht werden ...“ Und selbst geringe Teile der Kampftruppen müssen gekadert werden, um die Aufstellung von 36 Brigaden „ohne einen zusätzlichen Soldaten“ (Apel) zu erreichen. Die Kampffähigkeit wird durch die Kaderung nicht geschmälert, sondern soll durch intensivere Heranziehung der Reservisten der Verfügungsbereitschaft ausgeglichen werden, durch die die Präsenz der Kampfverbände noch vor Mobilmachung erhöht werden kann. Zu diesem Zweck sollen die Wehrübungsplätze von 4000 auf 5900 erhöht werden. Mit der Aufstellung des 4. Panzerbataillons in der Panzerbrigade erhoffte Hildebrandt einen Abbau des „Verwendungsstaus für junge Offiziere und Unteroffiziere“ und eine „erhebliche Verbesserung der Laufbahnchancen“. Für so viel Fürsorglichkeit ist in Apels Heeresmodell kein Platz geblieben. Die Panzerkompanien des 4. Panzerbataillons werden in „Friedenszeiten“ auf die anderen beiden Panzerbataillone und das Panzergrenadierbataillon der Brigade verteilt und erst im „Spannungsfall“ zum 4. Panzerbataillon zusammengestellt. Das spart Planstellen. Die Verkleinerung der Panzerkompanien von 17 auf 13 Panzer, die Reduzierung der Absitzstärke eines Panzergrenadierzuges auf weit unter 20 Mann sind weitere Rationalisierungsmaßnahmen des Ministers Apel.

Schärferer Zugriff auf die Reservisten der Verfügungsbereitschaft, grenzenlose Schinderei der Militärpflichtigen durch Verkleinerung der Kampfverbände ist das Ergebnis der Durchforstung des Heeresmodells 4 durch den Finanzer Apel. Um es gegen die Soldatenbewegung durchzusetzen, sollen die Kompaniechefs ganz für Unterdrückungsaufgaben freigestellt werden. Die administrative Arbeit wird auf Bataillons- und Divisionsebene zusammengefaßt, wodurch nochmals Planstellen gespart werden sollen.

Mit der Aufstellung drei weiterer Brigaden (insgesamt 36) erfüllt Apel die Forderung der NATO an die westdeutsche Bourgeoisie. Mit der Aufstockung der Panzerbrigaden von 12 auf 17 verstärkt Apel insbesondere das Angriffspotential. Durch Aufstockung der Kampfbataillone in den Brigaden von je 3 auf je 4 wird deren Kampfkraft gestärkt. Die Reduzierung der Panzergrenadierbrigaden von 18 auf 16 wird durch den Ausbau des Territorialheeres mehr als ausgeglichen. Der ehemalige Inspekteur des Heeres, Hildebrandt, zollt Anerkennung: „Dieser Kompromiß bedingt insbesondere, daß bei den zur Vorneverteidigung vorgesehenen Kräften nicht das Ausmaß an Präsenz – wie ursprünglich angestrebt – erreicht werden konnte. Dafür konnte aber – über den ursprünglichen Strukturvorschlag hinaus – die Kampfkraft des Territorialheeres wesentlich gesteigert werden.“ Doch Territorialheer und „Vorneverteidigung“ sind kein Gegensatz. Durch die Umgliederung von den 6 Heimatschutzkommandos in brigadeähnliche Verbände sowie die zusätzliche Aufstellung von 6 schweren Heimatschutzregimentern als Geräteeinheiten „kann die Vorneverteidigung schneller unterstützt und die Abwehrkraft im Hinterland verstärkt werden. Die Gesamtzahl der verfügbaren Panzer wird sich um 600 erhöhen“ (Kampftruppen 1/79). Keineswegs beschränkt sich Umgliederung und Verstärkung des Territorialheeres auf den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse. Das Territorialheer wird von Apel als Eingreifreserve für die „Vorne- und Vorwärtsverteidigung“ ausgebaut, mit dem besonderen Vorzug, daß das Territorialheer auch während des Krieges unter westdeutschem Oberkommando verbleibt, während das Feldheer dem Oberkommando der NATO unterstellt wird.

NATO-Manöver in Niedersachsen – Bauern treffen Gegenvorbereitungen

r.kea. Vom 27. August bis 28. November sind in Niedersachsen Truppenmanöver mehrerer NATO-Staaten geplant. Es handelt sich um den Beginn der Herbstmanöverkette „Autumn Forge“, welche alljährlich von der NATO durchgeführt wird. Allein bei den jetzt für Niedersachsen bekanntgegebenen sechs Großübungen sollen zusammen 128000 Soldaten eingesetzt werden. Das erste Manöver „Springendes Roß“ (7. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr) soll nördlich der Autobahn Bremen-Hamburg zwischen Weser und Elbe stattfinden. Es sollen folgen: „Steel Trap“, hauptsächlich in der Lüneburger Heide (1. Brit. Division); „Centurion Enterprise“ im südlichen Niedersachsen und nördlichen NRW (belgische und US-Truppen); dann die deutsche Gefechtsübung „Harte Faust“ (50000 Soldaten), hauptsächlich im Regierungsbezirk Weser-Ems. Schließlich wollen im Südosten Niedersachsens die 2. und 3. britische Panzerdivision von Mitte Oktober bis Ende November zwei Manöver durchführen („Keystone“ und „Red Gauntlet“).

Über die militärischen Inhalte ist bis jetzt soviel bekannt, daß Panzergefechtsübungen in größerem Maßstab, und zwar Angriff und Abwehr gegen Panzertruppen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, geplant sind.

Die Bauernverbände und Landwirtschaftskammern haben den Bauern Verhaltensmaßregeln empfohlen. Laut Landwirtschaftskammer Hannover dürfen Hofanlagen nur mit Genehmigung der Besitzer besetzt werden. Das Befahren bebauter Felder, eingezäunter Weideflächen und Obstgärten ist verboten. Trotz Verboten ist sowas bei Manövern in den letzten Jahren ständig vorgekommen. Der Landvolkverband rät den Bauern, durch Kontrollgänge das zu verhindern und Schäden sofort bei der Gemeindeverwaltung zu melden. Die Regierung behauptet, Flurschäden würden sofort behoben oder bezahlt. Tatsache ist aber, daß beispielsweise die Gemeinde Katlenburg-Lindau, die dieses Jahr wieder im Manövergebiet liegt, noch immer 18000 DM Schadensersatz aus früheren Manövern für die Zerstörung von Straßen und Böschungen nicht erhalten hat, trotz mehrfacher Anmahnung. Auf Versprechungen können sich die Bauern nicht verlassen. Daß einige mit Blockaden und Hindernissen ihr Land schützen, ist sowieso gerechtfertigt.



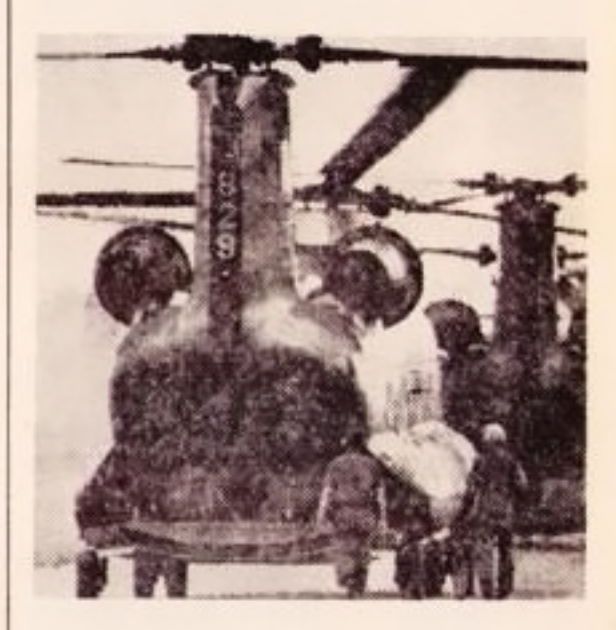
US-Imperialisten proben "Nördlichen Sprung“ zur Sicherung der Nachschublinien

z.rua. Im Frühjahr haben Repräsentantenhaus und Kongreß der USA Studien veröffentlicht, in denen sie die gegenwärtige Fähigkeit der NATO, Westeuropa im Kriegsfall langfristig gegen die Sozialimperialisten zu halten, als „höchst zweifelhaft“ bezeichnen. Der wunde Punkt sei der Mangel an Munition und Nachschub. Die in Westeuropa gelagerten US-Waffenvorräte reichen aus, um drei mit Panzern ausgerüstete Infanteriedivisionen und zehn Bataillone für maximal 30 Tage auszustatten. Um die Nachschubversorgung mit Truppen und Waffen zu beschleunigen, wurde im Verteidigungshaushalt 1979 der Posten für die Luft- und Seebrückenstreitkräfte um 1,9 Mrd. $ aufgestockt.

Seit 1976 läuft ein Programm zur Modernisierung der Helikopterverbände, die sowohl als Transportmittel als auch für den direkten Kampfeinsatz in gebirgigen Gebieten bestimmt sind. Bis 1982 sollen insgesamt 360 Großraumhelikopter des Typs Boeing CH-47 Chinook umgerüstet sein. Sie haben eine Innenladekapazität von mehr als 12 t, außenbords können sie Lasten bis 2 ½ t schleppen. Sie sind äußerst manövrierfähig und auch bei schlechtem Wetter flugtüchtig. Ihre Schwäche war, daß sie aufgrund der eigenen Schwere und des hohen Treibstoffverbrauchs nicht selbständig auf weiten Strecken eingesetzt werden konnten. Um nach Europa überführt zu werden, mußten sie bisher mit Großraumflugzeugen oder Schiffen transportiert werden. Im Zuge des Modernisierungsprogramms werden sie mit Zusatztanks, die ein Auftanken aus der Luft überflüssig machen, und mit 30 Pfund leichten elektronisch gesteuerten Navigationsgeräten, die unabhängig von Bodenstationen operieren können, ausgerüstet. So sind sie auch auf weiten Strecken einsetzbar und machen Laderaum frei.

Am 20.8. sind erstmals vier dieser Helikopter nach 14tägigem Alleinflug mit 24 Mann Besatzung auf dem US-Militärflughafen in Heidelberg gelandet. Gestartet waren sie in Fort Carson in den Gebirgen des US-Bundesstaates Colorado. Die 9300 km lange Route verlief über Kanada, Grönland, Island und Großbritannien, wo jeweils aufgetankt wurde. Nicht nur, daß diese Route den direkten Weg nach Europa verkürzt, von den in diesen Ländern stationierten US-Stützpunkten kann im Kriegsfall der nötige Flankenschutz gegeben werden. Der ZDF-Reporter geriet über diesen „Weltrekordsprung“ in Entzücken: „Die geglückte Landung in Heidelberg hat bewiesen, daß die Aktion Nördlicher Sprung keine militärische Utopie ist, auch wenn der Test unter friedlichen Bedingungen erfolgte.“ (ZDF-Nachrichten, 20.8.)

Für ihren Kriegseinsatz *in* Europa wurden die CH 47 Chinook-Helikopter 1977 im Manöver „Rock Haul“ in Südkorea erprobt. In 615 Flugstunden brachten sie 12000 t Material durch Gebirgsgelände an die Grenze zur DVR Korea. „Das war eine außerordentlich



bedeutende Mission“, stellt der „US Army Aviation Digest“ (2/78) fest. „Wenn du den ‚Rock Haul‘ fliegen kannst, kannst du zweifellos jeden Einsatz fliegen, der vom Chinook gefordert wird.“

Mann sind weitere Rationalisierungsmaßnahmen des Ministers Apel.

Schärferer Zugriff auf die Reservisten der Verfügungsbereitschaft, grenzenlose Schinderei der Militärpflichtigen durch Verkleinerung der Kampfverbände ist das Ergebnis der Durchforstung des Heeresmodells 4 durch den Finanzer Apel. Um es gegen die Soldatenbewegung durchzusetzen, sollen die Kompaniechefs ganz für Unterdrückungsaufgaben freigestellt werden. Die administrative Arbeit wird auf Bataillons- und Divisionsebene zusammengefaßt, wodurch nochmals Planstellen gespart werden sollen.

Mit der Aufstellung drei weiterer Brigaden (insgesamt 36) erfüllt Apel die Forderung der NATO an die westdeutsche Bourgeoisie. Mit der Aufstockung der Panzerbrigaden von 12 auf 17 verstärkt Apel insbesondere das Angriffspotential. Durch Aufstockung der Kampfbataillone in den Brigaden von je 3 auf je 4 wird deren Kampfkraft gestärkt. Die Reduzierung der Panzergrenadierbrigaden von 18 auf 16 wird durch den Ausbau des Territorialheeres mehr als ausgeglichen. Der ehemalige Inspekteur des Heeres, Hildebrandt, zollt Anerkennung: „Dieser Kompromiß bedingt insbesondere, daß bei den zur Vorneverteidigung vorgesehenen Kräften nicht das Ausmaß an Präsenz – wie ursprünglich angestrebt – erreicht werden konnte. Dafür konnte aber – über den ursprünglichen Strukturvorschlag hinaus – die Kampfkraft des Territorialheeres wesentlich gesteigert werden.“ Doch Territorialheer und „Vorneverteidigung“ sind kein Gegensatz. Durch die Umgliederung von den 6 Heimatschutzkommandos in brigadeähnliche Verbände sowie die zusätzliche Aufstellung von 6 schweren Heimatschutzregimentern als Geräteeinheiten „kann die Vorneverteidigung schneller unterstützt und die Abwehrkraft im Hinterland verstärkt werden. Die Gesamtzahl der verfügbaren Panzer wird sich um 600 erhöhen“ (Kampftruppen 1/79). Keineswegs beschränkt sich Umgliederung und Verstärkung des Territorialheeres auf den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse. Das Territorialheer wird von Apel als Eingreifreserve für die „Vorne- und Vorwärtsverteidigung“ ausgebaut, mit dem besonderen Vorzug, daß das Territorialheer auch während des Krieges unter westdeutschem Oberkommando verbleibt, während das Feldheer dem Oberkommando der NATO unterstellt wird.

z.rua. Im Frühjahr haben Repräsentantenhaus und Kongreß der USA Studien veröffentlicht, in denen sie die gegenwärtige Fähigkeit der NATO, Westeuropa im Kriegsfall langfristig gegen die Sozialimperialisten zu halten, als „höchst zweifelhaft“ bezeichnen. Der wunde Punkt sei der Mangel an Munition und Nachschub. Die in Westeuropa gelagerten US-Waffenvorräte reichen aus, um drei mit Panzern ausgerüstete Infanteriedivisionen und zehn Bataillone für maximal 30 Tage auszustatten. Um die Nachschubversorgung mit Truppen und Waffen zu beschleunigen, wurde im Verteidigungshaushalt 1979 der Posten für die Luft- und Seebrückenstreitkräfte um 1,9 Mrd. $ aufgestockt.

Seit 1976 läuft ein Programm zur Modernisierung der Helikopterverbände, die sowohl als Transportmittel als auch für den direkten Kampfeinsatz in gebirgigen Gebieten bestimmt sind. Bis 1982 sollen insgesamt 360 Großraumhelikopter des Typs Boeing CH-47 Chinook umgerüstet sein. Sie haben eine Innenladekapazität von mehr als 12 t, außenbords können sie Lasten bis 2 ½ t schleppen. Sie sind äußerst manövrierfähig und auch bei schlechtem Wetter flugtüchtig. Ihre Schwäche war, daß sie aufgrund der eigenen Schwere und des hohen Treibstoffverbrauchs nicht selbständig auf weiten Strecken eingesetzt werden konnten. Um nach Europa überführt zu werden, mußten sie bisher mit Großraumflugzeugen oder Schiffen transportiert werden. Im Zuge des Modernisierungsprogramms werden sie mit Zusatztanks, die ein Auftanken aus der Luft überflüssig machen, und mit 30 Pfund leichten elektronisch gesteuerten Navigationsgeräten, die unabhängig von Bodenstationen operieren können, ausgerüstet. So sind sie auch auf weiten Strecken einsetzbar und machen Laderaum frei.

Am 20.8. sind erstmals vier dieser Helikopter nach 14tägigem Alleinflug mit 24 Mann Besatzung auf dem US-Militärflughafen in Heidelberg gelandet. Gestartet waren sie in Fort Carson in den Gebirgen des US-Bundesstaates Colorado. Die 9300 km lange Route verlief über Kanada, Grönland, Island und Großbritannien, wo jeweils aufgetankt wurde. Nicht nur, daß diese Route den direkten Weg nach Europa verkürzt, von den in diesen Ländern stationierten US-Stützpunkten kann im Kriegsfall der nötige Flankenschutz gegeben werden. Der ZDF-Reporter geriet über diesen „Weltrekordsprung“ in Entzücken: „Die geglückte

erfolgte.“ (ZDF-Nachrichten, 20.8.)

Für ihren Kriegseinsatz *in* Europa wurden die CH 47 Chinook-Helikopter 1977 im Manöver „Rock Haul“ in Südkorea erprobt. In 615 Flugstunden brachten sie 12000 t Material durch Gebirgsgelände an die Grenze zur DVR Korea. „Das war eine außerordentlich



bedeutende Mission“, stellt der „US Army Aviation Digest“ (2/78) fest. „Wenn du den ‚Rock Haul‘ fliegen kannst, kannst du zweifellos jeden Einsatz fliegen, der vom Chinook gefordert wird.“

Die Kriegsflotte der UdSSR: ein verwundbarer Moloch

Bauprogramm für Atomkreuzer und Versorgungsschiffe läuft an / Landstützpunkte bleiben zentrales Problem

z.pek. Als Kernstück eines neuen Flottenprogramms betreiben die Sozialimperialisten gegenwärtig den Bau einer neuen Serie von Großkampfschiffen. Der als „Atomkreuzer“ bezeichnete Schiffstyp soll sowohl über Lenkraketen und Seeartillerie als auch über Landeplätze für Hubschrauber und senkrechtstartende Flugzeuge verfügen und mit atomarem Antrieb ausgestattet sein. Das erste von zwölf dieser Schiffe soll im nächsten Jahr in Dienst gestellt werden.

Die Bauweise dieses Schiffstyps unterscheidet sich wesentlich von den modernen Kriegsschiffen der US-Imperialisten und ist Ausdruck der besonderen politischen Bedingungen, unter denen die Sowjetunion zur imperialistischen Seemacht avanciert. Kernstück der US-Flotte ist der Flugzeugträger und nicht das Schlachtschiff. Dieser erweckt den Anschein einer landunabhängigen Operationsbasis auf offener See. Tatsächlich sind die Flugzeugträger amerikanischer Bauart in der Versorgung und im logistischen Führungssystem weitgehend von gesicherten Landstützpunkten abhängig. Deshalb – und wegen ihrer enormen Bau- und Betriebskosten – sind nur die US-Imperialisten, die immer noch über ein weltweites Netz an Landstützpunkten verfügen, in der Lage, eine moderne Flugzeugträgerflotte zu unterhalten.

Die Sozialimperialisten haben, als aufstrebende Supermacht, kein solches System von Landstützpunkten; sie verfügen – wie etwa im Irak oder in Jugoslawien – über Hafennutzungsrechte in verschiedenen Ländern und sind diesbezüglich schon des öfteren vor die Tür gesetzt worden.

Nur dort, wo sie ihre Vorherrschaft mit dem Militärstiefel durchgesetzt haben, wie in Kuba und Vietnam, ist ihnen die Einrichtung von festen Landstützpunkten gelungen. Für den sowjetischen Flottenadmiral Gorschkow ist das Anlaß für lautes und unüberhörbar neidvolles Wehklagen:

„Dieser Position (der Flottenstützpunkte – d.Verf.) bedienen sich die imperialistischen Staaten auch beim Bau von Schiffen ... Für sie haben solche taktischen Elemente wie Aktionsradius, Seeausdauer oder die Fähigkeit der Schiffe,, zur Selbstreparatur bei weitem nicht die Bedeutung wie für unsere Flotte, denn ihr über fast das ganze Weltmeer verzweigtes Basierungssystem gestattet es ihnen, die Versorgung der Schiffe in kurzer Zeit mit dem Erforderlichen sicherzustellen.“ (Gorschkow, Die Seemacht des Staates)

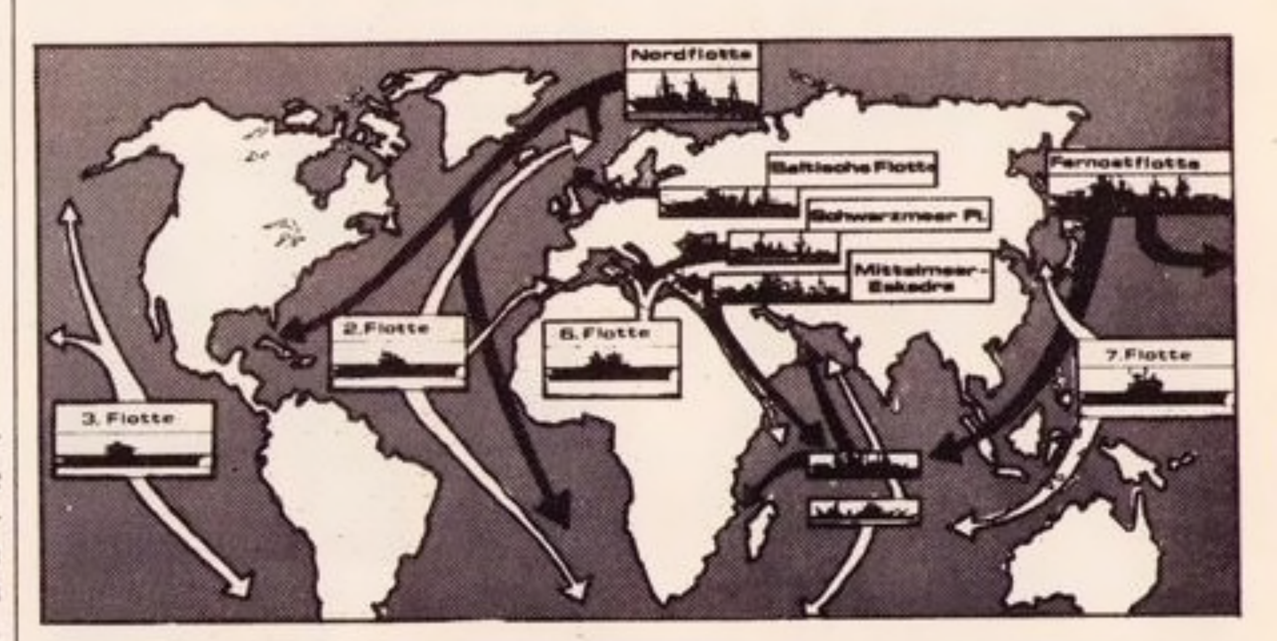
So sind der Expansion der sowjetischen Kriegsflotte – trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke und der entwickelten Waffensysteme – enge Grenzen gesetzt. Die größten sowjetischen Kriegsschiffe, die Flugzeugträger „Kiew“ und „Minsk“, besitzen mit 37000 ts gerade die Hälfte der Tonnage der großen US-Flugzeugträger. Die durch mangelnde Versorgungsmöglichkeiten begrenzte Schiffsgröße zwingt die Sozialimperialisten überdies zum Einsatz von senkrechtstartenden Kampfflugzeugen, für die neben hoher Absturzanfälligkeit ein geringer Aktionsradius kennzeichnend ist.

Die „Atomkreuzer“ des neuen Bauprogramms sind ebenfalls gezeichnet vom Zwang der Verhältnisse. Sie sind mit 32000 ts etwas kleiner als die sowjetischen Flugzeugträger, sollen jedoch zur höchstmöglichen Auslastung sowohl mit Senkrechtstartern, als auch mit Raketen und Artilleriewaffen ausgerüstet werden. Um einen solchen schwimmenden Moloch zu versorgen, sind die Sozialimperialisten im Begriff, einen ausgedehnten Apparat von Versorgungsschiffen aufzubauen. Als erstes Schiff dieser neuen Serie wurde Ende 1978 die „Berezina“ in Dienst gestellt. Sie fungiert gleichzeitig als Treibstoff-, Nahrungs- und Munitionstransporter und ist mit 40000 ts bei 210 m Länge und 24 m Breite das größte Schiff der sowjetischen Kriegsmarine.

Trotzdem müssen zur Sicherung der Versorgungsoperationen auch Schiffe der sowjetischen Handelsmarine eingesetzt werden, die zu diesem Zweck in „Flottendepots“ in Vietnam, Kuba und Angola bereitgehalten werden. Ebenso werden die Schiffe der sowjetischen Fischereiflotte, wie auch verschiedene obskure „Forschungsschiffe“ zur Aufrechterhaltung der militärischen Nachschub- und Nachrichtenverbindungen eingesetzt.

An Versuchen der Sozialimperialisten, die Expansion ihrer Kriegsflotte durch den Erwerb fester Landstützpunkte abzusichern, mangelt es keineswegs. Wohl aber an der „Einsicht“ der Völker der Dritten Welt, ihre natürlichen Reichtümer und die Früchte ihrer Arbeit der Obhut der russischen Kriegsschiffe anzuvertrauen. Jedenfalls haben die Seychellen und die Kapverdischen Inseln die sowjetischen Erpressungsversuche auf Erwerb von Flottenstützpunkten zurückgewiesen.

Auch bei den sowjetischen Arbeitern ist das Verständnis für die Bewegungsfähigkeit der Kriegsflotte mangelhaft entwickelt. Nachdem die Neuen Zaren im vergangenen Winter durch kostspieligen Einsatz moderner atomgetriebener Eisbrecher den strategisch wichtigen Verbindungsweg von Murmansk Archangelsk durch das nördliche Eismeer zum Fernen Osten freigelegt hatten, war es ihnen nicht vergönnt, „die Ziele für die Verschiffung von Gütern auf dem nördlichen Seeweg voll erfüllt“ zu sehen. Die Hafenarbeiter hatten sich der Kriegspolitik der Sozialimperialisten durch langsames Arbeiten widersetzt.



Die Verfügung der US-Imperialisten über ein Netz von Landstützpunkten ermöglicht ihnen die Unterhaltung und Versorgung großer Flottenverbände außerhalb ihres Territoriums. Die Sozialimperialisten sind bei ihrer Flottenexpansion auf leichter verwundbare Versorgungseinrichtungen angewiesen.

Schwarze Australier wollen mit Indianern Amerikas über Landrechte beraten

z.cht.Sydney. Die gewählten Vertreter der 15000 schwarzen Australier im westaustralischen Landesteil Kimberley, der Kimberley Land Council, bereiten die Entsendung einer Delegation in die USA vor. Die Delegation wird sich mit den Organisationen der Indianer treffen und mit ihnen über den Kampf um das Recht auf Land beraten. Sie hat außerdem das Ziel, die Forderung nach Landrechten in Westaustralien und den übrigen Teilen des Kontinents vor den Vereinten Nationen zu erheben. Der Kimberley Land Council wurde im Mai 1978 gegründet, als die schwarzen Australier von Kimberley sich für mehrere Tage in Noonkanbah trafen, um ihre Traditionen zu feiern. Es war das größte Treffen dieser Art in der jüngsten Geschichte Australiens. Der Kimberley Land Council erhielt die Aufgaben, ,,die Aboriginal-Gemeinden Kimberleys in Landfragen rechtlich zu vertreten, Beratungen über Landfragen zwischen den Gemeinden zu organisieren, Aboriginal-Kultur in Kimberley zu fördern..., Forschungen über Landfragen zu unterstützen und auf die Einführung von Gesetzen hinzuwirken, die den Aboriginal-Gemeinden tatsächliche Kontrolle über ihr Land geben“ (aus dem ersten Rundbrief des Kimberley Land Council). Kimberley, bis vor wenigen Jahren von den Mineralkonzernen noch nicht beachtet, ist jetzt bedroht durch die Pläne mehrerer imperialistischer Konzerne, dort Nickel, Öl, Bauxit und andere Mineralien zu fördern. Auf der Rinderfarm Noonkanbah, die 1976 von der Bundesregierung zwei Aboriginal-Gemeinden nach langem Kampf auf der Grundlage eines langfristigen Pachtvertrages überlassen worden war, haben jetzt die britische CRA und die amerikanische AMAX das Recht zum Ölbohren bekommen. Die geplanten Bohrstellen liegen auf traditionell geheiligten Stätten der Australier. Sie kämpften vor den Gerichten darum, daß ihre heiligen Stätten als Kulturerbe anerkannt werden. Den Kampf vor Gericht haben sie im Juni verloren, und AMAX hat jetzt grünes Licht. Trotzdem wagt der Konzern nicht, in diesem Jahr Noonkanbah zu betreten.

Ölbohrtrupps war es vor wenigen Monaten nicht gelungen, die Sperren der Noonkanbah-Gemeinden zu durchbrechen. Der Konzern hofft, bis zum nächsten Jahr den Widerstand zerstreuen zu können. CRA versuchte es mit dem Mittel der Spaltung und hat einigen Noonkanbah-Bewohnern Arbeit angeboten. Keiner hat das Angebot angenommen. Der Kimberley Land Council hat erklärt, daß der Kampf weitergehen wird, bis die Bedrohung beseitigt ist.

Verfassungsentwurf in Vietnam
Expansion nach außen, Reaktion im Innern

z.dab. Am 15.8. haben die vietnamesischen Revisionisten den Entwurf einer neuen Verfassung zur Diskussion veröffentlicht. Nach Berichten aus Zeitungen revisionistischer Länder lassen sich folgende Hauptpunkte ersehen:

,,Vietnam verstärkt die kämpferische Solidarität und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern auf Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus“ (Népszabadsag, Budapest, 16.8.79). Damit wird die Vorherrschaft der Sozialimperialisten in Vietnam verfassungsmäßig festgeschrieben. Als "Internationalismus“ haben die Sozialimperialisten noch jede Aggression bezeichnet. Vietnam ist Stützpunkt für die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion in Südostasien. Im Entwurf wird die Absicht zur Unterwerfung von Laos und Ausrottung der kampucheanischen Nation ausgeführt: ,,Vietnam verteidigt und entwickelt die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarländern, ist solidarisch mit all den Völkern, die um ihre nationale Unabhängigkeit und für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen.“ (Népszabadsag, 16.8.) Die chinesische Nachrichtenagentur ,,Xinhua“ berichtet am 24.7. über die Entsendung von Jugendstoßtrupps in die Grenzprovinzen, um die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. Das ist die Art der vietnamesischen Revisionisten, ,,den Kampf gegen Großmachtchauvinismus“, wie es im Entwurf heißt, zu unterstützen.

,,Verwandelt jedes Dorf in ein Kampfdorf, jeden Distrikt in eine Festung, jede Provinz in eine Kampfeinheit und das ganze Land in ein großes Schlachtfeld“, ist ihre Parole (Xinhua, 24.7.). Zu diesem Zweck verwandeln sie ganz Vietnam in ein großes Arbeitslager unter militärischer Zwangsverwaltung. Dazu wurde das Recht auf Vereinigung und Demonstration, wie es noch in der Verfassung von 1959 verankert war, im Entwurf gestrichen.

Um die ideologischen Widersprüche auch in der Regierung so weit wie möglich auszuschalten und die Machtbefugnis in den Händen der Revisionisten zu konzentrieren, wird der Staatsapparat zentralisiert. Der Ministerrat führt die Regierungsgeschäfte. Der Posten des Staatspräsidenten wird abgeschafft, nach sowjetischem Muster wird als oberstes Machtorgan ein Staatsrat mit Vorsitzendem geschaffen, dem ausgedehnte Befugnisse zugesprochen werden und der auch ,,den Oberbefehl über alle bewaffneten Kräfte des Landes“ ausübt (ADN).

von den Mineralkonzernen noch nicht
drohung beseitigt ist.

Verfassungsentwurf in Vietnam
Expansion nach außen, Reaktion im Innern

z.dab. Am 15.8. haben die vietnamesischen Revisionisten den Entwurf einer neuen Verfassung zur Diskussion veröffentlicht. Nach Berichten aus Zeitungen revisionistischer Länder lassen sich folgende Hauptpunkte ersehen:

,,Vietnam verstärkt die kämpferische Solidarität und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern auf Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus“ (Népszabadsag, Budapest, 16.8.79). Damit wird die Vorherrschaft der Sozialimperialisten in Vietnam verfassungsmäßig festgeschrieben. Als "Internationalismus“ haben die Sozialimperialisten noch jede Aggression bezeichnet. Vietnam ist Stützpunkt für die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion in Südostasien. Im Entwurf wird die Absicht zur Unterwerfung von Laos und Ausrottung der kampucheanischen Nation ausgeführt: ,,Vietnam verteidigt und entwickelt die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarländern, ist solidarisch mit all den Völkern, die um ihre nationale Unabhängigkeit und für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen.“ (Népszabadsag, 16.8.) Die chinesische Nachrichtenagentur ,,Xinhua“ berichtet am 24.7. über die Entsendung von Jugendstoßtrupps in die Grenzprovinzen, um die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. Das ist die Art der vietnamesischen Revisionisten, ,,den Kampf gegen Großmachtchauvinismus“, wie es im Entwurf heißt, zu unterstützen.

,,Verwandelt jedes Dorf in ein Kampfdorf, jeden Distrikt in eine Festung, jede Provinz in eine Kampfeinheit und das ganze Land in ein großes Schlachtfeld“, ist ihre Parole (Xinhua, 24.7.). Zu diesem Zweck verwandeln sie ganz Vietnam in ein großes Arbeitslager unter militärischer Zwangsverwaltung. Dazu wurde das Recht auf Vereinigung und Demonstration, wie es noch in der Verfassung von 1959 verankert war, im Entwurf gestrichen.

Um die ideologischen Widersprüche auch in der Regierung so weit wie möglich auszuschalten und die Machtbefugnis in den Händen der Revisionisten zu konzentrieren, wird der Staatsapparat zentralisiert. Der Ministerrat führt die Regierungsgeschäfte. Der Posten des Staatspräsidenten wird abgeschafft, nach sowjetischem Muster wird als oberstes Machtorgan ein Staatsrat mit Vorsitzendem geschaffen, dem ausgedehnte Befugnisse zugesprochen werden und der auch ,,den Oberbefehl über alle bewaffneten Kräfte des Landes“ ausübt (ADN).

Zimbabwe: Britische Regierung legt neokolonialen Verfassungsplan vor

z.hef.London. Die britische Regierung veröffentlichte am 14. August ihre ,,Umrißvorschläge für die Unabhängigkeitsverfassung“. Sie sollen als Grundlage für die am 10. September in London beginnende Rhodesien-Konferenz dienen. Zu der Konferenz hat die britische Regierung als ,,beteiligte Parteien“ die Patriotische Front wie auch die Marionetten der ,,inneren Lösung“ eingeladen. ZANU und ZAPU haben beschlossen, unter Fortführung des bewaffneten Kampfes und auf der Grundlage der Forderung nach Auflösung der Siedlertruppen und Übergabe an die Befreiungsstreitkräfte an der Konferenz teilzunehmen.

Die US-Imperialisten sind bei der Konferenz nicht vertreten. Das ist ein Erfolg des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe, der die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten aufreißt. Ein Erfolg ist auch, daß Thatcher die Smith-Muzorewa-Regierung in der Resolution der Commonwealth-Konferenz in Lusaka als illegal bezeichnen mußte. In der gleichen Resolution konnten die britischen Imperialisten aber durchsetzen, daß die Verfassung der ,,inneren Lösung“ nur als ,,mangelhaft in bestimmten wichtigen Aspekten“ bezeichnet wurde. Das läßt den Imperialisten den Weg zur ,,Verbesserung“ dieser ,,Mängel“.

Entsprechend die ,,Umrißvorschläge“. Ein Parlament aus zwei Kammern soll es geben; reservierte Sitze im Parlament für weiße Siedler; einen öffentlichen Dienst, der zwar ,,die Anweisungen der Minister ausführt“, wo aber ,,Vollmachten zur Einstellung, Entlassung und Disziplinierung... bei einer unabhängigen Kommission für die öffentlichen Dienste liegen.“ Das gleiche für Armee und Polizei. Sie sollen nach ,,allgemeinen politischen Anweisungen“ des Premierministers handeln, unterstehen aber den Kommandanten und besonderen Kommissionen. Alle diese Kommissionen werden unter dem Gesichtspunkt ,,der Bewahrung des hohen Standards der Effektivität“ (also mit weißen Kolonialbeamten und -söldnern) wie auch dem ,,Verlangen der Mehrheit der Bevölkerung nach zunehmender Vertretung bei allen öffentlichen Ämtern“ (also auch mit einigen Zimbabwern) besetzt. Das ist nichts Neues, sondern gibt es in Salisbury schon.



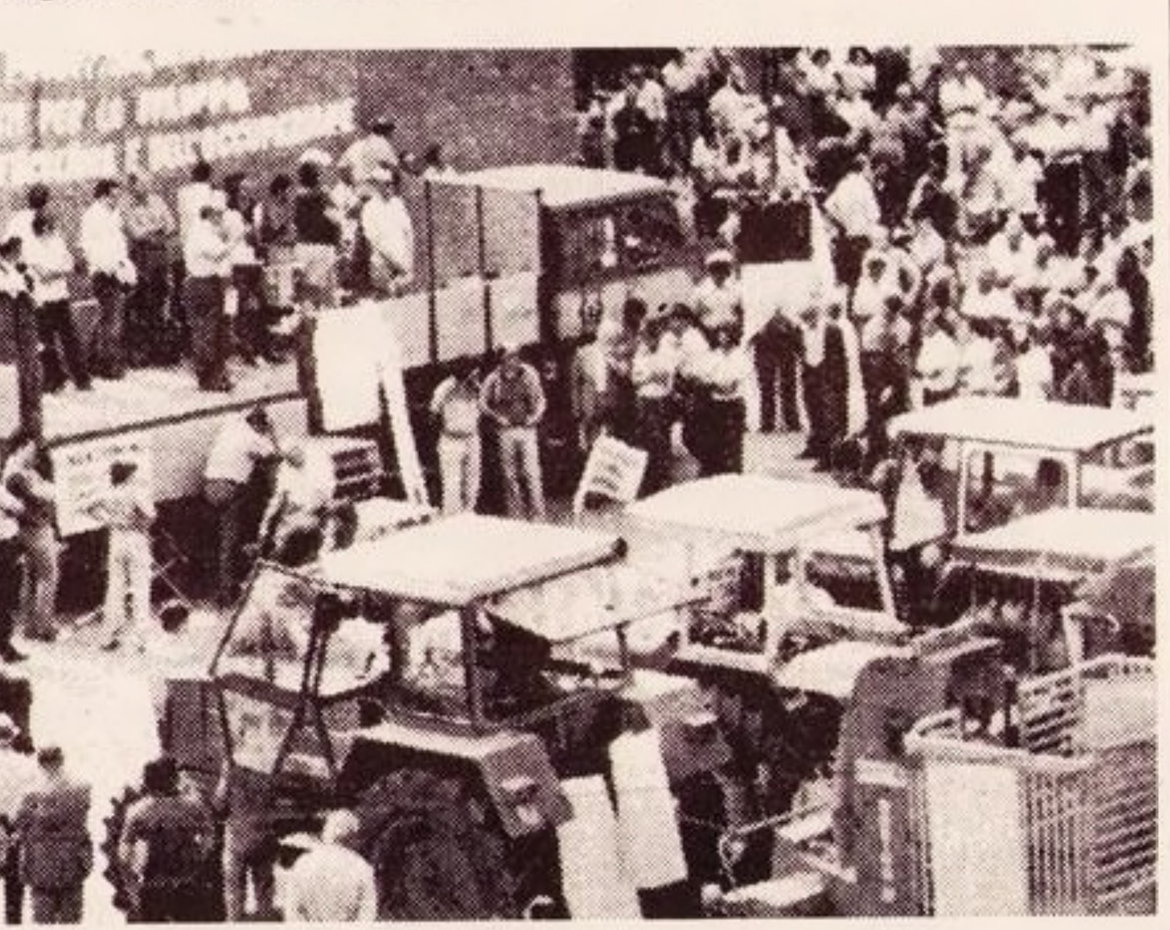
Genosse Mugabe, Präsident der ZANU, in den befreiten Gebieten in Zimbabwe

Zuckerrübenbauern kämpfen für Kollektivvertrag

Italienische Zuckermonopole wollen Rübenpreis senken und Zuckerpreis erhöhen

z.ulg.Rom. Die Zuckerrübenernte ist schon seit Anfang des Monats im Gang, doch die italienischen Zuckermonopole weigern sich noch immer, für die laufende Kampagne 1979/80 einen neuen Kollektivvertrag über die Aufkauf- und Transportbedingungen abzuschließen. Erst haben die Industriellen die Verhandlungen über den neuen Vertrag monatelang hinausgezögert. Jetzt, wo die Rüben auf den Feldern zu verfaulen drohen, hoffen sie, ihre Bedingungen diktieren zu können.

Am 10. August haben dagegen mehr als 3000 Bauern und Lkw-Fahrer in Bologna demonstriert. Mehr als die



Kundgebung von Zuckerrübenbauern und Lkw-Fahrern in Bologna. Große Mengen von Zuckerrüben ,,ohne Preis“ wurden auf einem Platz ausgekippt.

Hälfte der italienischen Gesamtproduktion ist in der Region um Bologna konzentriert. Die Belegschaften der umliegenden Zuckerfabriken haben die Demonstration mit Delegationen unterstützt. Im Kampf um den neuen Transporttarif für die Rüben haben die Lkw-Fahrer – meist selbstfahrende kleine Lkw-Besitzer – die Zulieferungen an die Zuckerfabriken vom 18. bis 20. August bestreikt. Gleichzeitig haben die Bauern begonnen, die Rübenlieferungen, soweit irgend möglich, zu verzögern. Am 23. ist auch in den südlichen Anbaugebieten ein Kampftag durchgeführt worden mit Demonstrationen und gemeinsamen Versammlungen der Bauern und Lkw-Fahrer mit den Arbeitern der Zuckermühlen.

Bereits im vergangenen Winter hatten die Zuckermonopole begonnen, einseitig den geltenden Kollektivvertrag zu brechen. Darin war ein Preis von 4150 Lire (9,45 DM) pro Doppelzentner Rüben vereinbart. 50 Lire davon sollten an die ,,Zuckerausgleichskasse“ gehen, aus der die Abgaben gezahlt werden, die die EG für Produktion über die von ihr festgelegte ,,Höchstquote“ hinaus erhebt. Statt dieser 50 Lire zogen die Industriellen bei der Zahlung der bereits vor Monaten gelieferten Rüben nun 104 Lire ab. Die Bauern setzten sich dagegen mit Kundgebungen und Demonstrationen zur Wehr, freilich ohne Erfolg.

Für den diesjährigen Kollektivvertrag hatten sich die beiden Verbände der Zuckerrübenbauern – die christdemokratisch geführte ANB und das kleinere CNB, das dem fortschrittlichen Bauernverband Confcoltivatori angeschlossen ist – auf eine gemeinsame Forderungsplattform geeinigt. Danach soll der Preis auf 4500 Lire/dz erhöht werden, von denen aber 109 Lire für die ,,Zuckerausgleichskasse“ einbehalten werden könnten. Diese Preiserhöhung um netto 7,1% würde nicht einmal der von der EG beschlossenen Erhöhung des Interventionspreises um 11,5% (1,5% in Rechnungseinheiten plus 10% Abwertung der grünen Lira) entsprechen.

Trotzdem haben die Zuckermonopole diese und alle anderen Forderungen abgelehnt. Als Vorbedingung, um überhaupt in Verhandlungen einzutreten, forderten sie eine Erhöhung des staatlich regulierten Zuckerpreises. Die Regierung spurte sofort: Am 3. Juli hat sie eine Zuckerpreiserhöhung von 670 Lire (1,52 DM) auf 750 Lire (1,70 DM) pro Kilopackung verfügt. Damit sind in den letzten vier Jahren die Verbraucherpreise für Zucker fast doppelt so schnell gestiegen wie die Erzeugerpreise für Zuckerrüben.

	Verbraucherpreis für Kilopackung Zucker		Erzeugerpreis für 1 dz Zuckerrüben 16°	
	Lire	1975 = 100	Lire	1975 = 100
1975	425	*100*	3056	*100*
1976	494	*116*	3270	*107*
1977	574	*135*	3538	*116*
1978	670	*158*	4100	*134*
1979	750	*176*	–	–

Erzeugerpreise netto, d.h. ohne Abführung an die Zuckerausgleichskasse.

Damit nicht genug. Kaum waren nach dem Regierungsbeschluß – einen Monat vor der Ernte – die Verhandlungen endlich aufgenommen, warteten die Monopole mit einer neuen Bedingung auf. Die 80 Lire Preiserhöhung seien nur als Abschlag auf ihre ,,Verhandlungsbereitschaft“ zu verstehen, für einen neuen Kollektivvertrag sei mehr vonnöten: ,,Liberalisierung“ des Zuckerpreises. Sie wollen gleich doppelten Extraprofit machen: einmal durch Senkung der Aufkaufpreise, wofür die Bedingungen mit jedem Tag, an dem die Ernte läuft, besser werden. Zum anderen durch Plünderung der Arbeiterbevölkerung auf dem Warenmarkt.

Zwei Konzerne, die Herren Monti und die Herren Montesi, monopolisieren allein über die Hälfte der gesamten italienischen Zuckerproduktion. Das Zuckerunternehmen des Monti-Konzerns, die Eridania, kontrolliert mehr als 35% der Produktion und beutet an die 3000 Arbeiter in ihren Zuckermühlen aus. Hören wir einen Sprecher dieser Profithaie, den Vorstandsvorsitzenden der Eridania De Andrè: ,,Die Konzentration der Produktion ist die wirksamste Waffe, über die die Industriellen verfügen, wenn sie die Branche wieder wirtschaftlich machen wollen.“ ,,Wieder wirtschaftlich machen“, ist wirklich gut: im letzten Jahr hat die Eridania einen Profit von 10 Mrd. Lire (23 Mio. DM) offiziell ausgewiesen, mehr als doppelt so viel wie 1977.

Die Zuckermonopole fühlten sich stark genug, auch einen ,,Vermittlungsvorschläg“ des Landwirtschaftsministers über 4370 Lire/dz netto abzulehnen und die Verhandlungen am 9. August abzubrechen. Seitdem sind sie nicht wieder aufgenommen worden. Alles, was die Industriellen vor einer ,,Liberalisierung“ des Zuckerpreises zu bieten haben, ist eine Senkung der Zinsen für die Vorschüsse, die sie den Bauern im Laufe des Jahres machen, um zwei Prozentpunkte auf rund 14%. Die Bauernverbände lehnen Preiserhöhungen für Zucker ab, um eine Isolierung ihres Kampfes von den Volksmassen zu verhüten.

Die Übermacht der Zuckermonopole gegenüber den einzelnen Bauern hat den gewerkschaftsähnlichen Zusammenschluß der Bauern unabweisbar gemacht. 83% der Gesamtproduktion werden inzwischen von Bauern produziert, die einem der beiden großen Verbände ANB und CNB angehören. Der schon zitierte Herr De Andrè beklagt sich: ,,Seit einiger Zeit verhalten sich einige dieser Vereinigungen (der Bauern), als ob unsere Verhandlungen, statt Verhandlungen zwischen zwei Gruppen von Unternehmern, Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Lohnabhängigen wären.“

Die Tomatenbauern haben inzwischen in einer ähnlichen Auseinandersetzung einen ersten Erfolg erzielt. Die Industriellen – drei Viertel aller Tomaten werden zu Konserven oder Tomatenmark verarbeitet – hatten die überraschend frühe und reichliche Ernte nutzen wollen, um den Preis unter die kollektivvertraglich vereinbarten Sätze zu drücken. In der letzten Woche haben die Bauern im Hauptanbaugebiet Kampanien die Abnahme der gesamten Ernte zu vertraglichen Bedingungen durchsetzen können.

Hälfte der italienischen Gesamtproduktion ist in der Region um Bologna konzentriert. Die Belegschaften der umliegenden Zuckerfabriken haben die Demonstration mit Delegationen unterstützt. Im Kampf um den neuen Transporttarif für die Rüben haben die Lkw-Fahrer – meist selbstfahrende kleine Lkw-Besitzer – die Zulieferungen an die Zuckerfabriken vom 18. bis 20. August bestreikt. Gleichzeitig haben die Bauern begonnen, die Rübenlieferungen, soweit irgend möglich, zu verzögern. Am 23. ist auch in den südlichen Anbaugebieten ein Kampftag durchgeführt worden mit Demonstrationen und gemeinsamen Versammlungen der Bauern und Lkw-Fahrer mit den Arbeitern der Zuckermühlen.

Bereits im vergangenen Winter hatten die Zuckermonopole begonnen, einseitig den geltenden Kollektivvertrag zu brechen. Darin war ein Preis von 4150 Lire (9,45 DM) pro Doppel-

plus 10% Abwertung der grünen Lira) entsprechen.

Trotzdem haben die Zuckermonopole diese und alle anderen Forderungen abgelehnt. Als Vorbedingung, um überhaupt in Verhandlungen einzutreten, forderten sie eine Erhöhung des staatlich regulierten Zuckerpreises. Die Regierung spurte sofort: Am 3. Juli hat sie eine Zuckerpreiserhöhung von 670 Lire (1,52 DM) auf 750 Lire (1,70 DM) pro Kilopackung verfügt. Damit sind in den letzten vier Jahren die Verbraucherpreise für Zucker fast doppelt so schnell gestiegen wie die Erzeugerpreise für Zuckerrüben.

	Verbraucherpreis für Kilopackung Zucker		Erzeugerpreis für 1 dz Zuckerrüben 16°	
	Lire	1975 = 100	Lire	1975 = 100
1975	425	*100*	3056	*100*
1976	494	*116*	3270	*107*

Die Zuckermonopole fühlten sich stark genug, auch einen ,,Vermittlungsvorschläg“ des Landwirtschaftsministers über 4370 Lire/dz netto abzulehnen und die Verhandlungen am 9. August abzubrechen. Seitdem sind sie nicht wieder aufgenommen worden. Alles, was die Industriellen vor einer ,,Liberalisierung“ des Zuckerpreises zu bieten haben, ist eine Senkung der Zinsen für die Vorschüsse, die sie den Bauern im Laufe des Jahres machen, um zwei Prozentpunkte auf rund 14%. Die Bauernverbände lehnen Preiserhöhungen für Zucker ab, um eine Isolierung ihres Kampfes von den Volksmassen zu verhüten.

Die Übermacht der Zuckermonopole gegenüber den einzelnen Bauern hat den gewerkschaftsähnlichen Zusammenschluß der Bauern unabweisbar gemacht. 83% der Gesamtproduktion werden inzwischen von Bauern produziert, die einem der beiden großen Verbände ANB und CNB angehören. Der schon zitierte Herr De Andrè beklagt sich: ,,Seit einiger Zeit verhalten sich einige dieser Vereinigungen (der Bauern), als ob unsere Verhandlungen, statt Verhandlungen zwischen zwei Gruppen von Unternehmern, Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Lohnabhängigen wären.“

Die Tomatenbauern haben inzwischen in einer ähnlichen Auseinandersetzung einen ersten Erfolg erzielt. Die Industriellen – drei Viertel aller To-

1977.

Kundgebung von Zuckerrübenbauern und Lkw-Fahrern in Bologna. Große Mengen von Zuckerrüben ,,ohne Preis“ wurden auf einem Platz ausgekippt.

Frankreich bläst zum Textilhandelskrieg

z.inl.Paris. Streit gibt es zwischen den französischen Kapitalisten der Textilindustrie und den Importeuren solcher Waren, seit die Regierung am 9.8. Importbeschränkungen verfügt hat. Bestimmte Textilien aus OECD-Ländern, vor allem Strickwaren und Trikotagen, dürfen nur noch mit technischem Visum importiert werden. Ob, wann und für welche Ware der Konkurrenz dieser Passierschein erteilt wird, ist ungewiß, und das macht die Handelskapitalisten so wütend – ,,Das technische Visum ist schlimmer als die Kontingentierung.“ Ende 1979 werden 60% der verkauften Herren- und 80% der Damenbekleidung Importware, größtenteils aus Italien, sein. 1978 waren es 45% bzw. 63%. Textil und Bekleidung zusammengenommen, stiegen die Importe von 12 auf 23% in den letzten acht Jahren, der Export dagegen bedeutend langsamer, von 20% 1970 auf 23,5% 1978. In laufenden Preisen ist die Handelsbilanz schwach ausgeglichen, in konstanten Preisen ist sie zum ersten Mal negativ. Diese Entwicklung soll geändert werden. Daß aus dem Instrumentarium Schutzzölle, Mengenbeschränkung, technische Visa letztere gewählt wurden, liegt nicht an EG-vertraglich erlaubt oder nicht. Auch jetzt schreien die Imperialisten über Verletzung kann die Konkurrenz ganz vom inneren Markt ferngehalten werden. Die italienische Regierung plant ,,Gegenmaßnahmen bei französischen Produkten“, ,,um auf den Protektionismus zu antworten“.

Sowjetunion erhöht Preise für Öllieferungen an Finnland

z.rua. 1959 haben die UdSSR und Finnland ein Handelsabkommen geschlossen, wonach Finnland seinen Ölbedarf fast völlig aus der UdSSR deckt. Seine Energieversorgung ist zu ⅔ von sowjetischen Importen abhängig. 7 Mio. t Rohöl und 1 Mrd. m³ Erdgas werden pro Jahr aus der UdSSR bezogen. Die Preise werden aufgrund der Weltmarktpreise bestimmt. Finnland liefert dafür neben Holz und Papier fast 100% seiner Schiffsproduktion in die UdSSR. Nachdem die UdSSR im Februar ihre Erdgaslieferungen um ⅓ reduzierte, hat sie Anfang August rückwirkend ab 1.7. den Ölpreis um 16% auf 148 $ pro t erhöht (OPEC-Preis: 113,20 $ – 147,79 $). Finnland soll mehr Schiffe liefern. Gegenüber 1978 (968,2 Mio. Rubel) sollen die Lieferungen bis 1985 auf 1,6 Mrd. Rubel erhöht werden.

Polen legt Privatanleihe mit ,,Superzinsen“ auf

z.hku. Das westdeutsche Finanzkapital ist rundum zufrieden mit der ersten Privatanleihe, die die VR Polen in der Schweiz aufnimmt. 30 Mio. Schweizer Franken, mit Aufstockung, wenn die Nachfrage groß ist. Polen garantiert den ,,Superzins“ von 5% (FAZ), der etwa ¾ % über dem liegt, was sonst gegenwärtig zu holen ist. Es sichert gleichzeitig zu, daß der Zins mit dem allgemeinen Zinsniveau steigt, also stets ¾ % mehr gezahlt werden. Neben dieser Anleihe bemüht sich Polen gegenwärtig erneut um Euro-Dollar-Kredite in Höhe von 500 Mio. $. Zwar hat das Land seine Importe aus dem Westen im 1. Halbj. um 0,7% senken können; aber Schuldentilgung und

Imperialisten torpedieren Weltzuckerabkommen

EG weitet Marktanteil auf 11% aus

z.hef. Im Juli wurde an den Londoner, New Yorker und Pariser Zuckerbörsen für Rohzucker 98,25 Pfund Sterling je Tonne oder 8,52 US-Cent pro lb. (455 Gramm) gezahlt. Nach einem Bericht der britischen Financial Times vom 10. April veranschlagen Zuckerpflanzer auf Mauritius den Kostpreis für eine Tonne auf 195 Pfund Sterling.

Nach der kurzfristigen Steigerung des Zuckerpreises in den Jahren 1972 bis 1974 – Ende 1974 betrug der Preis mehr als 300 Pfund bzw. 30 US-Cent – wird den zuckerproduzierenden Ländern auf dem ,,freien Markt'' wieder ein Preis gezahlt, der für fast alle Produzentenländer der Dritten Welt unter dem Kostpreis liegt. 1978 betrug der durchschnittliche Börsenpreis 7,81 US-Cent pro lb., etwas höher als der Preis in den Jahren 1900 bis 1914, als er zwischen 7 und 7,5 Cent schwankte.

Zucker besteht aus Kohlehydraten, die bei der Verdauung fast vollständig vom Blutkreislauf aufgenommen und im Körper zu Energie verarbeitet werden, ist also gut als Nahrungsmittel geeignet. Vor 300 Jahren war 1 kg Zucker ungefähr soviel wert wie 3 kg Käse, 5 kg Butter oder 106 Eier. Zucker war ein Luxusartikel. Heute kostet ein Kilo soviel wie sechs Eier. Mit der Verbreitung des Zuckerrohranbaus durch Kolonialisten und mit der kapitalistischen Entwicklung, die z.B. Zuckerfabriken und damit Zuckerrübenanbau profitabel machte, wurde Zucker zum festen Bestandteil der Ernährung der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Ländern. 1977 lag der Pro-Kopf-Verbrauch in Westdeutschland bei 31,47 kg (einschließlich des Zuckers in Getränken etc.). Die Bourgeoisien der imperialistischen Länder haben ein unmittelbares Interesse an der Verbilligung dieses Reproduktionsmittels der Arbeitskraft, weil das auch den Wert der Arbeitskraft senkt.

Tatsächlich liegt der Weltzuckerpreis gegenwärtig *weit* unter dem Wert. Das Ausmaß wird nicht nur daran deutlich, daß die Kostpreise selbst schon höher sind, sondern auch daran, daß in den USA und innerhalb der EG – beides Großproduzenten und -verbraucher – die internen Preise erheblich *über* dem Weltmarktpreis liegen, obgleich die Produktivkraft der Arbeit in der Zuckerproduktion in den USA und in der EG weit höher ist als in den zuckerproduzierenden Ländern der Dritten Welt. In den USA sorgt die Regierung durch entsprechende Importzölle und Einfuhrbeschränkungen dafür, daß der Preis im Inneren über 15 US-Cent pro lb. bleibt. Innerhalb der EG halten die EG-Regierungen einen Preis von 220 Pfund pro Tonne.

Diesen Preis müssen die EG-Länder auch für Zuckerimporte aus den AKP-Ländern zahlen. Die EG teilt für diese Importe Jahresquoten zu. Die größte Quote liefert Mauritius (1977 517000 Tonnen bei einer Gesamtproduktion von 704000 Tonnen), gefolgt von Fiji (202000 Tonnen) und Guayana (170000 Tonnen).

Mauritius, Fiji und Guyana sind frühere britische Kolonien, die von den britischen Imperialisten wirtschaftlich zu Zuckerlieferanten verkrüppelt wurden. 90% des landwirtschaftlich genutzten Bodens in Mauritius z.B. werden für die Zuckerproduktion verwandt. Mehr als die Hälfte aller Lebensmittel müssen eingeführt werden. Auf der Hälfte des Landes liegen 20 Plantagen, eine davon gehört der Regierung, 19 sind im Besitz von imperialistischen Monopolen, meistens aus Großbritannien und den USA. Z.B. besitzt der britische Konzern Tate and Lyle Zuckerplantagen und Zuckerfabriken auf Mauritius. Auf der anderen Hälfte des Landes, vor allem im Hochland, produzieren 452 Großpflanzer und mehr als 30000 Bauern Zucker. Die Zuckermonopole beuten während der Erntezeit zwischen Juli und Dezember mehr als 70000 Arbeiter aus, bei einer Gesamtbevölkerung von 906000 Einwohnern. Die kleinen Bauern besitzen meist Grundstücke mit wenig Wasser und müssen hohe Kosten für Bewässerungsanlagen und Wasser aufbringen.

Der höhere EG-Preis von 220 Pfund pro Tonne wird vor allem für die Produkte der Großplantagen gezahlt. Das Produkt der Bauern geht nur zum Teil in diesen Handel ein, teilweise wird es auf dem ,,freien Markt'' über Händler verkauft, die dann 98 Pfund oder weniger dafür bekommen

Dabei liegt der EG-Preis auch noch weit unter dem Produktionspreis des Zuckers in der Dritten Welt, vor allem für die Bauern. Allein mit Kostpreis und Fracht – die die Exporteure zu zahlen haben – liegen die Anlieferer schon bei fast 220 Pfund. Die verschärfte Ausbeutung der Zuckerarbeiter und die noch größere Ausplünderung der Bauern sind Methoden der imperialistischen Bereicherung. Nicht zufällig führen gerade jetzt die Zuckerarbeiter in Mauritius und die Zuckerarbeiter in Guayana große Streikkämpfe gegen die elenden Löhne durch. In Mauritius gibt es eine kräftige Bewegung der Bauern gegen die hohen Wasserpreise und dagegen, daß die – von den britischen Imperialisten finanzierten – Bewässerungssysteme sich vor allem auf die Großfarmen beschränken.

Auch als Verkäufer spielen die westeuropäischen Imperialisten eine Rolle auf dem ,,freien Markt''. Von der Weltproduktion des Jahres 1977 (92 Mio. Tonnen) wurden 28 Mio. Tonnen auf dem Weltmarkt gehandelt, d.h. exportiert und importiert. Davon waren sieben Mio. Tonnen durch Festpreisabkommen erstens zwischen den EG-Ländern und den AKP-Staaten und zweitens zwischen Kuba, der Sowjetunion, DDR und anderen Ländern dem ,,freien Weltmarkt'' entzogen. Die restlichen Mengen wurden auf dem ,,freien Markt'' zu den zitierten Preisen von durchschnittlich 7,81 Cent pro lb. gehandelt.

Auf die Forderung der zuckerproduzierenden Länder der Dritten Welt führte die UN im Rahmen der UNCTAD-Abkommen 1977 Verhandlungen über ein neues Zuckerabkommen durch. Das neue Weltzuckerabkommen trat am 1. Januar 1978 in Kraft. Das Ziel des Abkommens ist es, mit Ausgleichung von Angebot und Nachfrage den Zuckerpreis zwischen 11 US-Cent und 21 US-Cent pro lb. zu halten. Um den Preis nach oben zu drücken, sind zwei Maßnahmen vorgesehen: Erstens sollen die produzierenden Länder mit zinslosen Darlehen aus den importierenden Ländern Lager anlegen und so Überschüsse dem Weltmarkt entziehen. Zweitens wurde ein Quotensystem eingeführt. Jedem Land wird aufgrund der Exporte in den letzten Jahren eine Höchstmenge an Exporten zugeteilt. Bei niedrigem Preis, wie jetzt, wird diese Höchstexportmenge gesenkt, bei steigendem Preis entsprechend gesteigert. Steigt der Preis über 21 Cent pro lb., sollen die Spezialvorräte auf den Markt gebracht werden, bis die Preise wieder unter 21 Cent fallen.

Für 1978 wurden die Quoten, wegen des niedrigen Preises, bereits deutlich niedrig angesetzt. Trotzdem änderte sich der Preis kaum. Der Exekutivdirektor der Internationalen Zuckerorganisation (ISO), die das Weltzuckerabkommen verwaltet, gab auf der UNCTAD-Konferenz in Manila dazu eine Erklärung heraus, in der er die USA und die EG-Länder angreift. Die USA, den größten Zuckerimporteur der Welt, deshalb, weil sie – seit zwei Jahren – das Gesetz bislang noch nicht ratifiziert haben. Dementsprechend leisteten die US-Imperialisten auch die Zahlungen in die Fonds zum Aufbau der Sonderlager noch nicht, und die anderen importierenden Mitglieder haben unter Berufung darauf ebenfalls noch nicht gezahlt. Die EG-Staaten unterzeichneten das Weltzuckerabkommen gar nicht. ,,Das Problem, und unser schwerstes Problem, ist die Nichtbeteiligung der Europäischen Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist kein Mitglied unserer Organisation, und es gibt keine Vereinbarungen, unter denen sie sich gleichartigen Verpflichtungen unterwirft. Also hat die Gemeinschaft, während unsere exportierenden Mitglieder ihre Exporte beschränkt und reduziert haben, um ein befriedigendes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu erzielen, sich keinerlei Beschränkungen auferlegt und die hohen Exporte, auf der Basis hoher Zuschüsse, fortgesetzt und ausgeweitet.''

1977 exportierten die EG-Länder 2,7 Mio. Tonnen, 2,3 Mio. davon auf den ,,freien Markt''. Dabei rechnen die Statistiker der Internationalen Zuckerorganisation die französischen Kolonien Guadeloupe, Martinique, Réunion und franz. Guinea zur EG. Nur die Philippinen und Brasilien exportierten mehr auf den ,,freien Markt.'' 1973 betrug der Marktanteil der EG 4,7%, noch 1976 erst 7,5%. Mit ihrer Dumping-Politik erreichten die westeuropäischen Imperialisten 1977 einen Marktanteil von 11%.

kapitalistischen Entwicklung, die z.B. Zuckerfabriken und damit Zuckerrübenanbau profitabel machte, wurde Zucker zum festen Bestandteil der Ernährung der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Ländern. 1977 lag der Pro-Kopf-Verbrauch in Westdeutschland bei 31,47 kg (einschließlich des Zuckers in Getränken etc.). Die Bourgeoisien der imperialistischen Länder haben ein unmittelbares Interesse an der Verbilligung dieses Reproduktionsmittels der Arbeitskraft, weil das auch den Wert der Arbeitskraft senkt.

Tatsächlich liegt der Weltzuckerpreis gegenwärtig *weit* unter dem Wert. Das Ausmaß wird nicht nur daran deutlich, daß die Kostpreise selbst schon höher sind, sondern auch daran, daß in den USA und innerhalb der EG

gierung, 19 sind im Besitz von imperialistischen Monopolen, meistens aus Großbritannien und den USA. Z.B. besitzt der britische Konzern Tate and Lyle Zuckerplantagen und Zuckerfabriken auf Mauritius. Auf der anderen Hälfte des Landes, vor allem im Hochland, produzieren 452 Großpflanzer und mehr als 30000 Bauern Zucker. Die Zuckermonopole beuten während der Erntezeit zwischen Juli und Dezember mehr als 70000 Arbeiter aus, bei einer Gesamtbevölkerung von 906000 Einwohnern. Die kleinen Bauern besitzen meist Grundstücke mit wenig Wasser und müssen hohe Kosten für Bewässerungsanlagen und Wasser aufbringen.

Der höhere EG-Preis von 220 Pfund pro Tonne wird vor allem für die Produkte der Großplantagen gezahlt. Das

sieben Mio. Tonnen durch Festpreisabkommen erstens zwischen den EG-Ländern und den AKP-Staaten und zweitens zwischen Kuba, der Sowjetunion, DDR und anderen Ländern dem ,,freien Weltmarkt'' entzogen. Die restlichen Mengen wurden auf dem ,,freien Markt'' zu den zitierten Preisen von durchschnittlich 7,81 Cent pro lb. gehandelt.

Auf die Forderung der zuckerproduzierenden Länder der Dritten Welt führte die UN im Rahmen der UNCTAD-Abkommen 1977 Verhandlungen über ein neues Zuckerabkommen durch. Das neue Weltzuckerabkommen trat am 1. Januar 1978 in Kraft. Das Ziel des Abkommens ist es, mit Ausgleichung von Angebot und Nachfrage den Zuckerpreis zwischen 11 US-Cent und 21 US-Cent pro lb. zu halten.



Zuckerplantage in Zimbabwe. Das britische Monopol Tate & Lyle besitzt sowohl große Plantagen wie auch Zuckerfabriken in der Kolonie. Der Befreiungskampf hat die Plantagenverwalter aus vielen Gebieten vertrieben.

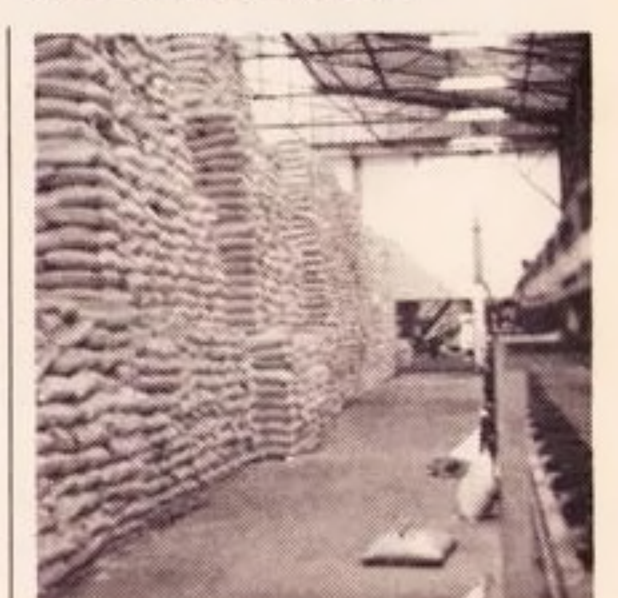
Die imperialistischen Monopole kontrollieren den Weltzuckerhandel

z.acr.London. An der Londoner Zuckerbörse wird, gemeinsam mit den Börsen in New York und Paris, der größte Teil des Zuckers auf dem ,,freien Markt'' gehandelt. Betrieben wird sie von der United Terminal Sugar Market Association (Vereinigte Gesellschaft für den Zuckerterminhandel). Zugang zur Börse und das Recht auf den Handel an der Börse haben nur Mitglieder der Gesellschaft. Unter diesen Mitgliedern gibt es nach den Statuten der Gesellschaft drei Kategorien.

Uneingeschränkte Beherrscher der Börse und damit des Handels sind die Vollmitglieder. Sie müssen Personen aus der EG sein, die in London Geschäfte mit Zucker machen. Ihre Zahl ist auf 35 beschränkt. Es handelt sich also um die Direktoren großer Zuckermonopole und Maklerfirmen. Auf diese Weise handeln 20 große Zuckerkonzerne an der Londoner Börse. Sie bestimmen, wann welche Menge Zucker zu welchem Preis verkauft wird. Bei allen Entscheidungen der Gesellschaft, z.B. bei der Aufnahme neuer Mitglieder, haben nur sie Stimmrecht.

Einer dieser großen Konzerne ist die britische Firma Tate & Lyle. Die Tate & Lyle Gruppe besitzt außer ihrer Maklerfirma an der Börse selbst große Zuckerplantagen, Zuckerraffinerien, Schiffslinien, Maschinenfabriken zur Ausrüstung von Zuckerfabriken und Raffinerien, Versicherungen usw. 1978 machten die Tate & Lyle Kapitalisten einen Umsatz von 1147 Mio. Pfund (ca. 4,49 Mrd. DM) und beuteten 18908 Arbeiter und Angestellte aus.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder, sogenannte angeschlossene Mitglieder, können Maklerfirmen außerhalb der EG sein, die für alle Geschäfte die niedrigste von der Gesellschaft festgelegte Provision zahlen müssen. Weiter dürfen noch ,,alle Hauptbenutzer'' der Börse nicht stimmberechtigte Mitglieder sein. Sie dürfen ihre Geschäfte nur über die Vollmitglieder oder die angeschlossenen Mitglieder abwickeln lassen, wofür sie dann eine ,,etwas höhere Provisionsrate'' zahlen müssen. Nichtmitglieder können ihren Zucker an der Börse nur kaufen oder verkaufen, wenn sie eines der Mitglieder mit der Abwicklung der Geschäfte beauftragen. Dafür müssen sie dann eine Provision von 36 Pence (ca. 1,44 DM) pro Tonne zahlen.



Zuckerlager des britischen Konzerns Lonrho in Swaziland.

Über ihr Handelsmonopol haben die Imperialisten durchgesetzt, daß die Londoner und New Yorker Börsenpreise Grundlage für alle Zuckergeschäfte sind. Selbst wenn ein Land der Dritten Welt nicht über die Börse, sondern direkt an ein anderes Land verkauft, gelten die Londoner bzw. New Yorker Preise als Richtpreise, wenn nicht in einem langfristigen Vertrag Abnahmemengen und -preise festgelegt sind.

Mit der Spekulation auf Ernten um 16 Monate im voraus machen die Monopole riesige Extraprofite und zwingen sie Ländern der Dritten Welt langfristige Lieferverpflichtungen auf.

Zuckerbörse wird, gemeinsam mit den Börsen in New York und Paris, der größte Teil des Zuckers auf dem ,,freien Markt'' gehandelt. Betrieben wird sie von der United Terminal Sugar Market Association (Vereinigte Gesellschaft für den Zuckerterminhandel). Zugang zur Börse und das Recht auf den Handel an der Börse haben nur Mitglieder der Gesellschaft. Unter diesen Mitgliedern gibt es nach den Statuten der Gesellschaft drei Kategorien.

Uneingeschränkte Beherrscher der Börse und damit des Handels sind die Vollmitglieder. Sie müssen Personen aus der EG sein, die in London Geschäfte mit Zucker machen. Ihre Zahl ist auf 35 beschränkt. Es handelt sich also um die Direktoren großer Zuckermonopole und Maklerfirmen. Auf diese Weise handeln 20 große Zuckerkonzerne an der Londoner Börse. Sie bestimmen, wann welche Menge Zucker zu welchem Preis verkauft wird. Bei allen Entscheidungen der Gesellschaft, z.B. bei der Aufnahme neuer Mitglieder, haben nur sie Stimmrecht.

Einer dieser großen Konzerne ist die britische Firma Tate & Lyle. Die Tate & Lyle Gruppe besitzt außer ihrer Maklerfirma an der Börse selbst große Zuckerplantagen, Zuckerraffinerien, Schiffslinien, Maschinenfabriken zur Ausrüstung von Zuckerfabriken und Raffinerien, Versicherungen usw. 1978 machten die Tate & Lyle Kapitalisten



Zuckerlager des britischen Konzerns Lonrho in Swaziland.

der sein. Sie dürfen ihre Geschäfte nur über die Vollmitglieder oder die angeschlossenen Mitglieder abwickeln lassen, wofür sie dann eine ,,etwas höhere Provisionsrate'' zahlen müssen. Nichtmitglieder können ihren Zucker an der Börse nur kaufen oder verkaufen, wenn sie eines der Mitglieder mit der Abwicklung der Geschäfte beauftragen. Dafür müssen sie dann eine Provision von 36 Pence (ca. 1,44 DM) pro Tonne zahlen.

Über ihr Handelsmonopol haben die Imperialisten durchgesetzt, daß die Londoner und New Yorker Börsenpreise Grundlage für alle Zuckergeschäfte sind. Selbst wenn ein Land der Dritten Welt nicht über die Börse, son-

Zinsen von insgesamt 4,1 Mrd. $ für 1979 und zusätzliche Futtermittelimporte machen Devisenkredite dringend. – Diese Lage bringt die Imperialisten so ins Schwärmen, daß sie Polen bereits den Wiedereintritt in den IWF nahelegen und die Frage aufwerfen, was denn mit dem 1945 in den Volksdemokratien enteigneten Vermögen sei? Man versteht, woher Schmidts Reise-Schreiber ihre Unverschämtheit schöpfen: ,,Eines der neuen, friedlichen Bilder in Danzig: die 70 Offiziere und Matrosen des Schnellbootes ,,Najade'' hatten ... Landgang. Zum ersten Mal spazierten Soldaten der Bundeswehr in Uniform durch die Straßen einer polnischen Stadt.'' (Tagesspiegel, 21.8.)

Gegen US-Interventionsdrohung entwickelt Pakistan Kernenergie

z.elb. 1976 schloß Pakistan mit Frankreich einen Vertrag über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage. Nachdem Frankreich auf Druck der US-Imperialisten versucht hatte, den Vertrag in bezug auf die Bauweise der Anlage, zwecks Verminderung des anfallenden Plutoniums, zu ändern und am Widerstand Pakistans gescheitert war, kündigte es im August 1978 den Vertrag. ,,... ein großer Sieg für Präsident Carter'', triumphierte damals die ,,International Herald Tribune'' – zu früh, wie sich herausstellt. Denn Pakistan, das zwei Kernkraftwerke besitzt, ein drittes wird 1986 fertiggestellt, und unter Ausnutzung eigener Uranvorkommen eine unabhängige Energieversorgung aufbauen will, baut inzwischen eine Urananreicherungsanlage. – Zur Verteidigung ihres Kernwaffenmonopols ist beiden Supermächten jedes Mittel recht. Sie schüren die Widersprüche zwischen Indien und Pakistan: Der Bau einer Atombombe durch Pakistan würde das strategische Gleichgewicht mit Indien *herstellen*, und versuchen, die indische Regierung zu einem neuen Krieg gegen Pakistan zu treiben. Für den Verzicht Pakistans auf den Bau von Atomwaffen bieten die US-Imperialisten die Lieferung von konventionellen Waffen an. Gleichzeitig lassen sie von einer ,,Studiengruppe'' Pläne ausarbeiten, wie am besten die Entwicklung der pakistanischen Kernenergie zu verhindern sei. Mit Intervention drohen sie, mit der Zerstörung der Urananreicherungsanlage durch den Einsatz von US-Truppen. Der pakistanische Verteidigungsminister Talpur erklärte, daß Pakistan ,,als souveräne Nation... jedem Druck von außen zu begegnen'' wisse.

Tschad: Neue Einheit gegen den Imperialismus

z.inl. Mit einem Abkommen über nationale Versöhnung endete letzte Woche in der nigerianischen Hauptstadt Lagos die vierte Tschadkonferenz. Einstimmig beschlossen die Vertreter der tschadischen Parteien und der Nachbarländer Sudan, Zentralafrikanisches Kaiserreich, Kamerun, Nigeria, Niger und Libyen sowie Senegal und Benin: Im Tschad wird eine Übergangsregierung der nationalen Einheit gebildet mit Goukouni Oeddei, Führer der FROLINAT, der Nationalen Befreiungsfront des Tschad, an der Spitze. Vizepräsident wird der Gendarmeriegeneral Kamougué, auf dessen separatistische ,,Vereinigte Front des Südens'' die Imperialisten im Frühjahr noch große Hoffnungen gesetzt hatten. Die Übergangsregierung ist beauftragt, in 18 Monaten Wahlen abzuhalten. Solange werden Truppen ,,aus mehreren Ländern Afrikas, ausgenommen die Anrainerstaaten des Tschad'', im Land stationiert, eine Kommission unter Leitung der OAU soll die Einhaltung des Abkommens kontrollieren. Einstimmig erklärte die Konferenz, daß ,,die Präsenz französischer Truppen ein Hindernis... bei der Lösung der Probleme des Tschad darstellt''. Wie die beiden Supermächte hatte der französische Imperialismus in seiner ehemaligen Kolonie ständig Spaltung der Volksmassen betrieben. ,,Konfusion in Lagos'', tönte er noch zu Konferenzbeginn. Jetzt muß er seine Truppen abziehen.

Kongreß der eritreischen Massenorganisationen in Europa

z.ulg.Rom. Mehr als 1500 Eritreer haben vom 17. bis 22.8. in Bologna an den Jahreskongressen der Vereinigungen der eritreischen Arbeiter, Studenten und Frauen in Europa teilgenommen. Allein in Italien leben etwa 9000 Eritreer. Ein großer Teil davon sind Hausangestellte, die bei Hungerlöhnen von 120000 bis 230000 Lire (270 bis 520 DM) täglich vom Morgengrauen bis tief in die Nacht die ehemaligen Kolonialherren bedienen müssen. Ihre elende Lage ist direkte Folge der andauernden kolonialen Unterdrückung Eritreas. In Italien hat die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) fast die Hälfte der dort ansässigen Eritreer in ihren Massenorganisationen zusammenfassen können, um auch im Ausland den nationalen Befreiungskampf zu unterstützen. Ein Mitglied des Exekutivkomitees der EPLF überbrachte den Kongreßteilnehmern die Grüße der Befreiungsfront und unterrichtete sie über die gegenwärtige Lage. Nach den angesichts der konzentrierten sowjetisch-äthiopischen Offensive im Frühjahr notwendig gewordenen Rückzügen hat die Befreiungsarmee die letzten beiden Offensiven der Kolonialtruppen im Frühsommer vollständig zerschlagen können. Mit Guerillaaktionen bereiten die Befreiungsorganisationen jetzt die Gegenoffensive vor. Aus Furcht vor Angriffen der Befreiungskämpfer müssen die sowjetischen ,,Experten'', die am Roten Meer die Möglichkeiten zur Anlage von Militärstützpunkten sondieren, jede Nacht auf ihre Schiffe zurückkehren. – Das Sekretariat des ZK des KBW hat den Kongressen seine Grüße übermittelt.

Kubas Intrigen gegen Kampuchea sind gegen das Programm der Blockfreien gerichtet

z.lup. Auf einer Plenarsitzung der Botschafter der Blockfreien Staaten in New York, die auf Antrag des Botschafters des Demokratischen Kampuchea einberufen worden war, mußte der kubanische Vertreter zugeben, daß die kubanische Regierung das von den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren in Phnom Penh errichtete Marionettenregime offiziell zur Teilnahme an dem Blockfreiengipfel eingeladen habe. Wie die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG berichtet, wurde dieses Verhalten der kubanischen Regierung von der Mehrheit der Mitglieder kritisiert, die dabei an die Beschlüsse der Ministertreffen in Maputo und Colombo erinnerten, auf denen der Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea den ihm zustehenden Platz eingenommen hatte, während die ebenfalls angereisten Vertreter der Marionettenclique im Hotel verweilen mußten. Auf frischer Tat ertappt, hat der kubanische Botschafter versucht, Spuren zu verwischen, und scheinheilig beteuert, seine Regierung habe keineswegs die Absicht, Entscheidungen vorwegzunehmen, die allein dem Gipfeltreffen selber zuständen. Gleichzeitig hat er erklärt, den Vertretern der Regierung des Demokratischen Kampuchea sei „gestattet", sich „*als Personen* während der Gipfelkonferenz auf dem Territorium Kubas aufzuhalten". Letzteres hängt offenbar zusammen mit der Komödie, die die Marionettenclique kürzlich in Phnom Penh inszeniert hat. Vielleicht haben die Dramaturgen dieser Komödie auch bereits einen „Auslieferungsantrag" an Kuba gegen die Regierungsvertreter des Demokratischen Kampuchea vorbereitet. Sicher ist jedenfalls, daß Vietnam und Kuba alles tun werden, um die Intrige unter der Bezeichnung „Frage der Vertretung Kampucheas", mit denen sie bei den letzten Konferenzen auf den Bauch gefallen waren, nunmehr unter Ausnutzung der Gastgeberrolle Kubas zum Erfolg zu führen.

In Wirklichkeit ist die Vertretung Kampucheas heute ebensowenig eine „Frage", wie es 1970 eine „Frage" war, als die US-Imperialisten versuchten, die Neutralität, Unabhängigkeit und Blockfreiheit durch einen Putsch zu beseitigen und Kampuchea in einen Stützpunkt ihrer Aggression gegen Vietnam zu verwandeln. Dieser von den US-Imperialisten inszenierte Militärputsch konnte damals nichts daran ändern, daß Sihanouk weiterhin der rechtmäßige Vertreter des kampucheanischen Volkes war, und Sihanouk hat auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas an der Konferenz in Algier 1973 teilgenommen. Die Gipfelkonferenz in Algier hat die US-imperialistische Einmischung und Aggression in Kampuchea verurteilt und bekräftigt, daß die GRUNK die einzig rechtmäßige Regierung Kampucheas ist. Genausowenig hat die sowjetisch-vietnamesische Aggression des Demokratischen Kampuchea etwas daran geändert, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea die einzig rechtmäßige Regierung Kampucheas ist und bleibt. Sie hat keineswegs den Staat des Demokratischen Kampuchea beseitigt, mit dem die Arbeiter und Bauern Kampucheas vielmehr nach wie vor in einem Teil des Landes herrschen und von dem aus die Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Pol Pot den Kampf im ganzen Land gegen die sowjetisch-vietnamesische Besatzungsmacht führt.

„Die historischen Tatsachen haben gezeigt, daß die Volksrepublik Kampuchea ein Machtorgan ist, das aus dem Volk kommt und für das Volk da ist. Die sogenannte ‚Regierung des Demokratischen Kampuchea' wurde am 7. Januar 1979 vom Volke Kampucheas abgeschafft", hat die Marionettenclique in Phnom Penh am 7. Juni während des Ministertreffens der Blockfreien in Colombo erklärt. Am 7. Januar 1979 hat sich in Wirklichkeit die Regierung des Demokratischen Kampuchea bloß aus der Hauptstadt Phnom Penh zurückgezogen, um vom Land aus den Widerstandskrieg zu führen. Schönes „Machtorgan", das von der Besatzungsmacht aus dem einzigen Grund gebildet worden ist, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem es die Präsenz der Aggressionstruppen begrüßt, und auch ansonsten als Sprachrohr der Besatzungsarmee dient, und das bei jedem Schritt auf allen Ebenen die Berater der Besatzungsmacht um Direktiven ersuchen muß. Die „Frage", die Vietnam und Kuba auf dem Blockfreiengipfel aufwerfen wollen, ist nicht, wer das kampucheanische Volk vertritt. Diese Frage wird vom kampucheanischen Volk tagtäglich durch den Widerstandskrieg entschieden, den es gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren führt. Die „Frage" ist: Soll die Blockfreienbewegung daran festhalten, dem Kampf der Völker der 3. Welt für ihre nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmungsrecht weiterhin zu dienen und die Völker der 3. Welt in ihrem Kampf gegen „Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus, rassistische Diskriminierung, Hegemonie und Blockbildung" weiterhin zusammenzuschließen, wie die Blockfreienkonferenz in Colombo erneut bekräftigte, oder soll sie dazu dienen, Aggression und Expansionismus bestimmter Länder, die die Blockfreiheit längst verraten haben und zu einem Instrument der sozialimperialistischen Supermacht geworden sind, zu rechtfertigen? Kuba hat offenbar die Absicht, letzteres ausdrücklich zum Programm der Blockfreienbewegung zu erheben. Der von Kuba vorgelegte Entwurf einer Schlußdeklaration ist noch nicht im Wortlaut veröffentlicht. Der Botschafter des Demokratischen Kampuchea hat aber erklärt, er enthalte einen Passus, der darauf hinauslaufe, „die vietnamesische Aggression, Invasion und Okkupation des Demokratischen Kampuchea zu legalisieren, und somit eine ernsthafte Herausforderung an das Volk von

In der Regenzeit hat sich die militärische Lage in Kampuchea bereits günstig entwickelt

z.ges. Politische Marionetten übertreffen in ihrer Lächerlichkeit noch oft ihre Vorbilder aus dem Puppenspiel. Die sowjetisch-vietnamesischen Marionetten in Phnom Penh brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Mit unübertrefflicher Gespreiztheit haben sie in den letzten Wochen eine Komödie aufgeführt: einen Prozeß gegen Ministerpräsident Pol Pot und Vizeministerpräsident Ieng Sary wegen angeblichen Völkermordes. Keinen Spreizschritt ließen diese blutbeschmierten Komiker aus. Erst setzte der „Revolutionsrat" im besetzten Phnom Penh ein Geschworenengericht ein, dann rief dieses Geschworenengericht über Rundfunk und per Anschlag im Gerichtsgebäude Ministerpräsident Pol Pot und Vizeministerpräsident Ieng Sary dazu auf, pünktlich zum Gerichtstermin zu erscheinen, andernfalls ihre Angelegenheiten in Abwesenheit verhandelt würden. Staatsanwalt und Verteidiger wurden eingesetzt und nach 7tägiger Verhandlung das Urteil gefällt: Ministerpräsident Pol Pot und Vizeministerpräsident Ieng Sary wurden zum Tode verurteilt, weil sie drei Millionen Kampucheaner umgebracht und vier Millionen physisch zugrunde gerichtet hätten. Binnen 7 Tagen könnten sie sich mit einem Gnadengesuch an den „Revolutionsrat" wenden, wurde den Verurteilten zugestanden, um eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft zu beantragen.

Als die Marionetten im besetzten Phnom Penh Gericht spielten, rechnete das überfallene Khmervolk auf seine Art mit den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren und ihren Marionetten weiter ab. Während ein Viertel des Landes unter Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea steht, die Hälfte des Landes Guerillazonen bildet, in denen die Revolutionäre Armee und die lokalen Guerillaeinheiten die sowjetisch-vietnamesischen Besatzer ununterbrochenen Angriffen unterziehen, entwickelt sich in den von den Besatzern vorübergehend kontrollierten Gebieten eine Aufstandsbewegung, die immer größere Teile der von den Besatzern und ihren Marionetten zwangsrekrutierten Khmereinheiten erfaßt. So kommen die Besatzer auch in den von ihnen vorläufig kontrollierten Gebieten nicht zur Ruhe. Fast täglich kann die Stimme des Demokratischen Kampuchea von Zusammenstößen zwischen zwangsrekrutierten Khmereinheiten und den Besatzertruppen berichten. Statt die Räubereien der Besatzer an der Bevölkerung zu unterstützen, kämpfen die zwangsrekrutierten Khmereinheiten immer öfter an der Seite der Bevölkerung, um diese Raubzüge zurückzuschlagen und richten ihre Waffen gegen die Besatzer. Danach ziehen sie sich samt Waffen in die befreiten Gebiete zurück und schließen sich den Guerillaeinheiten an.

Das Marionettenregime behauptet, es hätte den Fischfang auf dem Tonle Sap wieder aufgenommen. Unter der Regierung des Demokratischen Kampuchea habe es keinen Fischfang gegeben. Wahr ist daran, daß es unter der Regierung des Demokratischen Kampuchea keinen Fischfang mittels Handgranaten gegeben hat. Diese Sorte Fischfang entwickeln die Besatzertruppen. Bereits zweimal konnte die Stimme des Demokratischen Kampuchea berichten, daß Besatzereinheiten dabei von ihren Khmerbegleitern angegriffen und mit ihren eigenen Handgranaten vernichtet wurden. Überall nehmen die Besatzertruppen der Khmerbevölkerung, die sich ihrer Kontrolle noch nicht entziehen konnte, nicht nur die Nahrungsmittel weg, sondern rauben die Produktionsmittel selber. Sie schlachten das Zugvieh oder treiben es nach Vietnam. Sie stehlen die für die Reisproduktion entscheidenden Setz-



linge und zerstören die Maniokfelder, um den Guerillaeinheiten die Nahrung zu entziehen, indem sie der Bevölkerung die Möglichkeit zur Nahrungsmittelproduktion nehmen. Auf einer Pressekonferenz hat der vietnamesische Außenminister die Hungersnot eingestanden, die das Besatzerregime in Kampuchea hervorruft. Das Problem sei aber „nicht unlösbar": „Die kampucheanische Bevölkerung wird selbst dazu beitragen, das Problem zu lösen, indem sie einmal mehr schnellreifendes Getreide anbaut und zum anderen ihren Gürtel enger schnallt, wie es alle Menschen mit Selbstachtung tun." Rund zweihunderttausend Mann vietnamesische Truppen stehen inzwischen in Kampuchea. Es ist leicht zu erkennen, woher die Ernährungsschwierigkeiten kommen. Was in den besetzten Gebieten überhaupt geerntet wird, fressen die Besatzungstruppen weg, die ihrerseits unter erheblichen Versorgunsschwierigkeiten leiden. Wenn die Marionetten einen Prozeß wegen Völkermord führen wollten, hätten sie nach Schuldigen nicht lange zu suchen brauchen.

Erneut kämpft das kampucheanische Volk gegen einen mächtigeren Aggressor um das Leben und es schart sich um die Führung, die es bereits im Kampf gegen den US-Imperialismus zum Sieg geführt hat und unter der es nach der Befreiung all die Probleme löste, die jetzt das Besatzerregime wieder geschaffen hat. Sicher ist es nicht schwer, in Kampuchea Massengräber zu finden. Die einen sind mit den Opfern der US-Aggression gefüllt, neue Massengräber füllen jetzt die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren. Tote können keine großangelegten Bewässerungsanlagen bauen und innerhalb von drei Jahren eine völlig zugrundegerichtete Landwirtschaft zu einer nichtgekannten Blüte entwickeln. Gerade das aber hat das kampucheanische Volk zwischen 1975 und 1978 zustandegebracht. Auf dieser Grundlage konnte Phnom Penh wieder besiedelt werden. 1978 lebten und produzierten dort 120000 Arbeiter und ihre Familien. Die Revisionisten machen viel Wesen von der vorübergehenden Evakuierung Phnom Penhs. Heute aber leben dort nach unterschiedlichen Berichten ausländischer Journalisten bloß 10000 – 16000 Menschen einschließlich der Besatzer. Aus seiner revolutionären Tradition zieht das kampucheanische Volk die Kraft, um heute gegen ein noch grausameres Besatzerregime als das der US-Imperialisten den Kampf zu führen. Die unleugbaren Erfolge in diesem Kampf sind die besten Beweismittel gegen die Hetze der Feinde von damals und der Feinde von heute. Sie sind beträchtlich. Sie lassen sich durch die Äußerungen der Marionetten selber belegen.

Genausowenig hat die sowjetisch-vietnamesische Aggression des Demokratischen Kampuchea etwas daran geändert, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea die einzig rechtmäßige Regierung Kampucheas ist und bleibt. Sie hat keineswegs den Staat des Demokratischen Kampuchea beseitigt, mit dem die Arbeiter und Bauern Kampucheas vielmehr nach wie vor in einem Teil des Landes herrschen und von dem aus die Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Pol Pot den Kampf im ganzen Land gegen die sowjetisch-vietnamesische Besatzungsmacht führt.

„Die historischen Tatsachen haben gezeigt, daß die Volksrepublik Kampuchea ein Machtorgan ist, das aus dem Volk kommt und für das Volk da ist. Die sogenannte ‚Regierung des Demokratischen Kampuchea' wurde am 7. Januar 1979 vom Volke Kampucheas abgeschafft", hat die Marionettenclique in Phnom Penh am 7. Juni während des Ministertreffens der Blockfreien in Colombo erklärt. Am 7. Januar 1979 hat sich in Wirklichkeit die Regierung des Demokratischen Kampuchea bloß aus der Hauptstadt Phnom Penh zurückgezogen, um vom Land aus den Widerstandskrieg zu führen. Schönes „Machtorgan", das von der Besatzungsmacht aus dem einzigen Grund gebildet worden ist, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem es die Präsenz der Aggressionstruppen begrüßt, und auch ansonsten als Sprachrohr der Besatzungsarmee dient, und das bei jedem Schritt auf allen Ebenen die Berater der Besatzungsmacht um Direktiven ersuchen muß. Die „Frage", die Vietnam und Kuba auf dem Blockfreiengipfel aufwerfen wollen, ist nicht, wer das kampucheanische Volk vertritt. Diese Frage wird vom kampucheanischen Volk tagtäglich durch den Widerstandskrieg entschieden, den es gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren führt. Die „Frage" ist: Soll die Blockfreienbewegung daran festhalten, dem Kampf der Völker der 3. Welt für ihre nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmungsrecht weiterhin zu dienen und die Völker der 3. Welt in ihrem Kampf gegen „Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus, rassistische Diskriminierung, Hegemonie und Blockbildung" weiterhin zusammenzuschließen, wie die Blockfreienkonferenz in Colombo erneut bekräftigte, oder soll sie dazu dienen, Aggression und Expansionismus bestimmter Länder, die die Blockfreiheit längst verraten haben und zu einem Instrument der sozialimperialistischen Supermacht geworden sind, zu rechtfertigen? Kuba hat offenbar die Absicht, letzteres ausdrücklich zum Programm der Blockfreienbewegung zu erheben. Der von Kuba vorgelegte Entwurf einer Schlußdeklaration ist noch nicht im Wortlaut veröffentlicht. Der Botschafter des Demokratischen Kampuchea hat aber erklärt, er enthalte einen Passus, der darauf hinauslaufe, „die vietnamesische Aggression, Invasion und Okkupation des Demokratischen Kampuchea zu legalisieren, und somit eine ernsthafte Herausforderung an das Volk von
Kampuchea darstellen würde, das tagtäglich Blut nicht nur für die eigene Befreiung und Rettung, sondern auch für die Erhaltung und Stärkung der ursprünglichen Prinzipien der Bewegung der Blockfreiheit und der UN-Charta vergießt."

Die Fortsetzung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea mit diplomatischen Mitteln ist für die Sozialimperialisten und ihre Agenten in der Blockfreienbewegung um so wichtiger, als sie mit ihrer Blitzkrieg-Blitzsieg-Strategie bereits gescheitert sind. Wie ihr militärischer Angriff auf Kampuchea, zielt auch ihr diplomatischer Angriff auf die Unabhängigkeit aller Völker. Ein Erfolg würde die Blockfreienbewegung diskreditieren.

volutionsrat" wenden, wurde den Verurteilten zugestanden, um eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft zu beantragen.

Als die Marionetten im besetzten Phnom Penh Gericht spielten, rechnete das überfallene Khmervolk auf seine Art mit den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren und ihren Marionetten weiter ab. Während ein Viertel des Landes unter Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea steht, die Hälfte des Landes Guerillazonen bildet, in denen die Revolutionäre Armee und die lokalen Guerillaeinheiten die sowjetisch-vietnamesi-

puchea keinen Fischfang mittels Handgranaten gegeben hat. Diese Sorte Fischfang entwickeln die Besatzertruppen. Bereits zweimal konnte die Stimme des Demokratischen Kampuchea berichten, daß Besatzereinheiten dabei von ihren Khmerbegleitern angegriffen und mit ihren eigenen Handgranaten vernichtet wurden. Überall nehmen die Besatzertruppen der Khmerbevölkerung, die sich ihrer Kontrolle noch nicht entziehen konnte, nicht nur die Nahrungsmittel weg, sondern rauben die Produktionsmittel selber. Sie schlachten das Zugvieh oder treiben es nach Vietnam. Sie stehlen die für die Reisproduktion entscheidenden Setz-



Mit Beginn der Blockfreienkonferenz in Havanna führt der KBW am 28. August in allen Bezirken Veranstaltungen durch mit dem Titel „Nieder mit der sowjetisch-vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea! Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist und bleibt die einzig legitime Vertretung des kampucheanischen Volkes!" Damit wird die Information über den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea fortgesetzt. Auf Veranstaltungen im Juli sprach Gen. Men Mol, Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich. (Bild Hannover)

Kampf gegen den US-Imperialismus zum Sieg geführt hat und unter der es nach der Befreiung all die Probleme löste, die jetzt das Besatzerregime wieder geschaffen hat. Sicher ist es nicht schwer, in Kampuchea Massengräber zu finden. Die einen sind mit den Opfern der US-Aggression gefüllt, neue Massengräber füllen jetzt die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren. Tote können keine großangelegten Bewässerungsanlagen bauen und innerhalb von drei Jahren eine völlig zugrundegerichtete Landwirtschaft zu einer nichtgekannten Blüte entwickeln. Gerade das aber hat das kampucheanische Volk zwischen 1975 und 1978 zustandegebracht. Auf dieser Grundlage konnte Phnom Penh wieder besiedelt werden. 1978 lebten und produzierten dort 120000 Arbeiter und ihre Familien. Die Revisionisten machen viel Wesen von der vorübergehenden Evakuierung Phnom Penhs. Heute aber leben dort nach unterschiedlichen Berichten ausländischer Journalisten bloß 10000 – 16000 Menschen einschließlich der Besatzer. Aus seiner revolutionären Tradition zieht das kampucheanische Volk die Kraft, um heute gegen ein noch grausameres Besatzerregime als das der US-Imperialisten den Kampf zu führen. Die unleugbaren Erfolge in diesem Kampf sind die besten Beweismittel gegen die Hetze der Feinde von damals und der Feinde von heute. Sie sind beträchtlich. Sie lassen sich durch die Äußerungen der Marionetten selber belegen.

Als Antwort auf eine Erklärung des Oberkommandos des Demokratischen Kampuchea zur militärischen Lage vom 17. Juli 1979, das wir in „KVZ-Kommunismus und Klassenkampf" vollständig abgedruckt haben, hat das Verteidigungsministerium der Marionettenregierung am 21. Juni eine Erklärung herausgegeben, die bestätigt, daß

Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea

Kassel, 11.6.1979. Seminar „Zeitung für Stufenlehrer" beschließt Grußadresse an den Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea und die Veranstaltung in Frankfurt. „International genießt das Demokratische Kampuchea breite Unterstützung. Der UN-Sicherheitsrat hat die Aggression verurteilt, die Bewegung der Blockfreien unterstützt die Regierung des Demokratischen Kampuchea und auf der UNCTAD-Konferenz sprach trotz wütender Pro.este der Sowjetunion eine Ministerin des Demokratischen Kampuchea. Wir fordern: ‚Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Volkes von Kampuchea! Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen. Für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität!' " Sieben dafür (Professor inbegriffen), eine Enthaltung.

Siersheim, Westerwaldkreis, 15. Juni 1979. Je einen Stundenlohn haben die Arbeiterinnen der Siekera-Keramikfabrik zur Unterstützung des Befreiungskrieges des Demokratischen Kampuchea gespendet.

Braunschweig, 20.6.1979. Der Fachschaftsrat Chemie fordert den Abzug der vietnamesischen Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea. In der verabschiedeten Resolution, die auch schon vom AStA TU und der Fachbereichsgruppe Mathe/Physik unterstützt wird, werden die Forderungen erhoben: „Sofortiger und bedingungsloser Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und Wiederherstellung der legitimen Rechte der Regierung des Demokratischen Kampuchea."

Dortmund, 1.6.1979. Die Institutsgruppe PH hat eine Grußadresse an den Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea verabschiedet, in der gefordert wird: „Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea". 3 Mitglieder des PH-AStA haben die Resolution unterschrieben.

Braunschweig, 9./10.7.1979. Am 9. und 10.7. führte der Arbeitskreis Kampuchea an der TU Braunschweig zwei Filmveranstaltungen mit Filmen aus dem Demokratischen Kampuchea durch. Die Veranstaltungen wurden unterstützt vom AStA TU und der Evangelischen Studentengemeinde. Auf der letzten Veranstaltung mit ca. 40 Teilnehmern wurde der Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression fast einstimmig verabschiedet. An beiden Tagen wurden vom Arbeitskreis Kampuchea zusammen 169,88 DM für den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea gesammelt.

Dortmund, 8.7.1979. Am 8.7. hat die Institutsgruppe PH auf ihrer Sitzung beschlossen, den Aufruf zur Durchführung einer internationalen Konferenz zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zu unterstützen und einen Delegierten zur Vorbereitungskonferenz nach Frankfurt am 4./5. August zu schicken. Die Basisgruppe Raumplanung will ebenfalls einen Vertreter zur Vorbereitungskonferenz schicken. Sie fordert den Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea. Bisher unterstützen 20 Studenten der PH und der Universität den Aufruf zur internationalen Konferenz in Stockholm durch ihre Unterschrift.

Frankfurt, 31.1.1979. Bisher haben 11 Bewohner des besetzten Konrad-Broßwitzheimes (ca. 20 Bewohner) den Aufruf für eine internationale Konferenz zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kampucheanischen Volkes gegen die vietnamesische Aggression mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Heidelberg, 2.8.1979. Aufruf der Fachbereichsgruppe Jura an die Fachschaften und Zusammenschlüsse der Uni Heidelberg. „Die Fachbereichsgruppe Jura begrüßt und unterstützt den Aufruf der Kampuchea-Konferenz in Paris vom 1.7.79 zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression im Herbst, wozu namentlich aufruft Jan Myrdal. Am 3./4. August wird dazu in Frankfurt/Main ein Treffen all derer stattfinden, die in Westdeutschland und Westberlin den Aufruf unterstützen. Wir rufen alle Fachschaften sowie Zusammenschlüsse dazu auf, den Aufruf zu unterstützen und Delegierte zu dem Treffen zu entsenden. (...) Wir rufen auf, zu einer Geldsammlung zur materiellen Unterstützung des Kampfes des Volkes von Kampuchea. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung sollte eine angemessene Summe beisammen sein. Wir empfehlen den Zusammenschlüssen dazu, die Geld- und Unterschriftensammlung in ihrem jeweiligen Bereich durchzuführen."

Nürnberg, 6.8.1979. Bisher 4 Arbeiter der Gesellschaft für Elektrometallurgie haben den Aufruf für eine internationale Kampuchea-Konferenz unterzeichnet.

Westberlin, 9.8.1979. Im Rahmen eines Aktionstages wurden im Studentenwohnheim am Hafenplatz 60 Unterschriften unter den Aufruf zur internationalen Konferenz zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes gesammelt. Die Studenten spendeten 54,87 DM.

Marburg, 2.8.1979. 21,82 DM sind bei einer Aktion zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea im Studentenwohnheim gesammelt worden. Obwohl ein Großteil der Bewohner wegen Arbeit nicht in Marburg ist, konnten während der Aktion des KSB innerhalb einer Stunde die Spenden gesammelt sowie 6 Broschüren über das Demokratische Kampuchea verkauft werden. 6 Bewohner unterstützten durch ihre Unterschrift den Aufruf für eine Solidaritätskonferenz mit dem De-

die Besatzer und ihre Marionetten nach dem „historischen Sieg vom 7. Januar", mit dem sie durch die Besetzung Phnom Penhs ihre Invasion krönen wollten, in unerwartete Schwierigkeiten gekommen sind. In der Erklärung heißt es: „Trotz bitterer Niederlagen haben die Pol-Pot-Ieng-Sary-Reaktionäre und die Clique der Chinesischen Reaktionäre ihre Pläne, die Volksrevolution zu sabotieren, nicht aufgegeben, sondern verbinden sich mit den Imperialisten. Sie wollen unser geliebtes Land wieder unter Kontrolle bekommen, um ihre konterrevolutionäre Strategie durchzusetzen. Sie sammeln alle möglichen chinesischen Expansionisten und Agenten des Imperialismus, z.B. Leute von Lon Nol und In Tam und machen von der Sihanouk-Karte Gebrauch (da das häßliche Gesicht der Pol-Pot-Ieng-Sary-Clique das Volk nicht länger täuschen kann), um eine reaktionäre Front aufzubauen, unser Volk zu spalten und unsere nationale Einheit wie die kampucheanisch-vietnamesische Solidarität zu sabotieren. Im Versuch, die Revolution zu untergraben, unternehmen sie alles mögliche, um ihre verbliebenen Soldaten in kleinen Einheiten zu organisieren und sie in den ländlichen Gebieten zu verteilen, unter den Volksmassen, den Verwaltungs- und Massenorganisationen. Sie haben auch Thailand benutzt, um die Überreste ihrer Armee und die Reaktionäre im Exil umzugruppieren, ihre Effektivität zu steigern und ihren Kurs gegen die kampucheanische Revolution weiterzuverfolgen. Gegenüber dieser neuen Situation müssen das ganze Volk und die bewaffneten Streitkräfte die Natur und die heimtückischen Pläne des Feindes klar verstehen und Maßnahmen ergreifen, um ihn zu besiegen."

Läßt man die Lyrik weg, dann zeigt sich, daß die Marionetten ohne die vietnamesischen Besatzungstruppen keinen Tag standhalten könnten. Vor kurzem haben die Vietnamesen zwei weitere Divisionen und einige weitere Regimenter nach Kampuchea geschickt, aber es ist ihnen noch nicht mal gelungen, die Grenze zu Thailand unter Kontrolle zu bekommmen. Um so erbitterter sind ihre Aggressionsdrohungen gegen Thailand. Der Stabschef der II. Thailändischen Armee äußerte sich dazu in einem Interview: „Uns liegen Informationen vor, nach denen die Streitkräfte Heng Samrins gegenwärtig Gebiete in Poipet, Nimit und entlang der Fernstraße 5 kontrollieren. Gebiete im Innern Kampucheas entlang der thailändischen Grenze vom Norden Aranyaprathets ungefähr bis Addar Meanchey befinden sich jedoch unter Kontrolle Pol Pots. Die provietnamesische Streitmacht kontrolliert Preah Vihear. Die Pol-Pot-Streitkräfte sind nur wenige Kilometer von unserer Grenze stationiert, während die Streitkräfte Heng Samrins Gebiete weiter im Innern des kampucheanischen Territoriums kontrollieren. Die bergigen dichtbewaldeten Gebiete durchschnittlich bis zu dreißig Kilometer tief hinter der

volution weiterzuverfolgen. Gegenüber dieser neuen Situation müssen das ganze Volk und die bewaffneten Streitkräfte die Natur und die heimtückischen Pläne des Feindes klar verstehen und Maßnahmen ergreifen, um ihn zu besiegen."

Läßt man die Lyrik weg, dann zeigt sich, daß die Marionetten ohne die vietnamesischen Besatzungstruppen keinen Tag standhalten könnten. Vor kurzem haben die Vietnamesen zwei weitere Divisionen und einige weitere Regimenter nach Kampuchea geschickt, aber es ist ihnen noch nicht mal gelungen, die Grenze zu Thailand unter Kontrolle zu bekommmen. Um so erbitterter sind ihre Aggressionsdrohungen gegen Thailand. Der Stabschef der II. Thailändischen Armee äußerte sich dazu in einem Interview: „Uns liegen Informationen vor, nach denen die Streitkräfte Heng Samrins gegenwärtig Gebiete in Poipet, Nimit und entlang der Fernstraße 5 kontrollieren. Gebiete im Innern Kampucheas entlang der thailändischen Grenze vom Norden Aranyaprathets ungefähr bis Addar Meanchey befinden sich jedoch unter Kontrolle Pol Pots. Die provietnamesische Streitmacht kontrolliert Preah Vihear. Die Pol-Pot-Streitkräfte sind nur wenige Kilometer von unserer Grenze stationiert, während die Streitkräfte Heng Samrins Gebiete weiter im Innern des kampucheanischen Territoriums kontrollieren. Die bergigen dichtbewaldeten Gebiete durchschnittlich bis zu dreißig Kilometer tief hinter der

thailändischen Grenze von Khlong Nam Sai südwärts befinden sich unter der Kontrolle Pol Pots. Unter diesen Umständen können wir einschätzen, welche Gebiete für uns als Pufferzone von Nutzen sein können, wenn die Pol-Pot-Streitkräfte weiterhin uns gegenüber keine feindliche Haltung einnehmen." Bis zu Beginn der Regenzeit konnten die Invasionstruppen dem Demokratischen Kampuchea keine vernichtende Niederlage beibringen, obwohl sie einige großangelegte Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge einleiteten. Mit Beginn der Regenzeit, die bis zum Oktober andauern wird, sind die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea zum Gegenangriff übergegangen und haben große Teile der von den Invasoren vorübergehend besetzten Gebiete befreit, und so die Ausgangsbedingungen verbessert, um weitere Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge zu zerschlagen, die die Invasoren mit Beginn der Trockenzeit erneut einleiten werden. Schon jetzt treten die sowjetischen Sozialimperialisten, die eigentlichen Drahtzieher der Aggression, immer offener als kriegführende Partei hervor. Nachdem sie bereits die Versorgung der Invasionstruppen aus der Luft übernommen haben, richteten sie jetzt direkt Linienflüge zwischen Moskau und Phnom Penh ein. Schon seit einiger Zeit haben sie sich auf den ehemaligen US-Basen in Südvietnam eingerichtet. Jetzt bauen sie den einzigen Tiefseehafen Kampucheas, Kompong Som, zu einem Flottenstützpunkt aus. Sie haben den Nachschub an Panzern und Flugzeugen für Vietnam noch weiter verstärkt, um die nächste Offensive vorzubereiten.

Entscheidend für den weiteren Verlauf des Krieges wird sein, wie sich die Einheit des kämpfenden kampucheanischen Volkes unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterentwickelt und wieweit die grundlegenden Produktionsaufgaben gelöst werden können und wie sich auf der Seite des Feindes die wachsenden Widersprüche in Vietnam entwickeln, wo die wirtschaftliche Lage sich gegenüber 1978 noch mehr verschlechtert hat. Bereits 1978 war aber Vietnam einem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe, wie ein von chinesischen Truppen erbeutetes ZK-Dokument erneut bestätigt. Darin heißt es unter anderem: „In den vergangenen zwei Jahren ist praktisch kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, sondern eine Tendenz des Absinkens der Getreideproduktion, während andererseits die Bevölkerung weiter gewachsen ist. Es ist besonders schwierig, Getreide aus dem Süden heranzuführen." In diesem Jahr wurde der Zwangseinzug von Getreide im Süden verstärkt, aber wie die Flüchtlingsbewegung zeigt, ist die Lage noch chaotischer geworden. Der Außenhandel war schon 1978 defizitär. Prompt haben die vietnamesischen Revisionisten versucht, die Produktion jetzt noch mehr auf den Außenhandel auszurichten. Bekanntlich geben die Sozialimperialisten nichts umsonst.

Die vietnamesischen Revisionisten haben aus ihrem wirtschaftlichen Bankrott den Ausweg in der Aggression gesucht. Aber sie stießen dabei auf ein Volk voller Unabhängigkeitsstreben und Freiheitswillen, das sich gegen den mächtigeren Aggressor um seine

rung des Demokratischen Kampuchea weiterentwickelt und wieweit die grundlegenden Produktionsaufgaben gelöst werden können und wie sich auf der Seite des Feindes die wachsenden Widersprüche in Vietnam entwickeln, wo die wirtschaftliche Lage sich gegenüber 1978 noch mehr verschlechtert hat. Bereits 1978 war aber Vietnam einem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe, wie ein von chinesischen Truppen erbeutetes ZK-Dokument erneut bestätigt. Darin heißt es unter anderem: „In den vergangenen zwei Jahren ist praktisch kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, sondern eine Tendenz des Absinkens der Getreideproduktion, während andererseits die Bevölkerung weiter gewachsen ist. Es ist besonders schwierig, Getreide aus dem Süden heranzuführen." In diesem Jahr wurde der Zwangseinzug von Getreide im Süden verstärkt, aber wie die Flüchtlingsbewegung zeigt, ist die Lage noch chaotischer geworden. Der Außenhandel war schon 1978 defizitär. Prompt haben die vietnamesischen Revisionisten versucht, die Produktion jetzt noch mehr auf den Außenhandel auszurichten. Bekanntlich geben die Sozialimperialisten nichts umsonst.

Die vietnamesischen Revisionisten haben aus ihrem wirtschaftlichen Bankrott den Ausweg in der Aggression gesucht. Aber sie stießen dabei auf ein Volk voller Unabhängigkeitsstreben und Freiheitswillen, das sich gegen den mächtigeren Aggressor um seine

Regierung zusammenschließt. Der Ausweg in die Aggression beginnt zur Sackgasse zu werden und die Aggression führt nicht zur Abstumpfung, sondern zur Verschärfung der inneren Widersprüche. Um das Urteil der Marionetten in Phnom Penh kümmert sich die Geschichte einen Dreck. Schließlich werden die Aggressoren ihr Urteil finden.

Berichte aus den zeitweilig vom Feind kontrollierten Gebieten Kampucheas

Provinz Preah Vihear. – Am 20. Juni haben sich die Einwohner mehrerer Dörfer im Bezirk Uttumpor zusammengetan, um Fallgruben und Fallstricke, Stacheln und Fußangeln rund um ihre Dörfer anzulegen und so die vietnamesischen Aggressoren draußen zu halten. Sie führten auch mehrere Guerillaaktionen gegen den Feind durch, mit hohem Einfallsreichtum und großer Initiative. Bis Ende Juli waren 20 umherstreifende vietnamesische Soldaten außer Gefecht gesetzt.

Provinz Kompon Chnang. – Am 20. Juni haben 200 Einwohner aus 3 Dörfern in Kompong Tralach-Loeu 32 vietnamesische Soldaten dabei ertappt, wie sie Wassermelonen und andere Früchte, die den Einwohnern gehören, von einem Feld am Rand der Dörfer stahlen. Sie töteten vier und verwundeten fünf der Diebe. Sie erbeuteten auch drei Waffen, die sie in Ordnung brachten, um sie für den eigenen Schutz und für den Kampf Seite an Seite mit unseren Guerillas gegen den vietnamesischen Feind zu verwenden.

Provinz Kompong Thom. – Ende Juni haben 9 Selbstschutz-Garden, die von den vietnamesischen Aggressoren zwangsrekrutiert worden waren, im Distrikt Staung eine Gruppe vietnamesischer Soldaten angegriffen, die dabei waren, 3 Dorfbewohner vor ein Exekutionspeloton zu stellen, weil sie sie der Zusammenarbeit mit unseren Guerilleros beschuldigten. 7 Aggressoren wurden vernichtet, die Überlebenden haben sich in überstürzter Flucht gerettet. Danach haben sich die 9 Selbstschutz-Garden sowie 3 Dorfbewohner in die befreiten Gebiete zurückgezogen.

Provinz Pursat. – In der Nacht des 3. Juli hat in den Außenbezirken der Stadt Pursat Großvater Phuong, dessen Kinder alle durch die vietnamesischen Aggressoren umgekommen sind, 3 feindliche Soldaten auf Wache erstochen. Die drei erbeuteten Waffen hat er unseren Guerilleros übergeben.

Provinz Kompong Thom. – Vom 3. – 24. Juli haben die Guerillakämpfe im Bezirk Sandan, mit aktiver Hilfe und Zusammenarbeit der Bevölkerung, gleichzeitige Angriffe auf die von den vietnamesischen Aggressoren gehaltenen Positionen geführt. Sie setzten 63 feindliche Soldaten, tot oder verwundet, außer Gefecht, und haben die Dörfer Samrong, Kbal Damrei, Sralao, Sraung, Phum Beng und Phum Leng im Kreis Tumring vollständig befreit.

Provinz Kompong Cham. – Am 27. Juli haben 300 Einwohner von Stung Trang auf der Nationalstraße 13, in Koordination mit den Selbstschutz-Garden, die die Vietnamesen zwangsrekrutiert haben, zwei Lastwagen abgefangen, die Reis transportierten. Sie töteten 8 vietnamesische Soldaten und verbrannten die zwei Lastwagen, deren Ladung von je 32 Sack Reis sie untereinander verteilten, da sie solche Nahrung seit langem nicht mehr zu essen hatten. Die vietnamesischen Okkupanten hatten ihnen nur noch Reiskleie zum Essen gelassen.

(Aus Bulletins der Botschaften des Demokratischen Kampuchea in New York und Beijing)



Mit den Volksmassen verbunden, organisieren die Führer des Demokratischen Kampuchea den Widerstandskrieg. – Nuon Chea, Präsident der Nationalversammlung

„Es lebe die Kraft der Solidarität der Völker Südostasiens gegen die vietnamesische Gefahr"

(...) Die gesamte Menschheit und internationale Meinung wenden sich weiterhin energisch gegen die Clique Le Duan - Pham Van Dong, was das Problem der Flüchtlinge aus Vietnam wie was ihre Expansionspolitik angeht, und fordern die Einberufung weiterer internationaler Konferenzen, um diese Probleme an der Wurzel zu packen, die politischer Art sind.

Der vietnamesisch-sowjetische Aggressionskrieg wütet fort in ganz Kampuchea. Fast 200000 vietnamesiche Soldaten okkupieren noch immer das Territorium Kampucheas. Andererseits entwickelt sich an der thailändischen Grenze eine immer gespanntere Lage infolge der Anwesenheit mehrerer zehntausend vietnamesischer Soldaten, die entlang der Grenzen zwischen Thailand und Kampuchea und Laos und Kampuchea massiert sind. Diese begehen täglich bewaffnete Provokationen gegen Thailand. (...) Was die Sowjetunion, ihren Herren und Meister, angeht, hat diese ihren politischen und militärischen Druck in der südostasiatischen und pazifischen Re-



tionspeloton zu stellen, weil sie sie der Zusammenarbeit mit unseren Guerilleros beschuldigten. 7 Aggressoren wurden vernichtet, die Überlebenden haben sich in überstürzter Flucht geret-

Mit den Volksmassen verbunden, organisieren die Führer des Demokratischen Kampuchea den Widerstandskrieg. – Nuon Chea, Präsident der Nationalversammlung

„Es lebe die Kraft der Solidarität der Völker Südostasiens gegen die vietnamesische Gefahr"

(...) Die gesamte Menschheit und internationale Meinung wenden sich weiterhin energisch gegen die Clique Le Duan - Pham Van Dong, was das Problem der Flüchtlinge aus Vietnam wie was ihre Expansionspolitik angeht, und fordern die Einberufung weiterer internationaler Konferenzen, um diese Probleme an der Wurzel zu packen, die politischer Art sind.

Der vietnamesisch-sowjetische Aggressionskrieg wütet fort in ganz Kampuchea. Fast 200000 vietnamesiche Soldaten okkupieren noch immer das Territorium Kampucheas. Andererseits entwickelt sich an der thailändischen Grenze eine immer gespanntere Lage infolge der Anwesenheit mehrerer zehntausend vietnamesischer Soldaten, die entlang der Grenzen zwischen Thailand und Kampuchea und Laos und Kampuchea massiert sind. Diese begehen täglich bewaffnete Provokationen gegen Thailand. (...) Was die Sowjetunion, ihren Herren und Meister, angeht, hat diese ihren politischen und militärischen Druck in der südostasiatischen und pazifischen Re-

gion erhöht, indem sie ihre Hilfe an Vietnam gesteigert hat, Luft- und Flottenstützpunkte in Vietnam benutzt, und ihre Präsenz und Aktivitäten in Südostasien, im Pazifik und im Indischen Ozean verstärkt bzw. vervielfacht. Die Le Duan - Pham Van Dong - Clique hat derweilen das vietnamesische Volk in Kriegszustand versetzt. (...)

Gegenwärtig erkennen die Länder und Völker Südostasiens deutlich die Gefahr, die Vietnam, das vollständig von seinen sowjetischen Oberherren abhängig ist, darstellt. Sie erkennen deutlich, daß die Länder, Nationen und Völker Südostasiens selbst über ihr Schicksal entscheiden müssen. Sie sind sich der Notwendigkeit und vitalen Bedeutung bewußt, die die gegenseitige Unterstützung für unsere Länder hat, um die vietnamesisch-sowjetische Gefahr zu bannen. Sie sind von der Notwendigkeit überzeugt, dem Volk und der Regierung des Demokratischen Kampuchea in ihrem Kampf gegen die vietnamesische Aggression zu helfen, und sie fordern, daß Vietnam alle seine Truppen und Okkupationskräfte aus Kampuchea zurückzieht und den Aggressionskrieg gegen Kampuchea beendet. Auf diese Weise haben die Länder, Nationen und Völker Südostasiens mehr als je ihre Wachsamkeit gesteigert, haben sich gegenseitig unterstützt und sind solidarisch, und setzen entschieden den Kampf fort, um alle die schwarzen Manöver und Aktivitäten der vietnamesisch-sowjetischen Einmischung und Aggression in der südostasiatischen Region zu vereiteln.

Die Kraft der Solidarität der Länder, Nationen und Völker ganz Südostasiens wird ganz sicher die vietnamesisch-sowjetische Aggressionsstrategie durchkreuzen.

(Sendung der „Stimme des Demokratischen Kampuchea", 31. Juli 1979)

Gegenwärtig erkennen die Länder und Völker Südostasiens deutlich die Gefahr, die Vietnam, das vollständig von seinen sowjetischen Oberherren abhängig ist, darstellt. Sie erkennen deutlich, daß die Länder, Nationen und Völker Südostasiens selbst über ihr Schicksal entscheiden müssen. Sie sind sich der Notwendigkeit und vitalen Bedeutung bewußt, die die gegenseitige Unterstützung für unsere Länder hat, um die vietnamesisch-sowjetische Gefahr zu bannen. Sie sind von der Notwendigkeit überzeugt, dem Volk und der Regierung des Demokratischen Kampuchea in ihrem Kampf gegen die vietnamesische Aggression zu helfen, und sie fordern, daß Vietnam alle seine Truppen und Okkupationskräfte aus Kampuchea zurückzieht und den Aggressionskrieg gegen Kampuchea beendet. Auf diese Weise haben die Länder, Nationen und Völker Südostasiens mehr als je ihre Wachsamkeit gesteigert, haben sich gegenseitig unterstützt und sind solidarisch, und setzen entschieden den Kampf fort, um alle die schwarzen Manöver und Aktivitäten der vietnamesisch-sowjetischen Einmischung und Aggression in der südostasiatischen Region zu vereiteln.

Die Kraft der Solidarität der Länder, Nationen und Völker ganz Südostasiens wird ganz sicher die vietnamesisch-sowjetische Aggressionsstrategie durchkreuzen.

(Sendung der „Stimme des Demokratischen Kampuchea", 31. Juli 1979)



Studenten der Universität von Bangkok, Thailand, überbringen der Botschaft Vietnams eine Protestresolution gegen die Aggression in Kampuchea.

mokratischen Kampuchea.

Köln, Efferen. Am 15.8.79 führte die KHG im Studentenwohndorf Hürth-Efferen zusammen mit der Ortszelle des KBW die Unterschriften- und Geldsammlung zur Unterstützung des gerechten Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea durch. Über die Aktion waren die Bewohner schon Tage vorher durch Plakate informiert worden. Obwohl aufgrund der Ferienzeit nur sehr wenige Studenten in den Wohnblocks angetroffen wurden, kamen bei der Aktion 141,90 DM zusammen. 19 Studenten unterstützen den Aufruf zur Internationalen Solidaritätskonferenz durch ihre Unterschrift.

Hannover, 9.8.1979. 12 Gefangene der Justizvollzugsanstalt in Hannover unterschrieben den Aufruf zur Kampuchea-Konferenz. Davon sind fünf Ausländer. Als Beruf gaben alle „Gefangene Arbeiter" an. Als Anschrift steht „JVA Hannover".

Köln. Bis jetzt haben 21 Umschüler und Beschäftigte am Berufsbildungszentrum (BBZ) den Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes gegen die vietnamesischen Aggression unterschrieben. Insgesamt wurden bisher von den Umschülern 57 DM zur Unterstützung des Befreiungskrieges gesammelt.

Karlsruhe, 11.8.1979. Die Föderation afghanischer Studenten im Ausland ruft zur Unterstützung der internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes auf. In dem Aufruf heißt es: „Das tapfere Volk von Kampuchea, das sein Land von den US-Imperialisten befreit hat, kämpft auch jetzt heldenhaft gegen die Sozialimperialisten und deren Handlanger. Das Volk von Kampuchea hat uns bewiesen, daß auch die kleinen Länder gegen die Supermächte kämpfen können. Es ist das Volk, das die bestimmende Kraft im Krieg ist, und kein Phantom oder MIG. Der Sieg des kampucheanischen Volkes wird eine große Niederlage für die Sozialimperialisten sein. Die Befreiungskämpfe unserer Völker in Afghanistan sind genauso gegen die Sozialimperialisten gerichtet."

Meppen, 16.8.1979. 22 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Lingen, Außenstelle Versen und Meppen haben den Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression unterschrieben.

Das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea über das Problem internationaler Unterstützung

Gegenwärtig drücken zahlreiche Regierungen, politische Organisationen, Massenorganisationen und Persönlichkeiten in der Welt ihre tiefe Sympathie und Bewegung gegenüber dem Schicksal des Volkes von Kampuchea, dem Opfer eines besonders grausamen und barbarischen Aggressionskrieges von Seiten der Le Duan-Pham Van Dong-Clique, aus und suchen nach Möglichkeiten diesem Volk zu helfen.

In den Gebieten unter der Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea ist unser Rotes Kreuz voll in der Lage, solche Hilfe an das Volk von Kampuchea zu verteilen, in einem Geist hoher Verantwortung für das Schicksal unseres eigenen Volkes.

Darüberhinaus ist sich die Weltöffentlichkeit der Lage bewußt, die in den unter zeitweiser Kontrolle der vietnamesischen Aggressionstruppen stehenden Gebieten herrscht, wo diese direkt die Verwaltung ausüben. Besonders schlimm ist, daß die vietnamesischen Aggressoren alles gestohlen haben – den Reis, das Saatgut, das Eigentum des Volkes von Kampuchea – und es in ihr eigenes Land geschleppt haben, um mit der dort herrschenden Hungersnot fertig zu werden und um ihre Aggressionstruppen aufzufüttern. (...)

In dieser Lage wenden wir uns an die Regierungen, politischen Organisationen, Massenorganisationen und Persönlichkeiten, (...), daß sie die entsprechenden Mittel und Wege wählen mögen, damit diese Hilfe und Unterstützung auch an die gelangt, für die sie gedacht ist, und nicht in die Hände der vietnamesischen Aggressoren fällt, die das Volk von Kampuchea morden. In diesem Falle wäre diese Hilfe nicht nur ungeeignet, um dem uneigennützigen Zweck zu dienen, sondern sie würde im Gegenteil als Verpflegung für die vietnamesischen Aggressionsstreitkräfte dienen und sie darin ermutigen, ihren Völkermord und Verwüstungskrieg gegen das Volk von Kampuchea fortzusetzen.

(Kommunique des Roten Kreuz des Demokratischen Kampuchea, 21.7.79)



Das großartige Landbauprogramm des Demokratischen Kampuchea hat mit kollektiver Kraftanspannung in der kurzen Zeit von 1975-78 den Hunger beseitigt.

Entwicklung des Steinkohlebergbaus

z.rev. Schon zum Ende der Steinzeit bauten die Menschen im Bergbau, zum Teil sogar unter Tage, Erze ab und verarbeiteten sie. 2000 Jahre vor unserer Zeitrechnung gab es in Griechenland Silber-, Blei-, Zink- und Kupfergruben. Die vielfältige Verwertbarkeit der Steinkohle ist erst sehr spät erkannt worden. Marco Polo berichtet von seinen Forschungsreisen, daß wohl schon in China Bäder mit Kohlefeuer beheizt wurden.



Stangenpumpe aus dem 16. Jahrhundert. Schacht A; Pumpensätze B, D und F; Wasserkästen C und E; Gerinne G; verlängerte Radwelle H; breite Gestänge I, K und L; Kolbenstangen M, N und O; Drehpunkte P; Scheren Q.

Im Ruhrgebiet wurde die Steinkohle erst im 12. Jahrhundert entdeckt. Zuerst wurde die Steinkohle an den Berghängen, wo sie zu Tage trat, abgebaut. Die waagerechten Stollen, die die Bergleute in die Berge trieben, reichten aber schon nach kurzer Zeit nicht mehr aus, um an die Kohleflöze heranzukommen. Nur mit senkrecht verlaufenden Schächten war es möglich, weitere Flöze zu erreichen. Hierbei traten eine Menge Schwierigkeiten auf. Denn im Gegensatz zum Erzabbau mußte die Kohleförderung im Ruhrgebiet ins Tal verlegt werden. Das Grundwasser füllte die tonnenförmigen Schächte schon ab einer Tiefe von 15 – 20 Metern, und es war unmöglich, mit den vorhandenen „Wasserkünsten" das Grundwasser mit Pumpen, die von Pferden oder Wasserrädern angetrieben wurden, abzupumpen. Da war zuerst die Heinzenkunst: Durch ein Blechrohr, das mit dem unteren Ende im Wasser steckte, wurden an einer Endloskette befestigte Lederbälle durchgezogen. Die Bälle nahmen jedesmal ein paar Liter Wasser mit und beförderten es aus dem Schacht. Die Bulgenkunst bestand darin, daß zwei Ledersäcke an einer langen Kette über eine Welle abwechselnd auf- und abgezogen wurden. Die Stangenkunst war eine gewöhnliche Wasserpumpe, die über eine Kurbelwelle von einem Wasserrad über Tage angetrieben wurde. Auch die Versuche, das Wasser in extra dafür angelegte Nebenschächte abzuleiten, schlugen fehl und konnten die großen Wassermengen nicht fortschaffen.

Ein weiteres Hindernis für den Ausbau der Kohleförderung war der Transport der Kohle zu den Eisenhütten. Ein Teil der Kohle wurde auf den Flüssen transportiert oder Kohletreiber bepackten Pferde mit Kohlesäcken und machten sich auf unwegsamen Pfaden auf den Weg zu den Eisenhütten im Siegerland. Oft waren es über hundert Kilometer, die sie so zurücklegen mußten. Die Eisenindustrie stagnierte, weil nicht genug Brennstoff vorhanden war (die Wälder waren schon erschreckend weit abgeforstet).



Kalium kommt als Salzmineral vor und wird bergmännisch abgebaut. 1977 wurden in Westdeutschland 23,8 Mio. t unbereinigte Kalirohsalze abgebaut, die wichtigsten Vorkommen befinden sich im Werra-Fulda Gebiet und im Raum Hannover. 95% des reproduzierten Kalis werden als Düngemittel verwendet. Das Bild zeigt den Einsatz von Strossenbohrwagen und Sprengfahrzeug beim Abbau.

Einsatz von Dampfkraft

z.gug. Als die Kohleförderung in Deutschland um die Jahrhundertwende des 18. Jahrhunderts einen Tiefpunkt erreicht hatte, brachte die Anwendung von dampfgetriebenen Wasserpumpen die entscheidende Wende. In Süd-Wales in Großbritannien konnten die Schächte damit bereits bis zu einer Teufe (Tiefe) von 100 m getrieben werden. 1799 wurde die erste dampfgetriebene Wasserpumpe im Ruhrgebiet eingesetzt. Hand in Hand mit der erhöhten Kohleförderung ging der Ausbau der Schwerindustrie. Das immer tiefere Eindringen in das Erdreich – im Ruhrgebiet befindet sich die Kohle in erheblichen Teufen in einer Gesteinschichtenfolge von 2735 Metern – traten neue Probleme auf. Der erste 400 Meter tiefe Tiefbauschaft war noch mit Holzzimmerung abgestützt, was sich aber als zu wenig haltbar erwies. Ab 1870 wurde statt des Holzes Mauerung verwendet, aus England wurden die Verfahren des Abstützens mit ineinander verkeilten Eisenringen und eisernen Faßdauben übernommen. Gasentwicklung, Kohlestaubexplosionen und Gasentzündungen bei Sprengungen der Kohle unter Tage gefährdeten das Leben der Bergarbeiter.

Die Entwicklung der Industrie, erzwang auch die Lösung des Transportproblems. 1825 war die erste Dampflok von Stockton nach Darlington in England gefahren, 10 Jahre später war die Eisenbahnstrecke Nürnberg – Fürth eröffnet. Das gleiche galt für die Schiffahrt. 25 Jahre, nachdem das erste Dampfschiff, die Savannah, den Atlantik überquert hatte, erreicht der erste Weserschlepper Bremen, 1899 wurde der Dortmund-Ems-Kanal eröffnet, der das Ruhrgebiet mit den Nordseehäfen verband. Die Förderung betrug 1851 – 1860 31,5 Mio. t, bis 1870 stieg sie auf 91,5 Mio. t, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts förderten die Bergarbeiter 454 Mio. t. Die Förderung der Kohle aus den Schächten über Tage, die zunächst mit Seilwinden mit Menschenkraft, dann mit Göppeln mit Pferdekraft betrieben wurde, wurde nach und nach ebenfalls mit Dampfkraft bewältigt. Da die zur Kohle benutzten Hanfseile, aber nur begrenzt belastbar waren, wurde so erst nur die Kohle nach oben befördert, der Bergmann mußte nach wie vor die Fahrten (Leitern) zum Ab- und Aufstieg benutzen, was die Kapitalisten ihnen erst nach zähen Kämpfen als Teil des Arbeitstages anerkannten. Dies, wie anfangs das Verstreben der Schächte, bekamen sie nicht gezahlt, gezahlt wurde nach Wagen gehauener Kohle, wobei die Kapitalisten lange Zeit den Lohn noch dadurch senkten, daß Wagen genullt, d.h. nicht angerechnet wurden, wenn sie zu wenig beladen waren, auf dem Weg nach oben Ladung verloren hatten oder zu viel Gestein enthielten. Jeder neunte Bewohner des Ruhrgebietes arbeitete 1913 im Bergbau, jeder zwanzigste Deutsche im Reichsgebiet lebte dort.

Aus den mehr als 114 Mio. Tonnen geförderter Kohle im Ruhrgebiet 1913 wurden 26 Mio. Tonnen zu Koks verarbeitet, bei der Verkokung wurden 164 Mio. Kubikmeter Gas frei, 934000 Tonnen wurden zu Teer, 155000 zu Benzol, 390000 zu Ammoniak weiterverarbeitet. Aus Kohlestaub und Kohlegrieß wurden fast 5 Mio. Tonnen Preßkohle hergestellt. Zur Förderung des Jahres 1913 benutzten die 396000



Die Arbeitsbedingungen ruinieren die Gesundheit der Bergarbeiter

z.pef. Der Steinkohlenbergbau ist im Vergleich zu andern Industriebranchen ein relativ alter Industriezweig.

Heute ist die Mechanisierung und die Intensivierung unter Tage enorm vorangeschritten. Der Mechanisierungsgrad in der Gewinnung, also dort, wo die Kohle aus dem Flöz herausgebrochen wird, beträgt heute über 98%. Auf der Zeche Erin in Castrop-Rauxel wird eine Schrämmaschine in halbsteiler Lagerung, was ca. 40 Grad sind, eingesetzt, die 26 Tonnen wiegt und die vier- bis sechsmal mehr an Kohle aus dem Flöz schneidet als ein Hobel. Ein zusätzlicher Vorteil für die Bergbaukapitalisten bei dieser Maschine ist, daß sie Störungen mitschneiden kann. Im Flöz Präsident auf Erin war dies vor einigen Monaten der Fall: eine Steinschicht hatte sich in den Flöz hineingeschoben, so daß statt der Kohle der Stein herausgeschnitten wurde. Durch das Schneiden der Gesteinsmassen entsteht der gefährliche Steinstaub, der die Steinstaublunge (Silikose) bei den Bergarbeitern verursacht. Eine Staubmaske die ganze Schicht tragen kann man überhaupt nicht bei Temperaturen von 32° C in 900 m Tiefe, zumal die Maske noch aus Gummi ist und oft Entzündungen der Haut verursacht. Der Schweiß läuft ständig am Körper herunter. Einige Bergarbeiter arbeiten nur mit Unterhose bekleidet an ihrem Arbeitsplatz. Kein Monat vergeht, wo nicht bei diesen Temperaturen ein Bergarbeiter umfällt und von seinen Kollegen herausgebracht werden muß. Zwei bis drei Liter Tee wird

Krieg, man muß aufpassen, daß man nicht getroffen wird." So sind auch Unfälle mit Quetschungen und Prellungen an der Tagesordnung. Allein in diesem Jahr gab es schon drei tödliche Unfälle auf der Zeche Erin. Das Krankenhaus „Bergmannsheil" in Bochum, in das alle Bergarbeiter hineinkommen, ist bei fast allen Arbeitern gut bekannt. Durch Hitze, Staub, Lärm und durch die Antreiberei der Steiger steigen die Unfallzahlen beständig an. Um die Unfallzahlen zu drücken, bedienen sich die Bergbaukapitalisten eines Tricks. Melden müssen sie erst einen Unfall, wenn der betroffene Arbeiter länger als drei Tage arbeitsunfähig geschrieben wird. Oft wird dem Arbeiter nach dem Unfall „leichte Arbeit" verpaßt, wo er dann über Tage fegen, Schrauben sortieren oder ähnliche Arbeiten ausführen muß. Somit zählt der Unfall, auch wenn er im Krankenhaus behandelt wurde, nicht in der Unfallstatistik.

Oft genug sind auch gerade die ausländischen Arbeiter von den Unfällen betroffen, da bei ihnen noch Verständigungsschwierigkeiten zu den schlechten Arbeitsbedingungen zukommen. Im Steinkohlenbergbau insgesamt arbeiten 104200 Arbeiter unter Tage, davon sind 23700 ausländische Arbeiter, was 22,7% ausmacht. Neben Jugoslawen, Koreanern und Marokkanern bilden die Türken die größte Gruppe unter den ausländischen Arbeitern. Wenn sie anfangen zu arbeiten, kommen sie wie alle „Neubergleute" einen Monat ins Lehrrevier und dann sofort in den Streb oder in den Vortrieb. Von den

Einsatz von Dampfkraft

z.gug. Als die Kohleförderung in Deutschland um die Jahrhundertwende des 18. Jahrhunderts einen Tiefpunkt erreicht hatte, brachte die Anwendung von dampfgetriebenen Wasserpumpen die entscheidende Wende. In Süd-Wales in Großbritannien konnten die Schächte damit bereits bis zu einer Teufe (Tiefe) von 100 m getrieben werden. 1799 wurde die erste dampfgetriebene Wasserpumpe im Ruhrgebiet eingesetzt. Hand in Hand mit der erhöhten Kohleförderung ging der Ausbau der Schwerindustrie. Das immer tiefere Eindringen in das Erdreich – im Ruhrgebiet befindet sich die Kohle in erheblichen Teufen in einer Gesteinschichtenfolge von 2735 Metern – traten neue Probleme auf. Der erste 400 Meter tiefe Tiefbauschaft war noch mit Holzzimmerung abgestützt, was sich aber als zu wenig haltbar erwies. Ab 1870 wurde statt des Holzes Mauerung verwendet, aus England wurden die Verfahren des Abstützens mit ineinander verkeilten Eisenringen und eisernen Faßdauben übernommen. Gasentwicklung, Kohlestaubexplosionen und Gasentzündungen bei Sprengungen der Kohle unter Tage gefährdeten das Leben der Bergarbeiter.

Die Entwicklung der Industrie, erzwang auch die Lösung des Transportproblems. 1825 war die erste Dampflok von Stockton nach Darlington in England gefahren, 10 Jahre später war die Eisenbahnstrecke Nürnberg – Fürth eröffnet. Das gleiche galt für die Schiffahrt. 25 Jahre, nachdem das erste Dampfschiff, die Savannah, den Atlantik überquert hatte, erreicht der erste Weserschlepper Bremen, 1899 wurde der Dortmund-Ems-Kanal eröffnet, der das Ruhrgebiet mit den Nordseehäfen verband. Die Förderung betrug 1851 – 1860 31,5 Mio. t, bis 1870 stieg sie auf 91,5 Mio. t, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts förderten die Bergarbeiter 454 Mio. t. Die Förderung der Kohle aus den Schächten über Tage, die zunächst mit Seilwinden mit Menschenkraft, dann mit Göppeln mit Pferdekraft betrieben wurde, wurde nach und nach ebenfalls mit Dampfkraft bewältigt. Da die zur Kohle benutzten Hanfseile, aber nur begrenzt belastbar waren, wurde so erst nur die Kohle nach oben befördert, der Bergmann mußte nach wie vor die Fahrten (Leitern) zum Ab- und Aufstieg benutzen, was die Kapitalisten ihnen erst nach zähen Kämpfen als Teil des Arbeitstages anerkannten. Dies, wie anfangs das Verstreben der Schächte, bekamen sie nicht gezahlt, gezahlt wurde nach Wagen gehauener Kohle, wobei die Kapitalisten lange Zeit den Lohn noch dadurch senkten, daß Wagen genullt, d.h. nicht angerechnet wurden, wenn sie zu wenig beladen waren, auf dem Weg nach oben Ladung verloren hatten oder zu viel Gestein enthielten. Jeder neunte Bewohner des Ruhrgebietes arbeitete 1913 im Bergbau, jeder zwanzigste Deutsche im Reichsgebiet lebte dort.

Aus den mehr als 114 Mio. Tonnen geförderter Kohle im Ruhrgebiet 1913 wurden 26 Mio. Tonnen zu Koks verarbeitet, bei der Verkokung wurden 164 Mio. Kubikmeter Gas frei, 934000 Tonnen wurden zu Teer, 155000 zu Benzol, 390000 zu Ammoniak weiterverarbeitet. Aus Kohlestaub und Kohlegrieß wurden fast 5 Mio. Tonnen Preßkohle hergestellt. Zur Förderung des Jahres 1913 benutzten die 396000
Bergarbeiter u.a. 12000 Bohrhämmer, 40 Drehbohrmaschinen, 294 Säulenschrämm- und 17 Großschrämmaschinen (Sie wirken beim Abbau wie Fräs- oder Sägemaschinen), 264 mit Druckluft betriebene Abbauhämmer hatten das Gezähe (Werkzeug), Schlägel und Eisen, des Bergmanns z.T. ersetzt. Neben 8000 Pferden waren 1200 Fahrdraht-und Druckluftlokomotiven eingesetzt.



Kinderarbeit in einem englischen Bergwerk Anfang des 19. Jahrhunderts

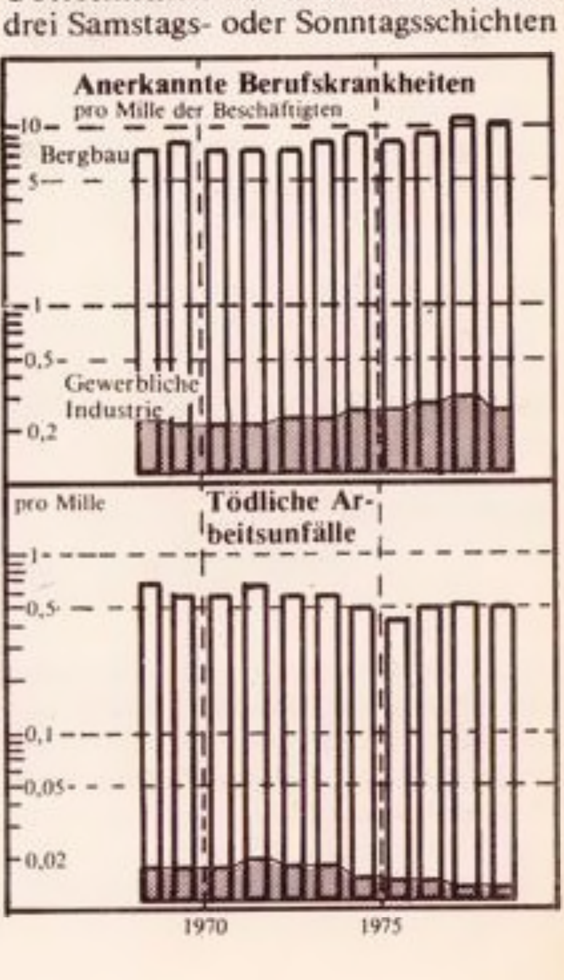
Heute ist die Mechanisierung und die Intensivierung unter Tage enorm vorangeschritten. Der Mechanisierungsgrad in der Gewinnung, also dort, wo die Kohle aus dem Flöz herausgebrochen wird, beträgt heute über 98%. Auf der Zeche Erin in Castrop-Rauxel wird eine Schrämmaschine in halbsteiler Lagerung, was ca. 40 Grad sind, eingesetzt, die 26 Tonnen wiegt und die vier- bis sechsmal mehr an Kohle aus dem Flöz schneidet als ein Hobel. Ein zusätzlicher Vorteil für die Bergbaukapitalisten bei dieser Maschine ist, daß sie Störungen mitschneiden kann. Im Flöz Präsident auf Erin war dies vor einigen Monaten der Fall: eine Steinschicht hatte sich in den Flöz hineingeschoben, so daß statt der Kohle der Stein herausgeschnitten wurde. Durch das Schneiden der Gesteinsmassen entsteht der gefährliche Steinstaub, der die Steinstaublunge (Silikose) bei den Bergarbeitern verursacht. Eine Staubmaske die ganze Schicht tragen kann man überhaupt nicht bei Temperaturen von 32° C in 900 m Tiefe, zumal die Maske noch aus Gummi ist und oft Entzündungen der Haut verursacht. Der Schweiß läuft ständig am Körper herunter. Einige Bergarbeiter arbeiten nur mit Unterhose bekleidet an ihrem Arbeitsplatz. Kein Monat vergeht, wo nicht bei diesen Temperaturen ein Bergarbeiter umfällt und von seinen Kollegen herausgebracht werden muß. Zwei bis drei Liter Tee wird
unter diesen Bedingungen pro Schicht getrunken. Im Ortsvortrieb, dort wo eine Strecke getrieben wird, um an den Flöz heranzukommen, herrschen oft noch höhere Temperaturen. Im Ortsvortrieb Präsident auf Erin, wo eine neue Teilschnittmaschine der Firma Vöerst Alpine (Österreich) eingesetzt wird, die über sieben Meter pro Tag auffahren kann, herrscht eine Temperatur von 34° C. Um den Tee kühl zu halten, haben sich die Arbeiter einen „Kühlschrank" gebaut. In einem alten Kunststoffkanister wird Wasser hereingelassen und in das Wasser wird ein Preßluftschlauch gesteckt und die Preßluft leicht aufgedreht.

Wenn man im Streb mit halbsteiler Lagerung arbeitet, kommen die Kohlen- und Gesteinsbrocken wie Geschosse vom Streb herunter. Ein Arbeiter meinte dazu: „Hier ist das wie im

diesem Jahr gab es schon drei tödliche Unfälle auf der Zeche Erin. Das Krankenhaus „Bergmannsheil" in Bochum, in das alle Bergarbeiter hineinkommen, ist bei fast allen Arbeitern gut bekannt. Durch Hitze, Staub, Lärm und durch die Antreiberei der Steiger steigen die Unfallzahlen beständig an. Um die Unfallzahlen zu drücken, bedienen sich die Bergbaukapitalisten eines Tricks. Melden müssen sie erst einen Unfall, wenn der betroffene Arbeiter länger als drei Tage arbeitsunfähig geschrieben wird. Oft wird dem Arbeiter nach dem Unfall „leichte Arbeit" verpaßt, wo er dann über Tage fegen, Schrauben sortieren oder ähnliche Arbeiten ausführen muß. Somit zählt der Unfall, auch wenn er im Krankenhaus behandelt wurde, nicht in der Unfallstatistik.

Oft genug sind auch gerade die ausländischen Arbeiter von den Unfällen betroffen, da bei ihnen noch Verständigungsschwierigkeiten zu den schlechten Arbeitsbedingungen zukommen. Im Steinkohlenbergbau insgesamt arbeiten 104200 Arbeiter unter Tage, davon sind 23700 ausländische Arbeiter, was 22,7% ausmacht. Neben Jugoslawen, Koreanern und Marokkanern bilden die Türken die größte Gruppe unter den ausländischen Arbeitern. Wenn sie anfangen zu arbeiten, kommen sie wie alle „Neubergleute" einen Monat ins Lehrrevier und dann sofort in den Streb oder in den Vortrieb. Von den
neuangelegten Bergbau-Neulingen kündigen 50 bis 80% nach kurzer Zeit wieder, wenn sie die Antreibermethoden und die miserablen Arbeitsbedingungen kennengelernt haben. Die Bezahlung der ausländischen Arbeiter ist meist die gleiche wie bei den deutschen. Die meisten Bergarbeiter sind in der Lohngruppe 10 mit einem Schichtlohn von 92,49 DM brutto, dazu kommt noch die steuerfreie Bergmannprämie von 5 DM pro Schicht und Nachtarbeitszulage von 1,41 DM pro Stunde. Im Schnitt verdient ein Bergarbeiter 1500 bis 1600 DM netto, wenn er keine Überstunden und keine Überschichten macht. Mit diesem Geld kann man freilich keine Familie ernähren, ist da die einhellige Meinung der Arbeiter. Darum sind viele gezwungen, Überschichten zu machen. Zwei bis drei Samstags- oder Sonntagsschichten





Vollmechanisierte Kohleförderung

z.rev. Mit dem Einsatz neuer Maschinerie, der Entwicklung von neuen Antriebskräften, dem Diesel- und dem Elektromotor, änderten sich auch die Abbaumaschinen. Die direkte Gewinnung mit dem preßluftgetriebenen Abbauhammer ist praktisch ganz abgelöst. 1977 wurden 98,3% der Fördermenge vollmechanisch abgebaut.

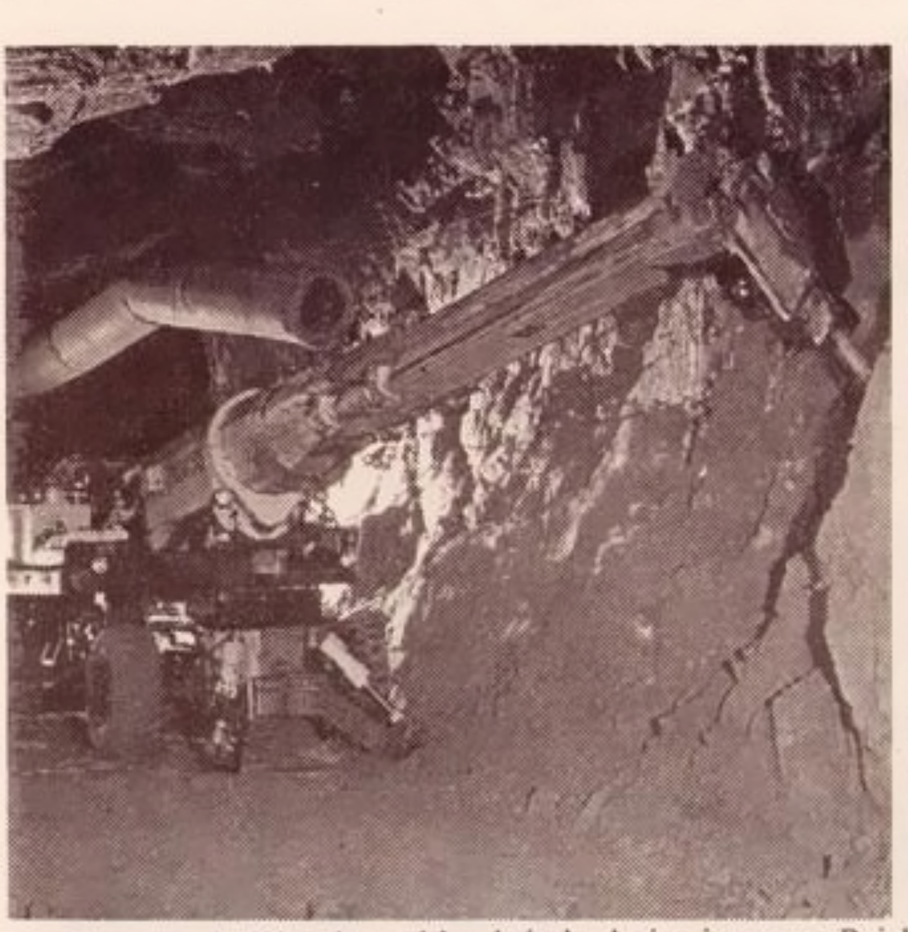
Schrämmaschinen und Kohlehobel werden eingesetzt, um die Kohle aus dem Erdwerk herauszubrechen. Der Kohlehobel wird an der Seitenwand eines Strebes langgezogen und schält die Kohle aus der Wand. Die gelöste Kohle fällt gleich auf ein Förderband und wird abtransportiert.... Die Walzenschrämmaschinen sind auch an ein Förderband angeschlossen. Eine am Kettenband befestigte Walze mit Meißeln bespickt, wird am Kohlestoß entlang geführt und mit den Meißeln ein gleichmäßiger Schram (Schnitt) herausgeschnitten. Neu sind die Vortriebsmaschinen. Der Sprengvortrieb wird nur noch dann gemacht, wenn die Strebe zu klein für die Vortriebsmaschinen sind. Mit riesigen Schrämwalzen werden die Strebe nach vorn ausgebaut.

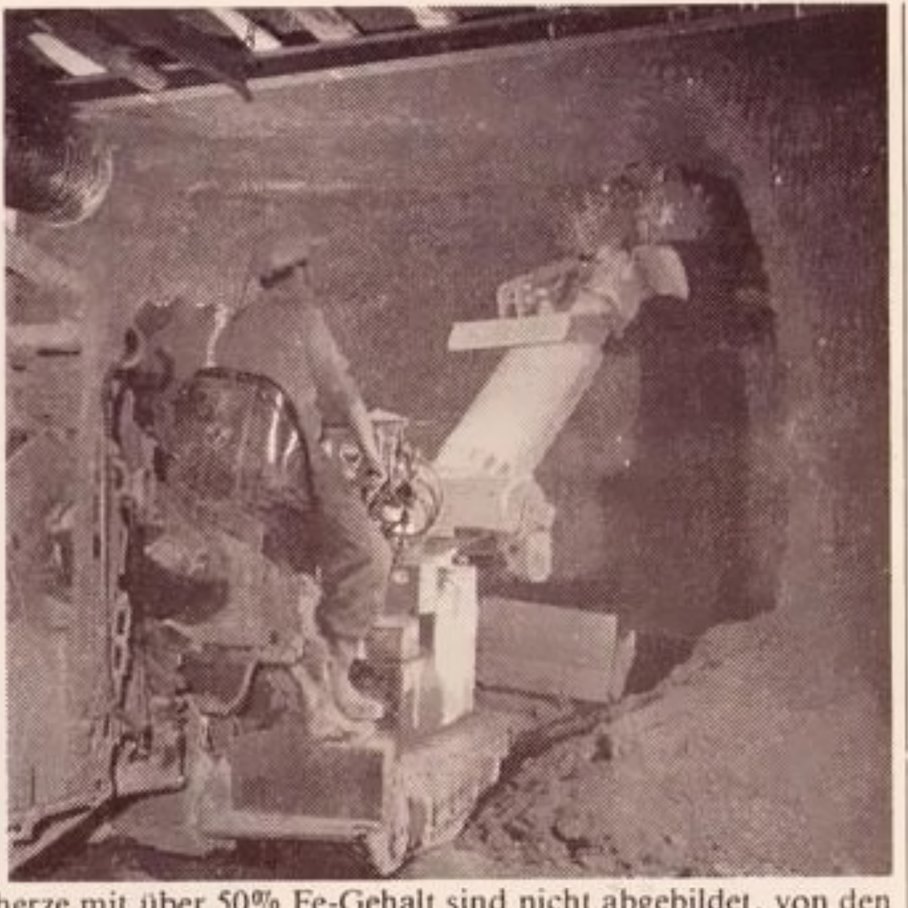
Geändert hat sich mit dem Einsatz dieser Maschinen auch die gesamte Förderung und der Streckenausbau. Vom direkten Abbau gelangt die Kohle auf Bandstraßen zu Zentralladestellen, wo sie auf Förderwagen geladen und mit Dieselloks zum Schacht gezogen wird oder sie gelangt auf den Förderbändern gleich zum Schacht. Der Strebausbau mit Holz und Reibungsstempeln ist fast ganz verschwunden, weil er den großen Teufen von beinahe 1300 Metern nicht mehr standhielt. An ihre Stelle traten die hydraulischen Stempfel, die dann weiterentwickelt wurden zum schreitenden Strebausbau. Damit war es eigentlich erst möglich, die neuen Schrämwalzen voll einzusetzen.

Die neueste Abbaumethode ist die Hydrotechnik – mit einem Wasserstrahl soll die Kohle abgebaut und gleichzeitig auch hydraulisch gefördert werden.



Kohlehobel und Schreitausbau: Das Förderband wird mit einer Hydraulik an die Strebewand gepreßt. Der Streb kann auf diese Weise in der Breite abgebaut werden, ohne daß die Anlage umgebaut werden muß.





Die Eisenerze in Westdeutschland sind relativ eisenarm. Reicherze mit über 50% Fe-Gehalt sind nicht abgebildet, von den 3,5 Mio. t geförderten Eisenerz 1977 betrug der Fe-Gehalt 1,02 Mio. t. Das eisenerzreichste Land der Bundesrepublik ist Niedersachsen. Im Abbau wird die LHD-Technik (Load-Haul-Dump-Technik) angewandt. Zu dieser Technik gehören dieselbetriebene Lade- und Fördergeräte, Bohrwagen, Spreng- und Ausbaufahrzeuge. Die Maschinen werden im Karussellverfahren eingesetzt. Die Bilder zeigen Beraubefahrzeuge im Erzabbau.



Tone werden überwiegend in hochmechanisiertem Tagebau gewonnen. Der Ton Kaolin wird in der keramischen Industrie für die Produktion von Elektroporzellan, technischem und Sanitärporzellan, Wand- und Bodenplatten verarbeitet. Der größte Teil der geförderten Tone in Westdeutschland kommt aus Rheinland-Pfalz. Das Bild zeigt einen Streckenvortrieb auf einer Tongrube.

gelten als ,,normal". Diejenigen, die grundsätzlich Überschichten ablehnen, werden sogar bedrängt von ihren Fahrsteigern, daß sie endlich mal Überschichten machen sollen. Unter der Hand wird von der Betriebsleitung der Zeche das Kriterium, ob man Überschichten macht, dazu verwandt, um zu entscheiden, ob ein Arbeiter in eine höhere Lohngruppe eingestuft wird oder nicht. Die jungen Arbeiter werden lange in den unteren Lohngruppen 8 und 9 gehalten, was den Bergbaukapitalisten ca. 1212 DM pro Jahr einbringt, wenn er einen Arbeiter in Lohngruppe 9 statt in 10 einstuft. Dagegen gibt es Kampf. Die Arbeiter tragen immer wieder ihre Forderungen dem Obersteiger des jeweiligen Reviers vor, von wo sie aber meiste vertröstet werden. Es wird jetzt diskutiert, daß es wohl richtig ist, zu mehreren zum Betriebsrat zu gehen, damit er sich als gewählter Vertreter der Arbeiter für eine höhere Eingruppierung einsetzt. Auf Erin haben in den letzten Monaten aufgrund des geringen Lohns und der Arbeitsbedingungen viele jüngere Handwerker gekündigt. Die Strebe, wo auf jeder Schicht ein Elektriker da sein müßte, können nicht mehr vollständig belegt werden. Entsprechend hoch sind dann auch die Stillstandszeiten, wenn eine Sicherung herausfliegt und kein Elektriker dort ist, dauert es oft Stunden, bis weiter gehobelt werden kann.

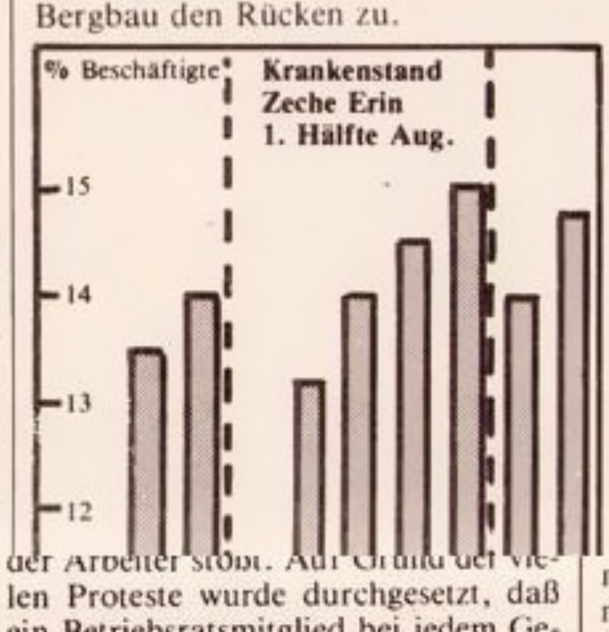
Zu den miserablen Arbeitsbedingungen kommt noch die Schichtarbeit. Zu jeder Tages- und Nachtzeit lassen die Kapitalisten die Arbeiter anfahren, damit die moderne Maschinerie auch ja keine Minute steht. Im Abbaubetrieb Flöz Präsident, wo die Schrämmwalze läuft, ist die 4/3 Schicht eingerichtet, d.h. die Strebmannschaften fahren um 6, 12, 18, und 24 Uhr an. Abgelöst wird an der Maschine. Wenn man bedenkt, daß man eine halbe bis dreivier-

oder nicht. Die jungen Arbeiter werden lange in den unteren Lohngruppen 8 und 9 gehalten, was den Bergbaukapitalisten ca. 1212 DM pro Jahr einbringt, wenn er einen Arbeiter in Lohngruppe 9 statt in 10 einstuft. Dagegen gibt es Kampf. Die Arbeiter tragen immer wieder ihre Forderungen dem Obersteiger des jeweiligen Reviers vor, von wo sie aber meiste vertröstet werden. Es wird jetzt diskutiert, daß es wohl richtig ist, zu mehreren zum Betriebsrat zu gehen, damit er sich als gewählter Vertreter der Arbeiter für eine höhere Eingruppierung einsetzt. Auf Erin haben in den letzten Monaten aufgrund des geringen Lohns und der Arbeitsbedingungen viele jüngere Handwerker gekündigt. Die Strebe, wo auf jeder Schicht ein Elektriker da sein müßte, können nicht mehr vollständig belegt werden. Entsprechend hoch sind dann auch die Stillstandszeiten, wenn eine Sicherung herausfliegt und kein Elektriker dort ist, dauert es oft Stunden, bis weiter gehobelt werden kann.

Zu den miserablen Arbeitsbedingungen kommt noch die Schichtarbeit. Zu jeder Tages- und Nachtzeit lassen die Kapitalisten die Arbeiter anfahren, damit die moderne Maschinerie auch ja keine Minute steht. Im Abbaubetrieb Flöz Präsident, wo die Schrämmwalze läuft, ist die 4/3 Schicht eingerichtet, d.h. die Strebmannschaften fahren um 6, 12, 18, und 24 Uhr an. Abgelöst wird an der Maschine. Wenn man bedenkt, daß man eine halbe bis dreivier-
tel Stunde Anfahrt hat, so können die Strebmannschaften nicht nach sieben Stunden rausfahren. An heißen Betriebspunkten mit 28 Grad C beträgt die Arbeitszeit 7 Stunden. Die Ortsgruppe 12 und 13 der IG Bergbau und Energie aus Castrop-Rauxel hat auf dem 11. Gewerkschaftskongreß einen Antrag gegen die 4/3 Schichten gestellt, in dem es heißt: ,,Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die 4/3 Schichten für Leistungslöhner in den Abbau- und Vorrichtungsbetrieben abgeschafft werde."

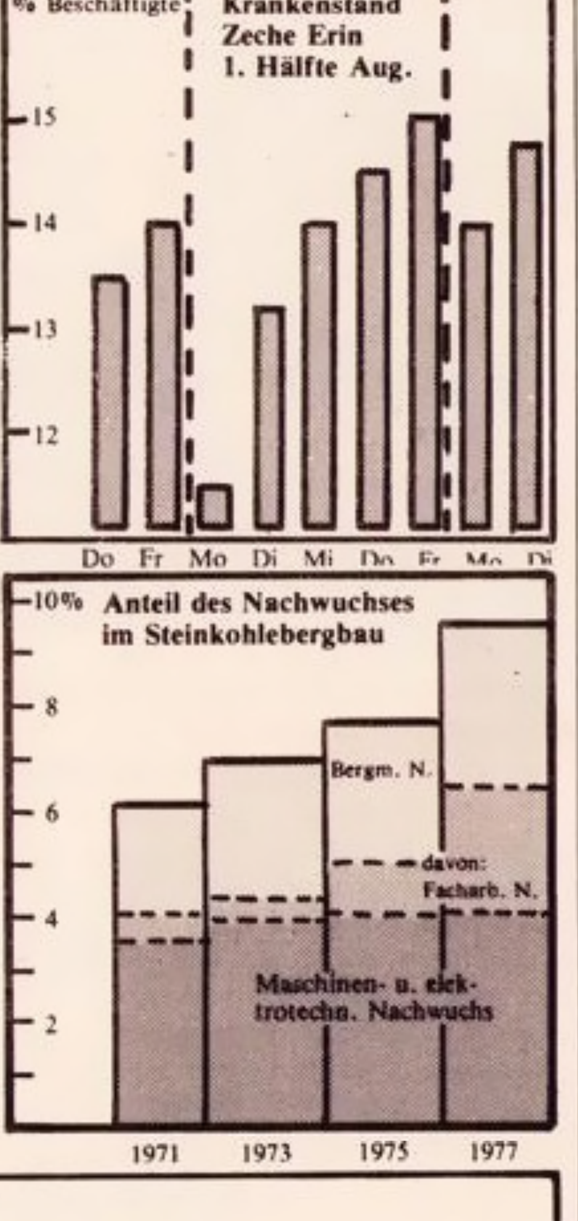
Die Arbeitsbedingungen zeigen bei den Bergarbeitern gesundheitliche Auswirkungen. Das sieht man gut an dem Krankenstand der Zeche Erin (siehe Schaubild), der montags am tiefsten ist und über die Woche bis Freitag ansteigt, was zeigt, daß der Verschleiß der Arbeitskraft erheblich ansteigt. Durch sogenannte ,,soziale Gespräche", was nichts als Bespitzelung der Arbeiter ist, versucht die Betriebsleitung, den ,,hohen Krankenstand" einzudämmen, was auf den Widerstand der Arbeiter stößt. Auf Grund der vielen Proteste wurde durchgesetzt, daß ein Betriebsratsmitglied bei jedem Gespräch anwesend sein muß.

Die Verjüngung der Belegschaft ist zur Zeit für die Bergbaukapitalisten eine entscheidende Aufgabe (siehe Schaubild über die Altersstruktur und Nachwuchs). Nach Umfrage der ,,Einheit" suchen sie qualifizierte Arbeitskraft im ,,leistungsfähigem Alter" zwischen 20 und 35 Jahren. In Richtung Ausbildung haben sie jetzt seit dem 1. August den Berg- und Maschinenmann offiziell als ,,Ausbildungsberuf" im Bergbau einrichten lassen, was Verkürzung der Ausbildung auf zwei Jahre zur Folge hat. Die Fähigkeiten und Kenntnisse der Jugendlichen werden nicht entwickelt sondern verstümmelt. Rund 1/4 aller ausgebildeten Nachwuchskräfte wandern nach der Lehre ab. Ein zweiter Schub wartet die Bundeswehrzeit ab und kehrt dann dem Bergbau den Rücken zu.



der Arbeiter stößt. Auf Grund der vielen Proteste wurde durchgesetzt, daß ein Betriebsratsmitglied bei jedem Gespräch anwesend sein muß.

Die Verjüngung der Belegschaft ist zur Zeit für die Bergbaukapitalisten eine entscheidende Aufgabe (siehe Schaubild über die Altersstruktur und Nachwuchs). Nach Umfrage der ,,Einheit" suchen sie qualifizierte Arbeitskraft im ,,leistungsfähigem Alter" zwischen 20 und 35 Jahren. In Richtung Ausbildung haben sie jetzt seit dem 1. August den Berg- und Maschinenmann offiziell als ,,Ausbildungsberuf" im Bergbau einrichten lassen, was Verkürzung der Ausbildung auf zwei Jahre zur Folge hat. Die Fähigkeiten und Kenntnisse der Jugendlichen werden nicht entwickelt sondern verstümmelt. Rund 1/4 aller ausgebildeten Nachwuchskräfte wandern nach der Lehre ab. Ein zweiter Schub wartet die Bundeswehrzeit ab und kehrt dann dem Bergbau den Rücken zu.



% Beschäftigte
Altersstruktur Steinkohlebergb. Ruhrgebiet
linke S. 1967
rechte S. 1977
gerastert: Verarbeit. Gewerbe 1977
20
15
10
5
14-20 21-25 26-30 31-35 36-40 41-45 46-50 51-55 56-60 61-65 66-70
Altersgruppen

,,Borinage, vierfach klassisches Land" – Egon Erwin Kisch

z.gug. Der tschechische Schriftsteiler Kisch zählt zu den Mitbegründern des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands (1928). 1937/38 kämpft er mit den Internationalen Brigaden in Spanien für die spanische Republik, 1939 emigriert er in die USA, lebt zeitweilig in Mexiko und kehrt nach dem 2. Weltkrieg nach Prag zurück. Die Borinage, die er in seiner unten auszugsweise abgedruckten Erzählung beschreibt, ist das reichste Kohlerevier im Süden Belgiens, das sich über die Grenze nach Frankreich hinzieht. (Von dem französichen Teil dieses Kohlegebiets handelt Zola in seinem Roman ,,Germinal".) Kisch stellt in seiner Erzählung die Eindrücke eines Fremden dar, was er sieht und erfährt in diesem Gebiet Anfang der 30er Jahre.

,,Fünfzehn Millionen Tonnen Steinkohle fördert das Borinage jedes Jahr aus einer Tiefe von dreizehnhundert Metern, aus launischen, unregelmäßigen Flözen, die nur eine Mächtigkeit von vierzig Zentimetern (also kaum die halbe Mächtigkeit der Flöze im Ruhrrevier) haben, in einer stickigen, atembeklemmenden Stollenluft, bei einer Hitze bis zu 48 Grad. Oben, wo des Kumpels Familie wohnt, wo er nach Feierabend sein Dach hat, ist es nicht viel angenehmer als unten. Ja, nicht einmal viel sicherer. Immerfort gärt es in den Eingeweiden der zerhackten Erde, ihre Haut platzt, ganze Dörfer sacken ab, verschwinden spurlos, und durch die klaffenden Risse des Bodens dringt jauchzend das Wasser der Kanäle, überschwemmt das Land ...

Je mehr die Industrie wuchs, je kapitalistischer das Gewerke wurde, desto tiefer mußte der Förderschacht getrie-

nalen Brigaden in Spanien für die spanische Republik, 1939 emigriert er in die USA, lebt zeitweilig in Mexiko und kehrt nach dem 2. Weltkrieg nach Prag zurück. Die Borinage, die er in seiner unten auszugsweise abgedruckten Erzählung beschreibt, ist das reichste Kohlerevier im Süden Belgiens, das sich über die Grenze nach Frankreich hinzieht. (Von dem französichen Teil dieses Kohlegebiets handelt Zola in seinem Roman ,,Germinal".) Kisch stellt in seiner Erzählung die Eindrücke eines Fremden dar, was er sieht und erfährt in diesem Gebiet Anfang der 30er Jahre.

,,Fünfzehn Millionen Tonnen Steinkohle fördert das Borinage jedes Jahr aus einer Tiefe von dreizehnhundert Metern, aus launischen, unregelmäßigen Flözen, die nur eine Mächtigkeit von vierzig Zentimetern (also kaum die halbe Mächtigkeit der Flöze im Ruhrrevier) haben, in einer stickigen, atembeklemmenden Stollenluft, bei einer Hitze bis zu 48 Grad. Oben, wo des Kumpels Familie wohnt, wo er nach Feierabend sein Dach hat, ist es nicht viel angenehmer als unten. Ja, nicht einmal viel sicherer. Immerfort gärt es in den Eingeweiden der zerhackten Erde, ihre Haut platzt, ganze Dörfer sacken ab, verschwinden spurlos, und durch die klaffenden Risse des Bodens dringt jauchzend das Wasser der Kanäle, überschwemmt das Land ...

Je mehr die Industrie wuchs, je kapitalistischer das Gewerke wurde, desto tiefer mußte der Förderschacht getrie-
ben werden und desto höher stieg die Zahl der Grubenunfälle. Jetzt notieren die Kuxe niedrig – die deutsche Reparationskohle und der englische Anthrazit sind in Belgien billiger als die Kohlen des Borinage – aber die Katastrophen verschwinden nicht. Die Statistik sagt aus:

Von 1821 bis 1850: 217 Katastrophen
Von 1851 bis 1880: 202 Katastrophen
Von 1900 bis 1929: 110 Katastrophen

Und was für welche! Der Fremde durchblättert die Urkunden der Martyrologie. Es sind meist kirchliche Dokumente, denn von eh und je war der Klerus hier um eine besondere Legendenbildung bemüht, und nur zwischen den Zeilen der berichteten wundertätigen Rettungen läßt sich lesen, wie vielen Kumpels keine wundertätige Rettung gewährt ward ...

Eine Unglückszeche ist ,L'Agrappe'. An einem Herbsttag 1875 wurden in einer Tiefe von 560 Metern hundertzwölf Kumpels getötet. ,Deckeneinsturz infolge Selbstentzündung durch schlagende Wetter', mit dieser Feststellung mußte sich die amtliche Untersuchung begnügen. Sie war besonders minutiös geführt worden, weil am Tag vor der Katastrophe auf die Hängebank mit Kreide hingeschrieben war: ,Demain tout sautera – morgen fliegt alles in die Luft.' Diese Inschrift hatte die Belegschaft mit Entsetzen erfüllt, aber einfahren mußte sie, und bald lagen hundertzwölf neben der wahrgemachten Drohung.

Nächste Katastrophe auf der gleichen Zeche: 17. April 1879. Im Fördergang ,Eveque', 610 Meter tief, explodiert um halb acht Uhr morgens Gas mit solcher Gewalt, daß auf der Erdoberfläche der Boden platzt und die Arbeiter auf dem Zechenhof und der Mann im Förderturm erschlagen werden. Stollen und Querschläge sind im Nu von Lohe durchtobt, auch im Förderschacht steigt das Feuer hoch, als wollte es hinausklettern, das ganze Land ergreifen. Sechs Detonationen, unter denen weithin der Erdboden erbebt, reißen sich aus der Tiefe empor.

Von Entsetzen gelähmt, starrt die den Unglücksschacht umlagernde Menge auf einen Gespensterreigen, der unmittelbar nach einer der Detonationen auf dem Firmament sichtbar ist: Da droben, inmitten einer Wolke, geistern Gestalten, ihre Arme flattern, ihre Beine schlenkern, sie neigen sich und heben sich und drehen sich ineinander und durcheinander, als hätten sie keine Körper ...!

Endlich zerstiebt der wolkige Tanzplatz, und die Schemen schweben langsam zur Erde hinab. Nun sieht man, daß es Kleider sind. Eine im zusammengestürzten Stollen eingeschlossene Schicht hatte sich wegen der sengenden Hitze an einen engen Luftschacht gedrängt und nackt ausgezogen, eine neue Explosion trieb die Anzüge durch den Schacht hinauf zur Erde und höher hinauf, zum Himmel.

Endlich zerstiebt der wolkige Tanzplatz, und die Schemen schweben langsam zur Erde hinab. Nun sieht man, daß es Kleider sind. Eine im zusammengestürzten Stollen eingeschlossene Schicht hatte sich wegen der sengenden Hitze an einen engen Luftschacht gedrängt und nackt ausgezogen, eine neue Explosion trieb die Anzüge durch den Schacht hinauf zur Erde und hö-

durchtobt, auch im Förderschacht steigt das Feuer hoch, als wollte es hinausklettern, das ganze Land ergreifen. Sechs Detonationen, unter denen weithin der Erdboden erbebt, reißen sich aus der Tiefe empor.

Von Entsetzen gelähmt, starrt die den Unglücksschacht umlagernde Menge auf einen Gespensterreigen, der unmittelbar nach einer der Detonationen auf dem Firmament sichtbar ist: Da droben, inmitten einer Wolke, geistern Gestalten, ihre Arme flattern, ihre Beine schlenkern, sie neigen sich und heben sich und drehen sich ineinander und durcheinander, als hätten sie keine Körper ...!

Endlich zerstiebt der wolkige Tanzplatz, und die Schemen schweben langsam zur Erde hinab. Nun sieht man, daß es Kleider sind. Eine im zusammengestürzten Stollen eingeschlossene Schicht hatte sich wegen der sengenden Hitze an einen engen Luftschacht gedrängt und nackt ausgezogen, eine neue Explosion trieb die Anzüge durch den Schacht hinauf zur Erde und höher hinauf, zum Himmel.

Endlich zerstiebt der wolkige Tanzplatz, und die Schemen schweben langsam zur Erde hinab. Nun sieht man, daß es Kleider sind. Eine im zusammengestürzten Stollen eingeschlossene Schicht hatte sich wegen der sengenden Hitze an einen engen Luftschacht gedrängt und nackt ausgezogen, eine neue Explosion trieb die Anzüge durch den Schacht hinauf zur Erde und hö-
her hinauf, zum Himmel.

Bis drei Uhr nachmittags sucht die Feuersbrunst, 4200 Hektoliter Kohlenstaub vor sich hertreibend, nach Menschenopfern, wirft ihre Flammen in alle Winkel der Labyrinthe, packt jeden, den sie erreicht.

Hilfe naht. Aus den Kohlendörfern und Gruben, aus Cuesmes, aus Quaregnon, aus Frameries, aus Pâturages, aus Wasmes, aus La Bouverie, aus Hornu, aus Montroeul, aus Noirchain, aus Quiévrain, aus Wihéris, Thulin und aus Quarquignies stürmen die Borains heran, Soldaten der Solidarität. Sie drängen durch die Masse angstverzerrter Frauen und Kinder hin zum brennenden, krachenden Bergwerk. Während unten Wut und Glut der Elemente noch rasen, lassen sich die Arbeiter an Stricken die sechshundert Meter hinab (Förderseil und Schale sind verbrannt) und bergen am gleichen Abend neunundachtzig lebende Kameraden. Am nächsten Tage fördert man nur Leichen ans Licht, am übernächsten wieder Leichen, hunderteinundzwanzig Todesopfer, am 20. April jedoch stößt man auf fünf noch lebende Hauer; nach oben geschafft und gelabt, berichten sie von Schreckensszenen, Selbstmorden und Wahnsinnsausbrüchen bei der Flucht vor dem überallhin nachsetzenden Element ...

Die Dörfer gleichen einander, sie sind Vorstädte einer nicht vorhandenen Großstadt, Dörfer ohne Felder und Triften. Niemals bestand für die Zecheninhaber die Notwendigkeit, im Borinage Arbeitersiedlungen zu errichten, Volksparks oder Werkheime, mit denen man in anderen Kohlenbecken Arbeiter anlockt und sie an der Abwanderung hindert. Die Bergleute hier sind hier geboren und sterben hier. In einem Dialekt-Couplet verspotten die Borains selbst ihre Seßhaftigkeit, ihren Lokalpatriotismus. ,Enn' c'est ni co Frameries' (,,Doch es ist nichts wie Frameries") singt der Borain, dem man die Brüsseler Paläste und die Kathedrale und die Grande Place und das Manneken Pis zeigt; sogar im Himmel, wo ihm Petrus die Sehenswürdigkeiten vorführt, bleibt er dabei, ,enn' c'est ni co Frameries'.

Niedrige Häuser für die Arbeiter, hohe für die Kohle. Außer den Fördertürmen, den Eingängen zu weitläufigen, weitverzweigten, unsichtbaren Räumen, heben sich nur die Abraumgebirge, die Schlote der Kohlenwäsche, die breiten Konusse der Kokerei und die Kirchen aus der kahlen Horizontale hoch. Im Dorf Quaregnon wird eine neue Kirche gebaut, in der man Demut



Borains selbst ihre Seßhaftigkeit, ihren Lokalpatriotismus. ,Enn' c'est ni co Frameries' (,,Doch es ist nichts wie Frameries") singt der Borain, dem man die Brüsseler Paläste und die Kathedrale und die Grande Place und das Manneken Pis zeigt; sogar im Himmel, wo ihm Petrus die Sehenswürdigkeiten vorführt, bleibt er dabei, ,enn' c'est ni co Frameries'.

Niedrige Häuser für die Arbeiter, hohe für die Kohle. Außer den Fördertürmen, den Eingängen zu weitläufigen, weitverzweigten, unsichtbaren Räumen, heben sich nur die Abraumgebirge, die Schlote der Kohlenwäsche, die breiten Konusse der Kokerei und die Kirchen aus der kahlen Horizontale hoch. Im Dorf Quaregnon wird eine neue Kirche gebaut, in der man Demut



Bei dem Grubenunglück in Lengede bei Peine 1963 wurden 43 Bergleute verschüttet.

vor Gott, Ergebenheit in das Schicksal und Gehorsam gegenüber den Kohlenbaronen predigen wird; acht Millionen Francs soll sie kosten. Die Backsteine für den Bau lagern in Arbeiterwohnungen, die man durch Exmittierung der bisherigen Mieter frei gemacht hat ...

Nach allen Richtungen fahren die Züge, aus allen Richtungen kommen Gruppen zu Fuß, sie gehen in ihr Dorf, Kinder laufen ihnen entgegen, zukünftige Kumpels, auf manchen wartet ein Mädchen, andere trinken ein Bier im Estaminet.

Männer, deren Leben am Förderseil hängt, deren Lunge Kohlenstaub saugt, deren Augen schwach werden von der Arbeit beim trüben Geleucht, deren Knochen rheumatisch werden durch Hitze und Zugluft und Grubensumpf, Männer, die oft tagelang von der Außenwelt abgeschlossen sind, die immer in Front liegen vor den Feinden Gas, Steinschlag, Wassereinbruch, sind für eine Nacht auf Urlaub.

Heute abend bei der Diskussion im ,Haus des Achtstundentages' – so heißen in Belgien die sozialistischen Versammlungslokale – wird der Fremde die jetzt müde an ihm vorbeiziehenden Heimkehrer wiedersehen als bewegte Rufer, Redner und Reisige für ein besseres Sein."

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland 1861

z.anl. 1861 verkündete der russische Zar Alexander II. die Aufhebung der Leibeigenschaft und behauptete, jahrhundertelange Ungerechtigkeit habe damit ein Ende gefunden. 20 Jahre später wurde der Reformer umgebracht. Die Reform von oben, die den Absolutismus vor einer revolutionären Erhebung der Bauern retten sollte, befriedigte keine Klasse und verschärfte alle Widersprüche in der Gesellschaft. Die Bauern erhielten zwar die Häuser, die sie bewohnten, zugeteilt, aber weniger Land, als sie vor der ,,Befreiung“ für sich selber bebauen konnten. Die Ablösesummen, die sie 49 Jahre lang zahlen sollten und die eine Entschädigung der Großgrundbesitzer für die entgangene Arbeitskraft enthielten, versorgten den Adel mit Bargeld und trieb die Bauern, die obendrein drei- bis siebenmal soviel Steuern zahlen mußten, in die Lohnabhängigkeit und immer höhere Verschuldung, die sie auch durch Nebengewerbe und äußerste Einschränkung ihrer Lebenshaltung nicht verhindern konnten. Das Gesetz enthielt weitere Bestimmungen, die die Zerstörung der Rückhalts, den die Bauern bisher noch in dem gemeinsam besessenen Land der Dorfgemeinschaft hatten, förderten. Der Anarchist Fürst Kropotkin berichtet, daß das Land, das sein Vater ,,in Voraussicht der Emanzipation stückweise zu elf Rubel den Acker kaufte,jetzt bei den Bauernlosen zu vierzig Rubel gerechnet“ wurde und daß die Dorfgemeinde Land von ihm pachtete ,,zu einem Preise, der doppelt so hoch war als das Einkommen, welches er daraus bei Bestellung des Landes durch leibeigene Arbeit gezogen hatte“. Einzelne Bauernaufstände wurden militärisch unterdrückt. Schon bei Bekanntgabe des Gesetzes in den Kirchen hatten viele gemurrt, erstens über die Übergangszeit von zwei Jahren, während der die Gutsbesitzer die Verträge mit den Bauern abmachen sollten, dann über die ganze Reform, weil sie sich ausrechneten, daß es ihnen in Zukunft noch schlechter gehen würde. Ein Dorfgeistlicher berichtet, daß Bauern den Gutsverwalter aus dem Haus holten und fragten: ,,Was für eine Freiheit wurde uns denn in der Kirche verlesen? Wozu geschieht es jetzt, wenn sie erst nach zwei Jahren erfolgen soll?“ Und ein anderer fügte hinzu: ,,Wahrscheinlich kommt es daher, daß man die Freiheit nicht mit Pferden, sondern mit Ochsen bespannt, darum wird sie wohl erst nach zwei Jahren eintreffen.“ Der Verwalter schickte sie mit den Worten weg: ,,In dieser Zeit wird euch das Land zugemessen werden; bis dahin müßt ihr arbeiten. Wer sich widersetzt, wird gedroschen. Marsch!“

pachtete ,,zu einem Preise, der doppelt so hoch war als das Einkommen, welches er daraus bei Bestellung des Landes durch leibeigene Arbeit gezogen hatte“. Einzelne Bauernaufstände wurden militärisch unterdrückt. Schon bei Bekanntgabe des Gesetzes in den Kirchen hatten viele gemurrt, erstens über die Übergangszeit von zwei Jahren, während der die Gutsbesitzer die Verträge mit den Bauern abmachen sollten, dann über die ganze Reform, weil sie sich ausrechneten, daß es ihnen in Zukunft noch schlechter gehen würde. Ein Dorfgeistlicher berichtet, daß Bauern den Gutsverwalter aus dem Haus holten und fragten: ,,Was für eine Freiheit wurde uns denn in der Kirche verlesen? Wozu geschieht es jetzt, wenn sie erst nach zwei Jahren erfolgen soll?“ Und ein anderer fügte hinzu: ,,Wahrscheinlich kommt es daher, daß man die Freiheit nicht mit Pferden, sondern mit Ochsen bespannt, darum wird sie wohl erst nach zwei Jahren eintreffen.“ Der Verwalter schickte sie mit den Worten weg: ,,In dieser Zeit wird euch das Land zugemessen werden; bis dahin müßt ihr arbeiten. Wer sich widersetzt, wird gedroschen. Marsch!“.

Um die Intelligenz, die sich teils nach einer Konstitution wie in den westlichen kapitalistischen Ländern sehnte, teils bürgerliche Freiheiten verlangte, im Ausland aber auch revolutionäre Ideen kennengelernt hatten, ruhig zu halten, wurden die Zensur und die Bestimmungen gegen die Versammlungsfreiheit etwas gelockert sowie eine Justiz- und Verwaltungsreform durchgeführt.

Vor allem die Studenten hofften, Rußland könne über eine allgemeine Erhebung der Bauern zum Kommunismus kommen, ohne den Kapitalismus durchmachen zu müssen. Sie gründeten politische Zirkel und begannen Agitationsschriften herauszugeben. Als Vorbilder stellten sie oft die großen Bauernaufstände unter Razin und Pugatschov dar, ohne jedoch darzulegen, wie deren blutige Niederlagen verhindert werden könnten. Ein Flugblatt aus diesen Kreisen aus dem Jahre 1862 begann: ,,Heute geschlagen, totgepeitscht, steht die Volkspartei morgen mit Razin für die allgemeine Gleichheit und die russische Republik auf, mit Pugatschov zur Vernichtung des Beamtentums, für Landausteilung an die Bauern. Sie kommt, die Gutsbesitzer abzuschlachten...Laßt uns gegen das Winterpalais ziehen, um die dort Lebenden zu vernichten. Es kann sein, daß die ganze Sache mit der Vernichtung der kaiserlichen Familie allein beendet wird...“ Voll Begeisterung gaben sie die Losung aus, ins Volk zu gehen. Tausende ließen sich in den Dörfern des Wolgabeckens, des Urals und Südrußland, den traditionellen Gebieten der großen Bauernaufstände des 17. und 18. Jahrhunderts, nieder, um dort zu arbeiten, das Volk zu bilden und es zum Aufruhr gegen die Gutsbesitzer und die Zaren aufzurufen. Die Bauern blieben skeptisch über die Erfolgsaussichten, weil sie es für fast unmöglich hielten, alle Bauern des Landes gleichzeitig dazu zu mobilisieren. Die kleinbürgerliche Linie der ,,Narodniki (Volksfreunde)“ und ihr organisatorischer Spontaneismus führten in eine Sackgasse. Die Polizei konnte ihre große Bewegung ziemlich leicht zerschlagen. Ende 1864 wurde die meisten in Massenprozessen abgeurteilt.

Unter dem Druck der Verfolgung bildete sich ein anarchistischer Flügel heraus, der den individuellen Terror gegen die Staatsorgane zwecks Verteidigung und Rache befürwortete. Sie gründeten 1877 zum zweitenmal die Partei ,,Zemlja i volja (Land und Freiheit)“, die nun eine straffere Zentralisierung, die Bildung einer separaten Kampfgruppe und die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bei Beschlüssen beschloß. Mit Verlassen ihres ersten Hauptziels, der revolutionären Agitation unter den Arbeitern, Bauern und Studenten gerieten sie immer mehr in die Defensive und beschäftigten sich vorwiegend mit der Vorbereitung und Durchführung von verlustreichen, da mißglückten Attentaten gegen den Zaren. Nachdem ein Attentat im Jahre 1881 schließlich gelungen war, die Bedingungen für den Kampf der Bauern aber nicht verbessert waren und die Arbeiterbewegung ohne ihre Unterstützung einen Auf-

ren. Die kleinbürgerliche Linie der ,,Narodniki (Volksfreunde)“ und ihr organisatorischer Spontaneismus führten in eine Sackgasse. Die Polizei konnte ihre große Bewegung ziemlich leicht zerschlagen. Ende 1864 wurde die meisten in Massenprozessen abgeurteilt.

Unter dem Druck der Verfolgung bildete sich ein anarchistischer Flügel heraus, der den individuellen Terror gegen die Staatsorgane zwecks Verteidigung und Rache befürwortete. Sie gründeten 1877 zum zweitenmal die Partei ,,Zemlja i volja (Land und Freiheit)“, die nun eine straffere Zentralisierung, die Bildung einer separaten Kampfgruppe und die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bei Beschlüssen beschloß. Mit Verlassen ihres ersten Hauptziels, der revolutionären Agitation unter den Arbeitern, Bauern und Studenten gerieten sie immer mehr in die Defensive und beschäftigten sich vorwiegend mit der Vorbereitung und Durchführung von verlustreichen, da mißglückten Attentaten gegen den Zaren. Nachdem ein Attentat im Jahre 1881 schließlich gelungen war, die Bedingungen für den Kampf der Bauern aber nicht verbessert waren und die Arbeiterbewegung ohne ihre Unterstützung einen Auf-schwung genommen hatte, der sich vor allem in großen Streiks in Petersburg ausdrückte, hatten sie eigentlich kein besonderes Ziel mehr. Die Partei spaltete sich 1879. Plechanov trat aus und gründete 1883 die erste sozialdemokratische Organisation, die Gruppe ,,Befreiung der Arbeit“. Bakunin war 1872 auch in der ,,Internationalen“ ausgeschlossen worden.

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Zeittafel

1853 Beginn des Krimkrieges
1953 Herzens ,,Kolokol“ beginnt in London zu erscheinen
1855 Fall Sevastopols
1855 Beginn der Regierung Alexanders II.
1856 Friede von Paris
1856 Turgenjev: ,,Rudin“
1856 Rede Alexanders II. über die Notwendigkeit, die Leibeigenschaft aufzuheben
1856 Beginn der Ära der liberalen Reformen
1856 Aufhebung der Militärkolonien
1857 Geheimes Komitee für die Frage der Bauernbefreiung
1858 Annexion des Amur-Gebietes
1859 Gontscharow: ,,Oblomov“
1859 Unterwerfung des östlichen Kaukasusgebietes
1860 Gründung der Russischen Staatsbank
1860 Gründung von Vladivostok
1860 Bakunins Flucht aus Sibirien
1860 Erste Vorlesung über Marx an der Universität Moskau
1861 ,,Der Großrusse“ und andere illegale Flugschriften
1862 Turgenjev: ,,Väter und Söhne“
1862 Anfänge revolutionärer Organisationen
1863 Neues Statut für die Hochschulen
1863 Gesetz über Abschaffung der körperlichen Strafen
1863 Polnischer Aufstand
1864 Tschernyschevskij zu Pranger, Zwangsarbeit und Deportation verurteilt
1864 Reform des Gerichtswesens
1864 Gründung des Zemstvo-Wesens
1864 Unterwerfung des westlichen Kaukasusgebietes
1865 Liberales Gesetz über die Presse
1865 Eroberung von Taschkent
1866 Karakosovs Attentat auf Alexander II.
1866 Dostojevskij: ,,Verbrechen und Strafe“
1867 Alaska an die USA verkauft
1867 Turgenjev: ,,Rauch“
1868 Eroberung von Samarkand
1868 Eroberung von Buchara
1869 Gründung der Universität Warschau
1870 Neues Statut für die Städte
1870 Lavrovs Flucht nach Paris
1870 Lenin (Uljanov) in Simbirsk an der Wolga geboren
1871 Neues Statut für die Gymnasien
1872 Neues Statut für die Realschulen
1872 Njetschajev in Zürich verhaftet und an Rußland ausgeliefert

sationen
1863 Neues Statut für die Hochschulen
1863 Gesetz über Abschaffung der körperlichen Strafen
1863 Polnischer Aufstand
1864 Tschernyschevskij zu Pranger, Zwangsarbeit und Deportation verurteilt
1864 Reform des Gerichtswesens
1864 Gründung des Zemstvo-Wesens
1864 Unterwerfung des westlichen Kaukasusgebietes
1865 Liberales Gesetz über die Presse
1865 Eroberung von Taschkent
1866 Karakosovs Attentat auf Alexander II.
1866 Dostojevskij: ,,Verbrechen und Strafe“
1867 Alaska an die USA verkauft
1867 Turgenjev: ,,Rauch“
1868 Eroberung von Samarkand
1868 Eroberung von Buchara
1869 Gründung der Universität Warschau
1870 Neues Statut für die Städte
1870 Lavrovs Flucht nach Paris
1870 Lenin (Uljanov) in Simbirsk an der Wolga geboren
1871 Neues Statut für die Gymnasien
1872 Neues Statut für die Realschulen
1872 Njetschajev in Zürich verhaftet und an Rußland ausgeliefert
1872 Erste russische Ausgabe des ,,Kapitals“ von Marx
1873 Eroberung von Chiwa
1873 Tschatkovs Flucht nach Genf
1874 Heeresreform. Allgemeine Wehrpflicht
1874 Erster ,,Zug ins Volk“ (Narodniki)
1875 Rußland erhält von Japan Sachalin, gegen Abtretung der Kurilischen Inseln
1876 Erste politische Demonstration in Petersburg mit roter Fahne (Georg Plechanow)
1877 Beginn des Russisch-Türkischen Krieges
1877 Prozeß der Fünfzig
1877 Prozeß gegen die Gründer des Südrussischen Arbeiterbundes
1877 Gründung der Organisation ,,Zemlja i Volja“
1877 Prozeß der Hunderdreiundneunzig
1878 Attentat und Freispruch der Vera Sasulitsch
1878 Gründung des Nordrussischen Arbeitervereins
1878 Vertrag von San Stefano
1878 Berliner Kongreß
1879 Solovjovs Attentat auf Alexander II.
1879 Josif Dschugaschwili (Stalin) geboren
1880 Plechanow emigriert nach Westeuropa
1881 Dostojevskij gestorben
1881 Alexander II. gestorben

(entnommen aus: Valentin Gitermann, Geschichte Rußlands, Frankfurt am Main 1965, Dritter Band, S. 645 und S. 646)



Russische Gutsherren setzen beim Kartenspiel ihre Güter und ihre Leibeigenen ein. Karikatur von Gustave Doré, Paris 1854



Ein Narodnik erteilt kostenlosen Unterricht auf dem Land



Ein Narodnik erteilt kostenlosen Unterricht auf dem Land



Revolutionäre Versammlung in einem Dorf 1917

Bericht des preußischen Gesandten Bismarck

St. Petersburg, den 28. Januar 1861

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die gesamte bäuerliche Bevölkerung auf den Besitzungen der Krone wie des Adels mit ihrer Lage unzufrieden ist und übertriebene Erwartungen von der bevorstehenden Verbesserung hegt, daß der gesamte Adel seine Erbitterung über die beabsichtigten Eingriffe in seine ohnehin zerrütteten Vermögensverhältnisse offen zur Schau trägt, und daß es hier so wenig wie in anderen Ländern an Leuten fehlt, welche systematisch am Umsturze des politischen Bestandes arbeiten, so kann man den trüben Vorhersagungen über die nächste Zukunft des Landes... nicht alle Berechtigung absprechen.

Rede des Textilarbeiters Pjotr Alexejev vor Gericht im Prozeß der Fünfzig 1877

,,Glauben Sie, daß wir nicht begreifen, warum man uns, einer Massenware gleich, so gering schätzt, und wohin der Ertrag unserer Arbeitsqual wandert, und warum die andern in Luxus schwelgen, ohne zu arbeiten, und aus welcher Quelle ihr Reichtum stammt? Glauben Sie, wir fühlen es nicht wie schwer auf uns die sogenannte allgemeine Wehrpflicht lastet? Glauben Sie, wir wissen nicht, wie langsam und widerwillig die Frage der Einführung von Dorfschulen für Bauern behandelt wurde und auf welche Ebene man diese Frage geschoben hat?... Wir haben zwar gewünscht und erwartet, daß die Regierung uns aus dem Elend emporführen, insbesondere auch die Bauern materiell sichern und den Weg eines raschen Fortschrittes einschlagen werde. Leider aber müssen wir, wenn wir zurückblicken, unsere restlose Enttäuschung eingestehen... Diese Bauernreform des 19. Februar 1861, ,,geschenkt“, obwohl sie notwendig war, nicht vom Volke selbst herbeigeführt, sichert die elementarsten Bedürfnisse des Bauern keineswegs. Nach wie vor haben wir kein Brot, denn man hat uns kleine Fetzen wertlosen Bodens gegeben, und wir sind in Abhängigkeit vom Kapitalisten geraten. Wenn der Verwalter der Fabrik Gebrüder Nosov als Zeuge ausgesagt hat, daß bei ihm, mit Ausnahme der Feiertage, alle Arbeiter sich unter strenger Aufsicht befinden, daß keiner ungestraft bleibt, wenn er zur festgesetzten Frist nicht zur Arbeit erscheint, und wenn in Hunderten von Betrieben in der Umgebung Tausende von Bauernsöhnen unter gleichen Bedingungen leben, dann bedeutet das, daß sie immer noch Leibeigene sind... “